Kursbuch 22

Nordamerikanische Zustände

Dossier 1: Täglicher Faschismus. Eine Zeitungs-Collage
Fragen an Herbert Marcuse
Gespräch mit Eldridge Cleaver in Algier
Dossier 2: Sozialrevolutionäre Gruppen in den USA
Schwarzer Kapitalismus und Klassenkampf
USA wohin? Politökonomische Prognosen
USA und Dritte Welt: Ein ökonomisches Profil
Die Frauen in der New Yorker Telefongesellschaft

Kursbogen: Trashman (Kursbuch-Kommix)

Kursbuch Verlag/ Wagenbach 7 Mark

Kursbuch
Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger

Kursbuch 22 Dezember 1970

Nordamerikanische Zustände

Dossier 1: Täglicher Faschismus. Evidenz aus fünf Monaten 1
USA: Organisationsfrage und revolutionäres Subjekt. Fragen an Herbert Marcuse 45
Lee Lockwood, Gespräch mit Eldridge Cleaver 61
Dossier 2: Seize The Time. Sozialrevolutionäre Gruppen in den USA. Eine Dokumentation 87
Gerhard Amendt, Schwarzer Kapitalismus. Dekolonisation und Klassenkampf 117
Ernest Mandel, USA wohin? Eine politökonomische Prognose 130
Martin Nicolaus und Ernest Mandel, Eine Kontroverse über die Zukunft der USA 145
Vo Nhân Tri, Der Neokolonialismus der USA. Eine Übersicht 153
Elinor Langer, Täglicher Kapitalismus. Die Frauen in der New Yorker Telefongesellschaft 168
Kursbogen
Trashman (Kursbuch-Kommix)

Goethe-Institut e.V.
Goethe Institut Bibliothek
ausgeschieden am: .....
05
Kur

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 7. Anschrift der Redaktion. Kursbuch Verlag/Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 6, Telefon 2 13 16 06. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger. Redaktion: Karl Markus Michel, Ingrid Karsunke.
© 1970 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Verlage Luchterhand, Pahl-Rugenstein und Roter Stern bei.

Dossier 1:
Täglicher Faschismus
Evidenz aus fünf Monaten

Das folgende Material ist aus den Meldungen, Korrespondentenberichten und teilweise auch Kommentaren bürgerlicher nordamerikanischer Zeitungen über einen Zeitraum von fünf Monaten (Mitte September 1969 bis Mitte Februar dieses Jahres) ausgewählt, enthält also beispielsweise nichts über den Überfall der USA auf Cambodia oder die Ermordung von vier Studenten in Kent, Ohio, von zwei Studenten in Jackson State, Mississippi durch nordamerikanische Soldateska und Polizei. Der größte Teil der Zitate ist der Los Angeles Times, *einer republikanischen Tageszeitung entnommen (Tagesauflage etwa 200 000 bei einem Durchschnittsumfang von 200 Seiten; Sonntagsauflage etwa 300 000 bei etwa 450 Seiten Umfang), die beispielsweise bei den letzten Präsidentschaftswahlen Nixon offiziell unterstützt hat.*
Hauptziel der Sammlung war es zunächst, einmal festzustellen, wieviel, über einen begrenzten Zeitraum hin, bei sorgfältiger Lektüre (die sich, schon aus Zeitgründen, beispielsweise ein Industriearbeiter oder Postbote gar nicht leisten könnte) über nordamerikanische Zustände aus den Presseorganen der Klasse, die sie verschulden, zu erfahren sei. Die Hauptfrage *war also nicht »Welche Verbrechen begehen die Herrschenden?«, »Welche Verbrechen bereiten sie vor?« etc. (dann wären andere Quellen nötig), sondern: »Welche ihrer Verbrechen teilen sie uns mit?« Die Hauptquelle ist deshalb die* Los Angeles Times, *weil ich in ihrem Verbreitungsgebiet lebe, zumindest lokale Berichterstattung durch Anschauung überprüfen konnte, und weil sie journalistisch sicher überdurchschnittlich gut ist. Jedoch wären ähnliche Ergebnisse bei Verwendung der* New York Post, Washington Post *o. ä. auch möglich gewesen.*

Die Materialsammlung, die hier nur gekürzt mitgeteilt werden kann, führt meiner Ansicht nach zu einer Reihe von Fragen, die ich hier jetzt nicht beantworten kann, z. B. der Frage, warum und wie uns die Herr-

schenden über ihre Verbrechen selbst informieren? Abgesehen davon, daß das Material selbst in vielen einzelnen Fällen noch weiter verfolgt werden muß (beispielsweise ist eben einer der engagiertesten Reporter der Los Angeles Times, *Ruben Salazar, von dem einige Berichte in die Sammlung aufgenommen wurden, von der Polizei in Los Angeles ermordet worden), wären auch zu beobachten: die bekannte Tendenz, Verbrechen als unvermeidliche Naturvorgänge darzustellen, als Tragödien im klassischen Sinne (so etwa im Fall Angela Davis), als Bestätigung immer wiederkehrender historischer Abläufe; auch etwa die häufige Umkehrung der Sequenz der Ereignisse innerhalb einer Meldung, die Ursache und Wirkung verdreht, auch die Möglichkeit von »Sklavensprache«.*
Die beobachteten Zeitungen bieten täglich isolierte, d. h. unverbundene Evidenz wie die hier ausgesuchte. Meine nachträgliche Zusammenfügung dieser Evidenz spricht den Zeitungen also eine Bewußtheit und Aufklärungsabsicht zu, die sie nicht haben. Die hier sichtbare Synthese müßte vom Leser täglich geleistet werden.
Allerdings sind dies Nachrichten, die für die Opfer des präfaschistischen Regimes, nämlich in erster Linie die Ghettobewohner und die Arbeiter, keine Neuigkeiten sind, da sie sie täglich erleiden. Neu mögen sie für die Bourgeoisie sein, die, selbst wenn sie sich die Zeit nimmt, sie zur Kenntnis zu nehmen, bestenfalls resigniert, also kollaboriert, mithin diese Arbeit unnötig macht.

Dem deutschen Leser wird sich ein Vergleich mit der Amerikaberichterstattung deutscher Zeitungen aufdrängen: sie ist dilletantisch, verantwortungslos und provinziell. Allerdings gibt es keine einzige deutschsprachige Zeitung, die sich, was Nachrichtenfülle und Detailgenauigkeit angeht, mit der Los Angeles Times *oder auch nur der Pariser* Herald Tribune *vergleichen ließe; die deutsche Presse ist eine Überschriftenpresse.*

Was die Überschrift »Täglicher Faschismus« angeht noch eine Bemerkung: Selbstverständlich bin ich nicht der Ansicht, daß in Nordamerika schon der Faschismus, wie wir ihn historisch kennen, eingeführt sei. Dagegen spräche schon die Tatsache, daß das nachfolgende Material dort überhaupt erscheinen konnte. Jedoch nähern wir uns dort einem Zustand, in dem die täglichen Verbrechen der Herrschenden und ihrer Lakaien einem Widerstand im Volk begegnen, den diese nicht mehr dulden können. Die kürz-

liche Einführung einiger Modellgesetze (zunächst nur für Washington, D. C.), wie z. B. der Vorbeugehaft, durch den Kongreß, auch die direkt vom »Weißen Haus« ausgehenden Versuche, faschistische Schlägertruppen (die »hard hats«) zu organisieren, sind nur zwei von unzähligen Beispielen dafür, daß die ja ohnehin nur zur Nichtbenutzung gedachten »bürgerlichen Freiheiten« Stück um Stück abgeschafft werden und somit der Weg frei wird für die offene Herrschaft einer Minorität über das Volk. Der Titel möchte darauf hinweisen, daß die Indizien für den herannahenden Faschismus sich täglich und immer schneller verstärken, – daß für seine Opfer die Unterschiede zwischen dem täglichen, inzipienten amerikanischen Faschismus und dem offenen, erklärten Faschismus nicht existieren.

Reinhard Lettau

Washington (UPI) – Genauen Aufschluß darüber, wie die Nixons in der Pennsylvania Avenue 1600 wohnen, gab Mrs. Nixon einer Gruppe von Reporterinnen, denen sie auf einer Führung durch die Dienstvilla des Präsidenten auch jene Räume zeigte, welche normalerweise der Öffentlichkeit unzugänglich sind ... Sie verriet, daß Mr. Nixon 50 Telefonanschlüsse aus dem präsidialen Schlafzimmer hat entfernen lassen ... Sie nahm eine Miniatur vom Schreibtisch des präsidialen Schlafzimmers, die einen Ritter in schimmernder Rüstung hoch zu Pferd darstellt, und fügte hinzu: »Er ist mein Ritter.« Am Freitag führte sie die Gruppe auch in Lincoln's Wohnzimmer – »Dicks Versteck« –, wobei sie auf einen ziemlich abgewetzten, samtbezogenen Sessel und eine dazu passende Liege deutete. »Dick kommt spät nachts hier herunter«, sagte sie, »macht die Musik an, läßt seinen Blick auf dem Denkmal Washingtons ruhen und träumt.«

Los Angeles Times (LAT), 20. Sept.

Los Angeles – Vor sieben Jahren erhielt der *Board of Regents* – [vom Gouverneur eingesetzte Kontrollbehörde der Staatsuniversität von Kalifornien (UCLA)] – den Alexander Meiklejohn-Preis der Vereinigung amerikanischer Universitätsprofessoren zur Verteidigung der akademischen Freiheit, insbesondere wegen einer Aufhebung des Redeverbots für KP-Mitglieder auf dem Universitätsgelände der UCLA. Vergangene Woche schlugen die *Regents* den entgegengesetzten Weg ein, als sie die Entlassung von Angela Davis beschlossen, einer kürzlich an die UCLA berufenen Philosophie-Dozentin, die offen zugibt, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein . . . »Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß man Mitglied der Kommunistischen Partei ist und gleichzeitig als Hochschullehrer annehmbar sein kann«, sagte ein *Regent*, der ungenannt bleiben wollte. »Der Kommunismus ist eine kriminelle Verschwörung . . . 25 000 Menschen haben wir in Vietnam geopfert, um den Kommunismus zu bekämpfen, warum sollten wir also zulassen, daß diese Leute unsere Studenten indoktrinieren?« . . . Der Oberste Gerichtshof der USA hat . . . in jüngst getroffenen Entscheidungen . . . antikommunistische Eide und antikommunistische Einstellungsrichtlinien für verfassungswidrig erklärt . . . Im *Board of Regents* gibt es jetzt eine konservative Mehrheit, die aus Beamten von Gouverneur Reagan und einigen langjährigen konservativen Ratsmitgliedern besteht. Diese Männer halten es, wie einer von ihnen feststellte, für ihre Pflicht, durch den Lehrkörper »diesem Griff nach völliger Freiheit« Einhalt zu gebieten. Die Entlassung von Miss Davis wurde von 18 oder 19 der 24 *Regents* gutgeheißen . . . »Wir konnten es einfach nicht hinnehmen als ›kommunisten-freundlich‹ bezeichnet zu werden«, sagte ein Gemäßigter, der gegen Miss Davis gestimmt hatte . . . Die meisten der befragten Regents . . . waren sicher, daß, wie einer sagte, »das erst der Anfang einer Welle von politischen Fällen« sei.

William Trombley, LAT, 22. Sept.

Parris Island, South Carolina (AP) – Wie eine Dienststelle der U.S.-Navy mitteilte, starb ein Marine-Rekrut, der nach eigener Aussage von seinem Ausbilder im hiesigen Ausbildungslager des Marinecorps geschlagen worden war, am Sonntag in einem Krankenhaus in Charleston. Ein Sprecher (des Krankenhauses) weigerte sich, die Todesursache anzugeben.

LAT, 22. Sept.

Los Angeles – Nachdem ein Polizeibeamter aus Gardena ausgesagt hatte, es sei nicht seine Absicht gewesen, auf Dr. David A. Hodgson zu schießen, entschied ein Schwurgericht mit 5 gegen 2 Stimmen, daß der 29jährige Arzt nicht infolge einer verbrecherischen Handlung gestorben sei. Die Entscheidung der Geschworenen-Jury befand den Beamten . . . Bruce für nicht schuldig im Sinne einer fahrlässigen Tötung. Bruce hatte am 29. August letzten Jahres den Bezirksamtsarzt nach einer Verfolgungsjagd erschossen . . . Die Jury, bestehend aus fünf Männern und zwei Frauen, hatte sich 20 Minuten zur Beratung zurückgezogen, ehe sie ihre Entscheidung fällte. Als sie wieder den Gerichtssaal betrat, schien es, als hätte eine der beiden Frauen geweint . . . Bei seiner Vernehmung erklärte Bruce den Geschworenen, er sei mit dem Anhalten seines Streifenwagens so beschäftigt gewesen, nachdem Hodgson sein Motorrad zum Stehen gebracht hatte, daß er seine Waffe, die auf den Kopf des Arztes gerichtet war, nicht völlig unter Kontrolle gehabt hätte. »Bei dem Versuch, den Wagen zu bremsen«, sagte Bruce, »rutschte mein Daumen vom Abzugshahn und löste eine volle Salve aus.« Staatsanwalt Johnson fragte Bruce daraufhin: »Hatten Sie die Absicht, Schüsse abzugeben?« »Nein, bestimmt nicht«, erwiderte Bruce. Diese Aussage von Bruce unterscheidet sich merklich von der, welche die Polizei von Gardena am 29. August, dem Tag des Unfalls also, vor der Presse abgab. Damals behauptete die Polizei, daß Bruce absichtlich auf Dr. Hodgson geschossen hätte, nachdem »es den Anschein hatte«, daß der Arzt »nach einer Waffe in seiner Fahrzeugtasche« greifen wollte. Es wurde keine Waffe gefunden.

LAT, 23. Sept.

Oakland, Kalifornien – Zwei ehemalige Polizisten aus Oakland, die das Büro der Black Panther beschossen hatten, erhielten ein Jahr Gefängnis mit Bewährung, nachdem sie sich für schuldig erklärt hatten.

LAT, 28. Sept.

. . . Kevin Phillips Rezept – wie er es in seinem Buch *The Emerging Republican Society* schildert – Neger, Juden, Liberale und den ganzen Nordosten abzuschreiben und sich statt dessen auf den Süden, Westen und Mittleren Westen zu konzentrieren, war im wesentlichen die Wahlkampfstrategie von Nixon-Manager Mitchell für 1968 . . . Für 1972 hat Mitchell die gleiche Strategie in den Schubladen liegen. Von Mitchell direkt be-

einflußte Regierungsmaßnahmen – Verlangsamung der Schulintegration im Süden, Verwässerung der Wahlrechtsgesetze, die Nominierung von Richter Clement Haynsworth von Süd-Karolina für den Obersten Gerichtshof – stimmen alle mit Phillips großem Modell überein . . . Nicht was Phillips schrieb, erregte den Zorn des Weißen Hauses, sondern die Tatsache, daß er es schrieb . . . Sein entscheidender politischer Fehler war es, *öffentlich* rassische, ethnische und regionale Gruppen abzuschreiben . . .

Rowland Evans und Robert Novak, LAT, 30. Sept.

Miami Beach, Florida – Bundesjustizminister John Mitchell . . . lobte am Montag die Polizei und machte sich über Versuche von Sozialwissenschaftlern lustig, »Verbrecher entschuldigen« zu wollen . . . »Die Regierung Nixon ist nicht nur polizeilichen Maßnahmen wohlgesonnen«, erklärte Mitchell vor der Internationalen Vereinigung von Polizeidirektoren, »sondern in Zweifelsfällen vertrauen wir lieber den guten Absichten der Polizei, als uns auf die schlechten Absichten der Verbrecher zu verlassen.« Als Beispiele dafür, wie die Regierung sich in Zweifelsfällen zugunsten polizeilicher Maßnahmen entschieden hatte, nannte er:

– die Genehmigung für Abhöranlagen zur Ermittlung von Rauschgiftsüchtigen und Verbrecherorganisationen – im Gegensatz zur Politik Johnson, die Abhöranlagen nur in den Fällen verwendete, wo die nationale Sicherheit gefährdet war.

– die Einbringung einer Gesetzesvorlage zur Vorbeugehaft, mit deren Hilfe solche Personen verhaftet werden können, »von denen angenommen werden kann, daß sie ein weiteres Verbrechen begehen, während ihr ursprüngliches Verfahren noch aussteht«.

– die Erlaubnis für die Erlangung bestimmter freiwilliger Geständnisse, die unter Umständen nicht allen Erfordernissen der Miranda-Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gerecht werden. In dieser Entscheidung wurde davor gewarnt, Geständnisse erreichen zu wollen, ohne vorher den Angeklagten über seine verfassungsmäßigen Rechte in Kenntnis gesetzt zu haben.

Mitchell . . . wurde viermal von Beifall unterbrochen . . .

Jack Nelson, LAT, 30. Sept.

San José, Kalifornien – In einem Gerichtsprotokoll ist nachzulesen, was Richter Gerand S. Chargin vom Superior Court sagte, als er einen

17jährigen Mexiko-Amerikaner wegen Inzests verurteilte: »... die Mexikaner glauben, daß sie sich von ihrem dreizehnten Lebensjahr an wie Tiere benehmen können und finden nichts schlimmes dabei ... Wir sollten dich des Landes verweisen – dich nach Mexiko zurückschicken. Für das was du getan hast, sollte man dich für den Rest deines Lebens ins Gefängnis stecken. Du solltest Selbstmord begehen ...« Der Richter sagte noch: »Hitler hatte vielleicht doch recht. Eigentlich sollten diese Tiere in unserer Gesellschaft vernichtet werden, da sie kein Recht haben, unter Menschen zu leben ...« *Ruben Salazar, LAT, 2. Okt.*

Whittier, Kalifornien – Sieben Beamte des Rauschgiftdezernats kamen kurz nach Mitternacht am Apartmenthaus in der S. Comstock Avenue 8031-33 in Whittier an ... Irrtümlich drangen sie in die Apartments B und D im unteren Stockwerk ein ... In das Apartment B gelangten sie, indem sie gewaltsam die Tür aufbrachen ..., wo die etwa 50jährige Mrs. Florence Mehan und ihre 12jährige Tochter Susan schliefen. Mrs. Mehan berichtete, daß sie erwachte und drei Männer in Zivilkleidung, jeder eine Waffe in der Hand, in ihrem Zimmer erblickte. »Ich sah drei Männer«, berichtete Mrs. Mehan der Los Angeles Times am Freitag. »Einer von ihnen packte mich am Arm. Ich schrie und rannte aus dem Zimmer. Ich dachte, sie würden über mich herfallen« ... Die Nachbarn berichteten, daß sie Schreien und Lärm aus der Wohnung von Mehans hörten und daraufhin vor ihre Türen gingen. Unter jenen, die das Schreien gehört hatten, befand sich auch Mrs. Mehans Schwiegersohn, (Heyward Henry) Dyer, 22, der ein höher gelegenes Apartment bewohnte, das auf der Durchsuchungsliste nicht aufgeführt war. Er eilte die Treppen zum Apartment seiner Schwiegermutter hinunter und fand dort Beamte mit gezogener Waffe vor. Etwa um diese Zeit begaben sich die anderen Beamten, nachdem sie gemerkt hatten, daß sie in das falsche Apartment eingedrungen waren, in die beiden Wohnungen im darüberliegenden Stockwerk, die auf ihrer Liste standen. Eine lag direkt über der von Mrs. Mehan. Nach Dyer traf noch seine Frau, die im 7. Monat ein Kind erwartet, mit ihrem 22 Monate alten Sohn Francis in der Wohnung der Schwiegermutter ein. In der darüberliegenden Wohnung hielt Kriminalkommissar Frank Sweeney (von der Rauschgiftabteilung des Polizeibüros von Vernon) seine Waffe in Richtung Fußboden. Aus noch ungeklärten Gründen löste sich aus dem Gewehr ein Schuß, die Kugel durchschlug den Fußboden

und traf Dyer, der in der darunterliegenden Wohnung sein Baby in den Armen hielt, in den Kopf. Das Kind fiel auf den Boden und erlitt geringfügige Verletzungen . . . Dyer war auf der Stelle tot.

Noel Greenwood, LAT, 4. Okt.

Washington – Der Sonderbeauftragte der Vereinigten Staaten bei den Auseinandersetzungen um die von Peru angestrebte Enteignung amerikanischer Ölfirmen ist Berater einer Foundation, die mit einem Aktienpaket von 240 Millionen Dollar an der Muttergesellschaft der enteigneten Firma beteiligt ist. Weder John Irwin II, die Rockefeller-Foundation noch das State Department sehen in dieser Konstellation irgendeinen Interessenkonflikt . . .

Washington Post, 5. Okt.

Atlanta, Georgia – Mehr als 15 Jahre, nachdem der Oberste Gerichtshof entschieden hat, daß die Rassentrennung an Schulen verfassungswidrig ist, sagt der Präsident, daß jene Leute, die auf die endgültige Durchsetzung dieser Entscheidung drängten, ebenso wie die Befürworter der Parole »Rassentrennung für immer« einer »extremen Gruppe« angehörten. Die Befürworter der Verwirklichung des Gesetzes mit jenen gleichzusetzen, die sich ihm in den Weg stellen, zeugt selbst bei einem Politiker für eine ziemlich verkrampfte Logik. Doch ist diese Logik nicht weniger paradox als die harte Rede von Justizminister Mitchell über die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, stellt man sie der Feststellung seines Sekretärs für Bürgerrechtsfragen gegenüber, daß die Regierung einer etwaigen Anordnung des Obersten Gerichtshofs über die unverzügliche Einrichtung von Gemeinschaftsschulen in Missisippi nicht nachkommen könne . . . Fest steht – selbst wenn die amtliche Schätzung über die Anzahl der Gemeinschaftsschulen in diesem Jahr zutrifft (wobei von einigen Bürgerrechtsanwälten behauptet wird, daß die Statistiken künstlich hochgehalten würden) –, daß noch immer mehr als zwei Millionen Negerkinder rein schwarze Schulen besuchen – etwa ebensoviel wie 1954 . . . Mr. Nixons Feststellungen müssen für Leroy Young aus Worth County, Georgia, unverständlich klingen; Leroy Young ist Neger; sein Sohn James besuchte die erste Klasse, als die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gegen die Rassentrennung fiel; – auch danach besuchte er nur rein schwarze Schulen, erhielt seine Einberufung und kehrte im vergangenen Jahr kriegsversehrt

aus Vietnam zurück, um zu erfahren, daß seine beiden elf- und vierzehnjährigen Schwestern ins Gefängnis geworfen worden waren, weil sie sich mit weißen Mitschülern geschlagen hatten, von denen sie in einer Gemeinschaftsklasse schikaniert wurden ... In vielen Gegenden, wie zum Beispiel in Pike County, Georgia, wo einige zornige weiße Väter mit umgehalfterten Pistolen in der Gegend herumlaufen, ist der Widerstand gegen die Entscheidung von 1954 stärker als je zuvor ...

Jack Nelson, LAT, 5. Okt.

Los Angeles – Vier Zeugen, darunter ein Polizeibeamter, sagten am Freitag vor einem Geschworenen-Gericht aus, daß die Beamten des Rauschgiftdezernats, die in einem Apartmenthaus in Whittier eine Hausdurchsuchung durchgeführt hatten, nach Alkohol gerochen hätten ... Ergänzend berichtete ein Zeuge, daß sich der Schuß aus Sweeneys Gewehr gelöst hätte, nachdem er es entsichert hatte, um damit den 26jährigen Arthur Ronald DeVore, der zu den Gesuchten gehörte, zu bedrohen. (DeVore wurde nicht festgenommen, da sich ganz offensichtlich kein Rauschgift in seinem Besitz befand) ... Gates (der Zeuge) sagte aus, »Sweeney hat mir ein paarmal ganz schnell mit dem Gewehr vor dem Gesicht herumgefuchtelt«, ohne ihn jedoch wirklich zu treffen. Dann wandte sich Sweeney, nach der Aussage von Gates, DeVore zu, entsicherte sein Gewehr und fuhr ihn an: »Weißt du, was das bedeutet? Stell' dich an die Wand oder ich blas dich an die Wand.«

Noel Greenwood, LAT, 10. Okt.

Washington (Reuter) – Der Senat stimmte mit 65 gegen 16 Stimmen für einen Antrag des republikanischen Senators Wallace Bennett (Utah), Gewehr- und Schußwaffenmunition von der gesetzlichen Registrierpflicht (Schußwaffengesetz von 1968) zu streichen ... »Den rechtmäßigen Waffenbesitzer beunruhigt das ... er ist unglücklich«, erklärte Bennett.

LAT, 10. Okt.

Major Robert F. Marasco von den Green Berets, den die Armee beschuldigte – die später die Anklage fallen ließ –, einen südvietnamesischen Zivilisten erschossen zu haben, erhielt bei der Parade zum Kolumbustag die Stadtschlüssel von Newark.

LAT, 14. Okt.

Los Angeles – Polizeichef Edward M. Davis lehnte ein Ersuchen seiner Beamten ab, an einer öffentlichen Veranstaltung zu dem Thema »Die Polizei, die Verfassung und die amerikanische Union zum Schutz der Rechte des Bürgers (American Civil Liberties Union, ACLU)« teilzunehmen. Die Veranstaltung geht von der San Fernando Valley Ortsgruppe der ACLU aus. Ein Sprecher des Polizeipräsidiums von Los Angeles sagte, Davis sehe in dem Forum den Versuch einer dritten Partei, sich mit Beschwerden über Polizeipraktiken in das Verhältnis zwischen Polizei und ortsansässigen Bewohnern einzumischen.

LAT, 15. Okt.

Los Angeles – Am frühen Donnerstagmorgen wurde in Malibu ein Milchmann von einem dienstfreien Polizisten aus Los Angeles erschossen, weil der Beamte ihn für einen Einbrecher gehalten hatte . . . Hilfssheriffs berichteten, daß der Polizist Warren L. Wanamaker ihnen gegenüber ausgesagt habe, er sei durch ein Geräusch geweckt worden. Er dachte, es handle sich um einen Einbrecher; daraufhin sei er hinausgegangen und habe mit seiner 38er Dienstpistole in Richtung des Geräusches geschossen. Es wurde keine Anklage erhoben.

LAT, 16. Okt.

New York City (AP) – Der Rat der Kirchen von New York City verlieh Mr. Nixon den Preis »Family of Man« für »seinen großen Beitrag zum Wohle der Menschheit«.

LAT, 16. Okt.

Mit dem außerordentlichen Gespür eines erfolgreichen Karrierebürokraten überprüfte Dr. George Irving die Liste derjenigen Staaten, die in einem Untersuchungsbericht über die nationale Ernährungslage aufgeführt waren, in welchem das Ausmaß des Hungers in Amerika festgestellt werden sollte. Etwa in Mitte der Spalte erstarrte sein Blick; er rief unverzüglich den Abgeordneten James Whitten an, den Mann, der in Washington als der »ständige Landwirtschaftsminister« bekannt ist. »Herr Vorsitzender, man hat den Staat Mississippi auf dieses Studienpapier für Unterernährung gesetzt. Ich könnte mir denken, daß Sie das interessiert«, meldete Irving, der Leiter des Forschungsdienstes im Landwirtschaftsministerium ist.

Während des entscheidenden Teils seiner 18jährigen Stellung als Vorsitzender des parlamentarischen Unterausschusses für Fragen der Landwirtschaft hatte der wendige Jamie L. Whitten mit eiserner Hand über das Budget des Landwirtschaftsministeriums gewacht. Das ganze Ministerium mit seinen 107 000 Angestellten ist auf jede Laune des Demokraten aus Mississippi abgestimmt.
»George, eine weitere Hetzkampagne gegen Mississippi wird es nicht mehr geben, oder?« forderte Whitten von seinem Informanten ... So wurde August 1967 der erste bedeutende Versuch der Regierung Johnson, die Ursachen des Hungers in Mississippi zu ermitteln, durch die Angst des Ministeriums vor einem einzigen Kongreßmitglied abgewürgt ... 1969 beschwerte sich Whitten bei Senator McGovern, daß Hunger in Wirklichkeit kein Problem sei, daß »Neger selbst dann nicht arbeiten würden«, wenn man ihnen kostenlos Essen gäbe, und daß McGovern nur die Revolution schüren würde, wenn er sich auch weiterhin um Essensmarken für die ärmsten Amerikaner bemühe ...

Nick Klotz, Washington Monthly, 17. Okt.

[Eine unbedachte Bemerkung] Das Justizministerium unter Bundesjustizminister John N. Mitchell verweigerte bislang jede Erklärung zur Gesetzesvorlage über die Aufhebung der bestehenden gesetzlichen Vollmacht für die Errichtung von Haftlagern. Von dieser Vollmacht wurde seit ihrer Annahme vor 19 Jahren nie Gebrauch gemacht. Es wurde jedoch vorläufig entschieden, der Aufhebung entgegenzuwirken, wenn und falls es im Kongreß zu Hearings kommen sollte, – was die Angst vor Konzentrationslagern in den Ghettos des ganzen Landes nur noch verstärkte ... Einer der Gründe (für diese Angst) war eine Empfehlung des Ausschusses für un-amerikanische Umtriebe vom Mai 1968, in der nahegelegt wurde, Haftlager für schwarze Nationalisten und Kommunisten zu errichten, – gemäß den Bedingungen des Gesetzes für Innere Sicherheit (McCarran-Act) von 1950. Der Artikel II dieses Gesetzes gibt dem Bundesjustizminister (im Falle eines vom Präsidenten ausgerufenen Notstands) die Vollmacht, Personen in Haftlagern festzuhalten, von denen angenommen werden kann, daß sie sich »wahrscheinlich ... an Spionage- oder Sabotageakten beteiligen« ... Aufgrund eines Artikels von Elizabeth B. Drew im *Atlantic Monthly* erhielten die Gerüchte neue Nahrung. Dem Artikel zufolge soll Staatssekretär Richard Kleindienst gesagt haben: »Wenn

manche Leute so demonstrieren, daß sie andere Bürger dabei belästigen, dann sollte man sie festnehmen und in ein Haftlager stecken.« Mrs. Drew besitzt wörtliche Aufzeichnungen, die im Widerspruch zu dem lahmen Dementi des Justizministeriums stehen, und mit deren Hilfe sich Kleindiensts unbedachte Bemerkung belegen läßt . . .

Rowland Evans und Robert Novak, LAT, 17. Okt.

[Über Maßstäbe] Washington – Bei einer nochmaligen Prüfung der Vorwürfe gegen Haynsworth sagte Mr. Nixon, der Richter hätte den Vorsitz über sechs Fälle – in denen es unter anderem um Kunden eines Automatenkonzerns ging, von dem er selbst Aktienanteile besaß – nicht ablehnen sollen, wie es seine Kritiker von ihm gefordert hatten. »Wenn wir derartige Maßstäbe an alle Bundesrichter im ganzen Land anlegen müßten«, erklärte Mr. Nixon, »so würde ich meinen, daß wahrscheinlich die Hälfte von ihnen zur Verantwortung gezogen werden müßte . . .«

Ronald J. Ostrow, LAT, 21. Okt.

New York City – In den Kreisen der New-Yorker Innenarchitekten ist die gegenwärtig am meisten diskutierte Frage, wann die Regierung Nixon wohl an die Umgestaltung der Galasäle des Weißen Hauses gehen wird, die von der früheren Mrs. Kennedy so prachtvoll restauriert worden waren. Fest steht, daß hinter dem Rücken der Öffentlichkeit bereits etwas geschieht. Bis zur Stunde sind die Entscheidungen und Diskussionen darüber ein gut gehütetes Geheimnis. Sarah Jackson Doyle, die schlanke und etwas extravagante New-Yorkerin, Pat Nixons Beraterin für Innenarchitektur, wurde vergangene Woche in einem Studio von Scalamandre mit einem halben Dutzend Zeichenmappen gesehen, auf denen »Weißes Haus« stand . . . Mrs. Nixon braucht nicht eigens nach Rechtfertigungen zu suchen, wenn sie sich an die Einrichtung des Weißen Hauses macht, was ja nicht mehr allzu lange hinausgezögert werden kann, da alles schon ein bißchen schäbig wird . . . Mrs. Doyle wurde allgemein für ihre Arbeit gelobt, die sie bisher an dem Wohnflügel und den Büroräumen des Präsidenten vorgenommen hat. Kein Kompliment jedoch entzückte sie so sehr wie die Anerkennung, die ihr der Schah von Persien gelegentlich eines kürzlich abgehaltenen Staatsbanketts zuteil werden ließ. Als Mrs. Doyle ihm, zusammen mit anderen Gästen, vorgestellt wurde, nahm er sie beiseite, um ihr seine Anerkennung auszusprechen. Mrs. Doyle meinte, daß der Schah

das lediglich aus Höflichkeit getan habe, doch erzählte ihr am nächsten Morgen Mrs. Nixon, daß der Schah beim Anblick der neuen Inneneinrichtung ausgerufen habe, sie wäre »nie so schön gewesen« . . .

Maxine Cheshire, Washington Post, 27. Okt.

Ein rein weißes Geschworenen-Gericht in Forrest City, Arkansas, verurteilte den militanten Schwarzen Lance (Sweet Willie Wine) Watson als »Unruhestifter«; er war nachts von einem weißen Mob in der Stadt zusammengeschlagen worden. Watson war bei der Urteilsverkündung nicht anwesend. Watson, der der Anführer der aus Memphis stammenden Gruppe der »Invaders« war, wurde am 26. August im Verlauf von Rassenunruhen von aufgebrachten Weißen angegriffen. Bei der Schlägerei zog er sich Verletzungen im Gesicht und einen gebrochenen Ellenbogen zu.

LAT, 29. Okt.

Jacksonville, Florida (AP) – Ein Ladenbesitzer erzählte Journalisten: »Der Zigarettenvertreter (William A. Simmons, 23) kam in unseren Laden und überprüfte die Bestellung, ehe wir bezahlten. Ich vermute, er kam auf die Idee, als er einen Blick auf seinen Lieferwagen warf und sah, wie sie ihn plünderten. Einige Jungen brachen in den Wagen ein und stahlen eine Stange Zigaretten. Der Fahrer zog seine Waffe und erschoß den Jungen« . . .

LAT, 1. Nov.

Washington – Für Mr. Nixon ist das Frühstück nicht nur die richtige Zeit, um über schwebende Gesetzesvorlagen oder die Regierungspolitik zu sprechen. Es ist auch die richtige Zeit, um zu beten . . .

Louis Cassels, Senior Editor von UPI, LAT, 2. Nov.

Los Angeles – Gabriel Johnson (Professor für Geschichte und Vorstand des Akademischen Senats der Universität von Kalifornien in San Diego), stellte fest, daß die Begriffe der Unparteilichkeit und der wissenschaftlichen Objektivität sehr in Verruf gekommen seien, als »es keinen einzigen Öl-Geologen im Lehrkörper der Universität von Kalifornien gab, der in der Öl-Affäre von Santa Barbara aussagen wollte«, weil alle in der einen oder anderen Weise von den Öl-Gesellschaften mit Forschungsgeldern unterstützt wurden . . .

William Trombley, LAT, 3. Nov.

Los Angeles – Zorro, der eigentlich Thomas Matthew Fox hieß, wurde am 9. August 1935 in Oklahoma City geboren ... Schon als Kind begann er sich für Musik zu interessieren und entwickelte ein Talent für mehrere Instrumente, besonders für Trompete. Als er zur Armee kam, konnte er sehr gut Horn blasen. Aber irgend etwas passierte mit Fox, als er in Korea war, und nach seiner Entlassung aus der Armee erhielt er von der Veteranenbehörde eine Kriegsversehrtenrente. Lorenzo Fox, sein Stiefbruder, äußerte erst im Februar dieses Jahres gegenüber dem Hauswirt seines Bruders, daß Zorro »nie mehr ganz in Ordnung« gewesen sei, seit er aus Korea zurückkam. Fox zog vor etwa fünf Jahren nach Los Angeles ... Im Oktober 1967 bezog er eine kleine Wohnung am 84th Place, die Michael Frazier gehörte ... Wie sich Frazier erinnert, ging Fox fast täglich und manchmal auch nachts an die Ecke 84th Place/Olive Street und spielte auf seiner Trompete; dann zog er für gewöhnlich drei Blöcke weiter zur Kreuzung Broadway/Manchester Boulevard, um sein Konzert an allen vier Ecken der Kreuzung zu wiederholen. »Nie spielte er Melodien, die man irgendwie gekannt hätte«, erinnerte sich ein Mädchen. »Es war nur ein Haufen wilder Töne.« ... Thomas Fox, Neger, wurde katholisch und nannte sich Thomas Zorro. Er malte ein großes Schild, das er vor seiner Tür anbrachte und auf dem zu lesen war, daß er im »Zorro Theatrical Studio« Unterricht in praktisch allen Künsten erteile: Schreiben, Musik, Tanz, Schauspiel, Photographie. Und nachts, so erinnert sich ein Nachbar, »konnte man ihn in seiner Wohnung reden und alle möglichen Unterrichtsstunden geben hören. Doch war nie jemand bei ihm« ... Offensichtlich bemühte er sich unermüdlich um die Vervollkommnung eines Songs, der »Cuidado!« oder »Sei vorsichtig!« hieß. Sein Apartment war übersät mit handgeschriebenen Kopien des Songs, wobei es sich ausschließlich um Versionen der »Violin- und Trompetenstimme« handelte.

Zorro bekam zum ersten Mal anfang dieses Jahres Ärger mit der Polizei, als jemand sich über sein öffentliches Trompetenspiel beschwerte. Er mußte wegen Bedrohung eines Polizisten für einige Tage ins Gefängnis. Als er wieder herauskam, erzählte er Frazier, die Polizei wolle ihm seine Musik wegnehmen; deshalb trug er seine Noten in einer zerschlissenen Stofftasche immer mit sich herum. Das meiste davon waren zahlreiche Kopien von »Cuidado!« – »Sei vorsichtig!« ... Die Haft hatte Zorro erbittert, erinnert sich Frazier, »und er sah von nun an in der Polizei seinen Feind. Er bekam es richtig mit der Angst zu tun bei dem Gedanken, sie

könnten ihn verfolgen und ihm seine Musik wegnehmen«. Zorros Befürchtungen waren nicht unberechtigt, denn am 25. Juli dieses Jahres wurde er wieder von der Polizei festgenommen, nachdem gegen ihn Anzeige wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses erstattet worden war. Diesmal riß ihm ein Polizeibeamter die Trompete aus der Hand und verbog sie zweimal vor seinen Augen, berichteten die Nachbarn . . .
Am Sonntagmorgen stand Zorro auf . . . nahm seinen Revolver, ging zur Olive Street und fing an, in die Luft zu schießen. Eine Frau von der gegenüberliegenden Straßenseite rief die Polizei an. Die Beamten verteilten sich daraufhin in der Umgegend und erfuhren, daß Zorro wieder nach Hause gegangen sei. Während die Polizei Vorder- und Hinterausgang im Auge behielt, stürmten die Beamten David Adair, 22, und Gerald Howden, 23, durch die vordere Eingangstür. Zorro gab einen Schuß ab und traf beide Beamte mit einer einzigen Kugel in den Arm. Dann rannte er durch den Hinterausgang, wobei er im Laufen schoß. Zwei von Zorros Kugeln trafen den Beamten Michael Keller, 23, in den Magen und die rechte Schulter, – *doch erst nachdem* Keller und ein anderer Beamter die gesamte Ladung einer Dienstpistole und eines Gewehres auf den Mann abgeschossen hatten. Zorro brach tot zusammen . . .

Dave Smith, LAT, 3. Nov.

Los Angeles – Eine Verfolgungsjagd über fünf Meilen endete damit, daß zwei Männer, die in einem Lastwagen von den sie verfolgenden Polizisten getroffen wurden, wegen Bedrohung mit einer tödlichen Waffe (dem Lastwagen) angeklagt wurden . . . Wie von seiten der Polizei verlautete, hätten die Beamten versucht, die Männer anzuhalten, *nachdem* sie irrtümlicherweise eines Überfalls verdächtigt worden waren, diese sich jedoch geweigert hätten anzuhalten. Die Polizisten setzten daraufhin zur Verfolgung an, bis sie schließlich vom Fahrer des Lastwagens gerammt wurden. Die Beamten gaben mindestens ein Dutzend Schüsse auf den Lastwagen ab, wobei sie die beiden Männer verwundeten und so die Verfolgungsjagd beendeten.

LAT, 4. Nov.

[Drei Jahrhunderte des Experimentierens] Washington (UPI) – Der Indianer ist »Amerikas Kriegsgefangener«, Angehöriger einer verarmten Minderheit, die von zahllosen Regierungsbeamten beherrscht wird und

deren Aufgabe es ist, völlig fehlgeschlagene Programme durchzuführen, – dies wurde am Donnerstag von einer Studiengruppe festgestellt. In dem buchdicken Report *Our Brother's Keeper: The Indian in White America* untersuchte das Citizens' Advocate Center (CAC) das Los der Indianer in den Vereinigten Staaten ... Der »Brother's Keeper« ist das Büro für die Belange der Indianer (BIA), in dem die Verwaltung sich einen Überblick über die Indianerprobleme in den USA verschafft. Die Verwaltung verfügt jetzt über so viele Beamte, daß jeder von ihnen 18 Indianer betreut, heißt es in dem Report. »Die Indianer machen nicht mehr als 0,5% unserer Bevölkerung aus«, heißt es weiter. »Daß wir gegenüber so wenigen versagt haben, macht das Ausmaß unseres Versagens nach drei Jahrhunderten des Experimentierens um so erschreckender« ...

LAT, 6. Nov.

Los Angeles – Gegen den Polizisten Frank Sweeney aus Vernon wird keine Anklage wegen Totschlags im Zusammenhang mit der versehentlichen Tötung eines 22jährigen Mannes aus Whittier am 3. Oktober erhoben werden, erklärte Staatsanwalt Evelle J. Younger am Donnerstag. Younger führte aus, daß die Erschießung von Heyward Henry Dyer zwar eine Tragödie sei und Sweeney »ein sehr mangelhaftes Urteilsvermögen an den Tag gelegt« und sich »berufswidrig verhalten« habe, doch rechtfertige das nicht die Erhebung einer Anklage ...

Ron Einstoss, LAT, 7. Nov.

Los Angeles – Zwei Polizeibeamte erschossen einen 72jährigen ehemaligen Häftling, der ihrer Aussage nach mit seinem Wagen auf sie losfuhr, als sie ihn zur Vernehmung in einer Rauschgiftsache angehalten hatten. Die Zivilbeamten Melvin L. Kissinger, 42, und Alexander Tinigrides, 34, gaben je drei Schüsse auf Samuel McMurray, wohnhaft 2176 Firestone Boulevard, ab ...

LAT, 7. Nov.

Sacramento, Kalifornien (AP) – Die Militärbehörde von Kalifornien fordert von der Staats- und Bundesregierung 484 000 Dollar an, um eine Zentralkartei über Einzelpersonen und politische Gruppen anlegen zu können, die sich an öffentlichen Unruhen beteiligen. Brigadegeneral Bernard J. Kitt, stellvertretender Generaladjutant, erklärte, man würde

keine Sonderbeamten für die Beschaffung der nötigen Unterlagen einsetzen. Statt dessen, so führte er aus, würde seine Organisation einfach verfügbare Informationen aus schon bestehenden Quellen, wie Zeitungsberichten und Polizeibüros zusammentragen . . .

LAT, 7. Nov.

Washington – Auf seiner abschließenden, nicht-öffentlichen Sitzung über ein Gesetz zur Beseitigung von Steuerlücken, stimmte der Finanzausschuß des Senats neuen, besonderen Steuererlassen zu, mit deren Hilfe zwei großen Gesellschaften Millionen Dollar erlassen werden. Die Firmen, Uniroyal Inc. und Mobil Oil Corp., werden in diesem drastischen Steuerreform-Entwurf nicht namentlich aufgeführt, doch wurden Paragraphen eingebaut, um ihre Forderungen nach besonderer Berücksichtigung gegenüber der Aufhebung des 7%igen Investitionssteuer-Kredits zu entsprechen. Zuvor hatte der Ausschuß darüber entschieden, daß für die McDonnell Douglas Corp. die gleiche Sonderregelung gelte, die bereits von einem anderen parlamentarischen Ausschuß (dem ›House Ways and Means Committee‹) der Lockheed Aircraft Corp. zugesprochen wurde . . .

Murray Seeger, LAT, 9. Nov.

Los Angeles – Ein Hausbesitzer . . . Doyle Heard, 56, . . . war von Kindern belästigt worden, die über den Zaun kletterten und seine Gartenanlage zertraten. Als er am Sonntag von der Kirche zurückkam, erfuhr er von seiner Haushälterin, daß schon wieder Jungen in seinem Garten wären . . . Heard nahm seine 38er Pistole, um die Kinder zu verjagen, und gab einen Schuß ab . . . Heard sagte, er habe in die Erde geschossen, aber der Junge wurde in die Brust getroffen. Der verwundete Junge rannte nach Hause und brach dort zusammen. Um 14 Uhr 12 wurde in der Unfallstation des städtischen Krankenhauses sein Tod festgestellt . . .

LAT, 10. Nov.

Politischer Instinkt war es, sagte Gouverneur Nelson A. Rockefeller, der ihn veranlaßte, der Menge zuzuwinken und zu lächeln, als er während seiner Lateinamerika-Reise neben François Duvalier, dem Diktator von Haiti, stand. »Ich weiß nicht, wie man sich unter diesen Umständen sonst verhalten sollte«, sagte er zu dem demokratischen Abgeordneten Jonathan B. Bingham aus New York . . . *LAT, 13. Nov.*

Vom Secret Service ausgearbeitete Richtlinien sind an Behörden und Polizeibüros verschickt worden, vermutlich um die für den besseren Schutz des Präsidenten als wesentlich erachteten Informationen schneller auswerten zu können ... Dem Sprachgebrauch zufolge sollen besonders Informationen über »Ruhestörungen« zusammengetragen werden. Außerdem wird aufgefordert, über solche Personen etwas in Erfahrung zu bringen, die »abfällige Bemerkungen« über Regierungsbeamte machen ... In den Richtlinien werden jeder und alle Amerikaner gebeten, Informationen über die Ansichten und Haltung ihrer Mitbürger zu liefern ...

Roy Wilkins, LAT, 17. Nov.

... Bei einer kürzlich veranstalteten Umfrage, bei der Bürger aufs Geratewohl aufgefordert wurden, wörtlichen Zitaten aus der amerikanischen Verfassung zuzustimmen, stellte sich heraus, daß mehr als die Hälfte dies nicht nur ablehnte, sondern den zitierten Text sogar heftig verurteilte ...

Roy Wilkins, LAT, 17. Nov.

Washington (UPI) – Der demokratische Senator John L. McClellan (Arkansas), der Vorsitzende im Senatsausschuß für Verbrechensbekämpfung, erhob am Montag den Vorwurf, daß die Bundesrichter sich weigerten, Mafiagangster zu hohen Gefängnisstrafen zu verurteilen ... Er fügte hinzu, aus Statistiken der FBI ginge hervor, daß Strafgefangene, die mit Sicherheit als Mafiamitglied identifiziert worden seien, »in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle entweder gar keine oder eine zu kurze Gefängnisstrafe erhielten, – jedenfalls zu kurz, um den Verklagten daran zu hindern, unverzüglich seine Verbrecherlaufbahn wieder einzuschlagen« ...

LAT, 18. Nov.

Washington (AP) – Das Presseamt der Vereinigten Staaten hat einen Film produziert und in 104 Länder verschickt, in dem gezeigt werden soll, daß die meisten Amerikaner, trotz der heftigen Friedensdemonstrationen, die Politik Präsident Nixons unterstützen ...

LAT, 19. Nov.

San Francisco – Am 23. Januar, während des viermonatigen Streiks am San Francisco State College, fuhren einige Hundertschaften von Polizei auf dem vom Regen aufgeweichten Universitätsgelände auf, um 435 Per-

sonen bei einer nicht genehmigten Versammlung festzunehmen ... Vor den Untersuchungsrichtern erklärten sich 254 für schuldig oder verweigerten die Aussage; 104 Personen wurden nach Verhandlungen wegen einem oder mehrerer Vergehen verurteilt, 67 wurden freigesprochen und in 3 Fällen wurde die Anklage niedergeschlagen. Sieben stehen gegenwärtig vor Gericht. Die Strafen reichten von Geld- und Bewährungsstrafen bis zu einem Jahr Gefängnis ... In den meisten Fällen stützte sich die Beweisführung in erster Linie auf Polizei-Photos, die bei der Festnahme der Studenten geschossen wurden ... Trotz der Gleichartigkeit der Beweismittel kamen die Gerichte zu unterschiedlichen Entscheidungen über die Angeklagten. So wurden beispielsweise drei aus einer Gruppe von sechs Personen in allen drei Punkten der Anklage für schuldig befunden, zwei freigesprochen und einer in einem Punkt der Anklage für schuldig befunden, in den beiden anderen nicht. »Das ist sehr schwierig zu erklären«, stellte Richter Kennedy fest ... Wie vorherzusehen war, wurden diejenigen Angeklagten, die den Prozeß zu einem politischen Forum machten, ... in der Regel härter verurteilt. So erhielten beispielsweise drei Mitglieder der Progressive Labor Party (PLP), die sich vor Gericht selbst verteidigten, Gefängnisstrafen von einem Jahr ... In einer Gerichtsverhandlung sagte der Richter zu den Geschworenen, die gerade über einen Fall berieten: »In diesem Fall gilt es zu entscheiden, ob der Mob oder ob die Regierung die Herrschaft ausübt« ... Studenten, die versuchten, gegen ihr Urteil Berufung einzulegen, wurde ein Hindernis in den Weg gelegt, das von ihnen als unfair bezeichnet wird. Obwohl sie als mittellos gelten und somit Anrecht auf einen Pflichtverteidiger haben, wurde mehreren die unentgeltliche Abschrift der Verhandlungsakten verweigert, ohne die fast keine Aussicht auf eine erfolgreiche Berufungsverhandlung besteht, – die zudem immer zwischen 3000 und 6000 Dollar kostet. Leo Sherwood, ein Rechtsanwalt aus San Francisco, der freiwllig seine Dienste anbot, stellt dazu fest: »Das Ziel der ganzen Angelegenheit ist es, den Streik zu brechen. Das wird auch erreicht. – doch individuelle Gerechtigkeit gibt es dabei nicht« ...

Philipp Hager, LAT, 24. Nov.

Washington – Mr. Nixon findet es beruhigend, wenn kurz vor der Ankunft eines ausländischen Würdenträgers eine Menge gutgekleideter, fröhlicher und umgänglicher Leute zur Stelle ist, um mit den richtigen

Flaggen zu winken und im richtigen Augenblick wegzugehen . . . Ein Beamter des Weißen Hauses (der auch als Regisseur fungiert), ruft zu gegebener Zeit eine Bundesbehörde an und verlangt soundsoviel Stück Leute. Die Angestellten werden gewöhnlich gefragt, ob sie kommen wollen, aber gelegentlich zwingt man Arbeiter zu erscheinen. Ein Regierungsbus, den manchmal das Militär zur Verfügung stellt, holt die Leute von ihrer Dienststelle ab. Um Wiederholungen vor den Fernsehkameras zu vermeiden, gehen in den Behörden die Verpflichtungen zur Teilnahme an den Massenszenen reihum. Die Aufforderung ergeht an verschiedene Ämter, je nachdem, welchem Mann zugejubelt werden soll . . . Wenn das Jubelkontingent am Weißen Haus eintrifft, wird es in ein bestimmtes Gebiet getrieben und jeder erhält ein Fähnchen von den Vereinigten Staaten oder des Gastlandes. Ist der Jubel vorbei, werden die Regierungsabteilungen mit dem Hinweis zu ihrer Dienststelle zurückgebracht, ihre Arbeit wieder aufzunehmen . . .

LAT, 26. Nov.

Stanford, Kalifornien – Die Studenten, die der konservativen Vereinigung »Young Americans for Freedom« angehören und den Segen der hiesigen Polizei haben, postieren sich an strategisch wichtigen Punkten, um Demonstranten, die das Gesetz brechen, zu fotografieren und später zu identifizieren. Insgesamt übergaben sie den Behörden mehr als 550 Fotos; Harvey H. Hukori Jr. z. B. (ein 23jähriger Absolvent in »Kommunikation«) findet es nicht beschämend, seine Mitstudenten der Justiz auszuliefern . . .

LAT, 28. Nov.

Savannah, Georgia (UPI) – Ein Vietnam-Veteran, der Berichte über Grausamkeiten während seiner Dienstzeit anbot, die er mit eigenen Augen gesehen hat, bekam am Sonntag den Druck einer aufgebrachten Öffentlichkeit zu spüren. Fred Sedahl, ein Reporter bei der Savannah Morning News, ist, wie er sagte, seit dem Erscheinen seines Berichtes mit Telefonanrufen überschüttet worden. Sedahl hatte einen Vorgang aus dem Jahr 1966 beschrieben, wo ein gefangener Viet Cong aus einem Hubschrauber geworfen wurde, weil er sich geweigert hatte, Informationen preiszugeben. »Sie sollten mal mit mir zusammen einen Ausflug im Hubschrauber machen«, sagte ein Anrufer am Sonntag. »Ich wüßte ganz

genau, was man mit Typen wie Ihnen machen müßte. Sie selbst müßte man mit hoch nehmen und dann rauswerfen.« Ein anderer drohte: »Man sollte Ihr Haus niederbrennen, und vielleicht macht das bald tatsächlich einer« . . . *LAT, 1. Dez.*

Washington – George C. Wallace sagte, die Regierung vertrete die gleiche Position, die er 1968 eingenommen habe; er erklärte weiter: »Ich wünschte, ich hätte meine Reden urheberrechtlich geschützt oder beim Postamt gemeldet, dann würde ich jetzt ungeheure Summen von Mr. Nixon und besonders von Mr. Agnew kassieren«.

Washington Post, 1. Dez.

Washington (AP) – Aus einem am Sonntag veröffentlichten Bericht des Präsidenten des Bundesrechnungshofs geht hervor, daß bei 22 Verträgen, welche die U. S.-Luftwaffe mit der Lionel Pacific Corporation von Anaheim abgeschlossen hatte, die Profite 12,9% bis 14,02% über den Kosten lagen. Der Durchschnittsprofit bei den Verträgen betrug 245%, heißt es in dem Bericht. (Offizielle Vertreter der Firma waren für eine Stellungnahme am Sonntag nicht erreichbar.)

LAT, 1. Dez.

Washington (UPI) – Bundesjustizminister John N. Mitchell hat entschieden einem kürzlich von höchster Stelle veröffentlichten Bericht widersprochen, wonach Armut die Hauptursache für Verbrechen in den Vereinigten Staaten ist. »Zweifellos tragen einige unserer sozialen Übel dazu bei«, sagte Mitchell in einem Interview. »Aber wir sollten Armut nicht als Entschuldigung für Verbrechen gelten lassen.« Dr. Milton S. Eisenhower, Vorsitzender der Nationalen Kommission für Ursachen und Verhütung von Verbrechen, hat die hohe Verbrechensrate des Landes direkt mit der Armut in Verbindung gebracht . . . Mitchell hielt auch die Voraussagen der Kommission für »völlig übertrieben«, in denen behauptet wird, daß die Städte eines Tages nur noch aus Apartmenthäusern und bewachten und umzäunten Grundstücken bestehen würden, wenn man nicht Milliarden Dollar bereitstelle, um endlich die Großstädte zu sanieren . . . Die Geschäftsviertel seien – abgesehen von Polizeipatrouillen während der Abendstunden – völlig ausgestorben . . .

LAT, 2. Dez.

Los Angeles – Die Bundesprogramme, die geplant wurden, um »sofortige Arbeitsplätze« für besonders benachteiligte Arbeitslose zu schaffen, haben zwar private Vermittlungsfirmen mit enormen Steuergeldern unterstützt, doch kaum Jobs vermittelt. Seit Dezember 1967 hat das U. S.-Arbeitsministerium neun Industriezweige im Bezirk Los Angeles mit 7 918 100 Dollar unterstützt, um dafür mindestens 3 426 Arbeitsplätze für ehemalige Arbeitslose zu erhalten. Bis zum 31. Oktober 1969 haben die neun Firmen 5 049 125 Dollar an staatlichen Subventionen durch das Sonderprogramm erhalten, aber mit dem Geld sind nur 199 Arbeitsplätze geschaffen worden. Diese Jobs bringen nur ganze 70 Dollar die Woche ein. Eine zehnte Firma, die eine Million erhielt, ist ihren Verpflichtungen fast vollständig nachgekommen. Armenfürsorger und Arbeitsämter sind der Ansicht, daß diese Dollarmillionen vom Geld der Steuerzahler den Unternehmern nicht nur frei zur Verfügung standen, sondern auch dazu beitrugen, die Armut zu verewigen. Während die Firmen die Hilfsgelder zur Errichtung neuer Anlagen, zum Ausbau bestehender Fabriken oder für Investitionen verwenden können, liegen die wenigen neu geschaffenen Arbeitsplätze auf dem untersten »Armutsniveau«, das bei einem Stundenlohn von 1,76 Dollar anzusetzen ist. Im Arbeitsministerium ist man der Ansicht, die Ursache für so wenig neue Arbeitsplätze sei darin zu sehen, daß die Sonderprogramme zum Wohle der Firmen und nicht zum Wohl der benachteiligten Arbeitslosen entworfen wurden . . .

Ruben Salazar, LAT, 4. Dez.

Chicago – Die Jury eines Bundesgerichts kam nach weniger als 30 Minuten Beratung zu dem Spruch, ein Polizist aus Chicago sei nicht schuldig im Sinne der Anklage, während des Nationalkonvents der Demokraten im letzten Jahr die Bürgerrechte eines College-Studenten gewaltsam verletzt zu haben. Der U.S. District-Richter James B. Parsons wollte es nicht glauben, als am Freitag während der Verhandlung von Thomas M. Mayer, 44, Polizist aus dem Marquette District, das gleiche Urteil gefällt wurde . . . »Sind Sie sicher, daß dies das Urteil ist?« fragte Parsons seinen Beisitzer. »Ich bin überrascht.« . . . Mayer war der sechste von acht angeklagten Polizisten, die von den ihnen zur Last gelegten Vergehen während der Woche des Nationalkonvents freigesprochen wurden. Keven W. Cronin Jr. (Student) hatte ausgesagt, daß er mit Mayer per Anhalter nach Hause fahren wollte, der sich selbst auf dem Heimweg von seinem Einsatz am

International Amphitheater – dem Tagungsraum des Konvents – befand. Cronin sagte aus, Mayer sei wütend geworden, als er erfuhr, daß Cronin an den Demonstrationen teilgenommen hatte. Er sagte, Mayer habe auf ihn eingeschlagen und seine Brille zerbrochen, dann seine Pistole gezogen und ihm befohlen, aus dem Wagen zu steigen . . .

James Koss, Chicago Daily News, 7. Dez.

Los Angeles – Viele kalifornische Unternehmer beschwerten sich, daß ihr Staat zu liberal mit den Geldern für Arbeitslosenunterstützung umgegangen sei. Die von Gouverneur Reagan neuernannten Beamten scheinen den Beschwerden eher nachzukommen . . . Unter den früheren Regierungen hatten 14–16% der Gesuche von Arbeitern zur Gewährung von Arbeitslosenunterstützung Erfolg, aber seit die neue Kommission mit der Mehrheit im Amt ist, werden nur 7,9% der Gesuche bewilligt. Bei den Unternehmern hingegen liegt der Fall umgekehrt; sie kamen bei den früheren Regierungen mit etwa 15–20% ihrer Gesuche durch. Im Jahr 1968 jedoch waren die Unternehmer vor der neuen und stärker konservativen Kommission in 34,2% ihrer Fälle erfolgreich . . . Bei einem wöchentlichen Einkommen von 84,50 Dollar kann Mrs. Loretta Thome, Telefonistin bei der Pazifik Telephone Company, sich keinen besseren Wagen leisten; das Auto, das sie jetzt hat, ist 10 Jahre alt und muß viel zu oft repariert werden. Ein Taxi zur Arbeitsstelle kostet hin und zurück 12 Dollar; eine direkte Busverbindung gibt es nicht. Bei dem bestehenden Busnetz muß sie zweimal umsteigen und braucht für jede Fahrt 1½ Stunden bei täglichen Fahrkosten von 2,14 Dollar. Die Folge davon war, daß sie einige Male zu spät zur Arbeit kam; sie bat deshalb die Telefongesellschaft um Versetzung in ein Amt, das näher bei ihrer Wohnung liegt. Die Gesellschaft lehnte dies mit der Begründung ab, sie sei schon mehrmals zu spät gekommen . . . Schließlich wurde sie von der Pacific Telephone Company entlassen. Die gegenwärtige Berufungskommission hielt die Begründung der Gesellschaft aufrecht, daß Mrs. Thome aus berechtigten Gründen entlassen worden sei . . .

Harry Bernstein, LAT, 8. Dez.

Washington – Während seiner im ganzen Land vom Fernsehen übertragenen Pressekonferenz sagte der Präsident am Montagabend, er wünsche nicht, daß »ein Haufen intellektueller Eunuchen Nachrichten schrei-

be oder über Nachrichten rede. Ich mag es, wenn Nachrichten aufregend sind . . .«

Don Irwin, LAT, 9. Dez.

. . Einige Tage nach seiner Amtsübernahme (als einer von Mitchells Stellvertretern im Justizministerium) gab Kevin P. Phillips in einem Interview diesen schockierenden Kommentar: ». . . Ich bin absoluter Gegner der Theorie, daß man das Los der Armen verbessern kann, indem man zum Beispiel bessere Wohnungen verschafft. Der liberalen Auffassung fehlt jede Substanz . . . Ich glaube nicht an eine Erziehung der Masse. Man soll ihnen beibringen, wie man an einer Drehbank arbeitet, und es damit genug sein lassen« . . .

T. R. B., LAT, 10. Dez.

Washington – Bereits vier Tage nach Abschluß der Regierungskonferenz im Weißen Haus über Nahrung, Ernährung und Gesundheit hatte die Regierung Nixon öffentlich und ohne stichhaltige Begründung die beiden wichtigsten Empfehlungen der Konferenz zurückgewiesen. Präsident Nixons Berater für Stadtplanung, Daniel P. Moynihan, bestritt sogar die Notwendigkeit für den ersten Vorschlag, der vom Präsidenten selbst herausgegebenen Erklärung eines nationalen »Hunger- und Unterernährungsnotstands« . . . Mr. Nixon selbst übernahm die Ablehnung des Vorschlags Nr. 2, nämlich für jede vierköpfige Familie das Mindesteinkommen auf 5500 Dollar jährlich festzusetzen . . . Die Konferenz im Weißen Haus war von dem Präsidenten selbst einberufen worden und bestand aus 1500 Erziehern, Wissenschaftlern, Ärzten und Gesundheitsexperten, Vertretern der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie und Beamten des Bundes, der Staaten und Städte. Man schätzt, daß heute etwa 55 Millionen Menschen ein geringeres Einkommen haben, als es unter dem vorgeschlagenen jährlichen Mindesteinkommen von 5500 Dollar der Fall gewesen wäre.

Tom Wycker, NYT, 14. Dez.

Chicago – Vergangenen Freitag kündigte der Leiter der Bürgerrechtsabteilung im Justizministerium Servis Leonard an, daß er den Vorsitz bei einer Untersuchungskommission des Justizministeriums übernehmen werde, die feststellen soll, ob die Bürgerrechte von zwei Mitgliedern der

Black Panthers verletzt wurden, als sie im Verlauf einer morgendlichen Polizeirazzia in Chicago erschossen wurden . . . Die Ankündigung . . . war eine Bestätigung dafür, daß an der Version der Polizei erhebliche Zweifel aufgetaucht waren . . . Die Panthers hatten das Justizministerium beschuldigt, eine nationale Verschwörung mit dem Ziel der Vernichtung ihrer Organisation anzuführen. In den letzten Wochen wurde ihr Vorwurf auch von gemäßigteren Bürgerrechtsführern wiederholt, unter anderem von Roy Wilkins, dem leitenden Direktor der Nationalen Vereinigung zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Farbigen (National Association for the Advancement of Colored People), der sagte, daß die jüngsten Zwischenfälle »den Charakter einer Blutrache seitens der Polizei annähmen«. Jay A. Miller, der leitende Direktor der Amerikanischen Vereinigung für Bürgerrechte von Illinois, berichtete, daß Mr. Leonard im vergangenen Frühjahr ihm gegenüber erklärte: »die Black Panthers (sind) nichts anderes als gefährliche Strolche, die wir jetzt fertigmachen müssen« . . . Als im Januar John Mitchell das Justizministerium übernahm, entschied er, daß die Panthers eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellten und folglich der Überwachtung durch die FBI unterlägen, – das ist der Inhalt der umstrittenen und auf ihre Gesetzmäßigkeit noch nicht überprüften »Mitchell-Doktrin«. Das Vorgehen der Regierung scheint die Polizei in ihrer Auffassung eher bestärkt zu haben . . ., daß von nun an der Jagd auf die Panthers keine Schranken mehr auferlegt würden. Den ganzen Sommer und Herbst hindurch fanden, meist im Morgengrauen, Razzien in Pantherbüros und -Wohnungen überall im Land statt. Während solcher Razzien wurden für gewöhnlich die Büros der Panthers völlig demoliert und die in diesem Zusammenhang häufig erhobenen Anklagen später fallengelassen. Am 4. Dezember machte eine Polizeieinheit, die der örtlichen Justizbehörde unterstellt war, um 4 h 40 morgens in einem Apartment in West Side, Chicago, eine Razzia, in deren Verlauf Fred Hampton, der 21jährige Vorsitzende der Panthers von Illinois, den man zu den fähigsten Führern zählte, die noch auf freien Fuß waren, und ein anderes Mitglied der Panthers erschossen wurden. Nach Aussage der Polizei hatte eine Frau das Feuer auf die Polizisten eröffnet, woraus eine wilde Schießerei entstanden war, die mindestens 10 Minuten dauerte. Nach Aussage der Panthers schoß die Polizei bereits, als sie in das Büro eindrang; Hampton wurde »im Schlaf ermordet«. An den Stellen, an denen sich die Polizisten ihrer Aussage nach in der engen

5-Zimmer-Wohnung befanden, waren keine Einschläge zu sehen, doch wiesen die Stellen, wo die Panthers sich aufgehalten hatten, zahlreiche Einschüsse auf. Das kam manchem verdächtig vor . . . »Sie drangen ein und töteten Fred Hampton«, stellte eine Negermutter ruhig und sehr gelassen fest. »Und wenn sie's mit ihm machen können, dann können sie's mit jedem von uns machen.«

San Francisco – Charles R. Garry, Rechtsanwalt der Black Panthers, hat die Namen von 19 Mitgliedern der Panthers veröffentlicht, die nach seinen Angaben seit März 1968 eines gewaltsamen Todes starben:

Arthur Glenn Norris, März 1968, Los Angeles: Tot. Keine Einzelheiten . . .

Bobby Hutton, 6. April 1968, Oakland: Polizeiüberfall aus dem Hinterhalt, erschossen als er sich mit erhobenen Händen ergeben wollte, unbewaffnet, nach einer Schießerei von 90 Minuten, an der über vier Dutzend Polizisten beteiligt waren. (Die Polizei sagte, sie habe angenommen, Mr. Hutton sei bewaffnet; er sei auf einem Fluchtversuch erschossen worden.)

Tommy Lewis, 25. August 1968, Los Angeles: Tot. Von Polizisten erschossen . . .

Robert Lawrence, 25. August 1968, Los Angeles: Tot. Von Polisten erschossen . . .

Steve Bartholomew, 25. August, Los Angeles: Tot. Von Polizisten erschossen . . .

Welton (Butch) Armstead, 15. Okt. 1968, Seattle: Tot. Als Armstead die Fenster seines Autos anstrich, fuhr ein Polizeiwagen vor; die Polizisten fragten und bedrängten ihn wegen eines gestohlenen Wagens. Armstead entschloß sich zur Selbstverteidigung, holte sein Gewehr und forderte die Polizei auf, ihn in Ruhe zu lassen. Der Polizist Buttedahl stand direkt vor Armstead und schoß ihm ins Herz. Bei der Vernehmung behauptete Buttedahl, Armstead habe sich angeschickt, wegzurennen; Zeugen behaupten, dies sei nicht wahr. Urteil: Tötung in Notwehr.

(Informationen aus Seattle besagen, daß der tödliche Schuß von dem Polizisten Erling J. Buttedahl abgegeben wurde, der bei der Untersuchung aussagte, Armstead habe ihn mit einem Gewehr bedroht. In einer Untersuchungsverhandlung wurde der Beamte entlastet.)

Sidney Miller, 7. November 1968, Seattle: Tot. Vor einem Lebensmittelgeschäft von dessen Inhaber getötet, der behauptete, er habe angenom-

men, Miller wollte den Laden ausrauben. Ein Raubversuch konnte nicht nachgewiesen werden.
»Bunchy« Charter, Lehrling, 17. Januar 1969, Los Angeles: Tot. Getötet von der US-UCLA (einer militanten Gruppe schwarzer Nationalisten).
John Huggins, 17. Januar 1969, Los Angeles: Tot. Getötet von der US-UCLA . . .
Alex Rackley, 21. Mai 1969, New Haven, Connecticut: Tot. (Garry sagte heute, er glaube, daß Rackley von der Polizei oder von Agenten eines bewaffneten Regierungsorgans getötet worden sei. Mit der Behauptung, Rackley sei ermordet worden, klagte die Polizei Bobby Seale, den Vorsitzenden der Black-Panther-Party, und andere des Mordes und der Verschwörung zum Mord an.)
John Savage, 23. Mai 1969, San Diego: tot. Getötet von der US-UCLA.
Silvester Bell, 25. August 1969, San Diego: Tot. Von einem Kultur-Nationalisten getötet.
Larry Roberson, 4. September 1969, Chicago: Tot. Erlag den Verletzungen, die er am 17. Juli 1969 bei einer Schießerei mit der Polizei erhielt . . . (Informationen aus Chicago zufolge starb Roberson im Gefängnis, nachdem er bei einer Schlägerei während eines Polizei-Überfalls im letzten Sommer verwundet worden war.)
Nathaniel Clark, 12. September 1969, Los Angeles: Tot. Von einem Polizisten erschossen.
Walter Toure Pope, 18. Oktober 1969, Los Angeles: Tot. Von einer Polizeistreife erschossen . . .
Spurgeon Jake Winter, 13. November 1969, Chicago: Tot. Von der Polizei erschossen.
Fred Hampton, 4. Dezember, 1969, Chicago: Tot. Bei einem Polizeiüberfall auf seine Wohnung im Schlaf erschossen.
Mark Clar, 4. Dezember 1969, Chicago: Tot. Während desselben Überfalls erschossen . . .

Earl Caldwell, New York Times (NYT), 21. Dez.

Port Gibson, Mississippi (UPI) – Im April . . . letzten Jahres wurde Roosevelt Jackson, ein junger Neger, von einem weißen Polizisten erschossen, als es bei dem Versuch, ihn zu verhaften, zu einem Handgemenge kam. Ein Zeuge bestand darauf, der Polizist habe Jackson an den Armen festgehalten und ihn kaltblütig ermordet . . . *NYT, 21. Dez.*

Ich war kürzlich Teilnehmer der David Frost Fernseh-Runde, die mit einem führenden, für politische Sendungen zuständigen Produzenten über die Rolle des Fernsehens in der Politik diskutierte. Der Produzent kam mit Verspätung zur Aufnahme. »Ich komme von auswärts«, erklärte er bei seiner Ankunft, »ich hatte noch mit einem Klienten zu tun«. Später stellte sich heraus, daß es sich bei dem Kunden um einen Gouverneur handelte, der vor der Wiederwahl stand. Die »Tätigkeit« hatte darin bestanden, mit dem Gouverneur Einkäufe zu machen, Kleidung auszuwählen, die im Farbfernsehen gut herauskäme und einen feinen, aber nicht unwesentlichen Teil des Image ausmacht, das der Produzent während des Wahlkampfs aufzubauen hoffte ... Wir können zwar weiterhin über die moralische Gesinnung oder Wirksamkeit von Image-Managern in der Politik diskutieren, aber niemand, der sich auch nur flüchtig mit der Angelegenheit beschäftigt, wird bestreiten können, daß die Verschmelzung von Politik und Showbusiness bereits perfekt ist. Mir wurde im Juni 1968 zum ersten Mal bewußt, wie entscheidend der Einfluß der Imagemanager ist, als ein Mitarbeiter der Werbe-Agentur, die gerade einen Vertrag mit Hubert Humphrey abgeschlossen hatte, sagte: »Kann sein, daß er jetzt nicht gerade bedeutend aussieht, aber wenn Sie im November wieder kommen und wir fertig sind, dann wird er aussehen wie Abraham Lincoln« ... Raymond K. Price, einer der Ghostwriter des Weißen Hauses und früher Image-Berater von Richard Nixon, führte in einer Denkschrift von 1967 aus, daß Wähler für das Persönlichkeitsbild eines Kandidaten empfänglicher sind als für seine Ideen: »Wähler sind im Grunde faul, im Grunde zu gleichgültig, sich die Mühe zu machen, das zu verstehen, wovon wir reden ... Vernunft schreckt den Zuschauer ab, vergewaltigt ihn, fordert von ihm Zustimmung oder Ablehnung; der unmittelbare Eindruck vermag ihn anzulocken, einzuwickeln ohne ihn intellektuell irgendwie zu fordern ...« Belanglos ist also, so folgerte Price, die innere Einstellung des Kandidaten, was er in seinem Inneren wirklich von dem Land, der Welt, dem Leben an sich hält. Und es ist nicht nur belanglos, sondern möglicherweise schädlich, wenn man versucht, es ihm mitzuteilen: der Wähler schläft ein oder er schaltet auf ein anderes Programm. »Der Wähler reagiert auf das Image, nicht auf den Menschen«, schrieb Price ... »Nicht was da ist, zählt, sondern was projiziert wird ...« »Wir müssen Verbindung zu ihm herstellen ... ein Gefühl der Wärme ausstrahlen«, schrieb Patrick Buchanan, Ghostwriter und Nixons

Image-Berater, anläßlich der Vorwahlen von New Hampshire. »Das ist wesentlich für das Geheimnis, das einen Präsidentschaftskandidaten umgibt« . . . »braucht in keiner Beziehung zu dem Menschen zu stehen. In Wirklichkeit stimmen wir nicht für oder gegen einen Kandidaten und seinen Standpunkt, sondern für oder gegen die Tüchtigkeit seiner Werbefirma und Fernsehproduzenten . . .

Joe McGinnis, LAT, 28. Dez.

Pendleton, Indiana – An einem warmen, idyllischen Herbsttag feuerten in der Nähe dieser verträumten, ländlichen Stadt 12 Weiße mehrmals Salven von Schrotladungen durch einen Zaun auf junge Schwarze, die auf dem Bauch lagen. Sie töteten einen und verwundeten 46. Nur sehr wenig Menschen in dieser Gegend schienen Notiz davon zu nehmen. Die unbewaffneten Anstaltsinsassen, die meisten zwischen 15 und 30, hatten gegen Rassendiskriminierung in der staatlichen Besserungsanstalt von Indiana demonstriert. Sie hatten sich auf die Erde gelegt in der Annahme, die Wachen würden ihnen nicht in den Rücken schießen . . . Ein Zeuge sagte aus, einige Männer hätten versucht, aufzustehen und die Hände hochzunehmen um zu zeigen, daß sie sich ergeben wollten, aber die Wachen hätten ihnen zugerufen: »Ihr habt eure Chance gehabt« und sie niedergeschossen. In den 12 Wochen, die seitdem vergangen sind, gab es keine öffentliche Maßregelung in dieser Angelegenheit. Vom Gouverneur bis herab zu den lokalen Dienststellen war man der Meinung, die Schießerei sei notwendig gewesen . . .

Bruce Nelson, New York Post, 29. Dez.

Washington – Letztes Jahr, am Morgen des 21. November präsentierte sich Mrs. John Mitchell in makelloser blonder, toupierter Frisur und baumelnden Ohrringen im Fernsehen und sprach mit sanfter, etwas gedehnter Stimme . . .: »Wie mein Mann schon öfter sagte, würde er einige von den hiesigen Liberalen sehr gern gegen russische Kommunisten austauschen . . .«. *Marlene Cimons, LAT, 4. Jan.*

[Ein glückliches Neues Jahr] Jersey City, New Jersey (UPI) – Ein 19jähriger Jugendlicher wurde am Samstag von einem Streifenbeamten außer Dienst erschossen, als er versuchte, seinen Bruder aus einer aufgebrachten Menge zu retten . . . *LAT, 4. Jan.*

Princeton, New Jersey – Präsident Nixon, Billy Graham und Vizepräsident Agnew belegen die drei ersten Plätze auf der vom Gallup Institut aufgestellten Liste der meistbewunderten Männer im Jahr 1969 . . .

George Gallup, LAT, 4. Jan.

Los Angeles – Vor einem Jahr war John von der Sande Buchhalter mit einem 12 000 Dollar-Jahreseinkommen, einem 34 000 Dollar-Haus in Arcadia und, dessen war er sich gewiß, einer rosigen Zukunft. Am Samstag bestieg von der Sande, 46, – der zeitweilig an eine künstliche Niere angeschlossen werden muß – mit seiner Frau und seinen zwei Kindern ein Düsenflugzeug nach Holland und sagte Freunden, Nachbarn und den Vereinigten Staaten Lebwohl, weil er glaubte, daß das Leben in den USA allmählich zu teuer für ihn würde. »Wir hatten nicht daran gedacht, von hier wegzugehen«, sagte Mrs. van der Sande, die vor 13 Jahren mit ihrem Mann in die Vereinigten Staaten gekommen war. »Wir lieben Kalifornien«. Dann, im Januar des vorigen Jahres, wurde van der Sande schwer krank, die Krankheit verschlang schnell die Krankenversicherung, brauchte die Familieneinkünfte auf, und machte ihn zeitlebens von einer Maschine abhängig, deren Benutzung 4000-5000 Dollar im Jahr kostet. »Wir können es uns nicht länger leisten«, sagte er am Samstag auf dem Internationalen Flughafen. In Holland wird ein staatliches Unterstützungsfond seine Arztkosten, und die Stadtverwaltung von Nijmwegen seine Miete tragen . . .

Dorothy Townsend, LAT, 5. Jan.

New York City – Nach einer neuen amtlichen Schätzung vom Frühjahr des Jahres betragen die Lebenshaltungskosten für eine vierköpfige Familie bei mittlerem Lebensstandard im Gebiet von New Jersey 11 236 Dollar im Jahr. Das bedeutet eine Erhöhung um 12,6% gegenüber 9977 Dollar im Frühjahr 1967 . . . Nach derzeitigen inoffiziellen Angaben könnten die laufenden Kosten für eine Durchschnittsfamilie 11 500 Dollar jährlich übersteigen . . . Herbert Bienstock, Bezirksdirektor des Büros für Arbeitsstatistiken, antwortete auf entsprechende Fragen, der Gesamtpreisindex für Verbrauchsgüter sei um etwa 3% seit Frühjahr des vorigen Jahres gestiegen . . .

Peter Khiss, NYT, 5. Jan.

Modesto, Kalifornien – Im Herbst waren die Felder und Obstplantagen im San Joaquin Valley üppig und grün, aber heute sind sie grau und leer. Die Obst- und Gemüseernte ist vorbei, und für die Farmarbeiter gibt es nichts zu tun. Hier oben im Bezirk Stanislaus, einem der reichsten Landwirtschaftsgebiete der Nation, gibt es mehr als 10 000 Landarbeiter, die seit der Ernte arbeitslos sind, kein Geld haben und hungern. Jeden Tag bilden sich Schlangen vor den Lebensmittelläden. Frauen kommen mit ihren Kindern; die abgehärmten Männer kommen allein. Manchmal stehen sie stundenlang und warten auf ein kleines Körbchen mit Essen. Sie sagen nichts und wenden sich beschämt ab, wenn man sie fotografieren will . . . Während sie auf das wenige warten, was freiwillige Hilfsorganisationen und örtliche Armenfürsorge an Lebensmitteln für sie bereitstellen können, quellen die Warenhäuser im nahen Sacramento von überschüssigen Waren über, doch bekommen sie davon nichts ab. Das Landwirtschaftsministerium, das für die Überschußprodukte zuständig ist, erklärt, es könne die Lebensmittel nicht an die Hungernden von Modesto und Stanislaus abgeben, es gebe da Vorschriften . . . 50% der Farmarbeiter haben ein jährliches Einkommen von weniger als 4000 Dollar, 25% von weniger als 3000 Dollar . . . ». . . Unser Problem«, sagte ein Anwalt, »besteht darin, daß die Armen kein Geld haben«.

Earl Caldwell, NYT, 5. Jan.

Eine Mehrheit von Amerikanern ist über die Publicity, mit der von dem angeblichen Massaker von Song-My berichtet wird, mehr beunruhigt als über die offensichtlichen Morde, berichtete gestern die Zeitschrift *Time*. Eine von der Louis-Harris-Organisation im Auftrag von *Time* durchgeführte Meinungsumfrage offenbarte auch »beträchtliche Sympathie« für Oberleutnant William L. Calley Jr., den Kompanieführer, dem die über einhundert Todesfälle von Song-My zur Last gelegt werden. Weiter heißt es in *Time:* »Überraschenderweise sind Amerikaner über die Enthüllung, daß amerikanische Truppen offenbar ein paar hundert südvietnamesischer Zivilisten ermordet haben, nicht besonders beunruhigt; solche Zwischenfälle, so argumentieren sie, treten in einem Krieg zwangsläufig auf.«

NYT, 5. Jan.

Los Angeles – Ein früherer Hilfssheriff, der Ermordung eines Einbruchsverdächtigen angeklagt, wurde in einem zweiten Fall wegen Angriffs mit

einer tödlichen Waffe freigesprochen ... Robert E. Shaffer sieht noch einem weiteren Gerichtsverfahren entgegen; er ist angeklagt, am 18. August 1969 den 20jährigen Rodrick T. Molett während eines mutmaßlichen Einbruchs in einen Souvenirladen im Süden von Los Angeles erschossen zu haben ...

LAT, 6. Jan.

Los Angeles – Etwa 100 junge Demonstranten betraten am frühen Donnerstagnachmittag den Sitzungssaal des Stadtrats und forderten eine Untersuchung über die angebliche Brutalität der Polizei in Venice ... Die Gruppe protestierte gegen die Verhaftung von Chester Powell am vergangenen Sonntag. »Powell, sein Sohn und seine zwei Töchter, die jüngste erst 13 Jahre alt, wurden von der Polizei mit Knüppeln geschlagen, und seine Frau erhielt einen Tritt in den Unterleib, als sie versuchte, sich und ihre Wohnung vor einem gemeinen Polizeiüberfall zu schützen«, heißt es in einer Erklärung der Demonstranten. Demgegenüber behauptete ein Polizeisprecher, Powell habe den Beamten nicht sagen wollen, ob er der Besitzer des Wagens sei, den er gerade reparierte. Sie verlangten seinen Ausweis, aber als er in seine Gesäßtasche greifen wollte, dachten die Beamten, er könne nach einer Waffe greifen, – sagte der Sprecher. Die Polizei sagte, sie habe Gewalt angewandt, um Powell festzunehmen; die Beamten hätten vom Schlagstock Gebrauch gemacht, als seine Familie sich einmischte, und mindestens eine Frau sei bei dem Handgemenge getroffen worden. Captain Robert Sillings, der Polizeipräsident von Venice, erklärte, es wäre nichts passiert, wenn Powell die an ihn gerichteten Fragen beantwortet hätte. Die Powell-Affaire so herauszustellen führe dazu, »das Ghetto aufzuwiegeln«, sagte Sillings; er fuhr fort: »Ich hörte über Polizeifunk, wie meine Leute die Sache anpackten; ich war stolz auf sie.«

LAT, 8. Jan.

Einem farbigen Zahnarzt, der über 45 Jahre Patienten aller Rassen behandelte, wurde wegen seiner Hautfarbe die Beisetzung in einem Friedhof von Hollidaysburg, Pennsylvania, verweigert. Dr. George A. Walker starb am 19. Dezember im Alter von 69 Jahren. *LAT, 8. Jan.*

Soledad, Kalifornien (UPI) – Drei Gefängnisinsassen wurden am Dienstag erschossen, als eine Wache mit einem Karabiner auf eine Gruppe von

Häftlingen feuerte, die auf einem Gefängnis-Sportplatz miteinander stritten . . . Drei schwarze Häftlinge wurden getötet, ein weißer verwundet . . .

LAT, 14. Jan.

Soledad, Kalifornien (UPI) – Die Behörde des staatlichen Gefängnisses von Soledad gab am Donnerstag bekannt, daß der Wärter, der beim Versuch einen Streit zu beenden, drei Häftlinge erschoß, auch eine Tränengaspistole bei sich hatte . . .

LAT, 15. Jan.

Chicago – »Ich schrie unaufhörlich, als sie mich am Arm packten und ihn brechen wollten. Aber sie zerrten und zerrten und zerrten immer weiter bis ich hörte, wie mein Arm brach.« Mit diesen Worten beschrieb am Donnerstag einer der freiwilligen jungen Helfer in Eugene J. McCarty's Präsidentschaftswahlkampf von 1968, wie die Polizei von Chicago ihn während einer bis dahin friedlichen Demonstration anläßlich des demokratischen Nationalkonvents von einem riesigen Reiterstandbild herheruntergezerrt hatte . . . Zwei Polizisten begannen von unten an seinen Beinen zu zerren, während ein dritter nach oben kletterte und mit dem Knüppel auf seinen Kopf einschlug, behauptete David L. Edmundson . . . Als Zeuge sagte er vor Gericht aus, er habe das Bewußtsein verloren und sei in Handschellen weggeschleift worden; dann habe er fast 8 Stunden gelegen, bis man ihm ein Medikament gegen die Schmerzen in seinem Arm gegeben habe. Er teilte dem Gericht mit, daß er seinen Arm immer noch nicht richtig bewegen könne, doch wurde diese Aussage von Richter Hofmann aus dem Protokoll gestrichen. »In diesem Prozeß geht es nicht um persönlich erlittenes Unrecht«, erklärte Hofmann der Verteidigung . . .

Richard J. Cooper, LAT, 15. Jan.

Washington – Die Armee der Vereinigten Staaten sammelt und speichert in Computern Informationen über die politische Tätigkeit von Tausenden amerikanischer Bürger, erklärte ein früherer Major des Geheimdienstes. Christopher H. Pyle berichtete in der *Washington Monthly,* der militärische Geheimdienst überwache nicht nur »zur Gewalt neigende« Gruppen, sondern auch gewaltlose Organisationen wie die Nationale Vereinigung zur Förderung der Farbigen, die Amerikanische Union für Bürgerfrei-

heit ... »Die Armee veröffentlicht auch eine regelmäßig erscheinende Broschüre in Hochglanz-Einband, die in Geheimdienstkreisen als die ›schwarze Liste‹ bekannt ist«, sagte Pyle ...

Chicago Sun-Times, 16. Jan.

Soledad, Kalifornien (UPI) – Der Bezirks-Staatsanwalt von Monterey, Bertram N. Young, sagte am Freitag, seine Behörde werde den Wärter, der am Dienstag drei schwarze Häftlinge im staatlichen Gefängnis von Soledad erschoß, wahrscheinlich nicht unter Anklage stellen ...

LAT, 17. Jan.

Los Angeles – Jess Kunch (Kandidat für die Gouverneurswahlen) sagte, einer der Gründe für den Wahlsieg Reagans sei das Verhalten einiger Studenten. »Ihr habt Ronald Reagan zur Macht verholfen«, erklärte er. Ein Mädchen, das ziemlich weit vorn saß, gab ihm zurück: »Und die Juden haben Hitler hochgebracht« ...

LAT, 17. Jan.

Monroe, Louisiana (UPI) – Der demokratische Senator Allen J. Ellender (Louisiana) sagte am Donnerstag, jeder in My-Lai getötete vietnamesische Zivilist habe »genau das bekommen, was er verdiente«. »Ich zweifle nicht daran, daß eine Menge Südvietnamesen den Viet Cong unterstützt«, sagte Ellender in einem Interview. »Ich zweifle nicht daran, daß die Leute, die dort getötet wurden, dem Feind Hilfe leisteten, und nach meiner Rechnung haben sie genau das bekommen, was sie verdienten.«

LAT, 17. Jan.

Sie gehören zu den schönen Menschen. Zur Jet-Set. Sie haben Geld, sind sportlich und haben einen Golfplatz mitten in der Wüste, eine Skihütte am Sugar Bowl und eine Sommerresidenz am Nordufer des Tahoe-Sees. Sie sind überall dabei und gehören dazu. Sie reden Botschafter, Filmstars und Präsidenten mit ihrem Vornamen an. Sie sind das, was man »in« nennt. In San Francisco besuchen Sie die Oper mit einer weißen Krawatte und sitzen dienstags abends in der Loge. Nur dienstags abends. Und in der Pause eilen Sie zur Opernbar – um zu sehen und gesehen zu werden. In La Jolla lassen Sie – und Ihr Mann – sich unter einem Lüster aus antiken Lockenwicklern eine stilgerechte Frisur machen, eilen dann im Tennis-

dress und dem Schläger unterm Arm zum Strand und in den Tennisclub. Am Strand von Newport legen Sie am Newport Harbor Yacht Club an und schlürfen unter blau-weiß gestreiften Sonnenschirmen mit John Wayne Ihren sonntäglichen Apéritif ... In diesem fröhlichen vielsprachigen Kalifornien sind die Leute, die »in« sind, ständig unterwegs – wie es auch an jedem anderen Ort überall in der Welt der Fall ist –, verkehren an allen todchicen Plätzen, nur um gesehen zu werden. Sie gehen in jenes entzückende kleine Restaurant zum Mittagessen, in verrückte Boutiquen, sind Mitglied des richtigen Clubs und tragen selbstverständlich zu jeder Tageszeit die richtige Kleidung ...

Kelly Tunney, LAT, 18. Jan.

Princeton, New Jersey – Am Vorabend des ersten Jahrestages seiner Amtsübernahme sprechen 61% der Amerikaner Präsident Nixon ihr Vertrauen aus.

LAT, 18. Jan.

Der Caveman (Höhlenmensch) kehrte nach Chicago zurück, um seine neunte Medaille innerhalb von 14 Monaten abzuholen. Acht frühere Medaillen, darunter zwei Bronzesterne für Tapferkeit vor dem Feind, hatte sich Unteroffizier James E. Holson in Vietnam erkämpft. Die letzte Auszeichnung war die Verdienstmedaille von Chicago, die höchste Auszeichnung der Stadt – er bekam sie für seinen Rekord. Wenn er wollte, könnte der Unteroffizier noch Anspruch auf einen anderen Rekord erheben – einen Polizei-Rekord. Er erhielt 43 Gefängnisstrafen, als er der Caveman, der Führer einer Bande in der Vice Lors Street, war, ehe ein Richter, der Vertrauen in ihn hatte, ihm zum Eintritt in die Armee verhalf.

LAT, 21. Jan.

Chicago – Ein aus drei Schwarzen und drei Weißen bestehendes Geschworenen-Gericht faßte am Mittwoch den Beschluß, daß es sich bei der Erschießung von zwei Black-Panther-Führern während einer Polizeirazzia am 4. Dezember um Notwehr gehandelt habe ...

Francis Ward, LAT, 22. Jan.

San Diego, Kalifornien – Heute soll die gereinigte Version eines Berichts über früher vorgefallene Bestechungen im Polizeipräsidium von San

Diego an Staatsanwalt Don Keller und Stadtdirektor Walter Hahn übergeben werden. Der Bericht ist das Ergebnis einer achtmonatigen Untersuchung durch Beamte aus Kellers Behörde und dem Kalifornischen Justizministerium unter Thomas C. Lynch . . . Ein früherer Bericht war nach Abschluß der Untersuchung vorgelegt worden, aber Keller hatte seine Unterschrift verweigert, weil er ihn »voller falscher Schlußfolgerungen und Unterstellungen« fand. Eine Kopie des ursprünglichen Berichts, die wir über private Kanäle erhielten, beschuldigte einige Polizeibeamte der passiven Bestechung, der Verschleierung illegaler Handlungen und der Beteiligung an gesetzwidrigen Sexvorführungen . . . Keller erhob Einspruch gegen den Bericht, obwohl er auf Interviews mit 85 Polizeibeamten, auf zahlreichen Aussagen von Zivilbeamten während inoffizieller Sitzungen und auf den Aussagen von 60 Zeugen während regulärer, nichtöffentlicher Hearings beruhte . . .

Harold Keen, LAT, 23. Jan.

New York City (AP) – Als der Vizepräsident einer großen Bank seinen Job verlor, schob er es immer wieder hinaus, seine Familie davon zu unterrichten. Jeden Morgen verließ er wie üblich das Haus. Anstatt zur Arbeit zu gehen, ging er auf Job-Suche, sah sich Doppelprogramme im Kino an oder einfach die Schaufenster. Nach wenigen Monaten erwischte ihn ein Steuereinnehmer und beschlagnahmte die ›Corvette‹, die er seinem Sohn, der noch zur Schule ging, gekauft hatte . . . Aufgrund von unauflösbaren Verwirrungen, Persönlichkeitskonflikten, weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten, physischen Belastungen oder manchmal ohne eigenes Verschulden werden Männer aus bestbezahlten Spitzenpositionen entlassen. Ihrer Familie und ihren Freunden gegenüber kommen sie sich mutlos, niedergeschlagen und bedrückt vor. Für viele dieser leitenden Angestellten ist der seelische Schaden schlimmer als der wirtschaftliche. »Diese Männer sind verletzt«, sagte Eugene Jennings, ein Wissenschaftler, der das Verhalten von Angestellten untersucht . . . »Bei hohen Angestellten kommt es häufig vor, daß sie sich eine Schweinwelt aufbauen und sich mit dem Ansehen ihrer Firma identifizieren« . . .

LAT, 25. Jan.

Los Angeles – Die amerikanische Vereinigung zur Wahrung der Freiheiten der Bürger (American Civil Liberties Union ACLU) beschuldigte

Staatsanwalt Younger, nur gegen zwei von 104 Polizeibeamten Strafverfolgung eingeleitet zu haben, die von November 1967 bis Mai 1969 von der Polizeibehörde wegen 112 »verbrecherischer Handlungen an Bürgern« mit Disziplinarstrafen belegt worden waren. Der Rechtsberater der ACLU, Laurende R. Sperber sagte, daß die »Verbrechen«, die gerichtlich zu verfolgen gewesen wären, unter anderem Meineid, gesetzwidrige Verhaftung, unmenschliche Behandlung von Gefangenen, schwere Beleidigung, Mißhandlung, Landfriedensbruch, Entführung, schwere Körperverletzung, Überfall mit Mordabsicht, rechtswidrige Inhaftierung und Überfall mit tödlichen Waffen seien . . . Sperber sagte, Young habe ihm erwidert, das Hauptproblem dabei sei, genug Zeugen für eine Strafverfolgung zu finden. »Ich möchte darauf hinweisen«, erklärte der Anwalt der ACLU, »daß die Opfer dieser üblen Polizeipraktiken häufig wegen Überfall auf einen Polizeibeamten oder Widerstand bei der Verhaftung angeklagt werden, wobei der einzige Gegenzeuge der Polizist ist. Wenn es möglich ist, einen gewöhnlichen Sterblichen auf Grund eines oder zweier Zeugen für schuldig zu erklären, warum kann der Staatsanwalt dann nicht auch einen Polizisten mit einer begrenzten Anzahl von Zeugen vor Gericht stellen?«

Paul Houston, LAT, 28. Jan.

Washington – Präsident Nixon ließ für die Polizeigarde des Weißen Hauses Galaunifromen im Wert von 14 250 Dollar anfertigen . . . Die Uniformen, die am Dienstag anläßlich des Besuches von Premierminister Wilson zum ersten Mal vorgeführt wurden, verleihen der Polizeigarde ein Aussehen, das stark an die Wiener Operette erinnert . . . Im Weißen Haus ist man der Meinung, daß die hohen Anfertigungskosten dieser neuen Uniformen gerechtfertigt ist, da sie ausländische Besucher beeindrucken sollen . . .

Stuart H. Loory, LAT, 28. Jan.

Sacramento, Kalifornien – Gouverneur Reagan sagte, er wolle sich im Parlament für ein Gesetz zur Vorbeugehaft rückfallverdächtiger Rauschgiftsüchtiger und anderer einsetzen. Außerdem wolle er »die Möglichkeit prüfen«, kürzlich erfolgte Gerichtsentscheidungen aufzuheben, in denen die polizeilichen Durchsuchungs- und Haftbefugnisse eingeschränkt werden, »selbst wenn dazu ein Nachtragsartikel zur Verfassung erforderlich

ist.« »Wir müssen das Gleichgewicht wiederherstellen, das zur Zeit die Rechte eines Angeklagten höher stellt als die Rechte gesetzestreuer Bürger«, erklärte er. Die Möglichkeit für die sogenannte Vorbeugehaft als Waffe gegen die steigende Zahl von Verbrechen wird zur Zeit auch von der Regierung Nixon untersucht . . .

LAT, 29. Jan.

Chicago – Ein Bericht der John-Howard-Gesellschaft zur Untersuchung der Situation im Strafvollzug kam zu der Feststellung, daß ein hoher Beamter der für Besserungsanstalten zuständigen Behörde kurze Zeit vor der Demonstration gesagt hatte: »Wenn diese Nigger keine Ruhe geben, werden wohl einige erschossen werden.« Ein weißer Angestellter der Besserungsanstalt berichtete dem Strafrechtsexperten und Leiter der Studiengruppe Joseph R. Rowan, es sei »eine Stimmung gewesen wie bei einer Entenjagd«. Weiße Angestellte und Insassen sagten aus, die Wachen, die sich an der Schießerei beteiligten, seien in »fröhlicher Stimmung« gewesen. Als einige Insassen sich ergeben wollten, während durch den Zaun auf sie geschossen wurde, riefen einige der schießwütigen Wärter ihnen zu: »Ihr Nigger werdet doch nicht so früh aufgeben wollen.« Ein Beamter der dabei war, berichtete, daß ein anderer gesagt hatte: »Der gehört mir« – gemeint war ein Insasse, der stehen geblieben war; dann wurde der Häftling niedergeschossen . . . Ein Bezirksschwurgericht lehnte es ab, gegen die an der Schießerei Beteiligten Anklage zu erheben, – mit der Begründung, es sei keine strafbare Handlung seitens der Verantwortlichen festzustellen . . .

Bryce Nelson, LAT, 30. Jan.

Salinas, Kalifornien (AP) – Das Schwurgericht von Menterey County stellte fest, bei der Erschießung dreier Negerhäftlinge durch einen weißen Gefängnisaufseher habe es sich um »Tötung in Notwehr« gehandelt. Edward Barnes, der stellvertretende Staatsanwalt, sagte, das Gericht sei zu dem Beschluß gekommen, der Aufseher O. G. Miller habe sich »auf die ihm einzig mögliche, vernünftige Weise« verhalten . . .

LAT, 31. Jan.

Ein verwundeter schwarzer Veteran – und die Chicagoer Polizei
Chicago, 9. Sept. 1966 – Lucius Wright, neun Monate lang Soldat in

Vietnam, befindet sich in einem neuen Kampfeinsatz. Sein Fuß stößt auf eine versteckte Mine. Die Explosion wirbelt ihn hoch wie eine Stoffpuppe. Zehn Tage lang, während ihn die Ärzte zusammenflicken, ist er ohne Bewußtsein. Am schlimmsten ist seine Kopfverletzung. Als er die Augen aufmacht, kann er nicht sprechen und versteht nur wenig.

20. Januar 1970 – Lucius Wright, 25, ging in eine höhergelegene Wartehalle (einer U-Bahnstation) in der Bryn Mawr Avenue und stellte sich an die Heizung. Es war ein kalter Tag . . . Plötzlich kamen mehrere Polizisten herein und umringten ihn. »Was machst du denn hier oben im Norden?« wurde Wright, der Neger ist, von einem der Polizisten gefragt. Wright zögerte ein bißchen mit der Antwort. Dann antwortete er sehr langsam. Er spricht immer langsam, weil er infolge der Gehirnverletzungen in Vietnam unter Sprachstörungen leidet. Manchmal fällt es ihm schwer, die Aussagen anderer zu begreifen und seine Gedanken auszudrücken. Nach seiner Entlassung in Vietnam hatte er erst nach einer sechsmonatigen Behandlung im Walter Reed Hospital ins Zivilleben mit einer Kriegsversehrtenrente von 400 Dollar im Monat zurückkehren können.

»Ich warte auf meine Freundin«, sagte Wright schließlich. Die Polizisten drehten ihn um, und er mußte seine Hände – in der klassischen »Filz«-Haltung – an die Wand legen. Sie durchsuchten seine Taschen. Einer zog ein Röhrchen mit Pillen heraus. »Verkaufen Sie die?« fragten sie ihn, wie Wright berichtete. »Ich nehme sie«, antwortete er. Einmal in der Woche geht Wright zur Behandlung und zur Verschreibung von Medikamenten in ein Krankenhaus der Veteranenbehörde. Er erhält drei Sorten von Tabletten: Zwei zur Beruhigung und eine gegen Lähmungsanfälle. Sie legten Wright die Hände auf dem Rücken zusammen, ließen die Handschellen zuschnappen, steckten ihn in einen Wagen und fuhren mit ihm zum Polizeirevier in der Foster Avenue. Unterwegs, sagte er, fragte ihn einer der Polizisten: »Wo kriegen Sie Ihre Pillen?« »Veteranen-Krankenhaus. Ich wurde in Vietnam verwundet. Ich brauche sie gegen meine Anfälle.« Der Polizist, sagte Wright, erwiderte: »Du kriegst keine Anfälle, weil du verwundet wurdest.« Auf dem Revier zeigte er ihnen seinen von der Krankenhausverwaltung ausgestellten Patientenausweis und forderte die Polizeibeamten auf, seinen Arzt oder seinen Veteranenanwalt anzurufen. Es war einige Minuten nach 4 Uhr am Nachmittag, und wenn sie vor halb-fünf anriefen, würde ihnen jemand dort erklären, daß er Kriegsversehrter sei und seine Tabletten brauche. Sie sagten Wright, er solle sich

ruhig verhalten, und füllten seine Verhaftungspapiere aus. Sie brachten ihn in ein Zimmer, und ein Detektiv fragte ihn über die Tabletten aus. Das Veteranen-Krankenhaus macht jedesmal einen Kleber darauf, woraus ersichtlich wird, wo die Tabletten herkommen und wie oft sie genommen werden müssen. Der Kleber war darauf, als sie ihn festnahmen. Jetzt, als er verhört wurde, fehlte er. Wright wurde aus dem Zimmer geholt. »Kann ich jetzt gehen?« fragte er einen Polizisten. »Nein, Sie gehen jetzt in eine Zelle.«

Sie schrieben ihn wegen illegalen Besitzes von gefährlichen Drogen auf, eine schwere Beschuldigung, für die man ins Gefängnis kommen kann . . .

Durch einen einfachen Telefonanruf hätten sie eine Menge über Wright erfahren können, nicht nur über seine Verletzung, seine Purple-Heart-Verwundeten-Medaille und andere Auszeichnungen. Sie hätten erfahren, daß er ein Hochschulexamen hat, bis zu seiner Einberufung in einem Versandhaus arbeitete, niemals in irgendeine Sache verwickelt war und sich sehr bemüht, mit seiner schrecklichen Kriegsverletzung fertig zu werden.

Die Polizei wollte sich zu dem Fall nicht äußern.

Wright kommt am 11. Februar vor ein Gericht für Rauschgiftdelikte. Vermutlich wird sich die Polizei dort äußern und erklären, warum es für einen schwarzen Kriegsverletzten gesetzwidrig ist, vom Armeekrankenhaus verordnete Drogen bei sich zu haben.

Mike Royko, LAT, 1. Febr.

San Francisco – Ein Bundesgeschworenengericht klagte 10 Hilfssheriffs aus Alameda County an, die Bürgerrechte jener Personen verletzt zu haben, auf die während der Volksparkdemonstrationen in Berkeley im vergangenen Mai geschossen oder die ins Gefängnis gebracht wurden. Der Anklage zufolge gaben die Hilfssheriffs Johnson und Riche am 15. Mai Schüsse auf James Rector und Alan Blanchard ab, während die Polizei eine wütende Menge zu zerstreuen versuchte. Die Demonstranten waren zum Volkspark marschiert, nachdem er an jenem Morgen von der Universität von Kalifornien umzäunt worden war. Rector und Blanchard standen auf benachbarten Dächern entlang der Telegraph-Avenue, als es zu wiederholten Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten entlang der Avenue kam. Rector, ein 25jähriger Mann aus San José, wurde durch Schrotschüsse tödlich verwundet, Blanchard wurde durch

Feinschrotschüsse so verwundet, daß er für den Rest seines Lebens blind bleibt ... Etwa 100 Personen wurden am 15. Mai durch Schüsse verletzt ... Die Anklage beschuldigt Riche, daß er bei anderer Gelegenheit drei Männer verwundete ... Ein Malermeister sagte aus, er sei beschossen worden, als er die Regentstreet entlang ging, nachdem er seinen Wagen in dem Verkehrsgewühl hat stehen lassen, das durch die Schlacht um den Volkspark entstanden war. Das Gericht klagte Riche auch der Brutalität in zwei Fällen an, die sich am 22. Mai im Gefangenenlager Santa Rita ereigneten, wo über 400 verhaftete Demonstranten untergebracht worden waren. Er und Hilfssheriff Rien werden angeklagt, einen Häftling gezwungen zu haben, seinen Kopf an das eine Ende einer Metallstange zu halten; dann hätten sie mit einem Knüppel auf das andere Ende der Stange geschlagen ... Den Hilfssheriffs Nelson, Lynch und Turner wird zur Last gelegt, Robert Wurster bei der Feststellung der Personalien in Santa Rita »festgehalten, getreten, gewürgt und geschlagen« zu haben ...

Daryl Lembke, LAT, 3. Febr.

Oakland, Kalifornien – Der Bezirkssheriff von Alameda County Frank Madigan, behauptete am Dienstag, die 12 Hilfssheriffs seines Bezirks, gegen die von der Bundesstaatsanwaltschaft Klage erhoben wurde, seien Opfer einer »Hexenjagd«. Er forderte die »schweigende Mehrheit« dringend auf, sich zur Unterstützung der 12 Beamten zusammenzutun ...

Daryl Lembke, LAT, 3. Febr.

Los Angeles – Wie die Polizei mitteilte, wurde eine 25jährige schwangere Frau, Mutter von drei Kindern, von einer Nachbarin, die über ihr wohnte, erschossen, als sie sich über den Lärm der Frau beschwerte. Mrs. Joyce Walker, wohnhaft in der La Brea Avenue 3445 S., wurde von der Kugel eines '22er Trommelrevolvers in den Unterleib getroffen und verstarb 80 Minuten später in der Unfallstation des städtischen Krankenhauses ...

LAT, 4. Febr.

Santa Ana, Kalifornien – Einem ... erstickenden Würgegriff – wie er für gewöhnlich von Polizisten und Anstaltswärtern angewandt wird – wurde am Dienstag der Tod eines 27jährigen Häftlings im Bezirksgefängnis von Orange Santa Ana, nach einem Kampf mit Gefängnisbeamten, zugeschrieben ... Vernon Louis Williams, der am 21. Januar von einer

Verkehrsstreife festgenommen wurde, als er zu Fuß über die Newport Freeway in Anaheim ging, starb fünf Stunden nach seiner Einlieferung ins Gefängnis im Bezirkskrankenhaus von Orange. Eine Autopsie stellte nach Aussage des Gerichtsmediziners fest, daß der Tod »durch Pressung des Halses« verursacht wurde. Der Druck auf den Hals habe die Sauerstoffzufuhr zum Gehirn abgeschnitten und einen großen Nerv gequetscht, der das Herz steuert . . . Das Verhaftungsprotokoll, sagte der Gerichtsmediziner weiter, gebe an, Williams, ein Neger, sei wegen unerlaubten Betretens des Freeway um etwa 17.30 Uhr in das Gefängnis zur Feststellung seiner seiner Personalien eingeliefert worden, und als er widerspenstig wurde, in eine Arrestzelle gesperrt worden. Durch den Widerstand des Verhafteten sei die Identifizierung ein zweitesmal verhindert worden; beim dritten Versuch schließlich sei Williams in eine Schlägerei verwickelt worden . . .

Bill Harlett, LAT, 4. Febr.

Oakland, Kalifornien (UPI) – Die 10 Hilfssheriffs, die wegen Mißhandlung von arrestierten Demonstranten angeklagt sind, die bei den Unruhen um den »Volkspark« festgenommen wurden, bleiben bis auf weiteres im Dienst. Die Beamtenkommission von Alameda County verabschiedete am Samstag eine Übergangsregelung, um die Entlassung von drei Hilfs sheriffs zu verhindern, die nach den bisherigen Bestimmungen ihren Posten verloren hätten, da sie immer noch auf Bewährung angestellt sind . . .

LAT, 8. Febr.

Sacramento, Kalifornien – Der Abgeordnete John Miller erzählte, daß er ein paar Zeitungen durchgesehen hatte und 14 Wohnungsangebote fand, die ihm passend schienen. Dann gab er die Liste seiner Sekretärin mit dem Auftrag, sie solle jeden Verwalter anrufen und eine Reihe von Fragen stellen. Sie begann mit der naheliegendsten Frage: »Haben Sie eine Wohnung zu vermieten?« Dann folgten andere: »Sind Sie mit Kindern einverstanden?« »Mit Haustieren? Stört es Sie, daß es sich nur um eine Vermietung auf Zeit handelt?« Schließlich stellte die Sekretärin die entscheidende Frage: »Wissen Sie, daß Herr Miller schwarz ist?« Miller sagte, daß 13 von 14 Hausverwaltern ihn ablehnten, als sie seine Hautfarbe erfuhren. Er zog in die 14. Wohnung ein . . . Der Monteur Willie L. Brown aus San Francisco hat in Sacramento in Hotels und Motels gewohnt und nie eine Wohnung gesucht. »Ich habe mich einfach entschlos-

sen, diesen ganzen Trubel nicht mitzumachen«, sagte er ... Der Monteur Leon Ralph aus Los Angeles hat mit Brown in verschiedenen Motels in der Nähe von Sacramento zusammen gewohnt ... Im Koreakrieg war er bei der U.S.-Luftwaffe; er sagte, daß er einmal auf einer Bahnstation in Florida, als er noch im Dienst war, angegriffen wurde, als er ein Essen bestellte. »Ich war in Uniform, und trotzdem schlugen sie mich ...«

Robert S. Fairbanks, LAT, 9. Febr.

(AP) – In mehr als tausend Groß- und Kleinstädten tragen Polizisten jetzt Abzeichen mit der Amerikanischen Flagge an ihren Uniformen.

LAT, 10. Febr.

Los Angeles, Kalifornien – Robert Franklin, 26, ein Neger, der die Stadt Los Angeles wegen Verlust eines Auges verklagt, das, seiner Aussage zufolge, erblindete, als er im Gefängnis von Venice von Beamten geschlagen wourde, sagte am Donnerstag vor Gericht aus ... Franklin klagte bei einer Vernehmung durch einen Rechtsausschuß der Polizei die Beamten Robert C. Manlove, 27, und Andrew W. Edwards, 26, an, ihn, obwohl er keinen Widerstand leistete, nach seiner Festnahme wegen eines Verkehrsdeliktes geschlagen zu haben. Franklin sagte, man sei über ihn hergefallen, als er mit dem Finger auf Manlove zeigte und sagte: »Lassen Sie mich gefälligst in Ruhe.« Manlove habe seinen Arm gepackt, ihn umgedreht und versucht, ihn vom Stuhl zu ziehen. Er und Manlove seien dabei zu Boden gefallen. Edwards, der an einem Schreibtisch saß, sei herübergekommen, um Manlove zu helfen. »Er (Edwards) schlug mir mit einem Totschläger auf den Kopf«, sagte Franklin aus: »Zwei oder dreimal, als ich versuchte, aufzustehen.« Franklin sagte ferner, Manlove habe ihn dann getreten, als er in Handschellen und mit dem Gesicht nach unten dagelegen habe. Er beschuldigte die Beamten, ihn auf dem Weg in ein Krankenhaus geschlagen und getreten zu haben ...

Der Zwischenfall war zuvor von einem Untersuchungsgericht untersucht worden, das jedoch abgelehnt hatte, Anklage gegen die Beamten zu erheben.

LAT, 10. Febr.

Der Friedenspreis der Adventistenkirche wurde Präsident Nixon für seine hervorragende Tätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte verliehen.

LAT, 10. Feb.

Baton Rouge, Louisiana (UPI) – Louisiana wird die bei der Verteidigung zweier Soldaten entstehenden Gerichtskosten zum Teil übernehmen, gab Gouverneur John NcKeithen am Donnerstag bekannt; die Soldaten werden im Zusammenhang mit den Massakern von My-Lai unter Anklage gestellt. McKethen, der sich mit dem Vater der beiden traf, sagte, die beiden hätten die Unterstützung der Leute von Louisiana, und der Staat würde ihnen jede erforderliche Hilfe geben.

LAT, 13. Febr.

[Endlich – eine gute Nachricht] Los Angeles – Ein Produzent des KHJ-Fernsehens, der mit einem gebrochenen Halswirbel und möglicherweise mit einer Rückenmarkverletzung im Streckverband liegt, sagte am Donnerstag, er sei von einem Polizeibeamten von Los Angeles mißhandelt worden, als er am vergangenen Samstag wegen Trunkenheit aufgeschrieben wurde. Duane Irving (Bob) Lewis, 34, Koproduzent der Kanal 9-Tempo-Show, beschrieb den Zwischenfall während eines Interviews am Krankenbett, das abgebrochen werden mußte, da er plötzlich zu zittern und zu weinen anfing . . . Stuart Von, früher ein hoher Angestellter beim KLAC-TV, der Lews am Donnerstag im Krankenhaus besuchte, kommentierte: »Wenn je einer auf seiten der Polizei stand, dann war es Bob Lewis. Er war bekannt als ›Mister Conservative‹.« Ein anderer Freund, der KTLA-TV-Produzent George Grey, fügte hinzu: »Lewis hatte eine echte Schwäche für die Polizei.« Er war stolz darauf, daß er kurzes Haar trug und wie ein Bulle aussah. Einige seiner besten Freunde waren Polizeibeamte. Wenn das Bob Lewis passieren kann – einem Fernseh-Produzenten, der immer Geld in der Tasche hat, einen Thunderbird fährt und mehrere Presseausweise hat, dann kann es jedem passieren . . .

Paul Houston, LAT, 13. Febr.

Aus dem Amerikanischen von Hanns Zischler

USA: Organisationsfrage und revolutionäres Subjekt
Fragen an Herbert Marcuse

Hans Magnus Enzensberger: *Wir haben in Europa den Eindruck, daß sich die politischen Verhältnisse in den USA in den letzten Jahren ungeheuer verschärft und zugespitzt haben. Wir hören von Vorbeugehaft, von schießwütigen Polizisten; die amerikanische Linke hat Listen von Konzentrationslagern veröffentlicht, die schon jetzt bereitstehen sollen; es gibt Gerüchte, die amerikanische Regierung habe Untersuchungen in Auftrag gegeben darüber, wie das Land reagieren würde, wenn die Präsidentschaftswahlen von 1972 abgesagt würden, wenn man einfach keine Wahlen mehr stattfinden ließe. Die Details, die zum Beispiel in Reinhard Lettaus Collage erscheinen, lassen den Schluß zu, daß das ganze System von Law and Order mit seiner Kehrseite immer mehr identisch wird, also Gesetzlichkeit mit Gangstertum, Ordnung mit Willkür: ein fast fugenloses Ineinander von Politik und Verbrechen, von Mafia und Regierung. Auf welchen Begriff läßt sich diese Entwicklung bringen?*
Herbert Marcuse: Ihre Beispiele sind zutreffend. Mit Bezug auf die Konzentrationslager kann ich das nicht mit Bestimmtheit sagen; ich habe sie nicht gesehen. Ich weiß auch nicht, ob es wahr ist, daß die amerikanische Regierung mit dem Gedanken spielt, die Wahlen abzuschaffen. Ich halte das für unwahrscheinlich; denn diese Regierung hat die Wahlen nicht zu fürchten. Die Frage ist, ob in den USA der Faschismus herrscht. Wenn man darunter die allmähliche oder rasche Abschaffung der Reste des Rechtsstaats, die Organisierung von para-militärischen Truppen wie der ›Minutemen‹, die Ausstattung der Polizei mit außerordentlichen Vollmachten versteht, wie zum Beispiel dem berüchtigten ›No-knock Law‹, das die Unverletzlichkeit der Wohnung abschafft; wenn man sich die Entscheidungen der Gerichte aus den letzten Jahren ansieht; wenn man weiß, daß besondere Truppen, sogenannte ›counter-insurgency corps‹, in den Vereinigten Staaten für den möglichen Bürgerkrieg ausgebildet werden; wenn man sich die beinahe schon direkte Zensur der Presse,

des Fernsehens und des Rundfunks ansieht: dann kann man meiner Meinung nach mit voller Berechtigung von einem beginnenden Faschismus sprechen.
Dagegen wird immer wieder eingewandt, daß in Amerika immer noch viel mehr Spielraum für radikale Kritik existiert als heute z. B. in Frankreich. Das ist richtig; es ist dies aber darauf zurückzuführen, daß die amerikanische Gesellschaft sich diese Kritik vorläufig noch gefallen lassen kann, weil sie wirkungslos bleibt.
Es fehlen aber auch noch andere Momente des Faschismus, wie wir ihn kennen, beispielsweise ein charismatischer Führer. Oder glauben Sie, daß Leute wie Nixon oder Agnew oder Reagan ein solches Potential haben? Der direkte Appell an die Massen hat bisher nicht die Formen angenommen, die wir gewöhnt sind mit dem Faschismus zu verbinden.
Ich glaube nicht, daß ein charismatischer Führer heute notwendig zum Faschismus gehört. Wie jede andere Bewegung, jede andere Form der Unterdrückung ist auch der Faschismus abhängig von den Tendenzen der Gesamtgesellschaft. Der amerikanische Faschismus wird anders aussehen als der deutsche, und zwar in dem Grad, in dem die amerikanische Gesellschaft sich von der deutschen des Jahres 1933 unterscheidet. Ein charismatischer Führer ist nicht mehr nötig. Ich erinnere Sie an eine ausgezeichnete Formulierung von Shirer, der weiß Gott kein Sozialist ist: dieser Mann hat kürzlich gesagt, der amerikanische Faschismus werde wahrscheinlich der erste sein, der auf demokratischem Wege und mit demokratischer Rückendeckung zur Macht kommt.
Welche analytische Begründung können Sie für diese Entwicklung in den USA geben? Die gröbsten Faschismus-Theorien, die wir haben, erklären den Sieg Hitlers in Deutschland – sozusagen in erster Annäherung – mit der Wirtschaftskrise von 1929. Sehen Sie in den USA eine auch nur halbwegs vergleichbare Verschärfung der ökonomischen und sozialen Widersprüche?
Ich glaube, daß es so etwas wie einen Präventiv-Faschismus gibt. Wir haben in den letzten zehn bis zwanzig Jahren eine präventive Gegenrevolution erlebt, zur Abwehr einer Revolution, die gefürchtet wird, die aber gar nicht stattgefunden hat und die auch im Augenblick nicht auf der Tagesordnung steht. Auf die gleiche Art und Weise kommt es zum vorbeugenden Faschismus. Die allmähliche Austrocknung des Rechtsstaats in den USA rührt von den wachsenden Widersprüchen des amerikanischen

Imperialismus her. Diese Widersprüche sind zwar im Augenblick noch manageable, sie drohen aber selbst in das Bewußtsein der Indoktriniertesten einzudringen: der Widerspruch zwischen dem ungeheuren gesellschaftlichen Reichtum und dem miserablen und destruktiven Gebrauch, der davon gemacht wird; der Widerspruch zwischen der Möglichkeit, die entfremdete Arbeit zu reduzieren, und ihrer systematischen Aufrechterhaltung; der Widerspruch zwischen der Möglichkeit, Armut und Elend in der kürzesten Zeit abzuschaffen, und der ungeheuren Verschwendung. Diese Widersprüche lassen sich auf die Dauer nur mit Gewalt unterdrücken.

Werte wie die Arbeitsdisziplin, die der Kapitalismus aufrechterhalten muß, verlieren ihre Macht über die Menschen und beginnen zu zerfallen. Gleichzeitig wird die Sinnlosigkeit des Krieges in Südostasien und der faschistischen Folterdiktaturen in Griechenland und Lateinamerika, welche die USA methodisch unterstützen, so offenbar, daß Beschönigung und Verschleierung nichts mehr verschlagen. Deswegen greift das System zu Maßnahmen, die der Opposition zeigen sollen: Sobald ihr gefährlich werdet, sperren wir euch ein, schlagen wir euch zusammen.

Die Widersprüche, auf die Sie hinweisen, müßten sich aber doch innerhalb der amerikanischen Gesellschaft selbst, das heißt, an ihren Klassenwidersprüchen, konkretisieren lassen. Oder sehen Sie keine Möglichkeit, sie an den amerikanischen Klassenkämpfen festzumachen?

Es handelt sich um übergreifende Widersprüche. Marx hat niemals behauptet, daß die Widersprüche des kapitalistischen Systems sich ausschließlich auf die Klasse der Industriearbeiter konzentrieren. Sie durchherrschen vielmehr die gesamte Gesellschaft, die Infrastruktur sowohl als auch den Überbau. Sie realisieren sich natürlich in sehr verschiedener Weise in den gesellschaftlichen Klassen, aber sie sind Widersprüche des Systems als ganzem.

Sie werden also, Ihrer Ansicht nach, nicht in erster Linie eklatant im Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital?

Selbstverständlich auch im Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Wenn man aber beansprucht, Marxist zu sein, muß man sich davor hüten, den Klassenbegriff zu fetischisieren. Mit den Strukturveränderungen im Kapitalismus verändern sich auch die Klassen und ihre Lage. Nichts ist für einen Marxisten unzulässiger und gefährlicher, als einen verdinglichten Begriff der Arbeiterklasse zu benutzen.

Ich möchte einen Passus zitieren, der bei der europäischen Linken auf erbitterten Widerspruch gestoßen ist. Sie schrieben im Eindimensionalen Menschen: *»Die Realität der arbeitenden Klassen in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft macht das Marx'sche Proletariat zu einem mythologischen Begriff.« Was verstehen Sie darunter? Welchen richtigen Begriff vom Proletariat setzen Sie dem »fetischisierten« entgegen?*

Das Marx'sche Proletariat trägt die Züge des englischen Industriearbeiters in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Das steigende Lohnniveau, die zunehmende Macht der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien haben jenes Proletariat in eine Arbeiterklasse verwandelt, die dem Spätkapitalismus entspricht. Diese Klasse wird nach wie vor unterdrückt, aber nicht mehr in der eklatanten und brutalen Form, die Marx beschrieben hat. Wenn man heute einfach vom Proletariat redet, ohne eine genaue Klassenanalyse zu leisten, ohne die Veränderungen im gesellschaftlichen Sein zu analysieren, so verdinglicht man die Marx'schen Begriffe.

Die Veränderungen, auf die Sie hinweisen, scheinen mir aber nicht grundlegender Natur zu sein. Selbstverständlich kann in den »fortgeschrittensten« Gesellschaften von absoluter Verelendung kaum die Rede sein; die relative Verelendung aber schreitet weiter fort. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse kann man nicht einfach am Lebensstandard ablesen; Kühlschränke und Autos zeigen nicht an, daß sie abgenommen hat. Im Gegenteil. Wenn man die Marx'schen Kategorien zugrundelegt, hat sie sogar noch zugenommen. Der Grundwiderspruch nimmt andere Formen an, aber er bleibt bestehen, und er setzt nach wie vor die Dynamik des Klassenkampfs in Gang.

Sie haben in einem Punkte ganz recht: Im Begriff der relativen Verelendung steckt ein entscheidendes Moment für die Aussichten der Revolution im Spätkapitalismus. Diese Revolution wird, in den kapitalistischen Metropolen, nicht mehr primär aus dem physischen Elend geboren; sie ist von Anfang an nicht nur auf dessen Abschaffung ausgerichtet. Wenn man das aber zugibt, dann darf man seine Analyse und seine Strategie nicht mehr auf die Klasse der Fabrikarbeiter und auf ihre Situation begrenzen. Dann muß man über diese Schicht hinausgehen und die Veränderungen in der Arbeiterklasse selbst in Rechnung stellen.

Sie sprachen vorhin von der Klassenanalyse, die dazu nötig ist. Diese Arbeit versuchen die politischen Gruppen der Linken auch in Europa

voranzutreiben. Wir sind der Ansicht, daß das keine akademische Arbeit sein kann. Sie erfordert vielmehr eine direkte Auseinandersetzung mit der physischen und moralischen Existenz der Arbeiterklasse. Die Klassenanalyse kann also nur ein Aspekt der politischen Praxis selbst sein. Viele Genossen sind deshalb in die Betriebe, in die gesellschaftlichen Institutionen gegangen. Sie sind zu dem Schluß gekommen, daß die theoretische Analyse isoliert vom organisierten Kampf im Produktionsbereich nicht weiterführt.

Die inneren gesellschaftlichen Widersprüche, die sich aus den Produktionsverhältnissen ergeben, sieht und hört man nicht, wenn man in die Betriebe geht. Selbstverständlich soll man die Analyse der Arbeiterklasse so konkret wie möglich betreiben. Ich habe aber den Verdacht, daß das heute oft zur Verachtung oder Verdrängung der Theorie führt, der man sich nicht mehr gewachsen fühlt. Dann landet man aber wieder bei der bürgerlichen Soziologie. Solange man die Theorie nicht aufgibt, solange man festhält an der Anstrengung des Begriffs, solange man nicht einem fetischisierten Begriff des Proletariats anheimfällt, hat es selbstverständlich seine Notwendigkeit, in die Betriebe zu gehen. Wenn dieser Schritt aber die theoretische Erfahrung und Analyse *ersetzen* soll, so ist er einfach ein Schritt in die falsche Unmittelbarkeit.

Die Gruppen, die in die Betriebe gehen, berufen sich durchaus auf eine Theorie, nämlich auf die Theorie Lenins.

Dann sollen sie erst einmal diese Theorie vorlegen. Bisher habe ich davon noch nichts gesehen.

Die Marxisten halten am Ziel der Diktatur des Proletariats unbedingt fest. Glauben Sie, daß dieser Begriff in einer heutigen sozialistischen Bewegung nicht mehr operativ sein kann?

Wenn Proletariat heißen soll »die Fabrikarbeiter«, so wie sie Marx als die menschliche Basis des Produktionsprozesses gesehen hat, dann ist diese Formulierung heute völlig unzureichend. Die Diktatur des Proletariats war bei Marx – das vergißt man nur allzuleicht – die Diktatur der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung über eine Minderheit. Ist das »Proletariat« in diesem Sinn in den fortgeschrittensten Industrieländern heute noch die überwältigende Mehrheit? Hat es heute noch das Monopol des Ausgebeutet-Seins?

Wer sonst?

Die Fabrikarbeiter sind nicht mehr die Majorität der Bevölkerung. Lassen

Sie mich nur ein Beispiel geben. Es ist, wie Sie wissen, eine sehr umstrittene Frage, ob die Millionen von Angestellten in der amerikanischen Reklameindutrie Mehrwert schaffen oder nicht, das heißt, ob sie in den Marx'schen Begriffen ausgebeutet werden oder nicht. Ich bejahe diese Frage. Diese Leute tauschen unmittelbar Arbeit gegen Kapital ein, und das ist der Marx'sche Begriff der Ausbeutung. Ihre Löhne sind nicht einfach overhead-Kosten, sondern sie sind unbedingt notwendig, um den kapitalistischen Produktionsprozeß aufrechtzuerhalten.

Notwendig zur Realisierung *des Mehrwerts . . .*

Nicht nur das. Sie sind bereits zur Produktion der Waren notwendig, indem sie zum Beispiel die Form der Ware (denken Sie nur an das Automobil), ja selbst deren Quantität und Qualität vorherbestimmen. Dasselbe gilt natürlich von der dauernd und rapide wachsenden Zahl von Technikern, Ingenieuren, Wissenschaftlern, Psychologen, Soziologen im Produktionsprozeß. Das alles sind Strukturveränderungen innerhalb der Arbeiterklasse. Und da wir heute schon wissen, daß die white-collar-Arbeiter auch in Zukunft immer mehr zunehmen werden auf Kosten der Zahl der blue-collar-Arbeiter, daß sich das Verhältnis von Hand- und Kopfarbeitern immer weiter verschieben wird und die Kopfarbeiter mehr und mehr zur menschlichen Basis des Produktionsprozesses werden, sollten wir mit dem Begriff des Proletariats und dem der Diktatur des Proletariats etwas vorsichtiger umgehen.

Das hieße aber doch nur, daß auch die Schichten, die man früher dem Kleinbürgertum zugezählt hat, rapide proletarisiert werden.

Sie werden nicht proletarisiert. Die unmittelbare physische, materielle Verelendung läßt sich vom Begriff des Proletariats nicht abspalten.

Darf ich ein Beispiel geben? In Deutschland gibt es heute bereits große Architekturbüros, wo Leute, die sich während ihres Studiums noch eingebildet haben, daß sie später »freiberuflich schaffen«, Häuser entwerfen, also eine schöpferische Arbeit leisten würden, Leute, die also im Grunde eine bürgerliche Berufsperspektive hatten, sich in einem industrialisierten Großbetrieb wiederfinden, an einem Zeichentisch neben Dutzenden von andern jungen Architekten. Dabei müssen sie feststellen, daß sie tagaus tagein ein Baudetail zu liefern haben. Ein solcher Architekt zeichnet zum Beispiel immerzu Fenster. Das ist ein gutes Beispiel für Proletarisierung.

Wo findet sich derselbe Mann, wenn er abends nach Hause kommt? Findet er sich in einer dreckigen Ein- oder Zwei-Zimmer-Wohnung ohne adä-

quate sanitäre Einrichtungen? Hat er kein Automobil? Besitzt er die kleinen oder nicht so kleinen sogenannten Luxusgüter des Spätkapitalismus, oder besitzt er sie nicht?

Natürlich hat er sie.

Dann ist es ein Hohn auf den wirklichen Proletarier, diese Arbeiterschichten als Proletarier zu bezeichnen.

Gut. Wenn Sie das Proletariat nach einem Konsum- statt nach einem Produktionsverhältnis bestimmen wollen, das heißt letzten Endes, wenn Sie es am Lebensstandard von 1850 messen wollen, dann ist das Proletariat in Europa und den USA eine schwindende Klasse. Aber ist das eine richtige Definition? Verschwindet nicht vielmehr tendenziell der Unterschied zwischen jenem Architekten und dem Mechaniker, der zum Beispiel in einer automatisierten Fabrik Reparaturen vornimmt?

Jawohl, dieser Unterschied verringert sich, aber derart, daß der frühere Proletarier entproletarisiert wird und nicht umgekehrt. Die Automation bringt eine aufreibende, nerventötende Arbeit mit sich, aber das allein macht einen Arbeiter noch nicht zum Proletarier. Sie ersetzt physische durch mentale Arbeitsenergie. Das ist keine Dequalifizierung. Der traditionelle Facharbeiter, der dem Handwerker noch viel näher stand, wird mit der Entwicklung des Spätkapitalismus verschwinden. Die profitable Verwendung der steigenden Arbeitsproduktivität verlangt eben immer mehr Techniker, immer mehr Ingenieure, immer mehr white collar workers und nicht weniger.

Wenn wir die Statistiken der letzten zehn bis fünfzehn Jahre untersuchen, so zeigt sich aber doch, daß der Anteil der manuellen Fabrikarbeiter außerordentlich langsam abnimmt, wenn überhaupt.

Aber woher kommt das? Zum größten Teil ist der Widerstand der Gewerkschaften daran schuld, wenigstens in den USA, zum andern sind es die technischen Probleme der Automation selbst. Diese aber werden langsam behoben. Heute schon geht die Tendenz dahin, daß die Investitionen in den modernsten automatisierten Produktionsmitteln immer rentabler werden, das heißt, das Verhältnis von c:v, von konstantem zu variablem Kapital verschiebt sich.

Gehen wir nun einen Schritt weiter. Welcher Klasse fällt unter den heutigen Bedingungen die führende Rolle im revolutionären Prozeß zu? Nach wessen Interessen hat eine revolutionäre Strategie sich zu bestimmen, wenn die unmittelbaren Interessen innerhalb einer weitgefaßten Arbei-

terklasse zumindest partiell divergieren? Ist es nicht nach wie vor das Industrieproletariat, das dabei die Führung übernehmen muß?
Wo steht das? Das steht im Buch. Und zwar in einem Buch, das vor geraumer Zeit geschrieben worden ist.
Wenn Sie wollen, suspendieren wir für einen Augenblick die traditionelle Antwort. Dadurch wird aber die Frage nicht erledigt: Wer soll die Führung übernehmen?
Ich muß Ihnen offen sagen, daß diese Fragestellung mir als Marxist irgendwie unsympathisch ist. Schließlich gibt es doch nirgendwo einen Gott oder ein Schicksal oder ein Buch, das nun zu bestimmen hätte, wer die Führung übernehmen soll. Das ist doch verdinglichter Marxismus. Welche der verschiedenen Tendenzen, Gruppen und Klassenschichten sich in der Zukunft radikalisieren wird, auch im Bewußtsein, und wer damit als Avantgarde auftritt, das kann man nicht bestimmen, indem man einfach vorgegebene Kategorien, wie »Studenten«, »neue Arbeiterklasse«, »Arbeiterklasse« ohne Reflexion übernimmt. Das wird in den verschiedenen Ländern je nach dem Entwicklungsstand des Kapitalismus ganz verschieden aussehen.
Ich beharre mit Absicht auf meiner Frage, denn diese Frage stellt sich jetzt in einer Phase der Selbstkritik für die sozialistische Bewegung in der Bundesrepublik in aller Schärfe. Wir versuchen, aus den Fehlern der Studentenbewegung, aus ihrem Scheitern zu lernen. Es hat sich herausgestellt, daß die Organisationsformen, die sie spontan gefunden hatten, offenbar nicht weitertragen. Die gegenwärtige Phase ist gekennzeichnet durch die abstrakte Negation des Vorangegangenen. Die antiautoritäre Seite der Bewegung wird, oft auf mechanische Weise, total negiert. Die heutige Praxis stützt sich überwiegend auf die Betriebsarbeit, auf Kaderbildung und Agitation. Sie führt zu einer Rückkehr zu leninistischen Konzepten, auch in der Organisationsfrage. Damit steht der Aufbau einer Kommunistischen Partei, nach den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus«, wieder auf der Tagesordnung – so, wie es ebenfalls im Buch steht. Sind Sie der Meinung, daß dies immer noch eine adäquate Organisationsform sein kann? Und wenn nicht, welche Alternativen sehen Sie?
Sie sind ausgegangen von den Unzulänglichkeiten und den Fehlern der Studentenbewegung. Wie sehen diese Fehler aus?
Die Studentenbewegung ist natürlich von der Klassenlage der Beteiligten bestimmt gewesen, von ihren Interessen und von ihrem Bewußtsein. In der

Bundesrepublik rekrutiert sich die Universitäts-Population im wesentlichen aus dem Bürgertum.

Entschuldigen Sie, das ist bereits Vulgär-Marxismus. Daß eine Bewegung ausgeht von der subjektiven Bewußtseinslage . . .

. . . auch von einer ganz bestimmten materiellen Lage! Die Arbeiterklasse ist an den westdeutschen Universitäten notorisch unterrepräsentiert . . .

. . . das heißt noch lange nicht, daß sie diese subjektive Bewußtseinslage nicht transzendieren und allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse sehen und artikulieren kann. Daß jemand aus dem Bürgertum kommt, ist scheißegal. Marx und Engels sind auch aus dem Bürgertum gekommen.

Was ich treffe, ist aber keine individuelle Feststellung, sondern ich spreche vom Klassencharakter einer ganzen Bewegung, der sich objektiv bestimmen läßt. Die Arbeiterklasse ist an den westdeutschen Universitäten mit 6-8% vertreten. Das ist doch eine Tatsache.

Aber wer sagt Ihnen denn, daß ein lieber Gott oder ein gutes Schicksal sich als Hort der Wahrheit die Arbeiterklasse ausgesucht hat? Das ist doch reiner Fetischismus.

Das ist ein grundlegendes Element der marxistischen Theorie.

Das ist *nicht* die marxistische Theorie. Der Marxismus hat immer, solang er wirklich noch Marx'sche Theorie war, unterschieden zwischen der Arbeiterklasse an sich und der Arbeiterklasse an und für sich, zwischen dem subjektiven und dem objektiven Faktor. Der Marxismus hat nie die Arbeiterklasse als ein daseiendes Ding genommen, dem die Wahrheit und die Befreiung schlechthin anhaften.

Aber die Arbeiterklasse ist zugleich die Klasse, die gezwungen ist, zur Klasse an und für sich zu werden, und dann verkörpert sie die historische Möglichkeit der Befreiung.

Sie kann auch gezwungen werden, ihre eigene Emanzipation zu unterdrücken. Aber wir kommen vom Ausgangspunkt Ihrer Frage ab, von der Studentenbewegung und ihren Fehlern.

Diese Fehler sind ganz klar. Sie zeigen sich schon daran, daß die Bewegung es nicht verstanden hat, über ihren eigenen Aktionsradius hinaus die arbeitenden Klassen zu mobilisieren.

War das der Fehler der Studenten, oder war daran die objektive Situation der Arbeiterklasse schuld? Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Ich beziehe mich dabei wiederum nur auf Amerika, wo ich die Verhältnisse kenne. Es wird Ihnen obliegen, zu sagen, wieweit das auch für andere Länder, be-

sonders für die Bundesrepublik, gilt. Es ist zum allergrößten Teil das Verdienst der Studentenbewegung, die Opposition gegen den Krieg in Vietnam mobilisiert zu haben. Auch bei der Aktivierung der Bürgerrechts-Bewegung haben die Studenten eine große Rolle gespielt. Das geht weit über die persönliche Interessenlage hinaus, im Gegenteil, es widerspricht ihr zum großen Teil, und es trifft in der Tat ins Herz des amerikanischen Imperialismus. Daß die Arbeiterklasse nicht mitgegangen ist, liegt ja weiß Gott nicht an den Studenten. Es ist aus der materiellen und subjektiven Situation der amerikanischen Arbeiterklasse zu erklären.

Das ist sehr die Frage, ob die Studentenbewegung daran unschuldig ist. Warum sollte die Arbeiterklasse konstitutionell unfähig sein, die vietnamesische Revolution zu verstehen?

Sie ist dazu nicht unfähig, aber sie weiß genau, wo ihre Interessen, ihre *unmittelbaren* Interessen liegen, und was für sie auf dem Spiel steht. Sie weiß zum Beispiel ganz genau, daß, wenn der Krieg in Vietnam wirklich beendet wird, ich weiß nicht wieviele Zehntausende von Arbeitern ihren Job einbüßen. Sie weiß ganz genau, auf welcher Seite ihr Brot gebuttert ist. Ist es nicht überheblich, das zu übersehen und den Arbeitern zu sagen: gebt alles auf, was ihr jetzt habt, und geht mit mir, bereitet die Revolution vor?

Ist es nicht vielmehr überheblich, von der Arbeiterklasse zu erwarten, daß sie auf die Bewußtseinslage der Studenten unmittelbar eingehen sollte? Solange man nur die Universität, nur seine eigene Klasse kennt und sehen will, solange man sich auf das Produktionsverhältnis der Arbeiter überhaupt nicht einläßt, kann man doch nicht erwarten, diese Klasse zu mobilisieren.

Ich glaube Ihnen einfach nicht, daß man in eine Fabrik gehen und wochen- oder monatelang dort arbeiten muß, um zu wissen, wie entsetzlich ihr Leben und ihre Arbeit ist. Die Studenten wußten ganz genau, daß ihr Leben verglichen mit dem eines Fabrikarbeiters unendlich viel besser ist. Übrigens kenne ich Hunderte von Studenten, die persönlich so leben, wie kein Arbeiter heute leben würde. Es ist einfach nicht wahr, daß die Studenten eine privilegierte Elite sind, die in Saus und Braus lebt, während es den Arbeitern so entsetzlich schlecht geht; das ist einfach eine Entstellung.

Der politisierte Student weist vielleicht gewisse Dinge zurück, die ihm seiner Klassenlage nach zugänglich wären. Aber auch das ist ein Moment

seiner Freiheit, mit anderen Worten, ein Moment seiner privilegierten Situation. Er hat eine Wahl, und er trifft sie bewußt.

Wollen Sie deshalb seine Privilegien abschaffen und damit die Möglichkeit, Dinge zu sehen, die die andern nicht wahrnehmen können? Sein Privileg enthält eine Verpflichtung: die Verpflichtung und Verantwortlichkeit des Intellektuellen, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um diese Gesellschaft zu verändern. Das ist heute schon eine sehr gefährliche Arbeit! Es käme einem Verrat gleich, dieses Privileg aufzugeben.

Darum handelt es sich nicht. Die Studentenbewegung hat aber zunächst, und das ist ganz natürlich, an die unmittelbaren Interessen der Studenten angeknüpft. Sie hat die Verhältnisse an den Universitäten kritisiert, und sie wollte diese Verhältnisse ändern.

Das ist nicht wahr. Die Studentenbewegung in den USA hat an die Interessen der Schwarzen in den Ghettos, nicht an ihre eigenen angeknüpft.

Sie hat gleichzeitig verlangt, und zwar mit Recht: Die Ordinarienherrschaft muß gebrochen, die Universität muß vollständig umfunktioniert werden.

Was Sie sagen, gilt ausschließlich für die deutschen Verhältnisse. Die Ordinarien spielen an den amerikanischen Universitäten keine vergleichbare Rolle. In den USA haben die Studenten für das ›Civil-Rights-Movement‹ und gegen den Krieg in Südostasien gekämpft. Alles andere ist sekundär. Gegen die Universitäts-Administration kämpften sie, weil die Universität in den Vietnamkrieg verwickelt war, weil sie Kriegsforschung betrieb, und so weiter. Das halten Sie für Interessen einer Elite? Wenn das nicht Gesamtinteressen sind, dann möchte ich wissen, was Sie darunter verstehen.

Die Studenten haben sich in ihrer Agitation auf das Medium der bürgerlichen Öffentlichkeit verlassen, sie haben eine für die Bevölkerung kaum verständliche Konfrontation mit der Staatsgewalt herbeigeführt. Ihre anti-autoritären Regungen hängen teilweise mit dem Sozialisationsprozeß im Bürgertum zusammen, und insofern spielen sie für einen Arbeiter keine Rolle.

Nichts ist unbürgerlicher als die amerikanische Studentenbewegung, während nichts bürgerlicher ist als der amerikanische Arbeiter. (Verzeihen Sie diese kleine Übertreibung!) Die Klischees, mit denen Sie operieren, sind untauglich. Glauben Sie wirklich, daß die Kommunen, die politischen Demonstrationen, die Besetzungen von Gebäuden bürgerlich sind?

Nicht unbedingt. Dagegen scheint mir die sogenannte »Protestszene«, die »Hippie-Szene«, die »Drop-out-Szene«, überhaupt scheinen mir diese ganzen Szenen ein vorwiegend bürgerliches Phänomen zu sein.

Ich glaube, daß es mit der politischen Funktion der Hippies und der drop-outs vorbei ist.

Diese Erscheinungen sind von der herrschenden Kultur absorbiert worden.

Sie sind zum Teil sogar reaktionär geworden. Es lag ihnen die Verwechslung von persönlicher mit gesellschaftlicher Befreiung zugrunde.

Eben damit hängt aber auch die Borniertheit der Studentenbewegung zusammen.

Nein. Die politischen Leute lehnen diese Verwechslung ab. Sie sind heute nicht mehr bloße Hippies, oder sie sind überhaupt keine Hippies mehr.

Die politischen Leute studieren Lenin . . .

Sie lesen Lenin, sie lesen aber auch Hermann Hesses. Hermann Hesses *Steppenwolf* ist in den USA heute eines der beliebtesten und einflußreichsten Bücher.

Eben! Das Problem von Hesses Steppenwolf *ist ein rein innerbürgerliches Problem, das geht nur die Bourgeoisie an. Einem jungen Arbeiter hat dieses Buch nichts zu sagen.*

Liegt das an dem Buch, oder liegt das an dem Arbeiter? Wollen Sie mir erzählen, daß der *Faust* oder der *Don Carlos* einfach bürgerliche Scheiße sind? Oder sollten diese Werke auch dem Arbeiter etwas sagen?

In seiner gegenwärtigen Situation können sie ihm nichts sagen.

Das ist etwas anderes. Hier stimme ich Ihnen zu. Aber gerade diese gegenwärtige Situation soll ja verändert werden.

Kehren wir zurück zur Frage der Organisationsform. Die Unzulänglichkeit der Studentenbewegung zeigt sich auch in dieser Hinsicht. Die Formen, die auf bloße Spontaneität gegründet waren, haben sich als äußerst labil und unzuverlässig erwiesen. Für viele von uns war die Bewegung wenig mehr als ein Versuch zur individuellen Selbstheilung. Heute herrscht demgegenüber bei den politischen Leuten, in Deutschland jedenfalls, die Ansicht vor, daß wir eine Partei brauchen. Die Konstruktion einer solchen Partei ist ein langwieriger Prozeß. Bis heute ist er voran- und zugleich hintertrieben worden durch Fraktionierung. Der Zerfall der Studentenbewegung wurde geradezu programmatisch beschleunigt. Die einzige nationale Organisation, der SDS, wurde liquidiert.

Die bisherigen Versuche, neue Organisationen zu gründen, folgen dem Prinzip der Kaderpartei, strikt nach den Anweisungen Lenins. Man spricht von der Notwendigkeit, die Partei zu »bolschewisieren«. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus gilt als unbestreitbar. Der Vieldeutigkeit der studentischen Bewegung wird von vielen ein neuer Dogmatismus entgegengesetzt, der im Stalin-Kult mancher Gruppen absurde Züge annimmt. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Man muß sich die Frage stellen, ob die Entwicklung von der leninistischen Kaderpartei zum Stalinismus der zwanziger und frühen dreißiger Jahre, dann zum Stalinismus der Moskauer Prozesse, von Stalin zu Chruščëv, und von Chruščëv bis zu den Herren Brežnev und Kosygin, die mit der Revolution überhaupt nichts mehr zu tun haben – ob diese Entwicklung ein Zufall war, oder ob sie nicht in der Leninschen Kaderpartei von vornherein zumindest als Möglichkeit angelegt war. Ich stelle diese Frage, ich kann sie nicht beantworten. Die Leninsche Kaderpartei baute ursprünglich darauf, daß es in Rußland potentiell revolutionäre Massen gab, die durch den verlorenen Krieg aktiviert werden konnten. Wo diese Massen fehlen, ist die leninistische Kaderpartei keine brauchbare Organisationsform. Jeder Versuch in dieser Richtung muß zur Diktatur einiger selbsternannter Revoluzzer über die andern führen. Das heißt aber nicht, daß die radikale Linke die Frage der Organisation einfach beiseite schieben könnte. Wir haben das Stadium erreicht, in dem diese Frage gelöst werden muß. Die Periode der glücklichen, zum großen Teil anarchistischen Spontaneität ist vorbei. Die organisierte Konterrevolution hat damit sehr schnell Schluß gemacht. Eine Form der Gegenorganisation ist notwendig. Wie soll sie aussehen?

Eine Massenpartei mit zentralisierter Führung auf nationalem Niveau scheint mir in den USA unmöglich; der Staatsapparat könnte sie innerhalb von 24 Stunden erledigen. Wir müssen neue Formen finden, die zu einem hohen Grad dezentral, das heißt lokal und regional aufgebaut sind. Wie die Koordination dieser Gruppen aussehen soll, vermag ich nicht zu sagen. Aber ohne Organisation und ohne Disziplin geht es nicht mehr. Wie schon Engels gesagt hat, ist eine Revolution die autoritärste Sache von der Welt. Revolutionäre Disziplin heißt freilich nicht Diktatur, sondern selbstauferlegte Disziplin, die rational begründet ist. Das schließt alle die Hippie- und Yippie-Movements, die eine solche Disziplin ablehnen, von vornherein aus.

Damit kommen wir auf frühere Fragen zurück. Muß diese Organisation sich nicht an den Produktionsverhältnissen orientieren? Ist sie denkbar als eine Organisation von Leuten, die abends Meinungen vertreten, die aber in ihrem Verhältnis zum Produktionsprozeß nichts Gemeinsames haben? Muß eine kommunistische Organisation nicht Zellen bilden in allen gesellschaftlichen Institutionen, deren wichtigste die Fabrik ist und bleibt?

Selbstverständlich muß man in die Fabriken gehen und besonders mit den jungen Arbeitern politisch arbeiten. Nicht, indem man ihnen mit Klischees kommt, das heißt mit dem, was man selbst zum Klischee gemacht hat, Kapitalismus, Imperialismus, Revisionismus usw., sondern indem man versucht, und das ist außerordentlich schwer, ihnen zu zeigen, was heute der Kapitalismus aus den Menschen macht, und daß man das wirklich ändern kann. Aber genausogut muß man mit andern, mit den Hausfrauen, mit den Intellektuellen, mit den Technikern reden.

Die Tradition der Arbeiterbewegung scheint aber zu zeigen, daß man die Leute in ihrem Produktionsverhältnis organisieren muß, nicht als Privatleute, die zu Hause, so wie die Bibelforscher, irgendwelche Ansichten und Interessen hegen. Das konstituierende Moment der Arbeiterorganisationen war doch ihr Verhältnis zur Produktion. Ich sehe zum Beispiel nicht, wie man die Hausfrauen, als Hausfrauen, organisieren könnte.

Das sehen Sie nicht? Sie sehen nicht, wie man die amerikanischen Hausfrauen organisieren kann, um gegen den Vietnam-Krieg zu protestieren, Streiks zu unterstützen, Boykotte durchzusetzen?

Kampagnen dieser Art sind möglich, aber eine kommunistische Kampforganisation kann auf diese Weise kaum aufgebaut werden.

Die kommunistische Kampforganisation ist eine Sache der Zukunft. Bis dahin ist eine entsetzlich schwierige und langwierige Aufklärungsarbeit zu leisten. Rudi Dutschke hat die bisher noch immer beste Formel dafür gefunden: Der lange Marsch durch die Institutionen ist nach wie vor notwendig.

Ist die Entwicklung in den USA nicht so bedrohlich, daß diese geduldige Aufklärungsarbeit in Gefahr gerät, von den Ereignissen einfach überrollt zu werden?

Eben deshalb darf man die geringen Kräfte, die man hat, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Opfer und Märtyrer kämen nur dem Establishment zugute. Der Feind ist im Augenblick phantastisch gut organisiert. Das muß man in Rechnung stellen.

Die Strategie, die Sie für die amerikanische Bewegung vorschlagen, ist also im Grunde erzieherisch und vorerst defensiv.
Das ist leider die einzige Möglichkeit, die ich sehe.
Wenn man über die Zukunftsaussichten der amerikanischen Gesellschaft spricht, so geht das nicht ohne einen spekulativen Zug ab. Das Wort Bürgerkrieg ist bereits gefallen. Wenn man das für eine mögliche Perspektive hält, kann man dann bei einer rein defensiven, vorsichtigen, im Wesentlichen auf Bewußtseinsveränderungen abzielenden Strategie bleiben? Sie rechnen doch damit, daß die Widersprüche in den USA gewaltsam explodieren werden.
Wenn sie explodieren, dann ist das wahrscheinlichste Resultat der Sieg des neuen Faschismus.
Und nicht der Volkskrieg in den Vereinigten Staaten?
Nein. Möglich ist in den USA heute und morgen der Rassenkrieg, nicht aber der offene, politische Klassenkampf. Der Klassenkampf im ökonomischen Sinn geht selbstverständlich weiter. Was den Kampf der Schwarzen angeht, so versuchen die Black Panthers verzweifelt, ihm eine politische Wendung zu geben. Aber ihre Führer werden einer nach dem andern mundtot gemacht oder wirklich getötet. Im übrigen sind die militanten Schwarzen selbst in den Ghettos eine Minorität.
Sie werden aber nicht sagen wollen, daß der Rassengegensatz etwas anderes wäre als eine mystifizierte Form des Klassenkampfes.
Nein. Andererseits glaube ich nicht, daß er sich ohne weiteres in einen Klassenkampf umwandeln läßt. Bedenken Sie nur die ungeheure Aversion so vieler weißer Arbeiter gegen ihre schwarzen Kollegen.
Auch das hat doch klassenspezifische, und zwar sogar direkt ökonomische Gründe.
Aber was ist das für ein Klassenkampf, in dem sich weiße und schwarze Arbeiter als Feinde gegenüberstehen?
In einer solchen Frontstellung wären die weißen Arbeiter nichts anderes als Hilfstruppen des Kapitals.
Das haben Sie gesagt, nicht ich.
Herr Marcuse, haben Sie – das ist ein Modewort der Futurologen –, haben Sie so etwas wie ein Szenario für die nächsten zehn Jahre in den USA? Wie schätzen Sie die Aussichten dieser Gesellschaft ein?
Ich würde raten, daß die Repression in den nächsten Jahren noch intensiver wird; ich würde raten, daß das die radikale Opposition vor unend-

lich schwierige Fragen stellt, vor allem, was die Rolle und die Grenzen der politischen Aktion, der Gegengewalt usw. betrifft; ich würde raten, daß die Widersprüche im amerikanischen Kapitalismus sich verschärfen, im Innern wie auf internationaler Ebene, und daß gerade deswegen die Repression zunimmt; ich würde raten, daß das faschistische Potential weiter ansteigt, und daß die radikale Opposition ihre ganze Kraft brauchen wird, um durch Aufklärung, Erziehung und Beispiel zu verhindern, daß größere Teile der Arbeiterklasse dem Faschismus anheimfallen.

Heute kann die neo-faschistische Periode des Imperialismus vielleicht noch verhindert werden. Die Gegenkräfte sind da. Wir haben nicht vom Entscheidenden gesprochen: von der politischen Ökonomie. Sie lässt sich nicht im Rahmen eines kurzen Gesprächs diskutieren. Nur ein paar Andeutungen. In der sogenannten »Konsumgesellschaft« stößt die kapitalistische Produktionsweise auf ihre innere Grenze: Saturierung des Investitions- und Warenmarkts. Die »unproduktive« Arbeit wächst im Verhältnis zur produktiven. Inflation, und das heißt Sinken des Reallohns gehört jetzt zur Dynamik des Systems. Während die imperialistische Expansion in weniger entwickelte kapitalistische Länder (Canada, Frankreich, England) fortschreitet, stößt sie in Lateinamerika auf immer größeren Widerstand (Chile, Perú, Bolivien). China ist auf dem Weg zur kommunistischen Großmacht. Der Befreiungskampf des vietnamesischen und cambodianischen Volkes zeigt die menschliche und militärische Möglichkeit, der gewaltigsten Zerstörungsmaschine aller Zeiten Einhalt zu gebieten. In der Metropole des Weltkapitalismus droht die Desintegration der Arbeitsmoral zur materiellen Kraft zu werden, die das reibungslose Funktionieren des Systems gefährdet. Aber die einzige wirkliche Opposition, die heute in den Vereinigten Staaten kämpft, um die globale Gegenrevolution aufzuhalten, ist die der radikalen Jugend und der Militanten der Ghettos. Alle Differenzen in Fragen der Strategie und Taktik, alle ideologischen Differenzen müssen »suspendiert« werden, alle von vornherein selbst-zerstörerischen Aktionen, alle Ungeduld und aller Defätismus müssen um des gemeinsamen Kampfes willen überwunden werden – denn es geht heute nicht um die Offensive, es geht um die Selbsterhaltung der Bewegung als einer radikalen politischen Kraft.

Lee Lockwood
Gespräch mit Eldridge Cleaver

Eldridge -
Gerade wollte ich's sagen, vergaß es aber, weil ich an etwas anderes dachte: bitte, nennen Sie mich nicht Eldridge.
Eldridge Cleaver – ist das nicht Ihr richtiger Name?
Ja schon, aber ich habe auch andere Namen benutzt. Einmal, als es kritisch wurde, vergaß ich meinen Namen ganz und gar. Mir gegenüber stand ein Beamter – ein feindseliger Beamter – und sagte: »Wie heißt du?«. . .
Ich konnte nicht drauf kommen.
Erzählen Sie, was Ihnen während der letzten acht Monate zugestoßen ist.
Seit November meinen Sie? Ja, seit November hat's mich ziemlich ausgiebig durch die Welt getrieben. Ich habe mancherlei Menschen unter mancherlei Himmelsstrichen gesehen. Es ging auf und ab, ich war glücklich und war auch ganz und gar fertig. Man könnte sagen, ich bin fortwährend durch Erfahrungen gegangen, die über die ganze Spannweite meiner Nervosität bis zur völligen Ekstase reichten. Und das ist die Wahrheit.
Befinden Sie sich jetzt im Exil?
Ob ich im Exil bin? Ja, ich weiß nicht recht, was die genaue Definition dieses Begriffs ist. Bedeutet es, daß ich außerhalb der Grenzen meines Geburtslandes lebe, ganz gegen meinen Willen und aus erkannter Notwehr gegen politische Verfolgung, ja, dann bin ich im Exil. Man spricht von manchen Leuten als von politisch Verbannten; in diese Kategorie würde ich wohl irgendwie fallen.
Würden Sie von sich sagen, daß Sie freiwillig im politischen Exil sind?
Wenn jemand durch die Regierung seines Landes deportiert wird, dann, meine ich, wäre das ein *un*freiwilliges Exil. Ich bin aber nicht deportiert worden, ich bin weggelaufen – ein Flüchtling –, um dem Gefängnis zu entgehen. Soweit also war es freiwillig, ich wollte nicht ins Zuchthaus gehen.
Wann haben Sie diese Entscheidung getroffen?
Der endgültige Entschluß hängt mit dem Nachspiel der Schießerei in Oakland vom 6. April des vorletzten Jahres zusammen, grundsätzlich aber

Goethe Institut e.V. Bibliothek

geht das auf meine Erfahrungen im Zuchthaus zurück. Als ich da den langen Knast absaß, beschloß ich, mein Leben zu ändern und nie wieder in ein Gefängnis zurückzugehen. Das war mein maßgebender Wunsch, und daran hat sich nie mehr etwas geändert. Als ich mich dann infolge des Zwischenfalls vom 6. April erneut in dieser Situation befand – man sperrte mich damals sechzig Tage lang in der Haftanstalt Vacaville ein –, kam ich zu dem Resultat, daß, wenn es mir nicht möglich sein würde, aus der Sache durch eine *habeas corpus* Verfügung herauszukommen, die mein Verteidiger beantragt hatte, ich auch keinen Sinn darin sah, weiter eingesperrt zu bleiben. Weil ich überzeugt war, daß es für die Mehrheit all derer, die den Fall mit Interesse verfolgten, klar ersichtlich war, daß das Recht auf unserer Seite lag, hielt ich es geradezu für unerläßlich, dieser gerichtlichen Verfügung zu entgehen.

Und was hätten Sie getan, wenn Sie ausgebrochen wären aus dem Gefängnis – eine Existenz im Untergrund begonnen?

In den Vereinigten Staaten hat es immer nur die eine Frage gegeben, in den Untergrund zu gehen oder das Land zu verlassen. Ausbrechen und dann auf der Straße spazierengehen, das hätte ich schwerlich gekonnt.

Wenn Sie aber im Lande geblieben und in den Untergrund gegangen wären, bestand da nicht immer die Aussicht, von der Polizei geschaßt und niedergeschossen zu werden?

Durchaus. Doch, sehen Sie, wir alle glauben an das, was Bakunin und Netschajew im allerersten Kapitel ihres *Katechismus für Revolutionäre* festgestellt haben: daß jeder echte Revolutionär ein vom Tode gezeichneter Mensch ist. Das heißt, wer es nicht fertig bringt, dem Tode ins Auge zu sehen, der hat auch kein Recht, der Macht zu trotzen, ihr entgegenzutreten beziehungsweise sich überhaupt mit ihr auseinanderzusetzen. Bei dem politischen Klima, wie es sich in den Vereinigten Staaten entwickelt hat, würde ich sagen, daß keiner in einer Streikbewegung etwas zu suchen hat, der nicht auch bereit ist, dabei sein Leben aufs Spiel zu setzen. Wer nicht bereit ist, das eigene Leben zu riskieren, der gehört nicht einmal auf den Parteikongreß der Demokraten [in Chicago]. Heutzutage darf man es ja nicht einmal wagen, irgendwo innerhalb der Vereinigten Staaten zu leben, sei es im Westen, im Osten, im Süden oder Norden, ohne sein Leben zu riskieren.

Wir haben genau Buch geführt über die Zahl der im ganzen Land von der Polizei umgelegten Menschen, und Sie werden überrascht sein, es verging

kaum ein einziger Tag, ohne daß wir nicht eine neue Kerbe in unsere Tafel einritzen mußten. Langsam macht man sich also vertraut mit dem Gedanken, jeden Augenblick getötet zu werden. Lange bevor die Angelegenheit mit meiner Freilassung auf Ehrenwort auf die Spitze getrieben wurde, hatte ich mich mit der Tatsache abgefunden, daß ich jederzeit abgeknallt werden konnte. Fertigwerden mußte ich damit zum ersten Mal, als ich in der Strafanstalt war. Im Gefängnis werden Menschen erschossen und erstochen ohne jede Warnung. Und wer beständig mit der Aussicht leben muß, blitzartig ausgelöscht zu werden, der hört entweder auf mit dem, was er getan hat und zieht sich zurück, oder er muß es hinnehmen, verdrängen, irgendwie vergessen. Sonst bleibt man einfach nicht funktionsfähig. Man kann ja nicht immer nur in Angst herumlaufen, aufpassen und argwöhnisch hinter sich blicken. Jedenfalls gibt es heute viele Menschen, die mit dieser Einsicht leben, und ich habe es auch irgendwie gelernt.

Betrachten Sie sich also als »ein vom Tode Gezeichneter«?

Ach, wissen Sie, ich bin optimistisch und lasse die Hoffnung nicht sinken. Aber ich gebe mich auch keinen Illusionen hin, weil ich ganz einfach weiß, wie meine Pläne für die Zukunft aussehen. Je mehr ich über meine Zukunftspläne nachdenke, desto mehr ziehe ich die Möglichkeit in Betracht, daß mein Leben nicht besonders lang sein wird – ich habe nämlich ziemlich ehrgeizige Pläne.

Was hat sich dann weiter zugetragen?

Ich ging auf Reisen.

Aber Sie wollen nicht sagen, wohin?

Nein. Ich meine, diejenigen, die das wissen müssen, um ihre Aufgabe im Kampf durchzuführen, diese Leute haben schon die nötigen Informationen und handeln danach. Und andere Freunde, bei denen mehr die Neugier dahinter steckt, werden sich gedulden müssen. Aber diejenigen, die diese Information haben wollen, um damit gegen uns vorzugehen, müssen sich eben ein bißchen mehr anstrengen, um dahinter zu kommen. Ich werde doch keine freiwilligen Auskünfte an J. Edgar Hoover geben! Ich weiß nur zu gut, daß er sehr tüchtig ist, daß er sich jegliche Information zu besorgen weiß, doch diesmal wird er ein bißchen tiefer zu graben haben – ihm dabei noch behilflich zu sein, fällt mir nicht ein.

Im Mai 1969 erschien in der amerikanischen Presse die Meldung, Sie hätten sich in Cuba monatelang mit einer »Exilgruppe der Black Panther« umgeben. Die amerikanische Regierung deklarierte Sie daraufhin offiziell

als Einwohner Cubas und verfügte, daß Ihnen keinerlei Autorenhonorare aus Ihren Büchern mehr ausgezahlt werden sollten, da Cuba unter das »Handelsgesetz mit Feindstaaten« falle.

Ich habe erfahren, daß die US-Regierung mich aufgrund dieser Reuter-Meldung zum cubanischen Staatsangehörigen erklärt hat. Daraus möchte ich schließen, daß für mich die Verfassung der Vereinigten Staaten nicht mehr vorhanden ist –wenn sie es je war –, damit ich mich nicht auf das *Fifth Amendment* berufen kann. Deshalb sage ich nur: Kommentar überflüssig . . .

Wie groß ist jetzt die Pantherpartei?

Das weiß kein Mensch. Ich bin ganz sicher, daß es niemand in den Vereinigten Staaten gibt, angefangen von der FBI bis zu Huey P. Newton, der Ihnen die genaue Mitgliederzahl in der Partei sagen könnte.

Vielleicht wissen Sie es wenigstens annähernd?

Nicht mal annähernd könnte ich das sagen, denn ich bin erst kürzlich wieder mit meiner Frau zusammengetroffen; während der letzten Monate hatte ich keine eingehende Verbindung mit ihr, daher war ich auch gar nicht in der Lage, mich über solche Dinge wie die Zuwachsstatistiken der Partei auf dem laufenden zu halten. Doch nach dem, was sie mir mündlich berichtet hat, erfreut sich die Partei jetzt eines beispiellosen Rückhalts in der Schwarzen Gesellschaft; sie wird zielbewußter und ihre Mitgliederzahl nimmt beständig zu. Ich erfahre durch die Zeitung über neu errichtete Zweigstellen, die zu meiner Zeit noch gar nicht existierten. Ich denke besonders daran, wie ich eines Tages eine Zeitung aufschlug und las, daß in Des Moines, Iowa, ein Bürogebäude der Partei der Schwarzen Panther durch Bombenanschlag in die Luft gesprengt worden war – und zu meiner Zeit hatten wir nicht einmal eine Zweigstelle in Des Moines, Iowa. Ich kann also wirklich nicht sagen, wie viele echte Panther es gibt, aber es gibt jedenfalls genug, um Leute wie J. Edgar Hoover, Senator McClellan und Richard Milhous Nixon für sie zu interessieren.

Historisch gesehen, läßt sich sagen, daß es im Oktober 1966 nur zwei Panther gegeben hat, nämlich Bobby Seale und Huey Newton, die die Organisation begründeten. Und dabei bin ich nicht einmal sicher, ob *ihnen* seither die genaue Zahl bekannt war. Ich weiß nur, daß die Partei heute eine das ganze Land umspannende Organisation darstellt, die Zweigstellen in jeder größeren Stadt unterhält, wo es einen breiten schwarzen Bevölkerungsanteil gibt. Sogar in Halifax auf Neuschottland haben wir eine

Untergruppe. Darauf bin ich sehr stolz. Wüßte ich tatsächlich, wie viele wir sind, gäbe es für mich gar keinen Grund, es Ihnen nicht zu verraten. Alles was ich sagen kann, ist, daß wir es zu einer weiten nationalen Organisation mit Tausenden von Mitgliedern gebracht haben. Ob es 100 000 Mitglieder sind oder 10 000 oder 20 000 oder 30 000, das weiß ich nicht. Ich weiß, es gibt Tausende im Staat Kalifornien und ich glaube auch Tausende im Staat New York, doch die genaue Zahl ist mir nicht bekannt. Begrüßen würde ich es, wenn die Partei der Schwarzen Panther jeden einzelnen Schwarzen der Vereinigten Staaten in ihre Reihen aufnähme.

Dann wollen Sie eine Massenorganisation daraus machen?

Ich bin der Ansicht, es besteht bei den Massen ein Bedürfnis, organisiert zu werden. Das aber erzeugt bestimmte Probleme. Die Partei der Schwarzen Panther ist von Anbeginn her eine Vorhutorganisation gewesen. Und eine Avantgarde-Organisation muß sich unvermeidlich an dem Punkt einer Veränderung unterziehen, wo sie ihr Vorhaben erreicht hat, das Volk zu organisieren, beziehungsweise an dem Punkt, wo es ihr, um ein Beispiel zu geben, gelingt, das Volk dahin zu bringen, ihre politische Führung anzuerkennen. Ist dieser Punkt erreicht, so hat die Vorhut die Verantwortung, einen Apparat zu schaffen, mit dem sie zugleich als eine Avantgarde wirken und auch die Masse in ihr organisatorisches Gefüge aufnehmen kann. Eigentlich habe ich das Gefühl, daß die Partei der Schwarzen Panther bereits den Punkt erreicht hat, wo solche strukturellen Änderungen angezeigt sind. Die Zahl der mittlerweile Beteiligten ist derart gewachsen, während zu gleicher Zeit die Repression von seiten des Machtapparates derart zugenommen hat, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis wir unsere Methode abändern müssen, um weiterhin wirksam zu bleiben und gegenüber der gesteigerten Unterdrückung durch das Machtsystem ein Gegengewicht zu bilden. Der Grund dafür, daß die Partei sich in der bisherigen Weise entwickelt hat und arbeiten konnte, liegt in einer Entscheidung, die Huey Newton getroffen hat. In einem Aufsatz unter dem Titel »Die richtige Handhabung der Revolution« legte er für die Avantgarde-Organisation die Notwendigkeit dar, anfangs in aller Öffentlichkeit oder, wie wir das nennen, *above ground* zu arbeiten. Er und Bobby Seale hatten bei Gründung der Partei ein Gespräch mit einigen anderen Leuten darüber, ob man aus dem Untergrund oder öffentlich arbeiten sollte, dies vor allem, weil die Partei sich ja auf den Gebrauch von Schußwaffen als Instrument der Befreiung verließ.

Diese Leute wollten zuerst aus dem Untergrund heraus arbeiten, weil sie Angst hatten, den Polizeibullen offen mit Gewehren entgegenzutreten. Huey und Bobby hielten dies für eine falsche Taktik, sie sahen im voraus, daß man durch Untergrundarbeit so etwas wie eine Niederlage zugibt und einer legitimen Existenz aus dem Wege geht. Echte Revolutionäre haben nichts zu verbergen; und wenn etwas verborgen wird, geschieht es aus taktischer Notwendigkeit, um den Verfolgern zu entgehen. Huey war der Ansicht, daß von Anfang an im breiten Licht der Öffentlichkeit gearbeitet werden muß, damit das Volk gewahr wird, daß die Partei existiert, und damit die Partei auf das Volk einwirken kann. Man kann keine Organisation im Geheimen aufbauen und dann bei Nacht Flugblätter verteilen, die den Leuten einreden, daß man existiert und daß sie dies und das tun oder gar auf einen hören sollen. Huey vertrat die Ansicht, daß man für alle sichtbar zu sein hat und seine Handlungen für sich sprechen lassen muß; und kommt dann die Zeit, wo man in den Untergrund getrieben wird, so weiß das Volk, man ist da, man existiert weiter und die Glaubwürdigkeit, die sich die Organisation vorher öffentlich erworben hat, wirkt psychologisch weiter. Ich spüre, daß wir jetzt den Punkt erreicht haben, wo wir den zweiten Aspekt in der klassischen Struktur einer revolutionären Bewegung entwickeln müssen: die deutliche Unterscheidung eines politischen und eines militärischen Arms, die für einen Volkskrieg notwendig sind. Und wir müssen dieses strategische Stellwerk gerade im jetzigen Zeitpunkt unseres Kampfes schaffen, weil wir es mit einer städtischen Umwelt zu tun haben.

Sie meinen eine politische Führung, die von der militärischen Führung getrennt ist?

Ja – nur geht es niemanden etwas an, *wie* getrennt sie arbeitet. Doch um dem Staatsapparat und seinen Anschuldigungen wirkungsvoll entgegentreten zu können, halte ich diese Trennung für notwendig.

Sind Sie mit dem Buch Revolution in der Revolution *von Régis Debray vertraut? Am Beispiel der cubanischen Revolution verwirft Debray die Trennung von militärischen und politischen Funktionen im revolutionären Vorkampf. Er sagt vielmehr, sie seien ein und dasselbe, so daß aus der militärischen Führung in der Guerilla-Phase einer Revolution die politische Führung werden muß, wenn die Revolution zur Macht kommt.*

Glauben Sie, daß man die Beispiele aus anderen Revolutionen auf die Situation in den Vereinigten Staaten anwenden kann?

Die Führer der Schwarzen Panther-Partei haben den Erfahrungen anderer Revolutionäre immer sehr genaue Beachtung geschenkt. Wir sind über diese Theorie unterrichtet, besonders über die Praktiken in Lateinamerika, und wir sind der Ansicht, daß unsere Situation einmalig ist, gerade so wie Régis Debray und Che Guevara und Fidel Castro Theorien hervorgebracht haben, die einer einmaligen Situation entsprachen. Wir sagen uns, es ist notwendig, die allgemeinen klassischen Prinzipien der Revolution zu nehmen und sie dann auf unsere spezifische Situation anzuwenden. Und die in den Vereinigten Staaten gegebene spezifische Situation ist nicht die gleiche wie anderswo. Somit können wir nicht dem Modell der bolschewistischen Revolution folgen, wir können uns nicht dem Modell der Chinesischen Revolution anschließen und wir können nicht dem Beispiel der Cubanischen Revolution folgen, doch wir können aus allen diesen Erfahrungen Gewinn ziehen.

Damit meine ich, daß wir eine Theorie entwickeln müssen, die unserer hoch urbanisierten, mechanisierten und industrialisierten Gesellschaft gewachsen ist. Innerhalb dieser Gesellschaftsform, von der ich spreche, ist ja eine Revolution noch nie durchgeführt worden. Deshalb glaube ich nicht, daß die *Foco*-Theorie, wie Debray sie von Guevara und Fidel genommen und weiterentwickelt hat, auf die spezifische Situation in den Vereinigten Staaten anwendbar ist. Doch bin ich durchaus der Meinung, daß die wesentliche Dynamik der Foco-Theorie überall da gilt, wo es sich um jene Art von Vorkampftätigkeit handelt, von der bei Debray die Rede ist. Da geht es um etwas, was auch die Schwarzen Panther durchgeführt haben – nur daß sie es nicht in den Bergen durchgeführt haben.

Sehr kritisch bin ich gegenüber dem, was ich die »revolutionäre Romantik« nenne. Ich denke hier an gewisse Leute in den Vereinigten Staaten, die sich mit Vorliebe auf all die Wandplakate und Bilder von den Guerilleros in den Bergen beziehen, um sich dann in den Städten in Drillichjacken und Kampfstiefeln wiederzufinden. Ich weiß, was sie damit bezwecken, sie möchten sich mit erprobten Revolutionären gleichsetzen, doch ist so etwas in einer städtischen Umwelt leider nicht sehr zweckmäßig.

Für einen Revolutionär in der urbanen Umwelt wäre es zweckmäßiger, das Muster der Mafia-Organisation zu studieren, damit er lernt, wie man sich in Großstädten bewegt. Wie kann man, wie Mao es fordert, wie ein Fisch im Wasser durch die Massen schwimmen, wenn man Kampfstiefel anhat? Statt dessen sollten sie mal darüber nachdenken, wie das kriminelle

Element in Babylon vorgeht. Wenn so ein Bursche auf Bankraub auszieht, zieht er sich nicht an wie Robin Hood oder ein mexikanischer Bandit. Er würde sich wahrscheinlich kleiden wie ein Geschäftsmann, weil er ja in seiner Umgebung nicht auffallen will. Folglich ist jemand, der im großstädtischen Guerillakrieg wirksam werden will, auch verpflichtet, sich das Terrain anzusehen. Wir müssen ein urbanes Konzept entwickeln, weil die einzigen uns zur Verfügung stehenden Modelle für revolutionäre Verhaltensweisen der ländlichen Geographie entnommen sind. Wir könnten tatsächlich entsetzliche Fehler machen und unnötig viel Blut verlieren durch eine mechanische Übernahme revolutionärer Kampftheorien, die unter ganz andersartigen Umständen und Bedingungen angewandt worden sind, hauptsächlich nämlich in den ländlichen Bereichen unterentwickelter Länder mit anders aufgebauten Militärregierungen.
In Babylon zum Beispiel, habe ich festgestellt, gehören die Kommunikationsmittel und die Beweglichkeit der Polizeidienststellen zu den schwerwiegendsten Problemen, mit denen wir es zu tun haben. Man muß damit überall fertigwerden, doch innerhalb der urbanen Situation ist das ausschlaggebend – ich meine die Verbindungs- und Nachrichtenmittel, die Beweglichkeit und das elektrische Licht. Wir müssen uns immer vor Augen halten, womit wir konfrontiert sind, dann wissen wir auch, was für eine Gegenstrategie wir zu entwickeln haben.
Wieso sprechen Sie von »Babylon«?
Weil ich finde, daß der Begriff Babylon, den ich der Offenbarung in der Bibel entnehme, von sämtlichen Symbolen für eine dekadente Gesellschaft der treffendste ist. Babylon wird als eine dekadente Gesellschaftsform beschrieben. Scheiß auf die Bibel. Ich möchte mit ihr nicht hausieren gehen, aber es kommt trotzdem aus der Bibel, aus der Offenbarung des Johannes.
Dann ist es eine Analogie?
Das ist es – die Vereinigten Staaten von Amerika werden in der Offenbarung beschrieben. Ich bin kein Prophet, ich will damit nur sagen: so habe ich's verstanden.
Als Dr. Martin Luther King ermordet wurde, schrieben Sie, dies bedeute das Ende der Gewaltlosigkeit und von nun an werde eine blutige Auseinandersetzung beginnen; ein Blutbad werde kommen und ein Guerilla-Krieg. Aus dem, was sie hier dargelegt haben, könnte man den Eindruck bekommen, die Schwarzen Panther schmiedeten Pläne für eine Guerilla-

Kriegsführung in den Vereinigten Staaten. Weshalb sind Sie der Meinung, daß ein Guerilla-Krieg zu diesem Zeitpunkt absolut notwendig ist?
Nun, mir gefällt die Art nicht ganz, in der Sie diese Frage stellen. Sie fragen mich da, ob die Partei der Schwarzen Panther Pläne schmiedet. Ich aber möchte nur zum Ausdruck bringen, daß dies meine Überzeugung ist, daß es mich beschäftigt, daß ich für notwendig halte, daß ich mich dieser Sache verschrieben habe, und daß ich eine ganze Menge anderer Menschen kenne, die sich ihr ebenfalls verschrieben haben, und daß sich ihr meiner Meinung nach alle Revolutionäre in den Vereinigten Staaten verschreiben sollten, der Erkenntnis nämlich, daß wir einen revolutionären Kampf führen müssen für den gewaltsamen Sturz der US-Regierung und die totale Vernichtung des rassistischen, kapitalistischen, imperialistischen, neo-kolonialistischen Machtapparats. Daran werde ich künftig arbeiten: die Aufstellung einer nordamerikanischen Befreiungsfront, der revolutionäre Kräfte aus jeder Volksgruppe angehören. Es wird also keine ausschließlich schwarze Organisation sein, es wird vielmehr eine Organisation sein, die die Revolutionäre in den Reihen der Weißen genau so in sich einschließt wie die aus der mexikanisch-amerikanischen Volksgruppe, der chinesischen, der puertorikanischen Volksgruppe und der Schwarzen. Die Erfahrungen, die wir in der Partei der Schwarzen Panther gewonnen haben, besonders bei der Ausweitung unserer Arbeitskoalition mit Revolutionären aus anderen Gesellschaftsgruppen, müssen jetzt übertragen werden, nicht in die politische, sondern ganz und gar in die militärische Arena, wo Politik in Kriegführung umgesetzt wird. Dahin sehe ich die ganze Situation treiben, dafür setze ich mich mit aller Energie ein, daran arbeite ich, seitdem ich Babylon verlassen habe.
Gegen Ende des vorigen Jahres, kurz ehe Sie verschwanden, sagten Sie in einem Interview: »Noch immer ist die Möglichkeit gegeben, diese Gesellschaft so zu revolutionieren, daß man grundlegende strukturelle Veränderungen erreicht, ohne seine Zuflucht zum Bürgerkrieg zu nehmen, dies aber nur, wenn wir Macht genug bekommen, ehe es zu spät ist.«
Hat sich seither Ihre Meinung verändert? Glauben Sie, daß es nun zu spät ist für friedlich durchgeführte Veränderungen?
Ich glaube kaum, daß es da irgendeinen Widerspruch oder eine Änderung in meiner Haltung gibt, denn ich bin immer von einer Analyse des amerikanischen Systems ausgegangen. Was ich in jenem Interview sagte, und was ich jetzt sage, heißt: wenn die Regierung der Vereinigten Staaten die

Gesamtstruktur des Landes umändern würde, so daß das Volk nicht mehr all den Mißständen ausgesetzt bliebe, über die wir uns beklagen, dann gäbe es selbstverständlich auch keinen Zündstoff für einen Brand. Wie sich aber an der Entwicklung der Lage deutlich ablesen läßt, hat sich inzwischen nur noch mehr Zündstoff angesammelt. Jetzt sind die Dinge so weit gediehen, daß alles auf eine Brandkatastrophe hindeutet. Sehen Sie, das eigentliche Wesen des kapitalistischen Systems ist nun mal so beschaffen – dieses Gefühl hatte ich immer –, daß ich mich nie der Hoffnung hingegeben habe, die Vereinigten Staaten könnten friedliche Veränderungen durchführen, beziehungsweise, sie könnten unter dem gegenwärtigen Zustand für alle Zukunft weiter existieren.

Ich sage Ihnen, ich habe das Gefühl, die Vereinigten Staaten, so wie sie heute bestehen, müssen begraben werden, das Land muß vollständig umgebaut und von neuem wieder aufgebaut werden; Vermögen, Besitz, Produktionsmittel müssen in eine neue Ordnung gebracht werden. Und das wird nicht friedlich vor sich gehen, weil eindeutig feststeht, daß diejenigen, die heute in den Vereinigten Staaten regieren, nicht die mindeste Absicht haben, abzuändern, was vor sich geht; was in Wirklichkeit geschieht, ist eine Eskalierung der Repression gegen die Kräfte, die auf eine Veränderung hindrängen. Die einzig angemessene Antwort auf solche Repression kann nur der unerbittliche Widerstand sein. Und der einzig unerbittliche Widerstand, der sich in dieser Situation manifestieren läßt, ist der offene Krieg gegen das System.

Dennoch – in jenem Interview stellten Sie fest, daß es immer noch Zeit sei für friedliche Veränderung in der amerikanischen Gesellschaft, um die »Brandkatastrophe« zu verhüten, während Sie jetzt feststellen, daß die Katastrophe »unvermeidlich« ist. Ist es möglich, daß Ihre Denkweise seit dem Verlassen der Vereinigten Staaten radikaler geworden ist?

Nun ja, es gibt eine ganze Reihe von Beziehungen, die ich vor einem Jahr hatte, heute aber nicht mehr habe. Zum Beispiel hat sich das Verhältnis zwischen mir und der Machtstruktur der Vereinigten Staaten ganz klar herauskristallisiert. Für die bin ich ein Flüchtling vor der Justiz. Was mich betrifft, sind *sie* Flüchtlinge vor der Gerechtigkeit des Volkes. Also bleibt nur die Frage, welche Kräfte zu mobilisieren sind, damit klar wird, *wer* hier am Ende der Flüchtling ist. Ich werde alles unternehmen, was in meinen Kräften steht, um zu erleben, daß sich das durchsetzt, wofür ich eintrete und kämpfe. Für manche Menschen mag es so aussehen, als spräche

ich aus einer geschwächten Position, doch nach meinem Dafürhalten spreche ich aus einer gestärkten Position. Ich glaube nicht daran, daß die revolutionären Kräfte in den Vereinigten Staaten vor einer Krise stehen; vielmehr glaube ich, daß die Vereinigten Staaten selbst, der Bau und Organismus der Vereinigten Staaten als ein Ganzes vor einer Krise stehen, von der ich selbst ein Teil bin. Deshalb beabsichtige ich, alles zu tun, was ich kann, um diese Krisensituation zu verschärfen. Ich habe meine Beziehungen zu ihnen abgebrochen, ich gehöre ihnen nicht, bin nicht ihr Besitz. Meinetwegen mögen sie glauben, daß ich vor ihnen davonlaufe; ich glaube, sie sind auf der Flucht vor uns. Sie wollen mich aufhalten, ich will sie aufhalten. Sie wollen mich hinrichten, ich will sie hinrichten. So läuft das also nur darauf hinaus, wer hingerichtet und wer gefangen wird. Bis jetzt bin ich noch nicht gefangen und noch nicht hingerichtet. Auch habe ich sie bisher noch nicht gefangen und hingerichtet. Doch sie versuchen es weiter, und ich versuche es weiter. Wie es enden wird, weiß ich nicht und das ist mir auch scheißegal, aber ich werde es weiter versuchen.

Sie befinden sich aber außer Landes. Finden Sie es nicht ein bißchen hart, diesen Kampf durchzuführen, wenn Sie so weit weg sind?

Nein, nein, nein! Unser Kampf in den Vereinigten Staaten ist kein isolierter Kampf. Ich bin seit je Internationalist gewesen und meine, jeder echte Revolutionär muß international eingestellt sein, schon weil unsere Unterdrücker ein internationales System aufgebaut haben. Rassismus, Kapitalismus, Kolonialismus und Neo-Kolonialismus sind international. Alle diese Unterdrücker sind auf internationaler Eben miteinander verbunden, in jeder der bestehenden Organisationen von den Vereinigten Staaten bis zur NATO, und sie arbeiten zusammen. Die Rassisten, die in Amerika das schwarze Volk niederhalten, arbeiten Hand in Hand mit den Rassisten in Portugal, in Südafrika und mit jedem angekränkelten, rückwärts gerichteten System auf der Welt. Ich für meinen Teil sage dies: obwohl meine volle Sympathie all denen gilt, die sich in jedem Winkel, in jeder Ritze der Welt durchschlagen und zur Wehr setzen müssen, sehe ich meine Kampffront dort, wo ich mit den Verhältnissen vertraut bin und somit den besten Beitrag leisten kann. Und das ist Babylon. Dort will ich kämpfen, dort will ich sterben.

Das heißt, Sie werden zurückkehren in die Staaten?

Ja, ich kehre zurück. Das heißt, ich habe die Absicht, zurück in die Vereinigten Staaten von Amerika zu gehen. Ich weiß, daß ich's durchführen

werde. Die *pigs* an der Macht, auch wenn sie sich alle Mühe gaben, konnten mich nicht vom Weggehen abhalten und sie werden mich auch nicht vom Zurückkommen abhalten. Ich werde dieses Land wieder betreten und werde mein Blut vergießen, mein Leben aufs Spiel setzen und das der *pigs* aus dem Machtapparat von Babylon.

Wann?

Das kann ich Ihnen nicht sagen – verstehen Sie.

Wissen Sie selber schon, wann es sein wird?

Ja, ich habe meinen Fahrplan. Aber es leuchtet doch ein, daß wir darüber nicht in einem Interview sprechen können.

In Ihrem Buch Seele auf Eis *haben Sie geschrieben: »Von meiner Gefängniszelle aus hatte ich Amerika beobachtet, wie es langsam erwachte. Noch ist es nicht ganz erwacht, aber in der Luft liegt Wärme und allenthalben sehe ich Schönes«. Auch bei vielen anderen Gelegenheiten haben Sie sich über die Vereinigten Staaten in einer Art geäußert, die einen gewissen Stolz darauf erkennen läßt, ein Amerikaner zu sein. Fühlen Sie sich jetzt noch als Amerikaner, obwohl man Sie hat wissen lassen, daß sie kein amerikanischer Staatsbürger mehr sind?*

Na ja, wenn dies hier auch keine endgültige Aussage zu diesem Thema sein kann, denn das erfordert sehr viel Überlegung, möchte ich doch gerade heraus feststellen: Ja, gerne würde ich von mir sagen, daß ich Amerikaner bin. Ich bin Afro-Amerikaner, weiß aber, daß ich mit dem amerikanischen Volk durch Erlebnisse und Geschichte verbunden bin. Ich empfinde patriotisch, ich habe sogar das Gefühl, ein Superpatriot zu sein. Wenn auch nicht gerade gegenüber dem Amerika, das ich verließ.

Sehen Sie, ich glaube, es gibt zwei Amerika, das Amerika vom amerikanischen Traum und das Amerika vom amerikanischen Albtraum. Ich selber fühle mich als ein Bürger des amerikanischen Traums und halte den revolutionären Kampf, an dem ich beteiligt bin, für einen Kampf gegen den amerikanischen Albtraum, der die gegenwärtige Realität ist. In dem Kampf geht es darum, diesen Albtraum zu beseitigen und ihn durch den amerikanischen Traum zu ersetzen, der die eigentliche Realität sein sollte. Schon immer habe ich behauptet, das Grundproblem in Amerika heißt Verwirrung. Ich weiß, ich bin Amerikaner, Afro-Amerikaner, was bedeutet, daß ich Afro bin und dazu Amerikaner. Ich kenne das amerikanische Volk und kenne die Ideale, die ihm eingeflößt werden. Ich weiß, wie tief sie ins Bewußtsein eingepflanzt werden. Man muß den Entwick-

lungsprozeß der amerikanischen Charakterformung betrachten, sich die Kinder auf der Grundschule und auf der Oberschule ansehen und die Ideale, die ihnen dort eingeimpft werden.
Die Kinder in Amerika sind für mich die Staatsbürger im Sinne des amerikanischen Traums. Dies Fundament mit all den Idealen – die Grundrechte, die Verfassung und die Menschenrechte, das Vaterunser, alle Dinge, die kein Mensch wirklich angreifen kann, und für die sich die Menschen überall in der Welt begeistert haben – das prägt sich als erstes in Herz und Seele der amerikanischen Kinder ein. Es ist die eigentliche Grundlage des amerikanischen Charakters. Aber hier wird es auch schon tückisch. Später nämlich werden diese Ideale so verbogen, verzerrt und verdreht, daß sie nur noch funktionieren im Interesse und zugunsten eines verderblichen Machtapparats, eines verdorbenen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Systems. Mein Groll richtet sich gegen das, was mit dieser Grundlage, die den Menschen beigebracht worden ist, gemacht wird – und dieser Unterschied ist sehr wichtig. Was man in den Vereinigten Staaten mit den Leuten macht, ist dies: zuerst gibt man ihnen die Träume und Wunschbilder und dann schleust man sie durch einen feingesponnenen Prozeß aus Verdrehung, Deformierung und Gehirnwäsche, gegen den kein Kraut gewachsen ist, denn er wird ja von einem äußerst durchdachten Überbau durchgeführt. So wird der Traum sehr geschickt in einen Albtraum verwandelt.
Was ist nun, genau gesprochen, der amerikanische Traum, an den Sie glauben? Wie würden Sie ihn definieren?
Ich glaube, der amerikanische Traum sieht genau so aus, wie geschrieben steht, »daß alle Menschen gleich geschaffen sind und daß sie von ihrem Schöpfer« – wenn ich persönlich auch nicht an Gott glaube, so verstehe ich doch die Idee – »daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten, unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, darunter das Recht auf Leben, Freiheit sowie das Streben nach Glück«. Aber nicht auf das, was man daraus gemacht hat: Streben nach Besitz.
Es ist sehr bezeichnend, daß Huey P. Newton aus einem Artikel der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, in dem von all dem die Rede ist, einen Zusatz zu dem Zehnpunkteprogramm und der Grundsatzerklärung der Partei der Schwarzen Panther gemacht hat. Er hat ihn hinzugefügt, weil er wie jeder andere Revolutionär in den Vereinigten Staaten begriffen hatte, daß es gilt, für die Erfüllung jenes Traums zu

kämpfen. Man mag über diesen Punkt unseres Programms in Verlegenheit geraten, viel wichtiger aber ist es, darüber nicht in Verlegenheit zu geraten, sondern ihn zu begreifen.
Nehmen wir als Beispiel das Treuegelöbnis zur Fahne. Ich erinnere mich, wie ich als Kind jeden Morgen daran herumwürgte. Sie wissen ja, wie das vor sich geht. Wir mußten uns in einer Reihe aufstellen und Treue zur Fahne geloben. Und dabei mußten wir solche Sachen hersagen wie »ich gelobe meine Bürgerpflicht zur Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und zur Republik, für die sie steht als eine unteilbare Nation mit Freiheit und Gerechtigkeit für alle«. Aber es hat nicht geheißen, »ich gelobe meine Treue als Bürger dem Rassenhaß, dem Kapitalismus und dem Krieg in Vietnam, Treue zum Imperialismus und Neo-Kolonialismus, zu J. Edgar Hoover, Richard Nixon, Ronald Reagan und Bürgermeister Alioto, zum sogenannten taktischen Polizeieinsatz mit Mace, Tränengas, Gummiknüppeln und totgeschossenen Niggern auf den Straßen.« Nein, diese Scheiße habe ich nicht in den Mund genommen. Was ich damit feststellen möchte, ist dies: den Leuten werden diese Ideale ans Herz gelegt, sie bilden einen festen Bestandteil beim Aufbau des Charakters: und späterhin setzt dann das Erziehungssystem ein, die Tageszeitungen, die Illustierten, das Radio und Fernsehen, *Newsweek, Time, Life Magazine,* und die sagen einem, »ich gelobe meine Treue zu allen diesen Dingen«. Dann dauert es gar nicht lange und man ist so weit und sagt sich, du mußt die Person, die neben dir sitzt und die du sowieso nicht magst, töten. Es ist schließlich deine vaterländische Pflicht, weil ja die Profite von General Motors am Ende auch in der Erklärung der Menschenrechte [Bill of Rights] verankert sind. Somit wird alles verrenkt, verbogen und durch den Wolf gedreht, und der einzelne endet in der *John Birch Society*. Aber so geht es nicht. Das hat man den Kindern nicht beigebracht. Das ist ihnen nicht ans Herz gelegt worden. Ich behaupte, unser Kampf ist dazu da, eine Demarkationslinie zwischen Traum und Albtraum zu legen. Das ist alles, mehr will ich gar nicht verlangen, denn das ist alles, was wirklich wichtig ist. Und, na schön, nach Meinung der Albtraum-Staatsbürger bin ich kein amerikanischer Staatsbürger mehr, aber für die Bürger im Sinne des amerikanischen Traums bin ich ein ordentlicher Staatsbürger und kümmere mich einen Dreck um das, was J. Edgar Hoover oder Richard Nixon sagen.
Angenommen die von Ihnen erwähnte Koalition revolutionärer Kräfte

gelangt zur Macht – welches sind die Mittel, mit denen der »Albtraum«, von dem Sie sprechen, in den »Traum« umgeformt wird, nach dem Sie sich sehnen?

Was wir anstreben und wonach die ganze Welt trachtet und was immer der Traum der Menschheit war, ist Utopia. Heute ist Utopia zu einem schmutzigen Wort geworden. Will jemand eine Sache brandmarken, spricht er von »Utopie«. Aber was ist eigentlich so verkehrt an dieser Utopie? Ist das nicht ein wundervoller, ein herrlicher Begriff?

Ja – das ist so, als würde jemand fragen: Was haben Sie eigentlich gegen den Himmel?

Richtig – so verhält sich das. Und sehen Sie, wir möchten den Himmel auf Erden haben. Das heißt, wir wollen die bestmöglichen Lebensbedingungen, den bestmöglichen Lebensstandard erzeugen, den Technologie und menschliche Erkenntnis zur Verfügung stellen können. Das ist die Sehnsucht der revolutionären Bewegung, und das ist der Traum. Ideologisch gesprochen, läuft unsere Hoffnung auf ein sozialistisches, ein kommunistisches Amerika hinaus. An diesem Punkt wird die Sache verwickelt. Ich sage nicht ein russisches Amerika, ein chinesisches oder cubanisches Amerika; ich spreche von einer amerikanischen Anwendung der Prinzipien des Sozialismus, der sich auf die klassenlose Gesellschaft hinbewegt.

Ich meine, wir müssen die allgemeinen Prinzipien des Sozialismus auf die spezifischen Verhältnisse in Amerika anwenden und uns eine Art Sozialismus einfallen lassen, der unserer speziellen Situation entspricht. Wir müssen die Einrichtung des Privateigentums abschaffen. Die Gerechtigkeit und die Verhältnisse verlangen, daß wir eine gleiche Verteilung der Produkte unserer Industrie und Technologie an alle haben. Ich behaupte, daß es sich bei den heute in den Vereinigten Staaten existierenden Problemen nicht um wirtschaftliche Probleme handelt – wir haben politische Probleme. Ich sage, wir müssen das herrschende wirtschaftliche System abändern. Eine Neuordnung des Systems würde die Übelstände beseitigen, denn wir haben Produktivität in Hülle und Fülle, das heißt, wir haben den Überfluß. In den Vereinigten Staaten braucht niemand von einem Krieg gegen die Armut zu sprechen. Was wir in den Vereinigten Staaten brauchen, ist ein Krieg gegen die Reichen, der Kampf gegen ein System, welches zuläßt, daß inmitten dieser Reichtümer die Armut existieren kann. Was ich damit klarmachen möchte, ist Folgendes: Da nun mal die Erde existiert wie sie ist und Rockefeller nicht mit einem Aktienpaket im Arm aus dem Mutter-

leib geglitten ist, da hier jeder auf die gleiche Manier ankommt und Leben und Tod für jeden gegeben sind – daß dabei auch noch so etwas wie ein Himmel beteiligt ist, glaube ich zwar nicht, und wenn, dann bin ich dafür, er soll gleich hier auf Erden stattfinden –, haben wir es auch alle verdient, in den vollen Genuß all dessen zu kommen, was die menschliche Geschichte abwirft, nämlich den zunehmenden Nutzen aus der Entwicklung der Technologie und dem Wissen des Menschen. Und der für uns einzig gangbare und für mich begreifliche Weg, dahin zu gelangen, ist ein neues wirtschaftliches System, in dem Rockefeller nicht das gesamte Öl der Welt gehört und General Motors kein Alleinpatent für Transportmittel besitzt. Ich behaupte, daß jeder einzelne ein Recht auf diese Dinge hat, und daß wir ein Wirtschaftssystem brauchen, das jedem auf gleicher Basis ein Recht auf Zugang zu all dem garantiert, was zu einem auskömmlichen Leben gehört. Und dieses System muß das sozialistische sein; wo die Produktionsmittel allen gehören; wo niemand den andern daran hindert, ein zufriedenstellendes Leben zu führen; wo keiner berechtigt ist, zum anderen zu sagen, das kannst du nicht haben, weil ich es besitze; wo niemand mehr sagen kann, dieser Berg von Erz gehört mir, weil mein Vater ein Raubritter war und es mir vermacht hat. Dieser ganze Spuk gehört für immer der Vergangenheit an. Wir müssen endlich das Buch vom Albtraumamerika schließen. Ich nenne es die Geschichte »von den Schweinen für die Schweine durch die Schweine«. Und sage: also du hast das von deinem Vater oder Großvater geerbt, der sich's heimlich von den Indianern aneignete, daher hast du den Fetzen Papier – dieses Papier, sage ich, kann verbrannt werden. Nötigenfalls, meine ich, brauchen wir eine neue verfassunggebende Versammlung, damit ein neues Übereinkommen erzielt wird, denn im Lande herrscht große Unstimmigkeit. Wofür ich eintrete, ist die totale unzweideutige Beseitigung des Kapitalismus und an seiner Stelle ein sozialistisches System, das dem Geiste des amerikanischen Volkes angemessen ist. Ein sozialistisches System, zugeschnitten auf die spezifischen Bedingungen, wie sie in Amerika existieren. Das wird die Vereinigten Staaten nicht zu einem Satelliten der Sowjetunion machen, das wird aus dem amerikanischen Volk keine Chinesen oder Cubaner machen, aber es wird dem amerikanischen Volk eine neue Lebensbasis verschaffen, von der aus es mit den Völkern der Sowjetunion, mit dem chinesischen Volk und mit dem cubanischen Volk, ja in der Tat mit den Menschen der ganzen Welt befreundet sein kann.

Ich bin der Meinung, daß sich dies durch eine Neuordnung unseres Gesellschaftssystems und die Beseitigung der Feindschaft zwischen dem amerikanischen Volk und den andern Völkern dieser Welt durchaus erreichen läßt. Wer zum Beispiel ist an einem antagonistischen Verhältnis zu den Vietnamesen interessiert? Ich nicht. Und der Durchschnittsmensch in den Vereinigten Staaten auch nicht. Wie gelangt man vom Treuegelöbnis zur Fahne auf das Schlachtfeld in Vietnam? Das ist ein sehr komplizierter Prozeß, und ich sage mir, man muß schon das ganze wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche System und all die Lügen kennen, bevor man davon abkommen kann, sich mit der Hand auf dem Herzen und im Mund das Gerede von Freiheit und Gerechtigkeit für alle beim Töten von Menschen in Vietnam wiederzufinden. Ich meine, man muß schon durch eine ganze Menge Dreck gehen, um von einem Punkt zum andern zu kommen. Und ich behaupte, dieser Dreck, durch den man sich da bewegen muß, heißt Kapitalismus, Rassenhaß, Ausbeutung, und so fort. Und ich behaupte, durch Beseitigung des gegenwärtigen Systems läßt sich das ausscheiden – und wenn wir endlich einsehen, daß mit der Beseitigung des gegenwärtigen Systems das Leben nicht zuende ist, daß wir dabei unser Gesicht nicht zu verlieren brauchen. Von dem, was wir augenblicklich haben, gehen wir weiter, zu etwas Besserem. Und das ist gut so. Das bedeutet Fortschritt. Es ist wie mit dem Weg aus der Sklaverei zur Rassentrennung. Jeder Sklave, sehen Sie, würde sich sagen, die Sklaverei war eine schlechte Sache, also ist die Rassentrennung besser. Auch die Rassentrennung war eine schlechte Sache, doch die Integration ist besser. Sehen Sie, und ich behaupte nun, daß die Integration schlecht ist und Freiheit und Gerechtigkeit besser sind. Kapitalismus gibt ein schlechtes Bild ab und Sozialismus ein besseres.

Gut – nehmen wir einmal an, dieser Traum läßt sich verwirklichen. Was Sie aber unterlassen haben, ist ein Modell, beziehungsweise einen Plan aufzustellen, wie er verwirklicht werden könnte. Sie haben sich mehr in allgemeinen Wendungen ergangen, vielleicht möchten Sie vorerst von konkreten Einzelheiten noch nicht . . .

Was sagen Sie da – ich könnte nicht konkret sprechen? Ich sage doch, wir stürzen die Regierung und vergesellschaften Standard Oil . . .

Worauf ich hinauswill – ich habe eine Frage, die hinter dem liegt, womit ich begann.

Und was ist die Frage?

Sie erwähnten die Sowjetunion, China und Cuba, drei Länder, die ihre sozialistischen Revolutionen zu ganz verschiedenen Zeiten durchgeführt haben: das erste vor fünfzig Jahren, das zweite vor zwanzig Jahren, und das dritte vor zehn Jahren. In jedem dieser Länder sind die Produktionsmittel verstaatlicht worden, ist der Kapitalismus weitgehend oder gänzlich beseitigt, und es hat eine Neuverteilung von Besitz und Vermögen stattgefunden, sowie eine Nivellierung der Privilegien, eine Umstrukturierung der Gesellschaft also, die mehr oder weniger im Sinne der von Ihnen erörterten Prinzipien durchgeführt wurde. Wenn wir jetzt die Maßstäbe der sozialistischen Gesellschaftsordnung anlegen, so wie Sie sie in den Vereinigten Staaten aufzubauen hoffen, sind Sie dann mit den Ergebnissen in einem jener drei Länder zufrieden?

Im ganzen: nein. In einzelnen Punkten: ja. In allen diesen Ländern sind gute, sind ausgezeichnete Dinge geschehen. Aber ich glaube, in dieser Hinsicht ist das Bewußtsein von großer Wichtigkeit. Und ich meine, dieses Bewußtsein hat sich gerade in den Vereinigten Staaten mehr entwickelt als bei irgendeinem anderen Volk auf diesem Planeten. Allerdings weiß ich nicht, in was für Schwierigkeiten ich mich da bringe, indem ich das hier äußere.

Das verstehe ich nicht. Wollen Sie damit sagen, bei den Menschen in den Vereinigten Staaten habe sich ein richtiges Bewußtsein durchgesetzt?

Nein, nein – ich meine, wir haben in den Vereinigten Staaten Idioten, wir haben solche Idioten wie Richard Nixon, nicht wahr? Ich behaupte, daß Richard Nixon ein unterentwickelter Kretin ist – ein politischer und moralischer Kretin – sein Bewußtsein hat sich verquetscht, verklemmt, nicht ausgeweitet. Aber wir sind von Ihrer ursprünglichen Frage abgekommen . . .

Die Frage ist: Sind Sie zufrieden mit einem der Modelle, auf die Sie vorhin anspielten?

Nicht *in toto*. Ich bin der Ansicht, daß jedes Land seine eigene Sache machen muß, verstehen Sie? Ich glaube nicht, daß man blindlings nach einem bestimmten Modell verfahren kann.

Zufrieden bin ich eigentlich mit gar nichts, was auf diesem Planeten Erde heute existiert. In bestimmter Hinsicht halte ich aber die Erfahrung von Cuba für die für uns am meisten relevante, weil wir es in den Vereinigten Staaten wie in Kuba mit Schwarzen und Weißen zu tun haben. Und was man in Cuba getan hat, um dieses sehr wesentliche Problem zu lösen, ist

von außerordentlicher Bedeutung. Hier handelt es sich um etwas, das ich seit Jahren aufmerksam verfolge. Mir scheint, von allen weißen Völkern, die auf der Erde existieren, haben die Weißen in Cuba, sich die größte Mühe gegeben, etwas Positives zu leisten. Schon aus diesem Grunde war für mich wie für viele andere Schwarze die Cubanische Revolution von allergrößter Bedeutung. Auch für Malcolm X war sie von großer Bedeutung. Als Fidel Castro zur Vollversammlung der UNO nach New York kam, war Malcolm X – damals noch ein Anhänger von Elijah Muhammad – sehr erfreut über die Begegnung mit Fidel, als dieser in das Hotel Theresa nach Harlem umzog, nachdem er vorher in Manhattan in seinem Hotel von Weißen angepöbelt worden war. Malcolm X kam damals bereitwillig dorthin, um Fidel zu begrüßen, zu umarmen und sich lächelnd mit ihm fotografieren zu lassen. Für beide Seiten, für die weiße wie für die schwarze Bevölkerung in den Vereinigten Staaten hat die Cubanische Revolution große Bedeutung gehabt. Nicht wegen der wirtschaftlichen Reformen – das ist meiner Ansicht nach für die Nordamerikaner von untergeordneter Bedeutung –, sondern wegen der Leistungen in bezug auf das Rassenproblem. Da wir in den Vereinigten Staaten nicht lediglich Wirtschaftsprobleme haben, handelt es sich bei uns nicht bloß um die Frage des Antagonismus zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat; bei uns herrscht auch Antagonismus zwischen ethnischen Gruppen – das ist sehr wichtig.

In Ihrem Buch Seele auf Eis *findet sich ein Aufsatz mit dem Titel »Innere Gesetzgebung und internationale Ordnung«, worin Sie sich kritisch über die Machtstrukturen von Regierungen kapitalistischer wie kommunistischer Prägung äußern. Sie sagen da: »Was für Gesetze durchgedrückt werden, hängt davon ab, wer die Macht hat. Wo Kapitalisten an der Macht sind, werden sie Gesetze durchsetzen, die dazu bestimmt sind, ihr System, ihre Denkungsart zu schützen. Sie haben eine besonders ausgeprägte Abscheu vor Verstößen gegen das Besitzrecht, wenn es aber um Verbrechen gegen den Menschen geht, da sind sie liberal und nachsichtig.« Dann kritisieren Sie das kommunistische System. Sie sagen: »Wo Kommunisten an der Macht sind, da setzen sie Gesetze durch, die dazu bestimmt sind, ihr System, ihre Denkungsart durchzusetzen. Für sie ist der Schrecken aller Schrecken der Spekulant, dieser Zauberkünstler von einem Menschen, der sich auf die Kunst versteht, aus dem Nichts etwas zu machen, und der in Amerika ein angesehenes Mitglied der Handelskammer abgeben würde.«*

Und im darauffolgenden Absatz fahren Sie fort: »›Das Volk‹ dagegen wird nirgends gefragt, obwohl vorgeblich alles und allenthalben in seinem Namen und zu seinem Wohl getan wird, während seine wirklichen Lebensprobleme ungelöst bleiben. ›Das Volk‹ ist ein Stempelkissen für die Gerissenen und Geriebenen.«
Als Sie diese Worte vor drei Jahren niederschrieben, schienen Sie gleich kritisch gegenüber beiden Systemen zu sein, dem Kapitalismus und dem Kommunismus. Darf man daraus schließen, daß Sie heute anders über den Kommunismus denken?
Nein. Zwar weiß ich heute mehr darüber, aber ich habe immer noch meine Einwände gegen die Methoden, mit denen der Kommunismus in den einzelnen Ländern aufgebaut wird. Kritik dieser Art üben schließlich auch die Leute, die in kommunistischen Ländern leben. Der springende Punkt ist doch der, daß unter dem Kapitalismus, soweit ich sehe, niemand das Volk vertritt. Wir haben in den Vereinigten Staaten eine sogenannte parlamentarische Demokratie, aber es ist doch eine ausgemachte Sache, daß dieses System betrügerisch gehandhabt wird. Auch wenn es in der Verfassung heißt: »eine Volksregierung, bei der die Staatsgewalt durch das Volk ausgeübt wird«, sind die Menschen nicht wirklich in der Lage, mit zu entscheiden, was geschieht. Sie sind ohne Einfluß auf den Entscheidungsprozeß.
Ich glaube kaum, daß irgendwo auf der Welt perfekte Einrichtungen entwickelt worden sind, unter denen die Menschen fähig wären, reibungslos und *in toto* am Entscheidungsprozeß teilzunehmen. Ich glaube, kein System arbeitet vollkommen, jedenfalls würde ich kein System als endgültig oder ideal bezeichnen, solange es nicht für jeden Menschen eine Möglichkeit bereitstellt, daß seine Ansichten, seine Auffassungen mitberücksichtigt werden, wenn es auf Entscheidungen ankommt. Hier liegt ein wichtiger Punkt, den wir nicht selbstzufrieden betrachten dürfen. In dieser Frage müssen wir aufs Ganze gehen.
Zu der Zeit, als ich diese Kapitel für mein Buch schrieb, stand es für mich eindeutig fest, daß ich dem Kommunismus als einer dem Kapitalismus entgegentretenden Kraft den Vorrang gebe. Aber ich möchte damit nicht sagen, daß alle Probleme zu existieren aufhören, wenn der kapitalistische Zustand beseitigt ist und wenn die Kommunisten an der Macht sind. Ich glaube auch kaum, daß es irgendwo einen Kommunisten gibt, der diesen Anspruch erhebt. Aber ich möchte den Kommunismus nicht mit demselben Nachdruck verurteilen, wie ich den Kapitalismus verurteile, denn ich

ziehe den Kommunismus dem Kapitalismus vor. Was ich in der Tat ganz entschieden verurteile, sind alle strukturellen Unvollkommenheiten. Wir wollen das menschliche Leben wertvoller machen, wir wollen alle Strukturen aus dem Wege räumen, die die Menschen bisher verklemmt und unfrei gemacht haben. Solange es noch einen einzigen Menschen in der Sowjetunion, in China oder in Cuba gibt, dessen Lage innerhalb der politischen Struktur so aussieht, daß sein eigener Wille keine Rolle spielt, solange diese Situation auch nur zu einem Jota fortbesteht, solange bleibt noch etwas zu tun übrig, und mit diesem Jota, diesem Rest kann ich mich nicht abfinden.
Man muß endlich einsehen, daß dem Marxismus in dieser Welt nie eine echte Chance gegeben worden ist. Jedes Land, das bisher versucht hat, ein sozialistisches System aufzubauen, ist eigentlich ein Land im Belagerungszustand gewesen. Als die Sowjetunion nach der Revolution in ein sozialistisches Land umgeformt wurde, war sie einer Blockade und einer Invasion durch fremde Truppen ausgesetzt, die der Kapitalismus und Imperialismus in Marsch gesetzt hatte. In jedem Land, das einen solchen Versuch machte, wurde der gesamte Entwicklungsprozeß zum sozialistischen System durch Sicherheitsüberlegungen entstellt und verzerrt, weil jedesmal ein Großteil seiner Produktivkräfte in die Rüstung gesteckt werden mußte, um sich gegen Aggressionen des Kapitalismus verteidigen zu können. Wegen der unaufhörlichen Bemühungen der Kapitalisten, ihre Regierungen zu stürzen, waren diese Länder genötigt, ein straffes Sicherheitssystem zu unterhalten. Alle diese Gesichtspunkte tragen dazu bei, die wahre Natur des Sozialismus zu verzerren. Der Sozialismus will ja ein Ideal verwirklichen. Um all seine Konturen auszubauen und eine echte Chance zu haben, für die Menschen wirksam zu werden, braucht der Sozialismus eine Umwelt, in der er nicht im Belagerungszustand lebt.
Daher sage ich: die Schlüsselrevolution, auf die die Welt wartet, ist die Revolution in Amerika, weil Amerika die Bastion des Imperialismus, das Zentrum aller unterdrückenden Kräfte der Welt ist. Bringen wir in Amerika eine Revolution zustande, die wirklich aufräumt mit den furchtbaren Mächten, die den Völkern bei ihren Bemühungen um neue gesellschaftliche und politische und wirtschaftliche Systeme im Wege stehen, dann werden die Kräfte, die aus all jenen militärischen und sonstigen Sicherheitsanstrengungen frei werden, auch weitgehend dem Ausbau eines Systems zugutekommen, das jeder respektieren kann.
Sie haben sich mit Gesellschaften beschäftigt, die bereits sozialistische Re-

volutionen erlebt haben. Wie wird sich in Amerika Ihrer Ansicht nach ein sozialistisches System aufbauen lassen, ohne daß dabei eine Elitegruppe entsteht, die das Volk manipulieren will? Welche Lehren lassen sich aus der bisherigen Evolution der kommunistischen Gesellschaften ziehen, und wie lassen sich diese auf die amerikanische Situation übertragen?

Darauf einzugehen versuchte ich schon vorhin, als ich über den Bewußtseinszustand des amerikanischen Volkes sprach. Aus der Weltgeschichte der Revolution läßt sich da etwas recht Bedeutsames ablesen, die Tatsache nämlich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika das erste Land waren, das sich vom Kolonialismus befreit hat. Die Menschen in Amerika waren damals von einem freiheitlichen Geist durchdrungen, der sich nie ganz verloren hat. Sie haben einen sehr großen Respekt vor dem einzelnen und vor den Rechten des einzelnen. Eine Menge anderer Länder, vor allem solche, die kommunistisch geworden sind, haben eine demokratische Entwicklung, wie wir sie in den Vereinigten Staaten kennengelernt haben, nie erlebt. Rußland zum Beispiel war jahrhundertelang eine zaristische Diktatur, China stand für Tausende von Jahren unter der Herrschaft kaiserlicher Dynastien, ganz zu schweigen von Cuba – das sind zwar nicht die einzigen sozialistischen Länder, aber es sind die Länder, deren Revolution relativ unabhängig verlief, so daß sie für uns heute ganz bestimmte Muster abgeben. In Cuba, wo es eine Tradition von Diktaturen mit sehr geringem Respekt vor den Rechten des Einzelnen gab, haben die Menschen nie genügend individuelle Freiheit besessen, um sie für etwas Unabdingbares zu halten. Deshalb können sie sich mit einem System abfinden, das dem einzelnen weniger Respekt entgegenbringt, als wir das in den Vereinigten Staaten zu fordern gewöhnt sind. Ich glaube, wir können in den Vereinigten Staaten aus dieser Erfahrung heraus mit einem sozialistischen System eine ganz neuartige Synthese entwickeln. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß man dem amerikanischen Volk ein System auferlegen kann, das dem einzelnen alle Rechte vollkommen versagt.

Meinen Sie wirklich, es hat in den Vereinigten Staaten eine demokratische Geschichte gegeben?

Einige Perioden der Beständigkeit hat es wohl gegeben. Wenn wir jetzt aber darauf zu sprechen kommen, was in den Vereinigten Staaten nicht stimmt, müssen wir berücksichtigen, daß die USA mit keinem anderen Land zu vergleichen sind. Nehmen wir Asien als Beispiel. Man kann in den Vereinigten Staaten von Armut nicht im gleichen Sinne sprechen wie

in Indien. In den Vereinigten Staaten haben wir keine Menschen, die buchstäblich und zu Tausenden verhungern. Wir haben andere Formen der Entmenschlichung, andere Arten von Armut beim einzelnen.

Wir haben auch unsere Notstandsgebiete, zum Beispiel die Appalachen.

Ja, aber Sie können die Appalachen nicht mit Neu-Delhi vergleichen. Es gibt in ganz Babylon keinen Ort, dessen Armut sich mit der in der übrigen Welt messen könnte. Ich behaupte, daß in Babylon alles anders ist. Historisch gesehen, ist in Babylon die Unterdrückung stets mit viel Finesse und Verschlagenheit ausgeübt worden, wohingegen sie in den übrigen Teilen der Welt offenkundig war. Dabei will ich hier nicht nur von den Schwarzen sprechen. Für die Schwarzen ist die Unterdrückung offenkundiger und krasser gewesen. Dennoch werden Sie in den USA sogar Schwarze, eine Menge Schwarzer finden, die sich einbilden, sie seien frei.

Die Ausgangspunkte sind also sehr verschieden. In der Sowjetunion, in der Volksrepublik China und in Cuba, überall in diesen Ländern stand man nach der Revolution vor Problemen, die es für die Vereinigten Staaten gar nicht gibt: das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung und das Problem der Knappheit materieller Güter. Schon deswegen steht es für mich fest, daß die Revolution in den Vereinigten Staaten eine ganz andere Form annehmen wird als die Revolution in anderen Ländern.

Können Sie sich vorstellen, daß in den Vereinigten Staaten ein sozialistisches System errichtet wird, das im Sinne der demokratischen Tradition wie der Bill of Rights, *der Verfassung und so weiter liegt?*

Nein, die müssen wir gänzlich erneuern. Ich glaube, daß die in diesen Urkunden enthaltenen Ideale unveränderlich sind. Aber es muß doch wohl irgend etwas an dieser Verfassung nicht stimmen, wenn es da heißen kann, jedermann habe diese Rechte, und um diese Rechte für jedermann sicherzustellen, sei diese Urkunde da, und sie am Ende durch diese Urkunde doch nicht geschützt werden. Ich behaupte, um diese »unveräußerlichen« Rechte zu verwirklichen, müssen ganz andere Dinge geschehen. Die Verfassung der Vereinigten Staaten sieht eine bestimmte Regierungsform vor, die ihrerseits an ein bestimmtes Wirtschaftssystem geknüpft ist. Die Verfassung an sich redet zwar nicht dem Kapitalismus das Wort; aber er ist ihre Auslegung, eine Auslegung, wie sie zum Beispiel die Richter vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten dem vierzehnten *Amendment* geben, das den Leuten die Unverletzlichkeit ihres Eigentumsrechtes gewährt. Dinge dieser Art haben dazu geführt, daß die Verfassung

verbogen wurde und daß die Balance zwischen dem Obersten Gerichtshof, dem Kongreß und der Regierungsexekutive zerstört wurde.
Das grundlegende Problem ist die Institution des Privateigentums. Wir müssen unser Wirtschaftssystem umwälzen. Hätten wir keinen Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, so müßte der Oberste Gerichtshof ganz andere Entscheidungen fällen. Demnach müssen wir Einrichtungen schaffen, die auf unseren geschichtlichen Erfahrungen basieren und sie vorantreiben, die aber gleichzeitig eine Veränderung, einen Bruch mit der Praxis bedeuten, die dieses Land dahin gebracht hat, wo es heute steht.

Algier, Juni 1969

Aus dem Amerikanischen von Axel Kaun

Politische Theorie und Praxis

Deutsche Erstausgabe
Erscheint im März 1971

Bobby Seale
Wir fordern Freiheit
Der Kampf der Black Panther
1198 DM 6.80

Black Panthers: laut US-Kripo-Chef Edgar J. Hoover »die größte Gefahr für die innere Sicherheit des Landes«. Wessen Sicherheit?

Josef W. Stalin
Zu den Fragen des Leninismus
Eine Auswahl.
Hrsg. von H.-P. Gente
6055 DM 4.80

Marxismus, Psychoanalyse, Sexpol 1
Eine Dokumentation.
Hrsg. von H.-P. Gente
6056 DM 5.80

Weltfrieden und Revolution
Hrsg. von H.-E. Bahr
1102 DM 3.80

Fischer Bücherei

Eine leidenschaftliche Stimme für den humanen Sozialismus – eine Herausforderung für die Deutschen in Ost und West

Robert Havemann
Fragen Antworten Fragen
Aus der Biographie eines deutschen Marxisten
30. Tsd. 308 Seiten.
DM 24.–

Piper

Politische Ökonomie Geschichte und Kritik

Joseph M. Gillmann
Prosperität in der Krise
Aus dem Amerikanischen von Horst Stenzel
312 Seiten, Snolin-Broschur
22,– DM, Leinen 30,– DM

Rudolf Hilferding
Kapitalismus und Krise
Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Mit Beiträgen von Maurice Dobb, Paul Mattik, Ronald L. Meek, Joan Robinson u. a.
120 Seiten, Snolin-Broschur
9,– DM, Leinen 14,– DM

Eugen Varga
Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen
Herausgegeben und eingeleitet von Elmar Altvater
450 Seiten, Snolin-Broschur
25,– DM, Leinen 35,– DM

Europäische Verlagsanstalt

Arnold Hauser

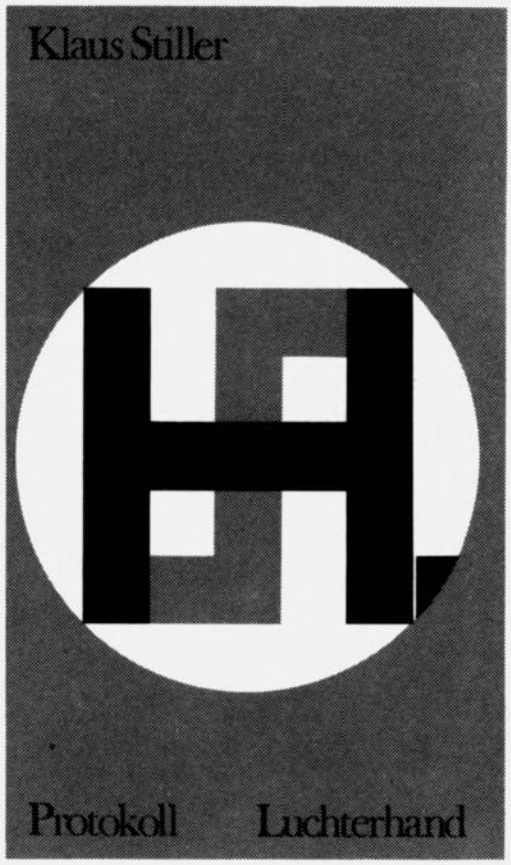
Methoden moderner Kunstbetrachtung

Beck'sche Sonderausgabe

XII, 463 Seiten. Leinen DM 19.80
(Die Originalausgabe erschien im Jahre 1958 unter dem Titel ‹Philosophie der Kunstgeschichte›)

Für unsere Zeit hat Arnold Hauser nach Theodor W. Adorno die Fruchtbarkeit des kunstsoziologischen Aspekts wieder entdeckt und diese Methode durch eine Fülle von Beispielen glaubhaft gemacht. Man kann Hauser ohne Übertreibung als ein kunstgeschichtliches Ereignis bezeichnen. *Südwestfunk*

Verlag C. H. Beck



Protokoll. 120 Seiten. Kartoniert DM 9,80, Leinen DM 14,80.

»Stiller hat Hitlers Nichtdenken sich zu Ende denken lassen. Man wird bei der Lektüre Zeuge einer grotesken Komik, die nur den Haken hat, daß sie die Unwirklichkeit ihrer Gedanken unvermittelt in Wirklichkeit übersetzen konnte.«
Hellmuth Karasek, Süddeutsche Zeitung

Luchterhand

Dossier 2:

Seize The Time
Sozialrevolutionäre Gruppen in den USA
Eine Dokumentation

Wir werden aufhören, davon zu sprechen, was in Vietnam passiert, denn Vietnam ist weit weg. Wir wollen darüber reden, was hier in Babylon passiert, hier in Babylon, das jeden hier angeht. Und jene, die auf Mao warten, um sich zusammenzuschließen, merken vielleicht, daß Mao nicht hier ist. Sie werden mit Mao aufwachen, aber sie werden tot sein, ihre Männer und auch ihre Kinder werden tot sein. Jetzt ist es an der Zeit, nützt die Zeit.
(Black-Panther-Genossin, Fred Hampton Memorial-Rally, Chicago)

Dieses Land sehen wir wie einen Oktopus. Hier muß der Kampf am dringendsten weitergeführt werden. In Ländern wie Vietnam und Bolivien bekämpfen sie einen Arm; aber hier ist das Haupt der ganzen Unterdrückung. Wenn wir das Haupt einmal abgeschlagen haben, dann werden die Arme kein Unheil mehr anrichten können.
(Mario, ein in San Francisco inhaftiertes Mitglied der Los Siete de la Raza)

Wir sagen, der Geist des Volkes ist mächtiger als die Technologie. Und wenn Du dem Volk die Methode der Beobachtung und Teilnahme zeigst, wenn Du dem Volk die richtige Methode des Widerstandes zeigst, des Lösens von Widersprüchen, dann wird das Volk wissen, in welche Richtung es sich bewegen muß. So lebt ein Panther in einer Weise, daß er dem Volk zeigt, wie es sich vorwärts bewegen sollte. Sein ganzes Leben ist eine Lehre für das Volk. So sagen wir, wir wollen Freiheit, Kleidung und Erziehung, wie wollen Nahrungsmittel und Wohnungen. Wir verlangen diese Sachen nicht nur, sondern die Black Panther Party kümmert sich darum, daß die Bedürfnisse des Volkes auch erfüllt werden . . . Du kannst keine Worte essen.
(Afine Shakur, ein Mitglied der in New York inhaftierten »Einundzwanzig Panthers«, vor ihrem Haftantritt im Februar 1970)

I

Man erlebe in Amerika das Entstehen eines »innenpolitisch milden faschistischen Staates«, meinte Carl Oglesby, ehemaliger Präsident des SDS, vor vier Jahren.[1] In der Tat haben sich die innenpolitischen Spannungen in den USA ungemein verschärft seit dem April 1960, als sich SNCC, das Student Non-Violent Coordinating Committee, konstituiert und seine theoretische Basis mit Kategorien wie Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit, guter Wille und Geist der Liebe umrissen hatte. Nach dem totalen Zusammenbruch der US-Linken in den fünfziger Jahren stellte sich die von SNCC initiierte Bürgerrechtsbewegung als ein qualitativ neues Phänomen der amerikanischen Geschichte dar: Aus den versprengten, meist aus weißen Studenten des Nordens sich zusammensetzenden Gruppen wurde alsbald eine nationale Organisation, die nicht nur gegen den Rassismus der Südstaaten zu Felde zog, sondern mit dem Kampf um die Emanzipation der schwarzen Bevölkerung die ökonomische Ordnung des feudalistischen Südens bedrohte. Die ersten Aktionen im Süden radikalisierten durch die brutale Reaktion der weißen Herrschaft Organisationsform und Ideologie der Bürgerrechtsbewegung gleichermaßen. Die Politisierung vieler liberaler Studenten durch die Bürgerrechtsbewegung – der Mississippi-Sommer 1964 bedeutete den Höhepunkt des Civil-Rights-Movement – fand ihren Niederschlag im Berkeley Free Speech Movement. Der SDS (Students for a Democratic Society) avancierte zum Sprachrohr der weißen antikapitalistischen studentischen Bewegung. Im Süden erzielte die Bürgerrechtsbewegung trotz erzwungener Wahlberechtigung der schwarzen Bevölkerung keine politische Machtverschiebung; SNCC propagierte mithin statt politischer Gleichheit die politische Selbstbestimmung, politische und ökonomische Black Power. Diese Zieländerung der Bewegung schlug sich in einer neuen autonomen schwarzen Gruppe nieder, die als nationalistische Bewegung sich von der weißen »Linken« absetzte. Eine politische Allianz wurde erst wieder durch die in Oakland/Calif. fußfassende Black Panther Party erreicht: die Panthers unterstützten 1968 die Peace and Freedom Party (PFP), eine fast durchweg weiße Partei; Eldridge Cleaver erhielt damals die Nomination als Präsidentschaftskandidat der Partei. Der Kampf gegen Rassismus erlangte sekundäre Bedeutung.

Franklin Alexander, Vorsitzender des *Che-Lumumba-Clubs* in Los Angeles, einer Vereinigung Schwarzer innerhalb der kommunistischen Partei der USA:

Man muß sehen, daß die Befreiung der Schwarzen eine Klassenfrage ist, und deshalb meinen wir, daß die Schwarzen infolge ihres Kampfes die weiße Arbeiterklasse und damit deren potentielle Avantgarde anführen müssen.

Wir haben die Initiative aus den Händen gegeben, was die weiße Arbeiterklasse anbelangt. Die Wallaces, Nixons und Reagans beherrschen die weiße Arbeiterklasse zusammen mit und unter Benutzung ihrer wichtigsten Vertreter, der Führer der Arbeiterbewegung in diesem Land, nämlich der Gewerkschaften. Unser Ziel ist es, junge schwarze Kommunisten zu

erziehen, die in der Lage sein werden, für die Führungsrolle und für die Führung innerhalb der KP in den Vereinigten Staaten zu kämpfen. Der Che-Lumumba-Club erblickt gegenwärtig und vielleicht für die kommenden ein bis zwei Jahre sein Hauptziel in der Schaffung der Einheit unter den schwarzen Linken. Sein Bestreben geht jedoch darüber hinaus. Die Einheit der Schwarzen verleiht uns dann die Möglichkeit, über Verbündete und über die Einheit der Arbeiterklasse mit einiger Substanz zu sprechen.[2]

Das kapitalistische Gesellschaftssystem insgesamt wurde zum Angriffsziel der politischen Praxis, wobei die Black Panther Party sich als Repräsentant der unterprivilegierten Klassen, als Avantgarde der revolutionären Bewegungen in den Vereinigten Staaten betrachtete. Sie hatte sich als erste schwarze Partei eine »marxistisch-leninistische« Organisation genannt. Masai Hewitt, der Minister für Erziehung der Black Panther Party:

Wir wollen den Marxismus-Leninismus nicht mechanisch anwenden. Wir begreifen sehr wohl, daß er eine Philosophie, eine wissenschaftliche Analyse zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist, in der die Menschen der Ausbeutung ein Ende setzen werden. Es zeigt sich, daß die Schwarzen, die die Exponenten der Gewaltlosigkeit in der Welt sind, mit der gewalttätigsten, abscheulichsten, barbarischsten Gesellschaft zu tun haben, die es je gegeben hat. Und das schließt ein »Drittes Reich« ein. Die Schwarzen beginnen zu begreifen, warum die Panthers im ganzen Land revoltieren, in Harlem, Watts, tief im Süden in Tempel/Florida, in Selma und hoch im Norden, in Seattle und in Boston. Es zeigt sich ganz deutlich, daß es notwendig war, Menschen und Waffen zu organisieren und eine Ideologie zu entwickeln, die das Volk auf die richtige Weise und mit den richtigen Methoden in seinem Widerstand gegen dieses Herrschaftssystem anleitet. Diese Ideologie beruht auf der historischen Erfahrung des schwarzen Volkes in Babylon in Verbindung mit dem Marxismus-Leninismus. (David Hilliard:) Mit dem Wort Babylon wollen wir ein Leben in der Hölle zum Ausdruck bringen. Es stammt aus der Bibel, und wir sprechen von ›Babylon‹, weil die Massen der Älteren dieses Wort kennen. (Masai:) Man kann es auswechseln durch Baby Jar, Lidice oder My Lai, je nachdem, auf welchem Kontinent man sich befindet. Das ist der Zusammenhang, in dem wir ›Babylon‹ sagen. Die ›Pigs‹, die Bullen, sind sich mittlerweile bewußt, daß schließlich überall die Schwarzen zu den Waffen greifen. Deshalb monopolisieren sie den Waffengebrauch und deshalb vermehren sie sich so schnell. Denn sie wissen, daß die Schwarzen

keine andere Wahl haben, und deshalb versuchen die Pigs, das ganze Land zu militarisieren und zu faschisieren, bevor die Massen des Volkes erwachen und dieses System der Unterdrückung stürzen.[3]

II

»Ihr müßt damit beginnen, die rassistischen Schweine umzubringen, die Euch in Vietnam Befehle erteilen«, fordert Eldridge Cleaver in einer Botschaft »To my Black Brothers in Viet Nam«[4]. »Entweder desertiert oder zerstört die Armee von innen.« – Die Mammutmärsche der Kriegsgegner nach Washington hatten lediglich einen systemgefährdenden Schein erzeugt; politisch waren sie stets integrierbar. Angela Davis: »Was wir von der Friedensbewegung verlangen, ist folgendes: Wenn sie ankämpft gegen den imperialistischen Krieg in Vietnam, dann sollte sie ebenso von der amerikanischen Aggression in der schwarzen Gemeinde sprechen und sollte dafür kämpfen, daß die Truppen aus der schwarzen Gemeinde abgezogen werden. Z. B. wurde am 15. November, beim Moratorium, David Hilliard ausgebuht vom Auditorium, da es nichts über die hiesigen Probleme hören wollte. Es war vorwiegend am Kampf gegen den Vietnamkrieg interessiert . . .«
Die Agitation gegen den Krieg in Vietnam hat sich mittlerweile auf die Ausbildungslager innerhalb der USA selbst ausgedehnt. Wurden in den letzten Jahren Befehlsverweigerungen und Rebellionen hauptsächtlich vom Kriegsschauplatz berichtet, so ließen sich während des vergangenen Jahres die ersten größeren Revolten in den Ausbildungslagern und Militärgefängnissen verzeichnen. Im Juli 1969 rebellierten 6000 GIs im Militärgefängnis in Fort Riley, Kansas, und übernahmen den ganzen Komplex für mehrere Stunden. Ebenso fand ein Aufstand im Juni in Fort Jackson, South Carolina, statt. Zur Verteidigung der Interessen der GIs haben Soldaten eine gewerkschaftliche Organisation gegründet, die *ASU, American Servicemen's Union.*

Andy Stubb, Vorsitzender der ASU:

Amerikanische Soldaten, Matrosen und Marinesoldaten beginnen diesen Krieg, ihre Funktion als Weltpolizisten, zu verurteilen. In Fort Hood, Texas, rebellierten sie und verursachten einen Schaden von 150 000 US-Dollars auf dem Stützpunkt. Sie haben in Kentucky ebenfalls rebelliert, in den verschiedenen Militärgefängnissen. 200 Gefangene rebellierten, weil man ihnen die notwendigsten Güter wie Wasser vorenthalten hatte, nachdem sie fünf Stunden in der sengenden Sonne verbringen mußten. Sie gingen in die Messe, aber man wollte ihnen kein Wasser geben. Einige Organisatoren der ASU agitierten monatelang im . . . Militärgefängnis gegen den Krieg. Die Ereignisse in der Armee spiegeln die Geschehnisse, die sich in der Welt abspielen, wider. Ein Revolution fegt über unsere Erde, und auch in der Armee erhebt sich ein Sturm. In der Armee nimmt

ein Krieg seinen Anfang, der Krieg der einfachen Soldaten gegen die Offiziere. Und mit der zahlenmäßigen Zunahme der ASU wird es für das Pentagon immer unmöglicher sein, die GIs weiterhin gegen das griechische Volk, gegen die Schwarzen in den Vereinigten Staaten und gegen das vietnamesische Volk einzusetzen. Der Krieg in der Armee wird schließlich zur Zerschlagung der Herrschaft des Militärs führen und zum Entstehen einer neuen Armee, die dem Volk dienen wird.[5]

III

Angesichts der eskalierten Gewalt gegen Ghettos und Universitäten (der Kampf um den People's Park in Berkeley) ersetzten neue Organisationsformen, revolutionäre Parteien und Zellen das liberal-pazifistische Agitationsmodell der Bürgerrechtsgruppen. 1968 wurde die Gründung einer »sozialistischen« und »revolutionären« Partei diskutiert[6]; der *Guardian* meinte am 23. November 1968: »Wir denken, die Bedingungen sind reif für einen Anfang.« Herbert Marcuse beispielsweise sprach sich indes gegen die traditionelle zentralisierte Organisationsform aus: »Ein Trend in Richtung auf dezentralisierte Organisationsformen korrespondiert der wirklichen Entwicklung der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft.«[7]

Ein Beispiel dieser lokalen, kommunalen Organisationsform bietet die »People's Commune« in San Diego, Kalifornien. Die zwanzig bis dreißig Mitglieder bewohnen drei Häuser, die nachts von bewaffneten Wächtern und Alarmanlagen – von Navy-Deserteuren ausgeklügelt – beschützt werden müssen. Die Commune, gegründet von einigen Marcuse-Schülern, ist permanentem Terror ausgesetzt; die Druckerei des *Street Journal*, der Zeitung der Commune, wurde verwüstet, die Druckmaschinen wurden zerstört, Autos in Brand gesteckt, die Häuser beschossen etc. Wichtigste Arbeit der Commune ist neben Stadtteilbasisarbeit die Agitation der GIs und die Zusammenarbeit mit MDM (Movement for a Democratic Military).

Über die Arbeitsformen der Commune berichtet Lowell Bergman:

Es ist wohl kaum möglich, die Dinge auf traditionelle Weise anzugehen. Was wir damit sagen wollen: Wenn wir eine Revolution haben wollen, die eine nicht-autoritäre Staats- oder Gesellschaftsform hervorrufen soll, dann müssen die Mittel, mit denen das erreicht werden soll, fundamental andere sein als alle vorherigen; denn jede Revolution blieb bisher in zunehmendem Maße autoritär. Wenn man aus dem Vorgehen von Castro und anderen irgend etwas herauslesen kann, dann wohl dies, daß die Erfahrung der Guerilla-Armee selbst die autoritären Rollen auflöste. Das ist es im wesentlichen, was die Commune versucht.

Mit der Entwicklung der Kommune entwickeln sich gleichzeitig wichtige

Aspekte, z. B. wie eine politische Perspektive in unserer Arbeit, die politische Arbeit ist, aufrechtzuerhalten ist und eine persönliche Perspektive, die integrierender Bestandteil eines Ganzen ist, einer politischen Arbeit, die ihre Offenheit bewahrt, die dialektisch bleibt und sich in keinem Punkt verhärtet. Und in dieser Hinsicht konzentriert sich die Diskussion um Wilhelm Reich, insbesondere um sein Buch *Massenpsychologie des Faschismus*. Seither wurde die Theorie Wilhelm Reichs von uns neu interpretiert und popularisiert. – Wir sind es müde, uns den Bildungsnormen zu unterwerfen und zu versuchen, akademische Grade zu erwerben, da wir wissen, daß 90% der Arbeit der größte Dreck ist und nichts mit unseren Interessen zu tun hat. Wir haben das mitgemacht, weil es für unser persönliches Fortkommen vorteilhaft war. Die meisten von uns haben das, was in der Universität mitzunehmen war, mitgenommen.

Man spricht beispielsweise in San Diego, und dies trifft für die meisten Städte der Vereinigten Staaten zu, sehr viel über die Arbeiterklasse, über das Proletariat, über die Organisierung dieser oder jener Leute. Und wen sollten wir organisieren? Sollten wir nicht vielmehr zuerst zu den Leuten gehen, um mit ihnen zu sprechen? Von solchen empirischen Informationen ausgehend sollte man herausfinden, wie sich die Begriffe um bestimmte Inhalte entwickeln müßten, damit sie ein Ganzes bilden. Gleichzeitig haben wir uns davon abgekehrt, nur doktrinär und dogmatisch über Fakten zu informieren. Unser besonderes Programm besteht darin, einen Stützpunkt zu haben, einen Kommunestützpunkt, von dem aus wir arbeiten können. Wir versuchen, das gesamte notwendige Potential an Menschen, einen Grundstock an führenden Personen für die Projekte in den Kommunen zusammenzubekommen. Ungefähr 20 bis 50 Leute kommen von Zeit zu Zeit, um hier zu arbeiten. Zwei Leute sind für den Laden verantwortlich, der als Kommunikationszentrum dient, in dem auch propagandistische Arbeit getan wird, und der zugleich eine Einnahmequelle darstellt. Die meisten von uns wollen nämlich nicht arbeiten, wenn nicht mit einem Job eine spezifische politische Arbeit verbunden ist. Wir möchten jedoch auch nicht wie SNCC unsere finanziellen Mittel beschaffen, d. h. eine Organisation sein, die finanziell von den Liberalen abhängig ist. Unsere Vorstellung ist es also, autarke kapitalistische Unternehmen im Sekundärsektor oder in der Distribution aufzubauen, wie z. B. Läden oder Druckereien, die zugleich auch politisch produktiv sind. Unser erstes Projekt, mit dem wir jetzt finanziell Boden unter die Füße bekommen

wollen, ist die Einrichtung einer Druckerei auf einer Farm, von der wir ein Großteil unserer Lebensmittel beziehen könnten. Wir haben es diesen Sommer versucht, aber das Ergebnis war, daß wir vom Sheriff-Department ausgenommen wurden und sehr viel Ärger hatten. Innerhalb eines Jahres schafften wir es, unsere Zeitung wöchentlich erscheinen zu lassen. Da unsere Straßenverkäufer verhaftet wurden, haben wir über 100 Verkaufsautomaten aufgestellt.

Wir haben hier unglaubliche Betrügereien, Skandale und Profitgesellschaften. Die reaktionären Kapitalisten, die sich für Amerika ins Zeug legen, verdienen auf Kosten der Regierung, insbesondere der lokalen Regierungen, aber auch der Bundesregierung. Selbst gemessen an ihren eigenen Gesetzen machen sie illegale Sachen . . . Sie besitzen alle Zeitungen, alle Fernsehstationen und Rundfunkstationen. Sie halten sie alle unter Schloß und Riegel. Sie gehören einfach ihnen, nicht einmal liberale repressive Toleranz wird geübt, wie Marcuse sagen würde. Es ist komisch, daß er über »repressive Toleranz« in San Diego geschrieben hat, in einer Stadt, in der sie sicher nicht vorhanden ist. Nicht einmal eine soziale Bewegung hat es hier in San Diego gegeben. Es ist eine neue Stadt, gerade zwanzig Jahre alt. Früher war sie viel kleiner, eine Militärstadt mit Rüstungsindustrie. Und das letzte Beispiel für Arbeiterunruhen finden wir im Jahre 1913 mit den Industrial Workers of the World. Sie wurden verbrannt und erschossen, und all das mit der Komplicenschaft des hiesigen Zeitungsherausgebers. Selbst die Regierung von Kalifornien, die zu jener Zeit einen reformistischen Kurs steuerte, stellte sich hinter die Zeitung. San Diego ist also eine äußerst reaktionäre Stadt, in der es keinerlei Organisation gibt. Wir sind relativ wenige, nur 24 Personen, aber wir stellen die größte politische Gruppe in der Gemeinde dar, unter den Schwarzen und den Weißen. Es gab hier eine Black Panther Partei, sie ist jedoch gegenwärtig sehr klein. Sie hatte eine große Zahl an Verwundeten und arbeitet vor allem im Untergrund.

Es ist fraglich, ob eine Art terroristischer Kriegsaktivität hier möglich oder notwendig ist in dem Maße wie in anderen Ländern. Denn es ist viel leichter, eine fortgeschrittene industrialisierte Gesellschaft durch weit trivialere Aktionen zu blockieren als dadurch, daß man Bomben schmeißt oder ein Gebäude hochgehen läßt. Aber die Frage ist jetzt schon: falls sie wirklich damit anfangen, hier unsere Leute umzubringen, dann haben wir eine andere Situation für Untergrundarbeit.

Vor einigen Tagen kam ein Trotzkist zu uns ins Büro und meinte, daß wir eine Art Massenbewegung aufzubauen versuchen, als Reaktion und Verteidigungsmauer, und das ist ungefähr richtig. Sie gibt uns auch die Gelegenheit, das Volk zu erziehen und andererseits vom Volk zu lernen. Wir haben hier auch manchmal Freiwillige, die Wache stehen. Außerdem schöpfen wir alle legalen Mittel aus. Wir machen Petitionen, wir sprechen mit allen zuständigen Leuten von der Stadtverwaltung und allen anderen Bürokraten, bei persönlichen Besuchen. Wenn sie uns umlegen, können sie nicht behaupten, wir hätten nicht alles versucht, was überhaupt möglich war.[8]

IV

Die Auflösung des SDS im Herbst 1969 reflektiert eine neue Qualität der Strategie der Linken, die Verlagerung des politischen Kampfes von Hochschulorganisationen auf praktisch arbeitende nichtakademische Gruppen. In den Ghettos konstituierten sich »revolutionäre Parteien«, die nicht nur auf farbige Minoritäten beschränkt blieben; weiße Gangs der großen Städte begannen sich nach dem Muster der Black Panthers zu organisieren, so die »Grease« (»Pomadenfritzen«, unseren Rockers vergleichbar) in Chicago. Unter dem Titel »Gears, Guns, Grease« heißt es in ihrem Blatt, *Rising up Angry:*

Ab und an ereignen sich wichtige Dinge im Volk. Unter den »Greasers« – die man in D. C. »Blocks« und in Pittsburgh »Slicks« nennt – geschieht etwas Großartiges. Amerika erlebt das Entstehen der »Revolutionary Grease«. Im Chicago Civic Center tauchten auf einer Versammlung für Bobby Seale und die ›Verschwörung der Acht‹ dreißig revolutionäre »Grease« auf. Manche konnten es einfach nicht glauben: »Grease« für die Revolution! Die ›Pigs‹ erschraken: »Nein, die auch noch, was wird da aus dem ›Teile-und-Herrsche-Spiel‹?« Sie wußten, was es bedeutet, wenn auch »Grease« sich der Revolution anschließt.
Aber es war nur zu natürlich, es mußte so kommen. Wenn Menschen zu lange im Dreck leben, zu lange betrogen werden, beginnen sie zurückzuschlagen. So ist sie jetzt unter uns, die »Revolutionäre Grease« Amerikas. Wir werden revolutionär, weil es in unserem Interesse liegt, uns mit anderen gegen das System zusammenzuschließen. Es hat uns zu lange im Dreck leben lassen, uns zu lange gegen andere benützt. Die Zeit ist da, um ein bißchen Gerechtigkeit zu üben. Von allen Weißen waren wir zuunterst. Wir haben nie in einem schönen Viertel gewohnt, die Stadtsanierung hat

viele von uns, die hier aufgewachsen sind, das Dach über dem Kopf gekostet, unsere Schulen sind überfüllt, sind eine Last, und wir sind die ersten, die in die Armee und die Fabriken des Systems gezwungen werden. In unseren Vierteln lebten wir immer zusammengepfercht, und die Bullen haben uns deshalb geschlagen. Sie haben schon immer geahnt, daß wir eine Gefahr, eine potentielle Macht darstellen.

Es dauerte zwar recht lange, aber wir hatten auch niemanden, der uns den Weg hätte zeigen können. Keine Führer, keine revolutionären Helden. Wir mußten unsere Lage selbst erkennen und die Lage anderer sehen und nach einem Weg suchen. Manche unserer Genossen haben schon immer gewußt, daß wir zur Revolution gehören und daß sie zu uns gehört. Wir sahen, wie andere in Bewegung gerieten, zuerst die Schwarzen, weil sie am härtesten getroffen waren von der skandalösen Unfähigkeit des Kapitalismus, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Dann kamen die Studenten, die durch Ideen, ihre eigene Situation und das Unrecht, das anderen zugefügt wurde, mobilisiert wurden. Dann folgten die lateinamerikanischen Genossen.

Zuerst wußten wir nicht, was wir in dieser Situation anfangen sollten. Wir bekämpften die Leute, die uns den Weg zu weisen begannen. Wir waren enttäuscht und erzürnt. Wir hatten nur noch Haß in unserem Herzen, die Liebe haben wir ausgetilgt. So bekämpften wir die Schwarzen, die Lateinamerikaner, die Hippies und selbst andere »Grease«. Wir hatten die Frustrationen der ganzen Woche in uns aufgestaut, dann tranken wir einige Gläser Bier und wandten uns gegen unsere eigenen Genossen. Schließlich ging es uns langsam auf, daß wir die falschen Leute bekämpften.

Huey Newton und die Black Panthers halfen uns, den Weg zu finden. Die Schwarzen tragen denselben Haß und Zorn, dieselben Enttäuschungen im Herzen wie wir. Auch sie haben das Ziel oft verfehlt, indem sie sich gegen ihre eigenen Leute oder gegen die falschen Weißen wandten. Aber Huey in diesem Sessel, mit dem Speer in der einen und dem Gewehr in der anderen Hand, wollte keine Show abziehen. Er sagte zu seinem Volk: »Seht mal, Genossinnen und Genossen, keine verdammten Jobs mehr, kein verdammtes Herumtreiben mehr. Die Black Panther Party dient dem Volke.«

So haben sich eine ganze Menge »Grease« verändert. Sie sind keine Reaktionäre mehr, die das baufällige Haus des »Systems« verteidigen, sondern

»Revolutionäre Grease«, die sich selbst lieben, ihr Volk lieben und beginnen, ihre Liebe dem Volk zu zeigen. »Revolutionäre Grease« ist im Entstehen. Wir haben jedoch noch keine Organisation. Wir wissen aber, daß wir eine brauchen, denn selbst wenn wir zahlenmäßig stärker sind als die Scheißer da oben, sind wir immer noch desorganisiert. Manche unserer eigenen Leute sehen immer noch nicht klar, und es wird eine Weile dauern und eine ganze Menge Aufklärung kosten, bis sie sich verändert haben. Von unseren Genossen sind noch nicht genug unserem Beispiel gefolgt, aber das wird noch kommen, und wir werden stärker sein. Jetzt wissen wir, wohin unser Weg führt und was wir brauchen. Wir bewegen uns aufwärts, auf ein besseres Leben für alle zu. Wir brauchen eine Organisation, die in unserem Volk verwurzelt ist, die es vertritt, die es liebt und ihm dient. Uns steht eine schwere Aufgabe bevor. Unser Volk muß mobilisiert werden. Gelingt uns dies nicht, so wird es keine Revolution geben. Werden wir das Volk nicht mobilisieren können, so wird es auf das »Teile-und-Herrsche-« und das »Mach-die-Drecksarbeit- für-den-reichen-Mann«-Spiel des Systems reinfallen. Aber wir wissen, was wir tun können. All die Zeit an den Ecken und auf den Straßen haben wir nicht nur herumgelungert. Wir haben etwas gelernt, und wir werden es umsetzen. Wir werden es umsetzen und der Schweinerei den Todesstoß versetzen.[9]

V

Aus dem sich dissoziierenden SDS schälte sich im Sommer 1969 eine Aktivisten-Fraktion heraus, die »Weathermen«, die zur Unterstützung des Vietcong – und zugleich als ersten Schritt zum Aufbau einer Roten Armee – der Chicagoer Polizei einen viertägigen Kampf lieferten (8.–11. Oktober 1969).

»We began to feel the Vietnamese in ourselves. Some of us, at moments, felt we were ready to die, if that was the price of struggle in Chicago.«[10]

Die Weatherman-Perspektive

Die Weathermen unterscheiden sich aufgrund dreier zentraler Einsichten von allen anderen politischen Richtungen:

1. Sie halten den Kampf gegen Chauvinismus und Rassismus in der weißen Arbeiterklasse für vorrangig und sehen die Notwendigkeit, jede an-

stehende Frage, jedes Problem zu einem antiimperialistischen, antirassistischen Kampf umzufunktionieren; sie haben erkannt, daß die ausschließliche Organisierung der Weißen im Hinblick auf ihre eigene sinnlich manifeste Unterdrückung (die Befreiung der Frau, Student-Power, Militärdienst und Militärstrafen, die Krise in den Städten, Unterdrückung in der Produktion) zwangsläufig in Rassismus und Chauvinismus münden muß;
2. Sie halten es für dringend nötig, schon jetzt den militärischen, bewaffneten Kampf vorzubereiten; das Volk zur kämpferischen Auseinandersetzung zu organisieren, wobei dies in erster Linie nicht durch Kritik, Ideen, Analysen oder Programme geschehen kann, obwohl sie von großer Bedeutung sind, sondern durch die konkrete, materielle Schädigung der imperialistischen und rassistischen Institutionen mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften;
3. Sie wollen revolutionäre Kollektive aufbauen, die den totalen uneingeschränkten Einsatz des einzelnen zum Kampf gegen alles fordern, was mit dem revolutionären Kampf in Konflikt gerät; und für deren Transformation in revolutionäre und kommunistische Gemeinschaften kämpfen, mit deren Hilfe wir zu siegreichen »Werkzeugen der Notwendigkeit« werden und solch allgemein bekannte maoistische Prinzipien wie »Alles für die Revolution«, »Kritik-Selbstkritik-Umgestaltung« in unserem Alltagsleben konkret verwirklichen können.[11]

VI

Akademische Zirkel, die bislang im oder mit dem SDS linke Politik formuliert hatten, waren politisch relativ unbedeutend geworden oder in traditionelle individuelle Formen der Revolte zurückgesunken.
Carl Oglesby in einer Rede zum Jahrestag des *Guardian* 1968/69 in New York:

Ein Gelächter geht um
Wenn ihr alle wüßtet, wo dieser Ort ist, an dem das Gelächter umgeht, so würdet ihr nicht hier sein. Ich weiß nicht, was ich da tun sollte, das einzige, was ich tun kann, ist, meine diesbezügliche Unwissenheit zugeben und sagen, daß es Zeit ist, über Nixon zu sprechen. Wir wissen, wer Nixon ist, nicht wahr? Wir brauchen keine Gelehrten, Gelehrten der Linken, um uns über Nixon aufzuklären. Ihr wißt, daß er ein Schurke ist. Er treibt ein hartes Spiel mit uns, und wir werden genauso hart zurück-

spielen. Ja, sogar härter. Er versucht uns zu schlagen, aber wir werden ihn schlagen.
Wie bringt man nun so ein Gelächter in Umlauf?
Wir warten nicht auf etwas, was Proletariat genannt wird. Wir warten nicht auf irgendeine Klasse, die im 19. Jahrhundert definiert wurde, um eine revolutionäre Kraft hervorzubringen. Und wir sind nicht wie so viele Geschäftsmänner, die ihr Leben aufs Spiel setzen, weil die sichtbaren Ergebnisse Anlagekapital für die Zukunft sind. Wir kämpfen, weil wir keine andere Wahl haben.[12]

Im Juli 1969, als die Panthers in Oakland die United Front Against Fascism initiierten, erschien in Berkeley, dem »revolutionären Beispiel«, ein Manifest, das exemplarisch jenes Mixtum aus antikapitalistischer Bürgerrechtsbewegung, Subkultur und einem sentimentalischen revolutionären Selbstverständnis widerspiegelt, das den »White Radical« charakterisiert:

Power to the Imagination!
All Power to the People!

Berkeley wird für die ganze Welt zu einem revolutionären Beispiel. Die Dämonen der Hoffnungslosigkeit, Häßlichkeit und des Faschismus starten harte Angriffe gegen uns. Wir werden von den reaktionären Kräften von Washington bis Sacramento gewürgt und geknebelt.
Unser Überleben hängt von unserer Fähigkeit ab, Fehler der Vergangenheit zu beseitigen und die Revolution auszuweiten. Wir haben bislang nicht genug getan, um eine Bewegung zu organisieren, die individuell gesehen human und politisch radikal ist.
1. Wir wollen die Telegraph Avenue und den südlichen Campus zu einem für die Revolution strategisch freien Gebiet machen.
2. Wir wollen überall unsere revolutionäre Kultur entwickeln.
3. Wir wollen die Schulen zu Ausbildungsstätten für die Befreiung einrichten.
4. Wir wollen die Universität zerstören, wenn sie nicht dem Volke dient.
5. Wir wollen für die volle Befreiung der Frau als einem notwendigen Teilziel der Revolution kämpfen.
6. Wir wollen die Verantwortung für die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse der Gemeinschaft übertragen.
7. Wir wollen unsere Drogenkultur verteidigen und erweitern.

8. Wir wollen die Macht der Vermieter brechen und alle Wohnungen frei verfügbar machen.
9. Wir wollen die Kapitalgesellschaften besteuern und nicht die werktätige Bevölkerung.
10. Wir wollen uns gegen Gesetz und Ordnung verteidigen.
11. Wir wollen in Berkeley einen seelenvollen (soulful) Sozialismus aufbauen.
12. Wir wollen eine Regierung des Volkes errichten.
13. Wir wollen uns mit den anderen Bewegungen der Welt verbünden, um dieses verdammte rassistisch-kapitalistisch-imperialistische System zu vernichten.
Berkeley kann nicht frei sein, solange Amerika nicht frei ist. Wir werden mit der massenhaften Unterstützung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten die Revolution in Amerika durchführen.
Wir fordern Brüder und Schwestern zur Gründung von Befreiungskomitees auf, um den Kampf in Berkeley zu führen.
Diese Komitees sollten kleine demokratisch arbeitende Gruppen sein, deren Mitglieder einander vertrauen. Wir sollten diesem dämonischen System ohne Unterlaß Widerstand leisten. Wir sollten den Nachdruck auf direkte Aktionen, auf die Organisierung der Community und auf den Ausbau eines Netzes von neuen Gruppen legen. Die Befreiungskomitees werden, im *Berkeley Liberation Movement* zusammengefaßt, die Macht des Volkes und eine neue Lebensform errichten.[13]

VII

Die Arbeit der Panthers zeitigte – trotz der zahlenmäßig kleinen Kader – eine eindeutig mobilisierende Rückwirkung auf die Bürgerrechtsbewegungen der verschiedenen Minderheiten.
Ähnlich dem Weg der schwarzen Befreiungsbewegung von SNCC über Black Power zu den Black Panthers versuchen diese über politisch nationale Bewegungen den Status des »Bürgers zweiter Klasse« aufzuheben. Dies geschieht allerdings in einem politischen Selbstverständnis, das die historische Erfahrung der schwarzen Bewegung einbezieht. Die Spielregeln der Gewaltlosigkeit oder die Ideologie der Town-Hall-Demokratie im Stile der New-England-Tradition, die noch die Anfänge von SNCC begleiteten, sind heute auch in der Praxis des Community-Organizing antiquiert. Robert Williams – seit kurzem aus dem cubanischen Exil in die USA zurückgekehrt – hatte 1961 die Schwarzen zur bewaffneten Selbstverteidigung aufgerufen. Nach den Schwarzen Barets und den

Panthers sind mittlerweile auch andere Gruppen gezwungen, sich bewaffnet zu verteidigen – so die Brown-Barets, paramilitärisch organisierte mexiko-amerikanische High-School-Studenten. Wie in den großen Städten läßt sich derzeit im amerikanischen Südwesten, einem ehemals spanischen Gebiet, in dem der Durchschnittsverdienst der Mexikaner noch unter dem der Schwarzen liegt, eine immer weiter um sich greifende Befreiungsbewegung für »Brown Power« vernehmen, die »Chicano«-Bewegung. »Chicano«, eine Slang-Kurzform für »Mexicano«, war ehemals ein Schimpfname für die Mexikaner des US-Südwestens; heute bezeichnet sie eine lose nationale Bewegung. Die Unterdrückung der Mexikaner in diesen erst im letzten Jahrhundert von den USA annektierten Gebieten hatte sich seither nur in dumpfem Nationalismus gespiegelt.

Inzwischen müßte die Wahrheit klar sein.
Der Chicano hat nur eine Lösung für sein Ziel: die Revolution! Alle Vorstellungen von friedlichen Reformen oder Gewaltlosigkeit sind naiv und irreführend. Der Chicano hofft umsonst, drei Jahrhunderte christlichen Rassismus durch parlamentarische Reformen besiegen zu können.
Wenn wir die Revolution machen wollen, müssen wir eine revolutionäre Partei aufbauen, die taktisch diszipliniert und strategisch und ideologisch geschult ist. Die Ideologie ist deshalb wichtig, weil sie die Ziele und die Richtung genau angibt und weil sie als Maßstab dient, die Erfolge zu messen und die Niederlagen zu analysieren. Unsere Aufgaben müssen klar definiert sein, denn sie erfordern vielleicht die Arbeit eines Lebens. Mit einer festen Ideologie können wir deshalb nie unsere Richtung verfehlen. Eine Revolution ohne Ideologie ist zur Niederlage verdammt – ein Beweis dafür ist die Revolution in Mexiko. Der Chicano muß schon jetzt eine revolutionäre Partei aufbauen, deren Aufgabe es ist, ihr Volk zu führen, zu erziehen und zu beschützen, und deren Endziel die Revolution ist. Zwei Fragen müssen beantwortet werden, denen gegenwärtig im Kampf der Chicanos die höchste Priorität eingeräumt werden muß: die nach der Struktur und die nach der Ideologie der Partei.[14]

Ein Zentrum der Chicano-Aktivität ist Neu-Mexico. Als Mitbegründer der »Alianza Federal de los Pueblos Libres« (Föderale Allianz für freie Pueblos) hatte Reiez Tijerina vergebens versucht, ehemals den Mexikanern gehöriges Land auf dem Wege über die Gerichte zurückzuverlangen. Die Allianz als Ausdruck einer primitiven agrarisch-kommunalen Sozialrebellen-Organisation hat mittlerweile an Bedeutung verloren. Bewaffnete lokale Gruppen mit explizit sozialistischen Intentionen deuten auf eine um sich greifende radikale Bewegung, die vor allem zu verhindern versucht, daß weiterhin ganze Bergdörfer mit texanischem Geld aufgekauft werden. Nach dem Vorbild militanter Chicanos von der Westküste konstituieren sich »Brown-Barets«, Gruppen, deren Mitglieder sich aus den Barrios – den Ghettos – rekrutieren, kleine Farmer, Ex-Gang-Führer, Hausfrauen und Lastwagenfahrer.

Chicano-Power bedeutet nicht »weiße Reformen«, sondern selbstbestimmende Gemeinden. Bislang wurde der Ruf nach Chicano-Power durch Politiker und »Programme gegen die Armut« prostituiert . . . Diese Programme haben Tausende potenieller Chicano-Aktivisten eingeschläfert. Chicano-Power heißt direkte Macht durch Aktionen in den Gemeinden.[15]

VIII

Im Zuge der intensivierten Terrorisierung des braunen Ghettos konstituierte sich in San Francisco die Gruppe *Los Siete de la Raza*. Der Name dieser Chicanos aus dem »Mission Distrikt« steht für sieben Latinos – Nelson Rodríguez, George López, Mario und Tony Martínez, José Ríos, Gary Lescallet, Bibi Meléndez –, Organisatoren von COBRA (Confederation of Brown Race for Action) im San Mateo College; die Sieben waren wesentlich am San Francisco-State-College- und Mission-High-School-Streik im Frühjahr 69 beteiligt. Im Verlauf der den Streiks folgenden Agitation im Mission-Gebiet, das vorwiegend von Latinos, Indianern, Schwarzen und Philippinos bewohnt wird, nahm die Brutalität der Polizeistaffeln, unterstützt von 150 Notstandspolizisten, zu. Am 1. Mai 1969 belästigten Zivilpolizisten Straßenpassanten; es kam zu Tätlichkeiten, wobei Polizist Brodnik getötet und Polizist McGoran verletzt wurde – beide Schüsse kamen aus dem Revolver von McGoran. Obwohl einige der Sieben zum gegebenen Zeitpunkt nicht zugegen waren, wurden kurz darauf sechs Studenten wegen Mordes verhaftet, der siebte blieb unauffindbar.

Los Siete dient dem Volk

Los Siete de La Raza ist eine Organisation des Volkes und entstand aus der Notwendigkeit für die braune Bevölkerung, in dieser dekadenten, rassistischen Gesellschaft zu überleben. Wir haben uns nicht allein damit begnügt, unsere sieben Genossen, die des Mordes an einem der bekannten Folterer unseres Volkes beschuldigt werden, zu verteidigen, und werden es auch nicht tun. Wir wissen ganz genau, daß dieser Schritt der Gestapo von San Francisco gegen unsere sieben jungen Genossen nur einer jener Millionen von Unrechtshandlungen gegen unser Braunes Volk in diesem faschistischen Land ist. Für uns Braune ist die Zeit gekommen, den Zeitpunkt zu nützen und zu beginnen, unser Volk zu vereinen und der hündischen Unterdrückung der Volksmassen ein Ende zu setzen. Wir haben das Programm »Freies Frühstück« für Schulkinder deshalb ins Leben gerufen, weil die »Hunde« unsere Kinder hungern ließen. Sie wurden daran gehindert, den Verstand zu entwickeln, den die Kinder brauchen,

um Wissen zu erwerben. Wir werden den Kindern zu essen geben, und wir werden unser Volk vereinen, damit es das Beispiel, das wir durch unsere Praxis setzen, sehen und sich den revolutionären Kräften in der Welt anschließen. Wir geben den Kindern nicht deshalb zu essen, weil wir Wohltäter sein wollen. Das wäre nämlich blanker Unsinn und würde sich vom Wohlfahrtsstaat dieser Hunde nicht unterscheiden. Und wie müssen wir das machen? Durch unseren sozialistischen Kampf gegen den Kapitalismus werden wir eines Tages erreichen, daß die Menschen, die in unseren Programmen arbeiten, ihr eigenes Schicksal in die Hände nehmen, und zwar so lange, bis sie Herren ihres eigenen Lebens sind.
Wir haben eine langwierige Aufgabe vor uns. Sie endet nicht damit, daß wir den Kindern zu essen geben. Das ist nur eine von hunderten von Notwendigkeiten, mit denen die Braunen im Kapitalismus fertig werden müssen. Dies ist nur der erste Schritt auf dem Weg zur Vereinigung der Bewohner unserer Gemeinde, und unsere Aufgaben, die sich uns während unserer Arbeit im Volk stellen, werden so lange kein Ende nehmen, solange die Menschen über ihr Schicksal nicht selbst entscheiden können.[16]

Über die Arbeit und das politische Selbstverständnis der Gruppe *Los Siete de la Raza* gibt José Delgado aus San Francisco Auskunft:

Zu dem Vorfall am 1. Mai. – Folgendes hat sich zugetragen: Einige Genossen trugen Möbel von den Autos in ihre Wohnungen. Und da sind diese Pigs in unserer Gemeinde . . ., die im Jahr so ungefähr 400 Verhaftungen wegen Diebstahl vornehmen . . . Und ihr Gehirn arbeitet auch danach. Jeden, den sie sehen, der nur einen Fernseher oder ein Stereo-Gerät herumträgt, oder ähnliches, ob ers gekauft hat oder nicht, ist sofort verdächtig. Und natürlich gerade dann, wenn du nach »Dritter Welt« aussiehst! Die Bullen geben beispielsweise noch damit an, sie hätten keine Vorurteile, da sie Schwarze, Braune und Gelbe verhafteten! Weiße vergessen sie natürlich . . . Aber wie die ganze Scheiße passierte – der Bulle wurde getötet von einer Polizei-Schußwaffe. Denn keiner der Genossen war zu der Zeit bewaffnet. Damals waren die Genossen noch in dem ganzen bullshit drin, den alle unsere Leute durchmachen müssen . . . Sie werden in der Schule durchgefickt, sie werden Drop-outs; sie sind natürlich nicht motiviert, irgendwie solidarisch zu denken.
Einige Genossen waren im College-Vorbereitungsprogramm aktiv, drüben im San Mateo College. Und dann kamen sie zurück und versuchten,

die anderen Genossen, die Drop-outs, dazu zu bringen, ihre Ausbildung dort weiterzumachen. Natürlich wußten die Bullen – wie die Gemeinde –, was los war und welche Arbeit die Genossen leisteten. Sieben der Genossen wurden wegen der Ermordung von Brodnik, so hieß der Bulle, belangt. Sie fingen sechs, den siebten haben sie niemals gefangen. Ungefähr eine Woche, bevor sich das Ganze ereignete, druckten sie in den Zeitungen, daß Latino Hippie-Typen den Mission Distrikt und die dortigen Geschäftsleute terrorisierten. Später, nach dem Vorfall, entschuldigten sich einige der Geschäftsinhaber aus der betreffenden Gegend für die Scheiße, die in den Zeitungen stand. Denn die Bullen hatten nur nach einer Ausrede gesucht, um 150 Polizisten zu legitimieren, die zusätzlich herangezogen waren.

Hier im Mission Distrikt versucht man auf Kosten der Bevölkerung eine neue »Wall Street« für den amerikanischen Westen zu schaffen. Denn die Stadt will das Viertel hier vollends niederreißen, und die Leute, die hier leben, will man raussetzen, um diesen ganzen Reichtum hier reinzubringen. Um diesen Reichtum zu schützen, braucht man natürlich mehr Pigs als zuvor. Jetzt sind sie überall – wie krabbelnde Ameisen. Vor Gericht sagen die Bullen natürlich ihre vorfabrizierten Lügen aus. Und der Richter ist so ein Liberaler, so ein rassistischer Motherfucker. Als Charles Garry den Bullen McGoran fragte, ob es nicht Tatsache wäre, daß er Brodnik erschossen hätte, kam als einziger Ausdruck von seiten des Richters ein Lachen; denn sie sind im Kopf dermaßen verkehrt – wie könnte ein Polizist auch sowas tun! – Sie sind schließlich alle Teil derselben Scheiße und haben alle dieselben Gehirne . . .

Noch während der Vorverhandlungen versuchten wir eine Gruppe zur Verteidigung der Genossen aufzuziehen. Damals wurde die Organisation »Los Siete de la Raza« geschaffen. An diesem Fall hatten wir die Möglichkeit, die Bevölkerung aufzuklären und ihre Unterstützung zu erlangen. Vor einem Monat passierte dieselbe Scheiße wieder, – nur waren diesmal nicht jene Leute dabei, die die Polizei als Penner und Faulenzer bezeichnete; diesmal war eine reine Mittelklasse-Familie betroffen, die sich auf dem Nachhauseweg befand, wobei zwei der Söhne heftig wegen eines Disputs über ein Fußballspiel gestikulierten. Einer der Genossen war ein ausgezeichneter Student, Captain der Baseball-Mannschaft, einige hatten Familie . . . Die Bullen hatten sich also wirklich die falschen Leute ausgesucht. Die Bullen stoppten und fingen mit Tätlichkeiten an. Einer der

Genossen rannte davon und wurde fünf oder sechs Mal in den Rücken geschossen. Drei der anderen wurden wegen Beleidigung eines Polizisten arrestiert. Als die Mutter zum Revier ging, wurde sie ebenfalls wegen Beleidigung eines Polizisten festgenommen . . .

Die Leute, die in dieser Gegend wohnen – jedenfalls die Mehrheit – sind ausgesprochen arm; meistens Latinos, aber es gibt ebenso eine starke Konzentration von Schwarzen, armen Weißen und Indianern. Unsere Organisation basiert auf den Bedürfnissen dieser Leute. Gegen die kapitalistische Unterdrückung des Volkes. Wir haben Beispiele, denen wir folgen, etwa die Black Panthers. Wir haben Frühstücksprogramme, wir werden in einigen Monaten eine Volksklinik haben. Die Pigs haben ein Krankenhaus hier unten, für das sie noch ungefähr 1 Million Dollars ausgeben wollen. Aber was diese Motherfuckers tun, ist folgendes: Sie haben beispielsweise Zahnärzte; aber wenn du dort hingehst, ist alles, was sie machen, daß sie dir den Zahn rausziehen. Als wären sie Metzger. Und was die Ärzte tun: sie schicken dich zu irgendeinem privaten Arzt. Und diese Motherfuckers im Krankenhaus werden dafür bezahlt, daß sie die Leute in diesem sogenannten Gemeinde-Gesundheitszentrum behandeln. Wir wollen also hier etwas für die wirklichen Bedürfnisse tun. Deshalb haben wir auch dieses Restaurant, »Basta Ya«, eröffnet. Hier nebendran ist eine Levis-Fabrik. Alle Beschäftigten sind Latino-Frauen, alles Frauen, die hierhergekommen sind, die die Sprache nicht kennen. Genau dafür haben sie diese Fabrik hierhingesetzt. Denn diese Frauen wissen sich nicht zu wehren. Sie verrichten Sklavenarbeit. Wir hoffen, daß wir diese Frauen hier im Restaurant agitieren können. Damit wir mit ihnen in Kontakt treten können über ihren täglichen Kampf in der Fabrik. Dann versuchen wir natürlich, überhaupt Informationen in die Gemeinde zu bringen . . .

Über die Richtung der Bewegung. Die Black Panther Parties haben mittlerweile eine Einheitsfront gegen den Faschismus gegründet. Die weißen revolutionären Gruppen sammeln sich eher auf einer anti-imperialistischen Ebene. Mir ist nicht ganz klar, warum sie die ›United Front against Fascism‹ nicht mitgemacht haben. Denn wie das hier weiterläuft, wird die Stabilität der herrschenden Klasse immer unstabiler. Sie wird noch verrückter, als sie schon ist. Und das bedeutet, daß sie immer faschistischer wird – was sie immer schon war –, aber es tritt jetzt offen zutage. Die historische Tatsache ist doch, wie die Panthers sagen, daß das ganze Land

auf Gewalt gegründet wurde. Seine Geschichte ist eine Geschichte der Gewalttätigkeit. Und das ist die Geschichte des Kapitalismus: Ausbeutung des Volkes. Es geht nicht darum, ob der Kapitalismus mehr oder weniger faschistisch wird. Die Motherfuckers waren schon zu Anfang genauso wahnsinnig. Man sagt, die Panthers und Los Siete entlarvten sie so, daß die Maske, die sie vorher trugen, nicht mehr richtig verdeckt, was dahinter ist. Und sie sind faschistische Motherfuckers, mehr nicht.
Wir bestehen jetzt gerade drei Monate, und dafür haben wir schon eine Menge tun können . . . Die Unterstützung von Weißen ist noch schwach; viele haben noch nichts von uns gehört. Wir werden versuchen, in die Richtung zu gehen, in die die Panthers gegangen sind. Wenn wir bestehen bleiben, dann kann uns einzig passieren, daß wir stärker werden und wir andere, eine, zwei, drei Panther Parties aufbauen werden. Und das heißt eine, zwei, drei Gefahren mehr für dieses Land, für die Stabilität dieser Motherfuckers, von denen wir dauernd gefickt werden.
Wie alle Unterdrückten haben wir gegen Hunderte von Nöten anzugehen, die unsere Arbeit bestimmen, wie Essensausgabe für Kinder, die Klinik, Verbesserung von Wohnungen, die schlechten Schulen, Arbeitslosigkeit, die Armee . . . endlos. Aber wir haben versucht, was wir konnten. Es ist unbedingt notwendig, Freiheits-Schulen für die Kinder aufzubauen, ebenso Liberation-Colleges . . .
Wir haben eine ganze Menge vom San-Francisco-Streik gelernt. Die radikalen Studenten der Colleges reden immer nur sehr leichtfertig darüber, in die Ghettos zu gehen und dort Schulungsarbeit zu leisten. Es gibt eine Menge solcher Radikaler. Bevor andere Schritte gemacht werden können, sollten sie tatsächlich in die Gemeinden ziehen, und dort mit Ausbildungsarbeit beginnen und sich dann später um die College-Scheiße kümmern – es ist klar, daß du dabei in deinen Verhaltensweisen völlig umlernen mußt. Die meisten Radikalen haben einen Haufen Ideen; aber die Frage ist immer, wie man diese Ideen umsetzt; das muß man natürlich lernen.
Die Widersprüche, die wir noch mit uns herumtragen, müssen wir auch im Fortgang der Arbeit zu lösen versuchen, abstrakt kann man sie nicht lösen. Die Panthers haben nun seit einigen Jahren gearbeitet; wir haben versucht, innerhalb weniger Monate Ähnliches in unseren Gemeinden aufzubauen. Und wenn jeder Motherfucker in diesem College-Campus anfängt, darüber nachzudenken, dann könnte jede Gemeinde in diesem Lande organisiert werden. Nicht nur die »Dritte Welt«-Gemeinden,

ebenso die Avenues, wo die weiße Mittelklasse sitzt, denn diese Leute werden ebenso gefickt wie jeder andere, ob reicher oder ärmer. Entweder du hast die Macht oder du hast sie nicht. Die Masse der Bevölkerung, die nicht die Macht hat, schließt immer noch einen großen Teil der Mittelklasse ein. Sie werden zwar nicht ganz so gefickt wie wir, aber der Kapitalismus hat ihr Bewußtsein ebenso entfremdet, hat diesen ganzen Individualismus und bullshit erzeugt . . .
Die Panthers haben die Verhältnisse deutlich gemacht, die nationale Verschwörung gegen die Schwarzen; und die Bevölkerung kann aus ihrem Verhalten und den Mordaktionen der Bullen Lehren ziehen, und diese Mordaktionen sind nicht nur gegen die Panther Party gerichtet, sondern gegen jeden Schwarzen in diesem Lande. Gerade das müssen die Braunen einsehen, denn dasselbe kommt auf uns zu.[17]

In New York sind die wichtigsten Gruppen im weißen, braunen und schwarzen Ghetto zu finden: die sogenannte *Rainbow-Coalition* vereinigt *Black Panther Party, Young Lords Organisation* und *Patriot Party*. Die *Young Lords*, ehemals eine puertoricanische Gang, hat zuletzt, wie die Panthers, Frühstücks-, Bekleidungs- und Gesundheitsprogramme durchgeführt.

Wir sind eine Koalition eingegangen, wir nennen es die Regenbogenkoalition, mit den Black Panthers und mit der Patriot Party, einer weißen revolutionären Partei in den Vereinigten Staaten. Wir unterstützen alle armen und unterdrückten Volksgruppen und wir glauben, daß der einzige Weg, wie sich eine Revolution in diesem Lande abspielen kann, der ist, daß sich die Unterdrückten vereinigen.[18]
YLO begann aus vielen Gründen mit dem Frühstücks-Programm. Ein offensichtlicher Grund war die Notwendigkeit, den hungernden Kindern zu helfen. Andere Gründe sind, zu zeigen, daß diese Gemeinde von einer rassistischen Pig-Organisation kontrolliert wird, die sich um die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht kümmert. Alles was sie wollen ist, die Bevölkerung in kapitalistischer Weise zu berauben. Die Bedürfnisse der Bevölkerung sind jedoch wichtiger als die irgendwelcher Kapitalisten . . . Wir müssen diesen Leuten in der Gemeinde zeigen, daß wir für die Bedürfnisse der Bevölkerung kämpfen müssen.[19]
Die Young Lords hier in New York sagen, daß der bewaffnete Kampf die einzige Lösung für eine totale Befreiung ist, es gibt keine Möglichkeit, darum herumzukommen. Aber zur Zeit können wir noch nicht einmal unser Büro verteidigen. Außerdem wäre es zur Zeit selbstmörderisch, sich

mit Waffen zu zeigen, wenn man weiß, daß die Polizei viel besser bewaffnet und ausgerüstet ist . . . Wenn es die Zeit und die Situation diktiert, die Waffen zu ergreifen, dann werden wir das tun. Die Zeit ist aber noch nicht gekommen.[20]

Die erste Nummer der chinesischen radikalen Zeitung in New York, *Coming together*, eröffnete im Februar 1970 ihr Editorial mit der Feststellung:

Chinatown ist für Chinesen ein Ghetto, wie die Ghettos für Schwarze, Lateinamerikaner und andere nicht-weiße Gruppen. In Chinatown leben ungefähr 40 000 Chinesen und 6000 kommen jedes Jahr aus Übersee hinzu . . . Unser Programm soll die erste Verbindung einer Bewegung der Chinesen schaffen, Yellow Power . . . Es geht darum, für die totale Selbstbestimmung der asiatischen Bevölkerung in Chinatown zu kämpfen. Unser Programm ist ein Schritt auf dem Weg der tausend Li, der zu Freiheit und Macht für alle nicht-weißen Bevölkerungsgruppen führt, für Gelbe, Braune und Schwarze.
Die Macht den mutigen, hartarbeitenden und stolzen Asien-Amerikanern!

X

Die *Patriot Party* ging aus einer Chicagoer Gang hervor, der *Young Patriots Organisation*, die sich vorwiegend aus Südstaatlern zusammensetzte. Es gibt einige Sektionen der Patriot Party, die jedoch alle nur lokal von Bedeutung sind; die stärkste Gruppe arbeitet in Yorkville, New York City. Ihr Programm ähnelt dem der Panthers und Lords; es umfaßt ein Volks-Krankenhaus, politische Schulung, Frühstücksausgabe und Aktionen für bessere Wohnungen. *Panthers, Lords* und *Patriots* begreifen ihre Koalition als die »Avantgarde der Eigentumslosen«.
Arthur Turco, Chief of Staff:

Die *Patriot Party* ist eine revolutionäre Partei für arme ausgebeutete Weiße. Wir wissen, daß der Kampf hier in Babylon ein Klassenkampf ist: ein Kampf der Besitzenden gegen die Besitzlosen, der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter.
Von der KP bis hinunter zu den Trotzkisten und allen sogenannten politischen Gruppen wird geleugnet, daß es »Weiße Unterdrückung« gibt, sie sprechen vom weißen Arbeiter, vom Proletariat. Wir sehen natürlich, daß der weiße Arbeiter ein Proletarier ist, aber wir sagen, was ist mit den Leuten, die es bisher noch nicht geschafft haben, weiße Arbeiter oder Proletarier zu sein? Genau hier kommen die *Patriots* ins Spiel.

Die Hauptsorge der Patriot-Party ist das Überleben unseres Volkes – der armen, unterdrückten Weißen. Wir haben die Nase voll von den Leuten und Gruppen, die uns erzählen, daß es »keine armen unterdrückten Weißen« gäbe. Hier setzt die P. P. an, denn wir sind »jene nicht vorhandenen Weißen«. Wir – die armen, unterdrückten Weißen – sind überall in Babylon, im Süden, im Norden, – Straßenjungen, Greases, Südstaatler, Hillbillies von den Appalachen, Leute, deren Kinder bereits mit vier Jahren sterben, Leute, die in den Kohlenbergwerken umkommen, die noch nicht mal Gewerkschaften haben, Leute aus den Wollfabriken, ein Dollar pro Stunde, Weiße; und das kleinbürgerliche Element – wir nennen sie Sissies (Schlappschwänze) – spricht noch vom »weißen Privileg«. Darum sollte der Kampf gehen, um die Privilegien der Weißen. Wir sagen: wenn Du runter in den Süden gehst oder Uptown Chicago und anfängst, über weiße Privilegien mit den Leuten zu reden, die werden dir einen vor den Latz knallen. Denn sie sind Unterdrückte. All diese Sissies wollen das nicht wahrhaben. Dagegen die Avantgarde der Revolution, die Black Panthers, sie erkennen uns an. Wir sind die einzige Gruppe, die die Panthers anerkennen. Warum? Sie erkennen uns aus einem Grunde an: gemeinsame Klassenunterdrückung, Klassenanalyse, Klassenkampf. All die anderen Gruppen schwätzen über die proletarische Revolution daher, das Proletariat führe das Volk zum Sieg. Wir sagen, nun gut. Wir wissen, daß das Proletariat der wesentlichste Bestandteil jeder Revolution ist. Aber bislang hat es nicht das mindeste getan. Es waren die Lumpenproletarier, die unteren Proletarier, die diese Revolution vorwärtstrieben. Die Panthers, Niggers, Weiß und Schwarz, »weiße« Niggers von der Straße, Burschen, die sich Dope in die Arme schossen, Burschen, die nicht über die achte Klasse hinauskamen, oder Typen, die wieder zur Straße zurückkehrten. Wir sagen: das ist die Vorhut, das ist der führende Teil der Revolution heute. Der ganze Rest der weißen Bewegung, das ganze Movement sollte das anerkennen. Sie sehen, wie ihre eigenen Leute ermordet werden, in den Knast kommen, brutalisiert werden, ohne einen Finger krumm zu machen. – Wir sagen: sie sind Rassisten. Sie sind Rassisten gegen Schwarze und Rassisten gegen ihre eigenen Weißen. Denn sie wissen noch nicht einmal, daß wir existieren. Die Patriot Party steht für das Volk, die unterdrückten Weißen. Wir sagen diesen Leuten: Schaut her, Genossinnen und Genossen, wir sind Menschen. Ich bin wirklich da. Wir waren immer hier, dig it? Ihr mögt uns nicht gesehen haben, vielleicht

habt ihr vorgezogen, nicht wahrzunehmen, daß wir existieren. Wir waren aber schon immer da, und wir gehen auch nicht fort. Wir sind unten, und es gibt keinen noch tieferen Punkt, auf den du sinken kannst. Wohin wir einzig gehen können, ist nach oben. Und jeder, der unserer Freiheit im Weg steht, ist unser Feind. Das ist die Art von Solidarität, die uns mit der Black Panther Party und den Young Lords verbindet. Wir gehen davon aus, daß dies ein Klassenkampf ist, und wir kämpfen gegen Rassismus durch Solidarität an. Wie Fred Hampton sagte: »Kommt runter vom Berg, geht zum Tal, wo das Volk ist . . .« Das sagen wir ihnen. Wenn sie es mit der Revolution ernst meinen, wenn sie die Umwälzung ernst nehmen, gut, dann kommt runter. Wir nennen das Bourgeois-Arroganz oder kleinbürgerlichen Kannibalismus. Sie hatten diese ganze Ausbildung, gingen durch diese Schulen und Universitäten, all dieses Wissen wurde in ihr Gehirn gepreßt und ließ ihren Erbsenkopf zu einer großen Wassermelone anschwellen. Und nun ist diese Wassermelone verwirrt. Denn diejenigen, die niemals die Colleges besuchten, denen das Erbsengehirn verblieb, – sie belehren jene. Wie man für Freiheit kämpft, für Befreiung. Aber sie fassen das nicht. Sie können es nicht vertragen, wie ihre eigenen weißen Niggers all diesen gebildeten Narren etwas über Revolution und Klassenkampf beibringen.

Die »Bewegung« scheint sich mehr für den Klassenclown Abbie Hoffman[21] zu interessieren als dafür, unseren Kindern Essen oder Medizin zu beschaffen.

Wir haben keine Zeit für psychodelische Kunst, wir haben keine Zeit für diese Scheiße.

Sie interessieren sich mehr für Abbie Hoffman, den Schauspieler, der nun sein Filmdebut macht. Wir haben Abbie Hoffman etwas zu sagen: er sollte das Geld dem Volk geben. Er redet nur aus Spaß über die Revolution. Nun, die Revolution ist kein Spiel. 32 unserer Klassenbrüder sind bereits ermordet worden. Wenn wir von unseren ermordeten Genossen sprechen, sprechen wir von den Panthers, den Patrioten und den Lords, darüber, daß diese Kämpfer für die Unterdrückten getötet wurden. Und wenn er glaubt, daß es um eine Revolution des Spaßes wegen geht, so ist er entweder ein Idiot oder ein Schwein.

Abbie Hoffman und der Rest der »Verschwörung der Sieben« werden jetzt dafür bezahlt, daß sie über ihre berühmte Verhandlung erzählen. Wir haben auch diesem Rest etwas zu sagen, – jenen Angeklagten, die da-

bei standen und mit ansahen, wie der Vorsitzende der Black Panther Party in diesem Gerichtssaal gefesselt und geknebelt wurde. Wären Patriots bei dieser Verhandlung gewesen, dann hätten sie uns alle 8 knebeln und fesseln müssen. Wir sprechen über Genossen und Genossinnen, die sich solidarisch verhalten, die zusammen untergehen – und keine verrückten Filme darüber machen. Niemand nenne uns Genossen, bevor wir diesen Schritt nicht tun können – das ist Solidarität! Wir wissen verdammt gut, daß man uns hätte erschießen müssen, wären Patriots bei dieser Lynchjustiz dabeigewesen. Wir hätten diesen Faschisten-Richter Hoffman geknebelt samt seinen Lakaien, und wir hätten damit das Volk geschult. Nur der Vorsitzende Bobby Seale hat während der Verhandlung das Volk geschult, nicht aber die anderen Angeklagten. Sie haben einen Zirkus daraus gemacht. Sie haben gezeigt, daß Bobby Seale der einzige Führer war, denn sobald er die Verhandlung verlassen hatte, war dieser Faschist Hoffman der Meister im Ring. Den sieben Angeklagten ist noch nie eine größere Ehre widerfahren, als mit Bobby Seale im selben Gerichtssaal zu sein, und es wird ihnen nie eine größere Ehre widerfahren.
Die beste Möglichkeit, den Kampf der Schwarzen zu unterstützen, ist, die Weißen zu organisieren, damit auch sie kämpfen können. Wir müssen ihnen zu Bewußtsein verhelfen. Das Volk lernt durch Teilnahme und Beobachtung. Nur wenn die Weißen ihr eigenes unterdrücktes Volk erkennen, werden sie den Kampf der Schwarzen verstehen. Deshalb sagen wir: »Weiße, erwacht! Wir sind hier.«
Schön, wenn die Leute begreifen, daß das hier ein Scheißland ist, daß die Politik nicht so ist, wie sie sein sollte, daß das Gesetz nicht ist, wie es sein sollte. Wie manche Leute vom SDS, den wir den politischen Arm des Kleinbürgertums nennen, besser den politischen Arm der Kinder dieses Kleinbürgertums. Jede Klasse hat ihren politischen und kulturellen Arm. Der kulturelle Arm sind diese Hippies und Yippies, die Rauschgift rauchen, diese verrückten Klamotten tragen und in den »Villages« wohnen. Soweit wir es analysieren können, kommt das diesen Schweinen von Kapitalisten gerade recht. Sie stellen diese Kleider her und verdienen Geld damit. Es gibt viele Bourgeois, die solche Kleider zu 500 Dollar tragen, um arm auszusehen. Sie können legal Rauschgift herstellen. Der politische Arm sagt, wir werden etwas dagegen tun, wir werden das System ändern. Diese Leute sitzen im SDS.
Sie gehen in den Süden, beginnen dort, arm zu leben. Sie gehen zu den

unterdrückten Weißen und leben mit ihnen, sie hungern, essen nur Bohnen und sagen: »Ihr redet jetzt von Unterdrückung, wir sind aber unterdrückt.« Ja, sie waren ein oder zwei Jahre unterdrückt, aber aus freiem Willen. Sie sind aus eigenem Entschluß da runtergegangen. Sie haben ihren Schmuck zu Hause gelassen und sind zum Volk gegangen.
Wir taten es aber ein Leben lang. Wir mußten mit der verdammten Wohlfahrt vorliebnehmen. Sie sind ein, zwei Jahre da unten und wollen uns dann was über Klassenkampf erzählen. Das ist aber ein Widerspruch. Sie können uns nichts über Klassenkampf erzählen, wenn sie von ihrer Klasse in die unsere hinüberwechseln.
Die Patriot Party ging aus der alten »Young Patriot Organization« in Uptown Chicago hervor. Wir haben uns von dieser Organisation abgespalten, weil sie sich mehr um »alte Freundschaften«, um einzelne Individuen und nicht um die Masse des Volkes in Uptown Chicago gekümmert hat. Sie waren lieber mit einigen Leuten befreundet und soffen lieber, als daß sie den Hilferuf der Community gehört hätten.
Die »Young Patriot Organization« machte sich so des extremen Liberalismus schuldig. Die Y.P.O. hat einige Programme in Uptown Chicago in Angriff genommen. Das Volk wurde jedoch nicht zum Kampf angeleitet, und deshalb waren dies nur reformistische Programme. Mittlerweile rufen Menschen aus allen Teilen des Landes nach den Patriots, in Richmond, Va., in Eugene, Oregon, in Cleveland, Ohio, und in New York. Die Y.P.O. in Chicago jedoch verband sich lieber mit alten Saufkumpanen als mit den Volksmassen. So sagten sich einige Mitglieder der Y.P.O.: »Wir müssen mit dem Volk zusammenarbeiten.« Wir wußten, daß eine revolutionäre Partei nicht hinter dem Volk herhinken darf, sondern es führen muß und es durch Beispiele schulen muß. Deshalb trennten wir uns von Y.P.O. und gründeten die Patriot Party.
Die Patriot Party ist eine nationale Partei mit 5 arbeitenden Stützpunkten, und weitere sind im Aufbau. Wir reden nicht nur von »dem Volke dienen« oder »die Macht dem Volk«, sondern wir setzen diese Slogans in die Praxis um. Unsere Programme gehen vom »Freien Frühstück für die Kinder« bis zum »Freien-Holz-Programm« (in Eugene, Oregon, Holzbeschaffung für die Leute in den Gebirgsgegenden). Die Patriot Party arbeitet in unterdrückten Gebieten.
Nächsten Monat sind wir in Georgia, Mississippi, Alabama. In New Haven, Conn., gibt die Partei am Tag 30 bis 40 Kindern Frühstück aus

und nimmt eine Klinik in Angriff. Unsere Arbeit spitzt die Widersprüche zu und macht den Menschen die Fehler des Systems bewußt.
Wir praktizieren Sozialismus. Wir wissen, daß die Schweine das auf keinen Fall sehen wollen, und wir klären z. B. das Volk über die Verhandlung unseres Genossen, des Vorsitzenden Bobby Seale, auf. Die Schweine ärgern sich darüber, daß die Weißen Bobby Seale unterstützen. Dann können sie den Rassismus nicht dazu benützen, das Volk zu spalten. Wenn wir sagen, daß Weiße den Prozeß unterstützen, meinen wir nicht den üblichen Haufen von Hippies, die immer dabei sind.
Wir meinen damit Einwohner von Gemeinden – Leute, die bis jetzt noch nie mobilisiert waren und laut die Freilassung von Bobby Seale zu fordern begannen, weil sie unter Klassenunterdrückung die Art und Weise verstehen, wie man mit Bobby Seale umgesprungen ist. Dieselbe Art und Weise nämlich, wie man mit Tom Dostou, unserem Feldmarschall und dem Rest ihrer weißen Brüder verfährt. Sie sehen in Bobby Seale ihren schwarzen Bruder. – Die Leute sollen nicht soviel von Che Guevara schwärmen. Das hier ist Amerika, das hier ist Babylon . . .
Wir haben hier unser eigenes Land, unsere eigene Wirklichkeit, unsere eigene Geschichte, und das lehren wir dem Volk. Wir sollten uns nicht soviel um Rußland, China, Che und Castro kümmern. Die sind alle in Ordnung. Jeder, der dem Volk hilft, achtet die Sozialisten. Aber wir kümmern uns hier um die Leute in Babylon und haben keine Zeit, darauf zu warten, bis ein Che Guevara hierherkommt.
Genossen, wir müssen uns zusammenschließen. Vorsitzender Seale ist des Mordes angeklagt. Wissen die Leute, was das heißt? Daß sein Leben in New Haven auf dem Spiel steht? Aber er wird nicht abkratzen, wir sagen es jetzt schon – dafür gibt die Patriot Party ihr Wort. Wenn der Vorsitzende Bobby nicht freigesprochen wird, dann ist das Maß voll. Es ist voll im Hinblick auf die Patriot Party. Wir sagen: *Alle Macht dem Volk oder es passiert was!* Bobby Seale wird freigelassen oder es passiert was! Und das gilt für alle unsere Genossen – in der Black Panther Party und der Patriot Party. Wir nehmen es nicht mehr einfach so hin, sie werden unsere Führer nicht mehr einfach ausrotten. Wenn das so weiter geht, wird es politische Konsequenzen haben, oder das Problem wird physisch gelöst.[22]

Zusammengestellt und übersetzt von Helmut Reinicke

Literatur

In der von der Neuen Linken der USA produzierten Literatur nimmt die politische Ökonomie einen geringen Platz ein. Mithin mangelt es an Arbeiten, die die Konzeptionen von politischer Praxis in den systematischen Kontext einer revolutionären Theorie brächten. Überdies bescheiden sich die Selbstdarstellungen der Neuen Linken immer noch mit dem Instrumentarium der liberalen Tradition (cf. *The New Left*, A Documentary History, ed. Massimo Teodori, New York 1969). Das Versäumnis der Neuen Linken, sich die marxistische Theorie anzueignen, erschwert die Schulungsarbeit der arbeitenden Gruppen, die zwar versuchen, aus der Unmittelbarkeit gegenterroristischer Aktionen herauszufinden, jedoch eine klassentheoretische und organisationstheoretische Analyse für eine revolutionäre Strategie bislang noch nicht zu leisten vermochten. Für dieses theoretische Dilemma ist der Aufsatz von Eldridge Cleaver, »On the Ideology of the Black Panther Party«, *The Black Panther*, June 6, 1970, beispielhaft, der gegen den Marxschen Begriff des Proletariats als klassenkämpferisches Subjekt hält, »that the true revolutionaries in the urban centers of the world have been analyzed out of the revolution by some Marxist-Leninists«, und das Lumpenproletariat als den Träger der Revolution apologetisiert (cf. auch das Interview von Turco, Patriot Party).
Die Texte beschränken sich im wesentlichen auf Interviewmaterial über Ghetto-Gruppen, das zu Beginn dieses Jahres gesammelt wurde, zudem auf Ausschnitte aus Rundfunkprogrammen (Radio Free People) und lokalen politischen Blättern. Literatur über die Black Panther Party ist bereits erhältlich. Die »Weathermen« werden in *Les Temps Modernes*, Juli 1970 ausführlich behandelt.
Da hauptsächlich die hierzulande unbekannteren Ansätze der nicht-studentischen Linken beleuchtet werden sollten, wurde auf die Darstellung der verschiedenen SDS-Fraktionen oder der mittlerweile vom SDS losgelösten Gruppen verzichtet, wie die *Independent Socialist Clubs*, *Labor Committee* oder die straff organisierte und maoistisch-orientierte *Progressiv Labor Party* (PL). Die PL bezichtigte Ho Chi Minh des Ausverkaufs an Washington und Moskau und verdammte den »bürgerlichen Nationalismus« der Panthers als »konterrevolutionär«. Diese hielten der PL während der Oakland-Convention im Juli 1969 Abweichlerei von der marxistisch-leninistischen Lehre zur nationalen Frage vor. Die PL wurde damals als konterrevolutionär aus dem SDS ausgeschlossen. – Hingewiesen sei noch auf radikalisierte Assoziationsformen innerhalb der schwarzen organisierten Arbeiterschaft, die *League of Revolutionary Black Workers*, ein Verband verschiedener Arbeitergruppen in Detroit, wie das *Revolutionary Union Movement* bei Dodge (DRUM), bei Chrysler (CRUM) und Ford (FRUM).

1 Oglesby/Shaull, *Amerikanische Ideologie*, Ffm, S. 139.
2 Che-Lumumba-Club, Interview, Jan. 1970.
3 Masai Hewitt, David Hilliard, Interview, Jan. 1970.
4 *The Black Panther*, 2. Mai 1970, Vol. IV, Nr. 22.
5 Join the ASU, *Radio Free People*, Nov. 1969.
6 Christopher Lasch, *N. Y. Review of Books*, Vol. XI, Nr. 1, 1968.

7 *Guardian*, 23. Nov. 1968.
8 Peoples Commune, Interview, Jan. 1970.
9 *Rising Up Angry*, Nov. 1969, Vol. I, Nr. 4.
10 Shin Ya Ono, *Leviathan*, Dez. 1969, Vol. I, Nr. 7.
11 Ibid.
12 Radical Perspectives, *Radio Free People*, 1969.
13 *Leviathan*, Juli/Aug. 1969, Vol. I, Nr. 4.
14 David Murillo, *Street Journal*, San Diego, 1970, Vol. 2, Nr. 13.
15 *La Causa*, Dez. 1969, Nr. 16.
16 *Basta Ya*, 1970, Nr. 7.
17 Los Siete de la Raza, Interview, Jan. 1970, cf. *Sozialistische Correspondenz*, Nr. 37, März 1970.
18 Young Lords Organization, Interview, Febr. 1970.
19 *Young Lords Organization*, Jan. 70, Vol. 1, Nr. 5.
20 Young Lords Organization, Interview.
21 Abbie Hoffman, Yippie, Mitangeklagter im Chicago-Prozeß (Sept. 1969 – Febr. 1970) gegen David Dellinger u. a.
22 Patriot Party, Interview, Febr. 1970, cf. *Sozialistische Correspondenz*, 34/35, Febr. 1970.

Alexis Pappas

Schaltjahre

Roman. Deutschsprachige Fassung von Vagelis Tsakiridis
324 Seiten. Paperback 18,– DM
Leinen 24,– DM

Alexis Pappas, der Autor der »Hip«-Generation (Nachtcafé), hat ein unruhiges, weites Herz – ein Vagabundenherz – ein sicherer Platz für die Frau. Pappas nimmt sein Herz auf die Zunge, den Joint zur Brust und befährt staunend und frisch erzählend die Küsten Psychedelias. Seine Sprache ist nicht kraftprotzend, sondern potent, es ist die Sprache der Jugend. Er erzählt von dem, was er wirklich erlebt: von Sex, aber auch von Liebe, der Liebe zu zweit, zu viert, zu mehreren. Und von Liebe können die Griechen erzählen seit Odysseus bis Pappas.

Blanvalet

Die neue Taschenbuch-Reihe

Sammlung Luchterhand

Jährlich erscheinen
20 Bände, kartoniert, mit
Schutzfolie versehen, zu
DM 4,80 – 7,80 – 9,80

»Das Programm der Sammlung Luchterhand ist ausgewogen zwischen belletristischer und kritischer, soziologischer, philosophischer und wissenschaftlicher Literatur; das Profil der Reihe entspricht also genau dem Profil des Verlages«
Heinz Ludwig Arnold,
Hessischer Rundfunk

Band 1
Jurek Becker
Jakob der Lügner
Roman. DM 7,80

Band 2
Helmut Krauch
Die organisierte Forschung
Eine Studie über Forschungsplanung und Wissenschaftspolitik in der Demokratie. DM 9,80

Band 3
Helmut Heißenbüttel
Das Textbuch
Vom Autor besorgte Zusammenfassung der Textbücher 1–6. DM 7,80

Band 4
Herbert Marcuse
Der eindimensionale Mensch
Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.
Ungekürzte Sonderausgabe.
DM 7,80

Band 5
Michail Bulgakow
Hundeherz
Roman. Sonderausgabe.
DM 4,80

Band 6
Leo Kofler
Stalinismus und Bürokratie
Zwei Essays. DM 7,80

Band 7
Hilde Domin (Hrsg.)
Nachkrieg und Unfrieden
Gedichte als Index 1945–1970. Mit einem Nachwort der Herausgeberin. DM 7,80

Band 8
Wolfgang Naucke/ Paul Trappe (Hrsg.)
Rechtssoziologie und Rechtspraxis
DM 9,80

Band 9
Ernst Jandl
Der künstliche Baum
Gedichte 1957–1969.
DM 4,80

Band 10
Harry Pross
Publizistik
Thesen zu einem Grundcolloquium. DM 7,80

Band 11
Georg Lukács
Geschichte und Klassenbewußtsein
Studien über marxistische Dialektik. DM 9,80

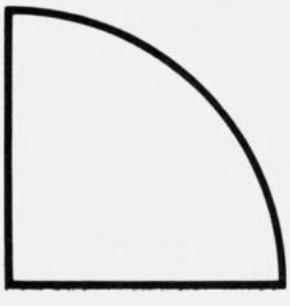
Band 12.
Marguerite Duras
Zerstören, sagt sie
Roman.
Aus dem Französischen von Walter Boehlich.
DM 4,80

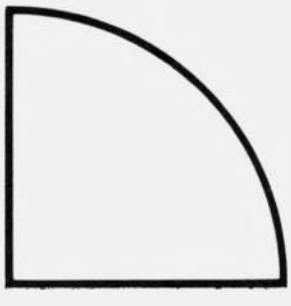
Band 13
Konrad Farner
Der Aufstand der Abstrakt-Konkreten
Zur Ideologie der spätbürgerlichen Zeit.
Mit einem Briefwechsel zwischen Georg Lukács und dem Verfasser.
DM 7,80

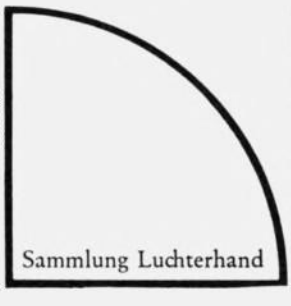
Band 14
Anna Seghers
Aufstellen eines Maschinengewehrs im Wohnzimmer der Frau Kamptschik
Erzählungen. Mit einem Nachwort von Christa Wolf.
Westdeutsche Erstausgabe.
DM 7,80

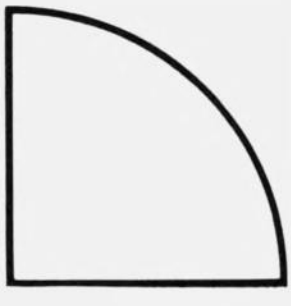
Band 28
Georg Lukács
Solschenizyn
DM 4,80

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie durch Ihre Buchhandlung









Nordamerikanische Zustände

Eldridge Cleaver:
Seele auf Eis
710 / DM 3,80

Eldridge Cleaver, einer der führenden Köpfe der Black Panther-Bewegung, lebt aus Furcht vor der amerikanischen Justiz im Untergrund. »Seele auf Eis« ist ein autobiographisches und zugleich exemplarisches Bekenntnis: das Psychogramm eines Negers auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis und zur Emanzipation, eine kompromißlose Anklage gegen die Welt der Weißen.

Volkhard Brandes / Joyce Burke:
USA – Vom Rassenkampf zum Klassenkampf
dtv-Originalausgabe
669 / DM 3,80

Die Zukunft des schwarzen Amerika, das wissen die Afroamerikaner, liegt in der Selbstorganisation, im Widerstand gegen das amerikanische Gesellschaftssystem. Seine Forderungen zielen auf die Veränderung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse.

Studs Terkel:
Chicago – Bericht aus einer amerikanischen Stadt
653 / DM 4,80

Das Porträt Chicagos (und zugleich ein amerikanisches Selbstporträt) in zweiundsiebzig Interviews mit Menschen der verschiedensten Rassen und unterschiedlichsten Bildungsgrade, mit Weißen und Farbigen, Unternehmern und Gewerkschaftsbossen, Ordensschwestern und Kriminellen. Eine soziologische Studie.

dtv
Deutscher Taschenbuch Verlag

Rotbücher

Borin/Plogen: Management und Selbstverwaltung in der CSSR.
Rotbuch 4. 144 Seiten. DM 5.50 (4.50)

Charles Bettelheim: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen.
Rotbuch 12. 156 Seiten. DM 6.50 (5.50)

Huberman/Sweezy/ Dreßen u. a.: Focus und Freiraum – Debray, Brasilien, Linke in den Metropolen.
Rotbuch 16. 160 Seiten. DM 5.50 (4.50)

Edoarda Masi: Die chinesische Herausforderung.
Rotbuch 17. 176 Seiten. DM 6.50 (5.50)

Horst Kurnitzky: Versuch über Gebrauchswert.
Rotbuch 19. 72 Seiten. DM 3.50 (2.50)

Sozialistisches Jahrbuch 1: Über die Organisation des Befreiungskampfes.
Rotbuch 20. 272 Seiten. DM 8.50 (7.50)

Scuola di Barbiana: Die Schülerschule.
Rotbuch 21. 156 Seiten. DM 6.50 (5.50)

David Horowitz: Imperialismus und Revolution.
Rotbuch 22. 228 Seiten. DM 8.50 (7.50)

Sozialistisches Jahrbuch 2: Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung.
Rotbuch 23. 240 Seiten. DM 8.50 (7.50)

Im Abonnement jeder Band 1 Mark billiger.

Wagenbach

Gerhard Amendt
Schwarzer Kapitalismus
Dekolonisation und Klassenkampf

Ausbeutung und Unterdrückung haben für die Schwarzen in den USA ihren Gegebenheitscharakter verloren. Das schwarze Lumpenproletariat, das seitherige Objekt manipulierender Bürgerrechtsbürokratien, wird unter der Anleitung revolutionärer Gruppen zum Subjekt des revolutionären Kampfes. Es beginnt die leistungspropagierenden Integrationsideologien zu überwinden und erkennt in der Dimension kulturnationalistischer Emanzipation die Funktion des Rassismus im Klassenkampf.

Integration durch Ausgliederung

Die verschärfte Verelendung im schwarzen Proletariat und die nicht erfolgte Konstitution schwarzer Kleinbürger als ökonomischer Klasse war seit eh und je dem gegen politische Aktionen der Schwarzen gefeiten Prinzip absoluter Vorherrschaft der politischen Ökonomie über die schwarze Kolonie zu verdanken, die durch die systematische Diskriminationspolitik der Gewerkschaften bis heute sichergestellt wurde.[1] Seit einigen Jahren wird der »nation within the nation« unter der Führung des noch schwachen schwarzen Kleinbürgertums die Gelegenheit der »Community Self Determination« als separate Emanzipationschance geboten, weil anders die vorausschauenden Fraktionen des Kapitals dem politischen Moment in der kulturnationalistischen Propaganda nicht glauben begegnen zu können. Die Verheißung politischer Eigenständigkeit und auch ökonomischer Entwicklung soll die »local Communities von der exzessiven Einmischung und Kontrolle zentralisierter Regierungen befreien, in denen sie keinen oder nur geringen Einfluß haben«.[2] Als separate Einheiten sollen die Gettos die Verwaltung der »Community resources« übernehmen, die im wesentlichen die überschüssig vorhandene unqualifizierte Ware Arbeitskraft und kaum nennenswerte Kapitale bilden.

Die Entwicklungschancen der schwarzen Kolonie sind damit abermals an die allgemeinen ökonomischen Tendenzen des »Mutterlandes« gebunden

und machen das Zugeständnis der Selbstbestimmung im gegenwärtigen Zustand der Gettos zur zynischen Aufforderung, »Community recreation and beautification« zu betreiben.
Nur die aggressiv-militanten Rassisten der Südstaaten knüpften an den »Self-Determination-Act« von 1968 – den sie gemeinsam mit der schwarzen Bourgeoisie begrüßten – die Hoffnung, daß er recht bald die Abhängigkeit der Gettos von staatlichen Hilfsorganisationen aufheben und »die Steuerlast für die restliche Gesellschaft«[3] vermindern würde.
Das Bankkapital als die weitsichtigste Instanz der spätkapitalistischen Gesellschaft begreift die im Gesetz entworfene Dekolonisationsperspektive als eine langfristige Pazifizierungsstrategie gegen absehbare systemsprengende Tendenzen, die nur durch politische und ökonomische Veränderungen in den Black Communities aufgefangen werden können. Die intendierten Verbesserungen sollen die Differenzierung der Klassenstruktur vorantreiben, um Teile des Lumpenproletariats in qualifizierte Arbeiter und Kleinbesitzende zu verwandeln und damit Herrschaftskonflikte auf die Black Community zu beschränken.
Das Modell des »Schwarzen Kapitalismus« enthält daher ökonomische Planungsvorstellungen, deren Verwirklichung nicht ohne Folgen für die Klassenkämpfe in den USA sein wird.[4]

Pilot Study Oakland/San Francisco

Die zukünftige politische Macht der schwarzen Bourgeoisie wird von ihrer Verfügungsgewalt über Kapital abhängen. Da sie augenblicklich über keine nennenswerten Akkumulationsfonds verfügt, beschreitet sie mit Hilfe des Bankkapitals und der Ford-Stiftung den Weg über »investment in charismatic leadership«, das die politisch begründete Akkumulation einleitet, die letztlich der politischen Kontrolle der Massen im Getto dienen soll.
Die Abwicklung und Organisation politisch motivierter Akkumulationsprozesse hat die Ford-Stiftung 1967 und 1968 in Oakland/Californien getestet. Das Testprojekt, die Transbay Engineering Company, ist die Vereinigung zahlreicher kleiner Bauunternehmen zu einem konkurrenzfähigen Konsortium, das als privatkapitalistisches Unternehmen mit 30 Millionen Dollars vom »Banking System« und der Small Business Administration als Demonstrationsprojekt »Schwarzen Unternehmertums« erfolgreich betrieben wird. Die erforderliche Kapitalakkumulation zur

Übernahme größerer Bauvorhaben wurde von Behörden der Bundesregierung übernommen, deren Department of Labor mit einem Zuschuß von 900 000 Dollars auch die nachträgliche Aneignung unternehmerischen »know hows« der schwarzen Kleinunternehmer finanziert, da sie als Angehörige des schwarzen Mittelstandes nicht weniger rassistisch diskriminiert wurden als das Lumpenproletariat.[5]

Die Kooperation des Konsortiums mit den Beauftragten der Ford-Stiftung, der Bank of America und dem technical advice vermittelnden californischen Baukonzern Kayser machte die Oakland-Studie zu einem großen Erfolg für die beteiligten schwarzen Unternehmer und einer nachweislich praktikablen Perspektive der Gettopazifizierung. Die ebenfalls erfolgreiche Abwicklung kleinerer Projekte in Cleveland, New York und Boston bestätigte der organisierenden Ford-Stiftung die prinzipielle Möglichkeit politischer Akkumulationshilfen.

Die Ford-Stiftung entschloß sich daraufhin zur langfristigen Institutionalisierung ihrer Akkumulationshilfen für erkennbare politische Führerfiguren wie Leon Sullivan vom Progress Enterprise in Philadelphia, Teff Watkins in Watts und Alec Mercury von Help Enterprise, die in den Black Communities bereits über Einfluß und propagandistische Erfolge verfügten und denen die Massen auch abnahmen, »daß (im Getto) ein parallel verlaufendes ökonomisches System eingerichtet werden kann, das die historische Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus wiederholen wird«[6].

Vereinbarungen mit der »Insurance Industry« addierten sich zu einem Kapitalfonds von 2 bis maximal 3,7 Millionen Dollars, die für die Wiederholung des Oakland-Projekts in anderen amerikanischen Städten verfügbar sind und deren Verlustrisiko zu 75% von der Ford-Stiftung übernommen wird.

Der Vorschlag der Urban League, einer alten kleinbürgerlichen Negerorganisation, das Testprojekt in 15 weiteren Städten zu wiederholen, war durch den gebildeten Kapitalfonds realisierbar geworden. Allerdings wird ein nicht unerheblicher Teil des verfügbaren Kapitals unter Aufsicht der Urban League in den unproduktiven Sektoren der Distributionssphäre investiert. Dahinter verbirgt sich der Wunsch kleinbürgerlicher Schichten der Black Community nach unmittelbarer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen: zu Lasten intendierter Akkumulationsprozesse und der Neuschaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Langfristig müßte die

pazifizierende Investitionspolitik ohne Mehrwertschöpfung die Dekolonisationsstrategie in ernste Schwierigkeiten bringen, weil die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze das entscheidende Erfolgskriterium für die Identifizierung des schwarzen Lumpenproletariats mit der neuen Politik sein wird. Agitatorisch wichtig ist daher am Oakland-Projekt die Schaffung von 200 neuen Arbeitsplätzen und die Graduierung von 200 schwarzen Arbeitern zum »full journey status« im Baugewerbe, der – gegen die restriktiven Machenschaften der Baugewerkschaften durchgesetzt – für die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses in der Bauindustrie die entscheidende Voraussetzung ist.[7]
Die konzentrierte Akkumulationsbegünstigung der Bauindustrie scheint willkürlich. In den Begriffen der bürgerlichen Ökonomie ist sie jedoch gerechtfertigt durch »die hohen marginalen Profite und die hohe Arbeitsintensität, die durch technische Veränderungen nicht beeinträchtigt werden«[8], und weil die Akkumulationsprozesse in der Bauindustrie auch die der Fischereiindustrie an der Südostküste begünstigen und Arbeitsplätze für das Heer der schwarzen Arbeitslosen bereitstellen.

Klassenpolarisierung durch Bürgerrechtspolitik

Die Integration des schwarzen Lumpenproletariats in die gewerkschaftlichen Interessengruppen scheiterte in den vergangenen Jahrzehnten an der bürgerlich-individualistischen Politik der Negerorganisationen und an der konsistenten rassistischen Segregationspolitik der Gewerkschaften. Als Kontrolleure und Organisatoren beruflicher Qualifikationskurse schlossen sie Schwarze im allgemeinen von gewerkschaftlicher Mitgliedschaft aus. Heute berufen sie sich bei der Legitimation ihrer rassistischen Politik auf die von ihnen selbst heraufbeschworene Entqualifizierung des schwarzen Proletariats und verleihen ihrer Argumentation eine scheinbar nicht-rassistische Rationalität, die sie vom untragbar gewordenen Vorwurf diskriminatorischer Machenschaften befreien soll.
Die Teilnahme schwarzer Arbeiter an Bauvorhaben schwarzer Kapitalisten sowie die Möglichkeit des »on-the-job trainings« bei gleichzeitiger Entlohnung setzte somit Eingriffe in die mächtige Einflußsphäre der autoritär strukturierten und von Weißen beherrschten Bauarbeitergewerkschaften in der AFL-CIO – der American Federation of Labor und dem Congress of Industrial Organisations – voraus. Weder die Kennedy- noch die Johnson-Regierung waren bereit, drastische Interventionen in die

marktkontrollierende Herrschaftsdomäne der Gewerkschaften einzuleiten, obwohl sie in ihren Amtsperioden wortradikale Desegregationsanweisungen an alle Vertragspartner staatlich finanzierter oder unterstützter Projekte erließen. Von inflationären Tendenzen getrieben, verfährt die ideologisch reaktionärere Nixon-Regierung – die drastische Kürzungen der Wohlfahrtslisten als eine erste Amtshandlung veranlaßte – weniger zimperlich.

Zu antiinflationistischen Maßnahmen genötigt und von der Militanz der Unterdrückten gezwungen, schwingt sie sich zum Advokaten bürgerlicher Gleichheitsrechte auf, der die Politik der »Equal Opportunity« verwirklicht, um die rassistische Polarisierung im Proletariat in eine zusätzliche Waffe gegen das gewerkschaftlich organisierte Proletariat umzuschmieden.

Ihre politische Legitimation ist offiziell die unnachgiebige und uneinsichtige Haltung der Gewerkschaftsbürokratien, die sich trotz massenhafter Demonstrationen und publizistischer Attacken der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) und der Urban League auf das System gewerkschaftlicher Diskriminierung zu keiner sozial relevanten Konzession an das schwarze Proletariat bereiterklärten, obwohl die militanten Kampfmaßnahmen der beiden Negerorganisationen zur Einstellung der Arbeit auf einer Reihe von Großbaustellen in Philadelphia, Boston und New York führten.

Um die »Uneinsichtigkeit« der Bauarbeitergewerkschaften zu brechen, verfügte das Labor Department in Washington Ende 1968 den »Philadelphia Plan«, der die Durchsetzung legalisierter Desegregationsversprechungen an allen staatlich finanzierten oder unterstützten Bauvorhaben mittels weitreichender Machtkompetenzen erzwingen sollte. Die alte Praxis der Bürgerrechtsorganisationen, durch gerichtliche Interventionen verbindliche Desegregationsanweisungen zu erkämpfen, fällt dadurch als eine zeitraubende und für individuelle Kompromisse anfällige Taktik weg.[9]

Der »Philadelphia Plan« verpflichtet die Vertragspartner der Bundesregierung wie auch deren zahllose Subkontraktoren, Mitglieder der verschiedenen Minoritätengruppen – vor allem Schwarze und Puerto-Ricaner – nach festgesetzten Partizipationsquoten einzustellen, die nicht unterschritten werden dürfen. Wird die Quote jedoch unterschritten, weil das Management der Konzerne sich nicht gegen die Gewerkschaftsbürokratien

durchsetzen kann, so riskiert das Unternehmen die Auflösung des Vertragsverhältnisses und den Verlust von Profiten.
Bis jetzt hat das Labor Department den Anwendungsbereich seiner Verordnung auf sechs handwerkliche Berufskategorien beschränkt, die vorwiegend im Baugewerbe konzentriert sind. Er erfaßt die ausnahmslos hochbezahlten Berufe der »iron workers, steamfitters, sheetmetal workers, plumbers und pipefitters, elevator constructors and electrical workers«. Für diese Berufskategorien hat das Labor Department noch für das Jahr 1969 die Erfüllung einer 4-prozentigen Partizipationsquote vorgeschrieben, die bis zum Jahre 1973 auf 26 Prozent gesteigert werden muß. Fürs erste bleibt die Verordnung auf die Bauindustrie und die Städte New York, Boston, Chicago, Detroit, Los Angeles, Pittsburgh, St. Louis, San Francisco und Seattle beschränkt, deren Geschichte vorpolitisch-spontaner Erhebungen die Entfaltung von »Black Capitalism«-Projekten jedoch in Frage stellt, wenn nicht gleichzeitig die exzessive Arbeitslosigkeit gemildert wird, die in diesen Städten zwischen 24 und 27 Prozent schwankt.[10]
Zusätzliche Einschränkungen gewerkschaftlicher Arbeitsmarktkontrolle verhängte auch der »Community Self Determination Act« von 1968, der für alle Sanierungsvorhaben im Rahmen der »Urban Renewal«-Arbeiten maximale Beteiligung der ortsansässigen Arbeiter vorschreibt. Eine ähnliche Bestimmung im »Model Cities Law« schließt ebenfalls das weiße organisierte Proletariat von Getto-Aufbauarbeiten aus.
Die klassischen Voraussetzungen rassischer Polarisierung im Proletariat werden demnach neuerdings durch die politische Intervention des Staates herbeigeführt und stellen sich nicht mehr wie in der Vergangenheit naturwüchsig in Perioden der Arbeitslosigkeit im vorurteilsbefangenen weißen Proletariat her.[11]
Ideologisch haben die Gewerkschaftsbürokratien die offensichtlich folgenreiche kalkulierte Bürgerrechtseuphorie der Nixon-Regierung durch ihre eigene Argumentation noch unterstützt.
In der Atmosphäre latenten Bürgerkrieges und spontaner Erhebungen der schwarzen Massen glaubten sie, den abbröckelnden Konsensus der amerikanischen Öffentlichkeit mit allen Formen mittelbarer und unmittelbarer Diskrimination durch den Hinweis auf die Gefährdung weißer Arbeitsplätze – als ein nicht-rassistisches Argument – wiederherstellen zu können. Diese Argumentation lieferte die Gewerkschaftsbürokratien an die Messer der Ford-Statistiken und der Statistischen Bundesbehörde, die be-

ruhigend erklärten, daß die Aufnahme schwarzer Arbeiter in der Bauindustrie die Arbeitsplätze der Weißen nicht gefährde, denn was in den 60er Jahren »100 Milliarden Dollars«-Auftragsvolumen gewesen seien, das werde sich auf 180 Milliarden im folgenden Jahrzehnt erhöhen. Städtesanierung und -neubau machten die Bauindustrie zu einem sicheren Arbeitsplatz für schwarze und weiße Arbeitnehmer.
Der Staatsinterventionismus in die Marktkontrolle der Bauarbeitergewerkschaften ist die politische Konsequenz konzertierter Aktion, die das Interesse des Proletariats dem Verwertungsprozeß des Kapitals subsumiert.

Die Apartheidsstruktur der Gewerkschaftsbewegung

Die kleinbürgerlich-individualistische Ideologie und Praxis der Negerbewegung der vergangenen Jahrzehnte[12] und die erzwungene Bindung an liberale weiße Kontrollinstanzen machten sie zu einem idealen Instrument des Kapitals in den Auseinandersetzungen mit dem organisierten Proletariat. Nicht nur die Privatarmeen des Kapitals, zu denen die staatlichen Milizen zählten, besorgten die Zerschlagung des Proletariats im ausgehenden 19. Jahrhundert, hinzu trat die Unterminierung der systemgefährdenden kollektiven Kooperationsverweigerung des Proletariats durch streikbrechende Neger, die regelmäßig während Streikaktionen auf Geheiß des Kapitals aus den landwirtschaftlichen Produktionsgebieten des Südens in bestreikte Fabriken gebracht wurden.
Die Legalisierung der gesellschaftlichen Segregationspolitik um die Jahrhundertwende brachte in der Figur von Booker T. Washington den schwarzen Lakaien der herrschenden Klasse als politischen Führer der »negro people« hervor, der die Praxis streikbrechender Neger rechtfertigte und auch organisierte. Der Makel solcher Praxis haftet auch heute noch der Negerbewegung an, nicht zuletzt in der These der Bürgerrechtsorganisationen, daß das Kapital die Interessen der Neger vertrete.
Erst die Roosevelt-Ära befreite die weiße Arbeiterbewegung vom Druck streikbrechender Neger und der Subsumption ihrer Organisationsversuche unter das Anti-Trustgesetz. Die Anerkennung des gewerkschaftlichen Koalitionsrechtes konsolidierte die Macht der Gewerkschaften und ließ die AFL und den CIO eine paternalistische wortradikale Position zur Negerbewegung beziehen, die sie recht bald in die politisch unlegitimierte liberal-labor coalition preßte, die dann kontrollierend sich der Bürgerrechts-

organisation NAACP bemächtigte und deren Gewerkschaftspolitik bestimmte.
Vor wenigen Monaten erst vollzog die NAACP den offiziellen Bruch mit den hauseigenen Gewerkschaftskontrolleuren, die innerhalb der Organisation die Anerkennung »feierlicher« Desegregationsversprechungen des AFL-CIO gegen den staatsinterventionistischen Philadelphia-Plan erwirken wollten.
Andererseits fürchten die Agenten der Dekolonisationsstrategie in den Negerorganisationen wie der NAACP den Vorwurf »streikbrecherischer Begünstigung« durch ihre affirmative Haltung zum gewerkschaftsschwächenden Staatsinterventionismus.
Zu Recht verweisen sie auf die endlosen vergeblichen Versuche zur Integration des schwarzen Proletariats in den Machtbereich des gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsmonopols, das die entscheidende Stärke der Gewerkschaftsbürokratien der Bauarbeitergewerkschaften ausmacht. Sie kontrollieren die Bauprojekte und verteilen die Arbeiter auf die Baustellen. Der Ausschluß aus dem »Labor pool« ist gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit.
Ohne den reaktionären Charakter der Business Unions und deren systemkonforme Politik in Frage zu stellen, legitimieren sie in der amerikanischen Öffentlichkeit die fortschreitende Spaltung der Gewerkschaften entlang der Color Line, die vor einigen Jahren als Reaktion auf gewerkschaftliche Diskriminationspraxis einsetzte, aus dem Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie, die sie am Beispiel der International Ladies Garment Workers Union (ILGWU) demonstrieren, die ihren Mitgliedern außerhalb der Betriebe zur Sicherung bürokratischer Herrschaft alle Formen von privater Kommunikation untersagen. Zusätzlich verweisen sie auf die permanente Mißachtung der Gewerkschaften für die Bestimmung der Fair Employment Practice-Politik und -Gesetze.
Es fällt den Agenten der Dekolonisationsstrategie jedoch schwer, ihre maßgeschneiderte Funktion im anti-inflationistischen Staatsinterventionismus zu leugnen, zumal das Council of Economic Advisers den Tummelplatz schwarzer Kapitalisten und konkurrierender schwarzer Arbeiter als den inflationistischsten Produktionsbereich identifiziert. Es meint, daß »ein hoher Anteil von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern im non residential Sektor (der Bauindustrie) hohen inflationären Druck ausübe«.[13]

Die Strategie des Schwarzen Kapitalismus erfüllt mit allen ihren Konsequenzen eindeutig den Zweck, unter den veränderten Herrschaftsverhältnissen von Kapital und Lohnarbeit im Spätkapitalismus das Interesse des Kapitals gegen das gewerkschaftlich organisierte weiße Proletariat durchzusetzen, unter dem Vorwand, daß allen Amerikanern die bürgerlichen Rechte zuzugestehen sind.

Der Prozeß der institutionellen Verdopplung des amerikanischen Gewerkschaftssystems scheint zumindest für die segregationistischsten Mitgliedsorganisationen des AFL-CIO unaufhaltsam. In Detroit, dem Zentrum der amerikanischen Automobilproduktion, organisierten sich große Teile des schwarzen Proletariats, das durch die gewerkschaftliche Diskriminationspolitik in die untergeordneten, schlechtbezahlten und gefährlichen Betriebsabteilungen abgeschoben wurde, im Ford und Dodge Revolutionary Union Movement, die sich als revolutionäre Kader des schwarzen Proletariats begreifen. Die Gewerkschaftsbürokratien der United Automobile Workers Union (UAW) beantwortete die Separationsbestrebungen des ständig wachsenden schwarzen Proletariats in der Autoindustrie mit einer Welle gerichtlicher Verfügungen, satzungskonformer Repressalien und letztlich mit dem Einsatz der Polizei, um die Schwarzen von der Teilnahme an gewerkschaftlichen Wahlen auszuschließen.

In den meisten Fällen basiert die organisatorische Abspaltung auf einem psychologisierenden Rassismusverständnis und kulturnationalistischen Segregationsbedürfnissen, die in der Verdopplung bestehender Gewerkschaftsideologie und -praxis enden. Zu diesen revisionistischen Neugründungen gehörten sowohl die United Construction and Trade Union, die sich parallel zur Organisation schwarzer Bauunternehmen zu konkurrenzfähigen Konsortien etablierte und sich der unabhängigen Allied Workers International anschloß, als auch die Afro-American Teachers Association, die sich aus Protest gegen die reaktionäre Kampfgemeinschaft der American Federation of Teachers mit den rassistischen New Yorker Bauarbeitergewerkschaften im Jahre 1967/68 als unabhängige schwarze Lehrerorganisation konstituierte. Die Afro-American Teachers Association führte fortan den Kampf der Black Community für Selbstbestimmung im Schulsektor mit politischen Basisorganisationen der Community und der Black Panther Party gemeinsam, gegen die Opposition des konsolidierten Rassismus, die befürchtete, daß das Autonomiestreben der Schwarzen zur Freisetzung weißer Lehrer führe und zur Vergabe von Schulbauprojekten

an schwarze Unternehmer, die ihrerseits die weißen Bauarbeiter zu Gunsten Schwarzer verdrängen würden.
Den Herrschaftsverhältnissen der Südstaaten entsprechend vollzieht sich dort nicht die Verdopplung der Gewerkschaftsorganisationen entlang der Color Line, sondern der Kampf des schwarzen Proletariats für die Anerkennung als gewerkschaftliche Organisation, die vom Kapital und den Gewerkschaften gemeinsam vereitelt wurde. In Memphis/Tennessee waren nach langen Kämpfen die schwarzen Arbeiter in den Dienstleistungsbetrieben, auf die sie zwangsweise beschränkt wurden, in der Lage, eine Gewerkschaft zu gründen, der die Anerkennung nicht mehr verweigert werden konnte. Im Verlauf dieser Organisationskämpfe wurde Martin Luther King ermordet. Die schwarze Arbeiterorganisation der Concerned Transit Workers von Chicago nutzte die ebenfalls erzwungene Konzentration schwarzer Arbeiter in den schlechtbezahlten Transportberufen für die Durchsetzung ihrer ökonomischen Forderungen, indem sie durch einen Streik das gesamte Chicagoer Transportsystem paralysierte.
Mit der gewerkschaftlichen Organisation des schwarzen Proletariats und der Erfüllung wesentlicher ökonomischer Forderungen deutet sich bereits die Etablierung des organisierten schwarzen Proletariats als Arbeiteraristokratie an, deren sozio-ökonomischer Status und politische Einstellungen sie wesentlich vom Lumpenproletariat unterscheiden, dem alle systemkonformen Konfliktlösungsanweisungen suspekt sind und das auf radikale Politik und gesellschaftliche Veränderungen drängt. Community-interne Konflikte zwischen schwarzen Arbeitslosen und organisierten schwarzen Arbeitern wurden in der amerikanischen Presse in der letzten Zeit häufig gemeldet. Solche Indizien lassen vermuten, daß diese Entwicklung zur Internalisierung kolonialer Konflikte führt und die Hoffnungen jener erfüllt, die von der Etablierung eines »Black Capitalism« die gewerkschaftliche Organisation des schwarzen Proletariats ableiteten und damit die Austragung von Herrschaftskonflikten in die differenzierte Klassenstruktur der Black Community verlegen.

Die Gewerkschaften als Repräsentanten repressiver Toleranz

Die ideologische Verstrickung der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratien mit dem spätkapitalistischen System und deren reaktionäre politökonomische Praxis schränken die möglichen Argumente gegen die Separationsanstrengungen des schwarzen Proletariats erheblich ein.

Zwar wirft die AFL-CIO der Bundesregierung vor, die Bauarbeitergewerkschaften zum Prügelknaben für die inflationären Tendenzen der nationalen Ökonomie abzustempeln, indem sie den Philadelphia-Plan als Herrschaftsinstrument zur Schwächung der gewerkschaftlichen Macht der 18 International Building Unions mit ihren 3,5 Millionen Mitgliedern einsetze. Ihr gewichtigster Einwand gegen den Philadelphia-Plan und seine Begünstigung von separatistischen Tendenzen im schwarzen Proletariat ist aber die absehbare Verletzung bürgerlicher Gleichheitsgarantien, die 1964 zum Schutz diskriminierter Schwarzer und Puerto-Ricaner im amerikanischen Gesellschaftssystem verabschiedet wurden. Auf den entscheidenden Artikel VII berufen sich die Gewerkschaften in ihrer Kritik am Philadelphia-Plan, der entgegen den Bestimmungen des Gesetzes die Einstellung von Arbeitern nach Kriterien wie »Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und Herkunft« vorschreibe und damit eindeutig verfassungswidrig sei. Indem der Philadelphia-Plan Anstellungsquoten diktiere, verletze er die bürgerlichen Rechte anderer: auch wenn er in der Absicht, die Neger aus politisch-opportunen Gründen für erlittenes Unrecht zu entschädigen, deren vorrangige Einstellung und berufliche Qualifikation im Baugewerbe vorantreibe.

Das gewerkschaftliche Gleichheitsargument beschreibt die Irrelevanz bürgerlicher Gleichheitsrechte für die Emanzipationsbewegung der Schwarzen, denn diese scheinen zunehmend in der Verbannung längst erfolgreich gewesener gewerkschaftlicher Diskriminationspraxis und ihres strukturellen Niederschlages in den Gettoinstitutionen die notwendige politisch eigenständige Organisation der Neger zu illegalisieren. Das Bürgerrechtsgesetz von 1964 zeigt denn auch die repressive Wendung einst emanzipatorischer Rechte, indem es den Befreiungskampf der Neger als segregationistische Politik mit den Rechtsnormen schlagbar macht, die zur Institutionalisierung jenes Elends dienten, von dem sie sich befreien wollen.

Anmerkungen

1 Dale L. Hiestand kommt in seiner Untersuchung über ökonomisches Wachstum und die Arbeitsmöglichkeiten von Minoritäten nach sehr eingehenden statistischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß »from an over-all point of view, the factor of supply, or availability, may be relatively more important for the majority than for

minorities as a source of manpower« (p. 112). Anders formuliert: die politischen Organisationen der Neger konnten sich in der Vergangenheit nicht gegen die naturwüchsige Integration in den kapitalistischen Gesellschaftsprozeß wehren. Sie waren ihm hilflos ausgeliefert. Die Arbeitslosenstatistik bestätigt diesen Sachverhalt, indem sie – über einige Dekaden verfolgt – klar zu erkennen gibt, daß Neger zuerst von Arbeitslosigkeit betroffen werden und aus dem Produktionsprozeß ausscheiden müssen. S. a. Dale L. Hiestand, *Economic Growth and Employment Opportunities for Minorities*, New York und London 1964.

2 House of Representatives (H. R.), 18715, *Community Self-Determination Act of 1968*, S. 3.

3 H. R., a.a.O., S. 3.

4 Cf. *Black Economic Development*, 1969.

5 Dem schwarzen Kleinbürgertum ist es trotz beachtlicher Bildungsprivilegien auch in den letzten 20 Jahren nicht gelungen, gegen die Diskriminationspraktiken der hochqualifizierten Berufsgruppen sich durchzusetzen. Für die Black Capitalism-Projekte fehlen daher heute schwarze akademisch geschulte Manager. Die systematische Förderung kleinbürgerlicher Jugendlicher an den Universitäten soll diesen spürbaren und politisch folgenreichen Mangel schnell beheben.

6 Cf. Peter Wiley and Beverly Leman, »Cities in Crisis: The Business of Urban Reform«, in: *Leviathan*, Vol. 1, No. 1, März 1969.

7 Als Organisator von Lehrlingsausbildungskursen beschränkten die Gewerkschaften der Bauindustrie die jährlich Neueintretenden auf 3000 in den USA. – Um die Aufnahme von Negern in New York zu vermeiden, veranlaßte der Labor Pool der Gewerkschaft, daß graduierte weiße Bauarbeiter aus Anliegerstaaten über mehr als hundert Meilen täglich fahren, um in New York verfügbare Arbeitsplätze zu übernehmen.

8 Tonband-Interview mit dem Referenten der Ford-Stiftung in New York.

9 Siehe dazu: *Black Power, Dokumente und Analysen*, hrsg. von Gerhard Amendt, Frankfurt 1970, S. 216 ff.; s. a. *Readings in American Political Behavior*, ed. by Raymond E. Wolfinger, 1966, S. 139 ff.

10 Die amerikanische Sozialstatistik verwendet seit einiger Zeit den Begriff der Sub-Employment. Er reflektiert auf die extreme Ausbeutung und Unterbezahlung der Schwarzen (im Vergleich zu den Weißen) und die Unfähigkeit, trotz Arbeit und Einkommen sich selbst und Familienangehörige zu reproduzieren. Diesem Begriff werden in den Urban Centers mit hoher Konzentration von Schwarzen bis zu 50% der schwarzen Bevölkerung subsumiert. Die ungenannten Prämissen des angewandten Subsistenzschemas lassen sogar – da es am hoch angesetzten Mindesteinkommen gemessen wird – die Vermutung zu, daß die Zahlen für die meisten Gebiete der Gettos noch höher liegen.

11 Eine ausführliche und sehr interessante Untersuchung darüber liefert: Arthur I. Waskow, *From Race to Sit-ins*, New York, 1966.

12 *Black Power*, a.a.O., S. 206-233.

13 *International Herald Tribune*, 10. August 1970, S. 1.

AMERIKA

Bilanz und Perspektive

Ekkehart Krippendorff
Die amerikanische Strategie
496 Seiten. Leinen DM 38,–.
Kartoniert DM 24,–.
Inhalt: 1. Historische Grundmuster · 2. Der außenpolitische Entscheidungsprozeß (Zum amerikanischen Regierungssystem · Die außenpolitische Exekutive · Legislative und Außenpolitik) · 3. Das außenpolitische Instrumentarium (Das klassische Instrument: die Diplomatie · Das unkonventionelle Instrument: Geheimdienst · Das demokratische Instrument: Propaganda) · 4. Pax Americana

Carl Oglesby/ Richard Shaull
Amerikanische Ideologie
Aus dem Amerikanischen von Inge Teichmann.
Band 341 der edition suhrkamp.
261 Seiten. DM 6,–.
Die beiden Essays von Oglesby und Shaull sind ein wesentliches Dokument der »Neuen Linken« in Amerika zum Thema »Politik und Ideologie« in der Epoche der sozialen und technologischen Umwälzungen der Zivilisation. Die zwei Studien verfolgen ein gemeinsames Ziel: Entmythologisierung der Gewalt, Politisierung des Bewußtseins.

Black Power
Dokumente und Analysen
Hrsg. von G. Amendt.
Übers. v. H. Herkommer
Band 438 der edition suhrkamp.
248 Seiten. DM 6,–.
»Der Band versucht das Problem von vielen Seiten her anzugehen, druckt Programme, Pressenotizen, Gespräche, Reden, Aufsätze und schließlich ein kluges Nachwort von Gerhard Amendt, das dem Leser hilft, sich in der verwirrenden Atmosphäre des Hexenkessels zurechtzufinden, des Hexenkessels, den man einmal einen Schmelztiegel nannte.«
Südd. Rundfunk

SUHRKAMP

Noam Chomsky
Amerika und die neuen Mandarine
Politische und zeitgeschichtliche Essays
Aus dem Amerikanischen von Anna Kamp. 372 Seiten.
Leinen DM 32,–.
Kartoniert DM 22,–
Inhalt: Einführung · Objektivität und liberales Gelehrtentum · Der revolutionäre Pazifismus von A. J. Muste – Über die Hintergründe des Krieges im Pazifik · Die Logik des Rückzugs · Das bittere Erbe – Eine Rezension · Betrachtungen über die Intellektuellen und die Schulen · Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen · Über den Widerstand · Epilog

Daniel Guérin
Die amerikanische Arbeiterbewegung 1867–1967
Aus dem Französischen von Urs Widmer.
Band 372 der edition suhrkamp.
176 Seiten. DM 4,–
In diesem Buch beschreibt Daniel Guérin die Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, wo sie zu stagnieren scheint, von einem mächtigen bürokratischen Apparat geleitet wird und sich kaum noch fähig zeigt, auf wesentliche öffentliche Probleme sinnvoll und politisch entschieden zu reagieren.

KRIWET
Apollo Amerika
Band 410 der edition suhrkamp. 320 Seiten.
200 Fotomontagen.
Dreifachband DM 8,–.
Ferdinand Kriwet hat sich während der Mondlandung von Apollo 11 in den Vereinigten Staaten aufgehalten. Aus dem Bildmaterial und den Nachrichten, in denen sich dieses Ereignis niederschlug, hat er, zitierend, montierend, das Ereignis neu zusammengesetzt. APOLLO AMERIKA ist eine Collage, die einen geschichtlichen Augenblick in seinen Dokumenten sichtbar und kritisch fixiert.

Suhrkamp Verlag
6 Frankfurt/Main 1
Postfach 2446

Ernest Mandel
USA wohin?
Eine politökonomische Prognose

Das soziale und ökonomische Gleichgewicht, das in den Vereinigten Staaten seit mehr als 25 Jahren, seit den großen Depressionen von 1929 bis 1932 und 1937 bis 1938 herrscht, ist heute von tiefgreifenden Kräften bedroht. Einige von ihnen haben internationalen Charakter und sind mit den nationalen Befreiungskämpfen der vom amerikanischen Imperialismus ausgebeuteten Völker verknüpft – vor allem mit der vietnamesischen Revolution. Aber eine marxistisch verfahrende Betrachtung hat in erster Linie diejenigen Kräfte hervorzuheben, die innerhalb des Systems selber wirksam sind. In diesem Essay werde ich versuchen, sechs dieser Kräfte zu bestimmen – sechs historische Widersprüche, die gegenwärtig das soziale Gleichgewicht der kapitalistischen Wirtschaft und bürgerlichen Ordnung der Vereinigten Staaten zerstören.

1. Die abnehmende Verwendbarkeit ungelernter Arbeitskräfte und die gesellschaftlichen Ursachen für die Radikalisierung der Schwarzen

Die amerikanische Gesellschaft erlebt gegenwärtig, wie die Gesellschaften der anderen industrialisierten kapitalistischen Länder, einen beschleunigten Prozeß des technologischen Wandels. Die dritte industrielle Revolution – die unter dem Stichwort »Automation« zusammengefaßt wird – hat in den letzten zwei Jahrzehnten mannigfaltige Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft bewirkt. Während der fünfziger Jahre rief sie wachsende Arbeitslosigkeit hervor. Die Jahresrate des Produktivitätswachstums war höher als die Jahresrate des Ausstoßwachstums, und daraus ergab sich selbst in Zeiten der Hochkonjunktur und Prosperität eine Tendenz zu wachsender struktureller Arbeitslosigkeit. Seit den frühen sechziger Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen jedoch etwas zurückgegangen. (Allerdings sind amerikanische Statistiken über Arbeitslosigkeit sehr

unzuverlässig.) Wahrscheinlich ist sie von durchschnittlich 5 Mill. auf durchschnittlich 3,5 bis 4 Mill. gesunken – diese Zahlen beziehen sich auf die strukturelle und nicht auf die konjunkturelle Arbeitslosigkeit, die im Verlauf von Rezessionsperioden auftritt.

Eine Gruppe der amerikanischen Bevölkerung wird von der Entwicklung der Automation fortwährend besonders hart getroffen: die Kategorie der ungelernten Arbeiter. Die Arbeitsplätze für ungelernte Arbeiter nehmen heute in der Industrie der Vereinigten Staaten rapide ab, und die Entwicklung geht dahin, daß sie künftig ganz aus der Wirtschaft verschwinden. In absoluten Zahlen ausgedrückt ist die Anzahl der Arbeitsplätze für Ungelernte in der Industrie von 13 Mill. auf weniger als 4 Mill. und in den letzten zehn Jahren wahrscheinlich auf weniger als 3 Mill. gesunken. In der ganzen Geschichte des Kapitalismus gibt es kaum einen vergleichbaren Vorgang, der sich mit solcher Schnelligkeit abgespielt hätte. Die Gruppe, die am härtesten von der Abschaffung der Arbeitsplätze für ungelernte Arbeiter getroffen wurde, ist natürlich die schwarze Bevölkerung der Vereinigten Staaten.

Dies ist das Moment, durch das die zunehmende Revolte der Neger, besonders die der jugendlichen Neger, mit dem allgemeinen sozio-ökonomischen System des amerikanischen Kapitalismus vermittelt ist. Natürlich ist das schnelle Anwachsen der Negerrevolte, insbesondere die Radikalisierung der Negerjugend in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, eng mit der Entwicklung der kolonialen Revolution verbunden. Das Entstehen unabhängiger Staaten in Schwarzafrika, die Cubanische Revolution mit ihrer radikalen Abschaffung der Rassendiskriminierung und die Entwicklung des Vietnamkrieges sind mächtige subjektive und moralische Faktoren, die die afro-amerikanische Explosion in den USA beschleunigt haben. Aber wir dürfen nicht die objektiven Faktoren übersehen, die sich aus der inneren Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus ergeben. Die lange anhaltende Hochkonjunktur der Nachkriegszeit und der explosive Fortschritt in der Produktivität der Landwirtschaft waren die wichtigsten Faktoren, die zu der massenhaften Abwanderung der Neger in die Städte und zu ihrer Proletarisierung führten. Die Gettos im Norden der Vereinigten Staaten wuchsen sprunghaft. Heute ist die Durchschnittsrate der Arbeitslosigkeit bei der schwarzen Bevölkerung doppelt so hoch wie bei der weißen und die Durchschnittsrate der Arbeitslosigkeit bei schwarzen Jugendlichen fast viermal so hoch wie die der Gesamtarbeitslosigkeit.

Bis zu 15 oder 20 Prozent der jugendlichen schwarzen Arbeiter sind arbeitslos: das ist ein Prozentsatz, der mit dem zur Zeit der großen Depression vergleichbar ist. Ein Blick auf diese Zahlen genügt, um die sozialen und materiellen Ursachen der schwarzen Revolte zu verstehen.
Es ist wichtig, die enge Wechselbeziehung zwischen der hohen Arbeitslosenquote bei schwarzen Jugendlichen und dem allgemein skandalösen Zustand des für die Schwarzen in den Gettos bestimmten Teils des Schulsystems hervorzuheben. Dieses Schulsystem erzeugt eine große Mehrheit von drop-outs genau in dem Augenblick, in dem die Anzahl der Arbeitsplätze für ungelernte Arbeitskräfte rasch abnimmt. Unter diesen Bedingungen ist es ohne weiteres verständlich, weshalb für schwarze Nationalisten das Problem der Gemeindekontrolle über die schwarzen Schulen von so großer Bedeutung ist – ein Problem, das in New York und anderswo zu einem wichtigen Kristallisationspunkt für den Befreiungskampf der Schwarzen geworden ist.

2. *Die gesellschaftlichen Ursachen der Studentenrevolte*

Die dritte industrielle Revolution stellt einen Prozeß gleichzeitig der *Verdrängung* menschlicher Arbeit aus der traditionellen Industrie und des enormen *Eindringens* industrieller Arbeit in alle anderen Bereiche ökonomischer und gesellschaftlicher Tätigkeit dar. Während in der Industrie immer mehr Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt werden, werden Tätigkeitsbereiche wie Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung, ja sogar das Erziehungswesen industrialisiert – d. h. sie werden zunehmend nach industriellem Muster organisiert.
Das hat sehr wichtige gesellschaftliche Folgen. Über diese läßt sich zusammenfassend sagen, daß im Rahmen der dritten industriellen Revolution manuelle Arbeit aus der Produktion vertrieben, geistige Arbeit dagegen in riesigem Ausmaß in den Produktionsprozeß eingeführt wird. Sie wird dadurch in stets wachsendem Maße zu entfremdeter Arbeit: standardisiert, mechanisiert, rigiden Regeln und strenger Organisation unterworfen, ebenso, wie die manuelle Arbeit in der ersten und zweiten industriellen Revolution – eine Tatsache, die in engem Zusammenhang steht mit einer der spektakulärsten jüngsten Entwicklungen in den Vereinigten Staaten: der zunehmenden Radikalisierung der Studenten. Um das Ausmaß der in

der amerikanischen Gesellschaft vorgegangenen und vorgehenden Veränderung anzudeuten, genügt der Hinweis, daß in den Vereinigten Staaten, die zu Beginn dieses Jahrhunderts noch wesentlich ein Land waren, das Landwirtschaftsprodukte exportierte, heute weniger Farmer als Studenten leben. Gegenwärtig gibt es in den Vereinigten Staaten 6 Mill. Studenten, während die Zahl der Farmer – zusammen mit den von ihnen Beschäftigten und den mithelfenden Familienangehörigen – auf weniger als 5,5 Mill. zurückgegangen ist.

Wenn man das Schicksal der heutigen Studenten betrachtet, bemerkt man eine andere sehr wichtige Veränderung, die mit den Wandlungen zusammenhängt, die die Automation und der technologische Fortschritt in der amerikanischen Wirtschaft hervorgerufen haben. Vor zwanzig oder dreißig Jahren traf es noch zu, daß die Studenten im allgemeinen zukünftige Kapitalisten, Selbständige oder Agenten des Kapitalismus waren. Aber heute ist das Bild ein ganz anderes. Es ist offensichtlich, daß es in der modernen amerikanischen Gesellschaft keine 6 Mill. Stellen für Kapitalisten oder Selbständige oder Agenten des Kapitalismus gibt. Viele der heutigen Studenten sind also zukünftige Gehaltsempfänger: im Lehrberuf, in der öffentlichen Verwaltung und in Industrie und Wirtschaft. Ihr Status wird dem des Industriearbeiters näherkommen als dem des Managers. Inzwischen hat sich nämlich – als ein Ergebnis der Automation – der Statusunterschied zwischen dem Techniker und dem gelernten Arbeiter rapide verringert. Die Gesellschaft der Vereinigten Staaten bewegt sich auf eine Situation zu, in der die meisten gelernten Arbeiter, für die es noch Arbeitsplätze in der Industrie gibt, über eine höhere oder teilweise höhere Ausbildung verfügen müssen.

Die Explosion der Universitäten in den Vereinigten Staaten hat zu dem gleichen Bewußtsein der Entfremdung bei den Studenten geführt, wie wir es heute in Westeuropa erleben. Obwohl überfüllte Vorlesungsräume, Mangel an Studentenwohnungen usw. an den amerikanischen Universitäten (deren materielle Infrastruktur im allgemeinen viel besser ist als alles, was wir in Europa kennen) eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle spielen, hat sich das Bewußtsein der Entfremdung, die eine Folge der kapitalistischen Struktur und Funktion der Universität ist, immer mehr ausgebreitet. Es ist eine symptomatische Widerspiegelung der veränderten gesellschaftlichen Lage der heutigen Studenten.

Die amerikanischen Studenten verstehen daher heute die allgemeine

soziale Entfremdung wahrscheinlich eher, d. h. sie werden zumindest potentiell heute eher zu Antikapitalisten, als vor zehn oder fünfzehn Jahren. Diese Entwicklung ist der westeuropäischen auffallend ähnlich. In der Regel hat die politische Aktivierung des amerikanischen Campus mit der Unterstützung der schwarzen Bevölkerung der Vereinigten Staaten oder der Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt begonnen. Die erste politische Reaktion amerikanischer Studenten richtete sich gegen den Imperialismus. Die Logik des Anti-Imperialismus führte die Studentenbewegung jedoch dazu, die Notwendigkeit des antikapitalistischen Kampfes – zumindest teilweise – zu begreifen und ein sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln, das heute unter radikalen Studenten weit verbreitet ist.

3. Automation, Techniker und hierarchische Betriebsstruktur

Eine der wichtigsten Folgen der Automation und der gegenwärtigen technologischen Revolution, die in Europa noch nicht klar erkennbar ist, die aber in den Vereinigten Staaten schon während der sechziger Jahre als eine deutliche Tendenz hervortrat, ist eine Verkürzung des Lebenszyklus des fixen Kapitals. Im allgemeinen werden die Maschinen heute alle vier bis fünf Jahre durch neue ersetzt, während sie zu Zeiten des klassischen Kapitalismus gewöhnlich eine Lebensdauer von zehn Jahren hatten. Im Hinblick auf die Operationen der großen Unternehmungen bedeutet das eine Verschiebung des Schwerpunktes ihrer Aufmerksamkeit von Problemen der *Produktion* auf solche der *Reproduktion*.

Die führenden Männer der großen Monopole sind heute nicht mehr hauptsächlich mit Problemen der Produktionsorganisation beschäftigt: sie überlassen das den niederen Rängen der Hierarchie. Der spezifische Gegenstand ihres Interesses ist die Organisation und Sicherung der Reproduktion, d. h. die Planung für die Erneuerung des Maschinenparks und die Finanz- und Investitionsplanung überhaupt. Die Kapitalkonzentration in den Vereinigten Staaten hat dadurch eine neue und unvorhergesehene Form angenommen. Der Fusionsprozeß hat während der letzten Jahre nicht mehr vorwiegend zur Schaffung von Monopolen in bestimmten Industriezweigen, also zu Zusammenschlüssen von Firmen der Automobil-, Kupfer-, Stahl- oder Flugzeugindustrie, sondern zur tendenziellen Vereinigung ganz *inhomogener* Gesellschaften geführt, die in völlig ver-

schiedenen Produktionsbereichen tätig sind. (Beispiele: Xerox-CIT, International Telephone and Telegraph Corporation, die Ling-Temco-Vought-Gruppe, die vor kurzem auch die Jones and Loughlin Steel Corporation aufgekauft hat.)

Diese Bewegung ist ein Ausdruck der zunehmenden Verlagerung des Hauptinteresses auf »reine« Probleme der Kapitalakkumulation. Das heißt, daß es heute darauf ankommt, genügend Kapital zu vereinigen und dieses Kapital dann durch Diversifikation so anzulegen, daß die Risiken struktureller oder konjunktureller Rückschläge in diesem oder jenem Industriezweig auf ein Minimum reduziert werden – Risiken, die in Perioden schneller technologischer Veränderung sehr groß sind. Jede große amerikanische Gesellschaft weiß heute, daß es nicht mehr möglich ist, maximale Profite und wirtschaftliche Rationalität auf Betriebsebene zu erreichen, ja, daß es sogar unmöglich ist, sie auf der Ebene eines *einzelnen Industriezweiges* zu erreichen. Deshalb besteht die herrschende Tendenz des Kapitals in den USA darin, verschiedene Produktionszweige unter einem Firmenmantel zu vereinigen.

Aber je mehr sich die Aufmerksamkeit der führenden Männer des Großkapitals ausschließlich auf Probleme der Kapitalakkumulation und -reproduktion richtet, desto mehr gehen Betriebsführung und Produktionsorganisation in die Hände von Experten der niedrigeren Ränge über, und desto mehr muß der reibungslose Ablauf der Wirtschaft in Widerspruch geraten mit dem Fortbestand des Privateigentums und der hierarchischen Struktur des Unternehmens. Die vom Produktionsprozeß geschiedenen Unternehmenseigentümer und Finanziers sind keine Strohmänner. Sie behalten die letzte Macht – die Macht, einen Betrieb aufzumachen oder zu schließen, ihn in der einen Stadt zu schließen und ihn 2000 Meilen entfernt davon neu zu eröffnen usw. Diese Macht muß in den Augen der eigentlichen Techniker, die gerade *nicht* die entscheidende Macht, nämlich die der Kapitaleigentümer, ausüben, als immer willkürlicher und absoluter erscheinen. Je höher der Grad der Ausbildung und der wissenschaftlichen Kenntnisse des durchschnittlichen Arbeiter-Technikers ist, desto obsoleter müssen die Versuche sowohl der Kapitalisten als auch der Manager werden, die hierarchische und autoritäre Struktur des Betriebs aufrechtzuerhalten, die gerade der Logik der neuesten Verfahren widerspricht – der Notwendigkeit flexibler Kooperation innerhalb des Betriebs an Stelle starrer Befehle.

4. *Die Erosion des Reallohnanstiegs durch die Inflation*

Seit dem Beginn der sechziger Jahre und der Regierung Kennedy ist die strukturelle Arbeitslosigkeit zurückgegangen und die Wachstumsrate der amerikanischen Wirtschaft gestiegen. Diese Veränderung war allgemein mit einer erhöhten Inflationsrate in der amerikanischen Wirtschaft verbunden. Die konkreten Ursachen für diese Inflation sind nicht nur in der Existenz eines riesigen Militärapparates zu suchen – obwohl er natürlich die Hauptursache ist –, sondern auch in der gewaltig angewachsenen Verschuldung der ganzen amerikanischen Gesellschaft. Die private Verschuldung ist in den letzten 15 Jahren von etwa 65 Prozent auf etwa 120 Prozent des inländischen Volkseinkommens angestiegen, und dieser Prozentsatz steigt noch immer. 1966 überstieg die private Verschuldung die Milliarden-Grenze; sie wächst weiterhin schneller als das Volkseinkommen. Das spezifische Preisverhalten der monopolistischen und oligopolistischen Gesellschaften fördert natürlich ebenfalls den inflationären Prozeß.

Diese inflationären Tendenzen hatten, verbunden mit einem rapide wachsenden Steueraufkommen seit dem Beginn des Vietnamkrieges, zur Folge, daß das Wachstum des Netto-Realeinkommens der amerikanischen Arbeiterklasse zum ersten Mal seit über drei Jahrzehnten zum Stillstand kam. Es erreichte seinen Höhepunkt Ende 1965 und Anfang 1966. Seitdem ist es zurückgegangen. Der Rückgang geschah sehr langsam – er beträgt wahrscheinlich weniger als ein Prozent pro Jahr. Dennoch handelt es sich dabei um einen bedeutsamen Bruch in einer Entwicklung, die praktisch ohne Unterbrechung während der letzten 35 Jahren anhielt. Es existiert eine deutliche und konkrete Beziehung zwischen diesem Stillstand im Wachstum des Realeinkommens der amerikanischen Arbeiterklasse und der wachsenden Unzufriedenheit der amerikanischen Arbeiter mit dem Establishment der Vereinigten Staaten – einer Unzufriedenheit, die in pervertierter Form teilweise in der Wallace-Bewegung zum Ausdruck kam.

Es ist natürlich unmöglich, zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einer politischen Opposition der amerikanischen Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System als solches zu sprechen. Aber wenn die amerikanischen Arbeiter während der langen Periode, die mit der Regierung Roosevelt begann, die Integration ihrer Gewerkschaftsführer in die Demokratische

Partei mehr oder weniger widerspruchslos akzeptierten und als normal empfanden, so ist das als eine Folge der Tatsache anzusehen, daß ihr Realeinkommen und ihre materiellen Bedingungen, besonders ihre soziale Sicherheit, sich während dieser Zeit verbessert haben. Heute scheint diese Periode zu Ende zu gehen. Das wurde offensichtlich während der Präsidentschaftswahlkampagne im Jahre 1968. Die Führung der United Automobile, Aerospace and Agricultural Implement Workers of America (Vereinigte Automobilarbeiter-Gewerkschaft UAW) organisierte ihre übliche Sonderversammlung zu den Wahlen, um die demokratischen Kandidaten, Humphrey und Muskie, formell zu unterstützen. Dieses Mal erlebte sie einen Schock. Von den tausend Delegierten, die normalerweise zu diesen Versammlungen kommen, erschien die Hälfte erst gar nicht. Sie waren nicht länger bereit, die Demokratische Partei mit Enthusiasmus zu unterstützen. Alles Gerede über Wohlfahrtsgesetzgebung, soziale Sicherheit und die anderen Vorteile, die die Arbeiter während der letzten vier Jahre erlangt haben sollten, war in ihren Augen angesichts der Folgen, die die Inflation und die Steuererhöhung für ihre Einkommen hatten, fragwürdig geworden.

Es ist bekannt, daß die Inflation des US-Dollars große Spannungen im Weltwährungssystem hervorgerufen hat. Jeder Versuch, die Inflation wirkungsvoll zu bekämpfen und eine stabile Währung zu erreichen, erfordert eine deflationäre Politik, die Arbeitslosigkeit hervorruft – und das wahrscheinlich in einem beträchtlichen Umfang. Jeder Versuch, Vollbeschäftigung zu erreichen und die Wachstumsrate zu beschleunigen, steigert unvermeidlich die Inflation und damit den allgemeinen Wertverlust der Währung. Das ist das Dilemma, mit dem die neue republikanische Regierung heute konfrontiert ist. Eine Gruppe führender amerikanischer Geschäftsleute erklärte ganz offen, daß die Bekämpfung der Inflation mindestens 6 Prozent Arbeitslose erforderte. Eine Arbeitslosenquote von 6 Prozent bedeutet in den Vereinigten Staaten etwa 5 Mill. Vollarbeitslose. Sollte Nixon die Richtung einschlagen, in die die internationalen Bankiers ihn zu drängen versuchen, so wird es für die amerikanische Bourgeoisie zunehmend schwieriger werden, die Gewerkschaftsbewegung niederzuhalten und sicherzustellen, daß die amerikanischen Arbeiter weiterhin die Integration ihrer Gewerkschaftsbürokratie in das System akzeptieren und sich sowohl den Wirtschaftsführern als auch den Gewerkschaftsbürokraten widerstandslos unterwerfen.

5. *Die gesellschaftlichen Folgen des öffentlichen Elends*

Eine weitere Folge der Inflation, die von wachsendem Einfluß auf die Wirtschaft und besonders auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten ist, besteht in der Verstärkung des Widerspruchs zwischen »privatem Wohlstand« und »öffentlichem Elend«. Das Ausmaß, in dem die öffentlichen Dienste in diesem reichen Land zusammengebrochen sind, ist erstaunlich. Das riesige Budget reicht nicht aus, um zu gewährleisten, daß ein Mindestmaß an normal funktionierenden öffentlichen Diensten existiert. Ende 1968 deckte das *New York Times Magazine* in einer Kritik des amerikanischen Postdienstes auf, daß Briefe zwischen Washington und New York heute im Durchschnitt länger brauchen als vor hundert Jahren, als die Post im Westen noch von Reitern zugestellt wurde. In einer Großstadt wie New York gibt es fast überhaupt keine Straßenreinigung mehr. Im Südwesten gibt es Großstädte wie Houston oder Phoenix, die eine halbe Million oder mehr Einwohner haben und in denen es keinerlei öffentliche Beförderungsmittel gibt.

Dieser Widerspruch zwischen privatem Überfluß und öffentlichem Elend wird sich in den nächsten Jahren immer mehr auf die in der öffentlichen Verwaltung Beschäftigten auswirken. Ihre Zahl wächst rapide. Die öffentliche Verwaltung stellt in den USA schon heute den Sektor dar, in dem die meisten Arbeitskräfte beschäftigt sind – mehr als 11 Millionen Lohnempfänger. Sie sind alle chronisch unterbezahlt. Ihr Durchschnittseinkommen ist niedriger als das von Angestellten in vergleichbaren Positionen der Privatindustrie. Ähnliche Erscheinungen sind auch in vielen europäischen Ländern aufgetreten. Aber die Folgen – Folgen, die man in Europa während der letzten 10 oder 15 Jahre häufig erleben konnte – zeigen sich jetzt zum ersten Mal in größerem Maße in den Vereinigten Staaten.

Die Angestellten des öffentlichen Dienstes, die sich früher von der Gewerkschaftsbewegung und überhaupt jeder Form organisierter gesellschaftlicher Tätigkeit fernhielten, werden heute zumindest auf Gewerkschaftsebene radikaler. Sie organisieren sich, sie agitieren, und sie fordern Einkommen, die denen, die sie in der Privatindustrie bekommen könnten, zumindest vergleichbar sind. Das gesellschaftliche System einer Weltmacht wie der USA ist gegen jedes Anwachsen des gewerkschaftlichen Radikalismus unter den öffentlichen Angestellten äußerst empfindlich.

Es ist wichtig, die ökonomische Ursache dieses Problems zu begreifen. Es

ist nicht einfach ein Beispiel für die fehlerhafte Politik öffentlicher Verwaltungsbeamter oder kapitalistischer Politiker, sondern Ausdruck grundlegender Tendenzen des kapitalistischen Systems. Einer der Haupttrends des europäischen Kapitalismus in den letzten 25 oder 30 Jahren bestand in der zunehmenden Sozialisierung aller indirekten Produktionskosten. Das bedeutet einen direkten Beitrag zur Realisierung des privaten Profits und zur Akkumulation des Kapitals. Die Kapitalisten verlangen in wachsendem Maße vom Staat, daß er nicht nur Kabel und Straßen bezahlt, sondern auch die Kosten für Forschung, Erschließung, Ausbildung und Sozialversicherung übernimmt. Aber sobald sich diese Tendenz zur Sozialisierung der indirekten Produktionskosten durchzusetzen beginnt, zeigt sich, daß die Monopole nicht bereit sind, die zu ihrer Finanzierung notwendigen großen Steuererhöhungen zu akzeptieren. Denn wenn sie die Steuern bezahlten, die zur Deckung all dieser Kosten nötig wären, gäbe es in Wirklichkeit gar keine »Sozialisierung« mehr. Die Kapitalistenklasse muß sich notwendig gegen Steuererhöhungen wenden, die es ermöglichen würden, funktionierende öffentliche Dienste in einem solchen Umfang zu gewährleisten, daß dadurch den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen würde. Deshalb wird in den Vereinigten Staaten die Kluft zwischen den Löhnen der öffentlichen Angestellten und den Löhnen der im privaten Sektor Beschäftigten wahrscheinlich bestehen bleiben, und die Tendenz zur Radikalisierung der öffentlichen Angestellten – auf gewerkschaftlicher und möglicherweise sogar auf politischer Ebene – wird sich fortsetzen.
Außerdem ist es nicht ohne Bedeutung, daß eine große Anzahl von Studenten in die öffentliche Verwaltung geht – sowohl Graduierte wie auch sogenannte drop-outs. Das führt in mehr oder weniger großem Maße zu einer Verbreitung des Radikalismus unter der Lehrerschaft – besonders an den höheren Schulen – und in den verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, in denen ehemalige Studenten angestellt werden.

6. *Der Druck der ausländischen Konkurrenz*

Das entscheidendste und wichtigste Moment einer marxistischen Analyse der heutigen Gesellschaft der imperialistischen Vereinigten Staaten ist die Bedrohung des amerikanischen Kapitalismus durch die internationale

Konkurrenz. Die amerikanischen Arbeiter hatten von jeher weit höhere Reallöhne bezogen als die europäischen Arbeiter. Die historischen Gründe dafür sind bekannt. Sie hängen mit dem Arbeitskräftemangel in den Vereinigten Staaten zusammen, die ursprünglich ein weitgehend menschenleeres Land waren. Die kapitalistische Industrie Amerikas konnte diese höheren Löhne stets auffangen, da sie von der internationalen Konkurrenz praktisch isoliert war. Während der letzten 40 Jahre hat sich diese Situation allmählich verändert. Die amerikanische Industrie wurde immer mehr in den Weltmarkt integriert. Dadurch scheint sich eine paradoxe Situation zu ergeben. Wie ist es möglich, daß amerikanische Arbeiter Reallöhne bekommen, die zwei- bis dreimal höher sind als die in Westeuropa und vier- bis fünfmal höher als die in Japan, wenn die amerikanische Industrie der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist?

Die Antwort darauf ist klar. Diese höheren Löhne waren möglich, weil die Industrie der Vereinigten Staaten auf einer viel höheren Produktivitätsstufe operierte als die europäische oder japanische Industrie. Sie besaß einen Produktivitätsvorsprung oder – um einen von Engels auf die englische Industrie des 19. Jahrhunderts angewandten Ausdruck zu gebrauchen – ein *Produktivitätsmonopol* auf dem Weltmarkt. Dieses Produktivitätsmonopol hängt von zwei Faktoren ab: einer fortgeschritteneren Technologie und einer viel größeren Dimension des Durchschnittsbetriebes. Heute sind diese beiden Ursachen der Produktivitätslücke in Frage gestellt. Der technologische Vorsprung vor Japan oder Westeuropa, der für den amerikanischen Imperialismus kennzeichnend war, verringert sich heute schnell. Gerade der für den amerikanischen Imperialismus charakteristische gewaltige Kapitalexport in die anderen imperialistischen Länder und die sogenannten »multinationalen« Korporationen (die in neun von zehn Fällen in Wirklichkeit amerikanische Monopole sind) verbreiten die amerikanische Technologie in der ganzen Welt und führen so zur Angleichung der technologischen Entwicklung zumindest zwischen den imperialistischen Ländern. Gleichzeitig vergrößert sich dadurch tendenziell die Kluft zwischen den imperialistischen und den halbkolonialen Ländern. Heute kann man sagen, daß die amerikanische Industrie nur noch auf einigen Spezialgebieten, wie zum Beispiel der Computertechnik und der Luftfahrt, einen wirklichen technologischen Vorsprung vor den europäischen und japanischen Konkurrenten besitzt. Obwohl diese beiden Sektoren für die Zukunft vielleicht sehr wichtig sind, spielen sie für den

gesamten Export- und Importmarkt in Europa oder in den Vereinigten Staaten nicht die entscheidende Rolle; das wird auch in den nächsten 10 oder 20 Jahren nicht der Fall sein.

Betrachtet man andere Sektoren, in denen der technologische Vorsprung zu bestehen aufhört oder aufgehört hat – zum Beispiel die Stahlindustrie, die Automobilindustrie, die Produktion elektrischer Geräte, die Textilindustrie, die Möbelindustrie oder die Produktion bestimmter Maschinentypen –, so wird deutlich, daß ausländische Produkte in großem Umfang den amerikanischen Markt erobern. 15 bis 20 Prozent des amerikanischen Stahlverbrauchs werden heute durch Importe aus Japan und Westeuropa bestritten. Von dem jährlichen Gesamtbedarf an Autos werden inzwischen 10 bis 15 Prozent durch Importe in die Vereinigten Staaten gedeckt. Dieser Prozentsatz könnte sehr schnell auf 20 bis 25 Prozent steigen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei Möbeln, Textilien, Transistorradios und tragbaren Fersehgeräten; Schiffsbau und Produktion elektrischer Geräte sind vielleicht die nächsten Sektoren.

Aber die allmähliche Verminderung des Produktivitätsunterschieds hat nicht nur auf dem Inlandsmarkt zu einer stärkeren Konkurrenz für den amerikanischen Kapitalismus geführt. Amerikas Auslandsmärkte sind auf bestimmten Gebieten, wie zum Beispiel der Automobil- und Stahlindustrie, ernstlich bedroht oder sogar im Schwinden begriffen. Das ist natürlich nur ein Anfang. Sobald durch die Konzentration in der europäischen und der japanischen Industrie Konzerne von amerikanischen Dimensionen entstehen, wird die amerikanische Industrie schließlich in eine unhaltbare Position geraten. Sie wird dann bei gleicher Produktivität dreimal höhere Löhne als die Europäer oder Japaner zahlen müssen. Das wäre für die amerikanische Industrie der Anfang einer gewaltigen strukturellen Krise.

Zwei Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß es sich dabei nicht um eine phantastische Perspektive handelt. Durch die letzte Fusion in der japanischen Stahlindustrie entstand eine Gesellschaft, die jährlich 22 Millionen Tonnen Stahl produziert. In den Vereinigten Staaten wäre sie die zweitgrößte Stahlfirma. In Europa ist durch den Zusammenschluß von Fiat und Citroen ein Automobilkonzern entstanden, der jährlich 2 Millionen Autos produziert; in den Vereinigten Staaten wäre er die drittgrößte Automobilfirma und würde – Ford überrundend – auf den zweiten Platz rücken, wenn die Steigerung seiner Wachstumsrate, die viel größer ist als

die gegenwärtig in der amerikanischen Industrie bestehende, weitere drei oder vier Jahre anhielte.

7. *Die vergleichsweise hohen Löhne der amerikanischen Arbeiter*

Die herrschende Klasse der Vereinigten Staaten wird sich immer klarer darüber, daß die vergleichsweise viel höheren Löhne, die sie ihren Arbeitern auch heute noch zahlt, ein Handikap im internationalen Wettbewerb bedeuten. Obwohl dieses Handikap noch nicht zu einer ernsthaften Fessel geworden ist, haben die amerikanischen Kapitalisten in den letzten Jahren bereits begonnen, verschiedene Gegenmaßnahmen zu ergreifen.
Der Kapitalexport ist eben dazu bestimmt, den Unterschied zwischen den Löhnen der amerikanischen und denen anderer Arbeiter zu kompensieren. Die amerikanischen Automobiltrusts haben fast ausschließlich im Ausland investiert, wo sie niedrigere Löhne zahlen. Mit Autos, die in Großbritannien oder in der Bundesrepublik billig hergestellt werden, können sie ihren Anteil am Weltmarkt viel leichter behaupten als mit Wagen, die für höhere Löhne in den Vereinigten Staaten hergestellt werden. Ein anderer Versuch, die Steigerung der Reallöhne niedrig zu halten, bestand in der Einkommenspolitik der Kennedy- und Johnson-Regierung – bis 1966, als sie infolge des Vietnamkriegs scheiterte. Eine dritte Gegenmaßnahme bestand in der verstärkten Ausbeutung der Arbeitskräfte – insbesondere einer Beschleunigung der Arbeitsvorgänge in der Großindustrie, die in bestimmten Bereichen eine strukturelle Veränderung der amerikanischen Arbeiterklasse zur Folge hatte. Diese Beschleunigung hat zu einem Arbeitsrhythmus geführt, der so schnell ist, daß der durchschnittliche erwachsene Arbeiter ihn nicht lange durchzuhalten vermag. Das führte zu einer radikalen Senkung der Altersstruktur in bestimmten Industrien, wie zum Beispiel der Automobil- oder Stahlindustrie. Da es heute immer schwieriger wird, zehn Jahre lang (unter den Bedingungen einer solchen beschleunigten Arbeitsweise) in einer Fabrik zu bleiben, ohne ein nervliches oder körperliches Wrack zu werden, sind bis zu 40 Prozent der Arbeiter in amerikanischen Autofirmen junge Arbeiter. Ebenfalls infolge jener beschleunigten Arbeitsweise fand ein gewaltiger Zustrom von schwarzen Arbeitern in die Großindustrie statt, da diese physisch widerstandsfähiger sind. Heute sind in einigen Schlüsselbetrieben der Automo-

bilindustrie 35, 40 oder 45 Prozent der Arbeiter Schwarze. In Fords berühmtem River Rouge-Werk sind über 40 Prozent schwarze Arbeiter; in den Dodge-Automobilwerken in Detroit über 50 Prozent. Das sind noch Ausnahmefälle – obwohl es auch einige Stahlwerke mit über 50 Prozent schwarzer Arbeiter gibt. Der Prozentsatz der in der gesamten Industrie der Vereinigten Staaten beschäftigten schwarzen Arbeiter ist mit etwa 30 Prozent weitaus höher als der durchschnittliche Bevölkerungsanteil der Schwarzen, der 10 Prozent beträgt.

Keine dieser Maßnahmen war bisher erfolgreich. Wenn der historische Augenblick kommt, in dem sich die Produktivitätslücke zwischen der amerikanischen und der westeuropäischen und japanischen Industrie geschlossen hat, wird es für den amerikanischen Kapitalismus keine andere Möglichkeit mehr geben, als einen Angriff auf die Höhe der Reallöhne der amerikanischen Arbeiter zu unternehmen, der weitaus härter sein wird als alle Angriffe, die es bisher in Westeuropa in den Ländern gab, zwischen denen geringe Lohnunterschiede bestanden (in Italien, Frankreich, der Bundesrepublik, England und Belgien zu verschiedenen Zeiten während der sechziger Jahre).

Es ist notwendig, diese Tatsachen hervorzuheben, wenn man die Frage nach der Haltung der amerikanischen Arbeiterklasse gegenüber der amerikanischen Gesellschaft unter marxistischen, d. h. materialistischen Gesichtspunkten beantworten will. Allerdings existiert eine sehr enge Wechselbeziehung zwischen dem Antikommunismus des Establishments, den Rüstungsausgaben, die einen hohen Beschäftigungsgrad ermöglichen, der internationalen Rolle des amerikanischen Imperialismus, den Surplusprofiten, die seine internationalen Kapitalinvestitionen abwerfen, und dem militärischen Apparat, der zum Schutz dieser Investitionen dient. Aber man darf nicht übersehen, daß die amerikanischen Arbeiter dieses ganze System nicht in erster Linie deshalb akzeptieren, weil sie von antikommunistischen Ideen beeinflußt sind, sondern weil dieses System in der Lage war, ihnen höhere Löhne und ein größeres Maß an sozialer Sicherheit zu gewähren. Diese Tatsache hat ihre Empfänglichkeit für den Antikommunismus bewirkt, und nicht ihre Empfänglichkeit für den Antikommunismus die gesellschaftliche Stabilität. Je weniger das System in der Lage ist, jene Prämien auszuwerten, desto deutlicher wird sich in den Vereinigten Staaten eine ganz neue Situation ergeben.

Gewerkschaftliches Bewußtsein ist, für sich genommen, gesellschaftlich

neutral. Es ist weder reaktionär noch revolutionär. Es wird reaktionär, wenn das System in der Lage ist, die gewerkschaftlichen Forderungen zu erfüllen. Es erzeugt ein bedeutendes revolutionäres Potential, wenn das System nicht mehr in der Lage ist, den wesentlichen Forderungen der Gewerkschaft zu entsprechen. Eine derartige Veränderung der amerikanischen Gesellschaft droht dem US-Kapitalismus heute aufgrund des Drucks der internationalen Konkurrenz des Kapitals.

Die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt und die damit verbundene Bedrohung der Investitionen des US-Imperialismus werden von großer Bedeutung für die Zerstörung des traditionellen sozio-ökonomischen Gleichgewichts des amerikanischen Kapitalismus sein. Aber sie haben nicht solch entscheidende und unmittelbare Konsequenzen für die Wirtschaft der USA, wie sie sich nach der Schließung der Produktivitätslücke aus der internationalen Konkurrenz des Kapitals ergeben könnten.

Solange der Sozialismus oder die Revolution nur Ideale sind, die von militanten Gruppen verkündet werden, die sich dabei auf persönliche Überzeugungen und ihr persönliches Bewußtsein berufen, ist ihr gesellschaftlicher Einfluß notwendig begrenzt. Aber wenn die Ideen des revolutionären Sozialismus sich mit den unmittelbaren materiellen Interessen einer revoltierenden Klasse – der Arbeiterklasse – vereinen, werden sie zu einem wirklichen revolutionären Element. In diesem Sinn wird die politische Radikalisierung der amerikanischen Arbeiterklasse und damit der Sozialismus in den USA unter dem Druck der oben dargestellten Kräfte in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren zu einer realen Möglichkeit.

Deutsch von R. u. R. Wiggershaus

Martin Nicolaus und Ernest Mandel
Eine Kontroverse über die Zukunft der USA

Der universale Widerspruch

Die von Ernest Mandel vertretene These, daß in den Vereinigten Staaten in den nächsten ein oder zwei Jahrzehnten eine sozialistische Revolution möglich sei, beruht auf unhaltbaren Argumenten. Sie muß kritisiert werden, um Desillusionen zu vermeiden.

In den ersten fünf Punkten stellt Mandel eine Anzahl von Kräften oder Widersprüchen dar, die »innerhalb des Systems selber wirksam sind« – womit er wohl meint, im inländischen Sektor der kapitalistischen Wirtschaft der USA. Entscheidend ist dabei in erster Linie, in welcher Weise er die verschiedenen Kräfte – zwei der wichtigsten, die Frauenbewegung und die Bewegung in der Armee, fehlen bei ihm – miteinander zu verbinden sucht. Der Nutzen einer theoretischen Darstellung bestünde darin, die Vereinigung in Wirklichkeit noch getrennt arbeitender Gruppen oder Kräfte dadurch zu beschleunigen, daß die gemeinsamen Ursachen isoliert erfahrener Unterdrückung gezeigt und erklärt werden.

In dieser Hinsicht aber führt Mandels Artikel nicht weiter. Die gemeinsame Ursache für die Verschlechterung der Situation der Schwarzen, der Studenten und der Techniker sieht Mandel in »einem beschleunigten Prozeß des technologischen Wandels«, die für die Verschlechterung der Situation der Industriearbeiter und der Angestellten des öffentlichen Dienstes in der »Inflation«. Statt einer gemeinsamen Ursache gibt Mandel also zwei verschiedene an: »Technologie« und »Inflation«, zwei Kategorien, die alles und nichts erklären.

Die Probleme, die Mandel bei seiner Darstellung der Widersprüche behandelt, die das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht der Vereinigten Staaten zerstören, lassen sich nicht begreifen, solange man trennt zwischen Kräften oder Widersprüchen »innerhalb des Systems selbst« – also innerhalb des inländischen Sektors des Kapitalismus der Vereinigten Staaten – und Kräften oder Widersprüchen von »internationalem« Charakter, als ob die letzteren außerhalb des Systems lägen. Vielmehr müssen sie von

Anfang an als »internationale« Probleme begriffen werden, die dem Imperialismus entspringen.

Mandels wichtigste, in den Punkten 6 und 7 enthaltene These ist, daß die europäische und japanische Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Industrie der USA in eine große strukturelle Krise stürzen wird. Meine Kritik richtet sich gegen das Kausalverhältnis, das Mandel zwischen den von ihm richtig gesehenen Phänomenen der Handelskonkurrenz und der bevorstehenden »großen strukturellen Krise« der US-Industrie herzustellen versucht.[13] In Konkurrenzkämpfen ist die Rolle der Banken entscheidend, und zwar umso mehr, je stärker sich die Produktionsvorteile der einen Seite gegenüber der anderen vermindern. Die Möglichkeit, daß die europäische Industrie eine Krise in der Industrie der Vereinigten Staaten hervorruft, hängt von der relativen Stärke der jeweiligen in privater Kontrolle befindlichen Kapitalreserven und Kredite ab. Die großen, natürlich international operierenden Banken aber sind Banken der USA: die Chase Manhattan Bank, die Bank of America usw.

Dank seiner Direktinvestitionen in Europa, Japan und der Dritten Welt vermag das US-Kapital, im Besitz und in der Kontrolle von Produktionsanlagen durch nationale Grenzen nicht behindert, mit dem europäischen Kapital auf der Grundlage europäischer Lohnraten, mit dem japanischen auf der Grundlage japanischer Lohnraten zu konkurrieren. Mandels Lohnvergleiche sind also für ein Phänomen von der Größenordnung einer »großen strukturellen Krise« kaum relevant.

Keine Großmacht, gleichgültig von welcher inneren Wirtschaftsstruktur, würde ruhig zusehen, wenn eine andere Macht ihre Kräfte zum Angriff auf ihre Industrie konzentriert. Die Bedrohung, von der Mandel spricht, würde, wenn sie in der von ihm beschriebenen Größenordnung bestünde, eindeutig einen casus belli darstellen. Das europäische und das japanische Kapital könnten eine solche Bedrohung nur dann darstellen, wenn sie auch auf militärischer Ebene ebenbürtige Gegner wären.

Die strukturelle Krise, die dem Kapital droht, muß als eine *allgemeine* Krise begriffen werden, deren Ursachen in einem internationalen System von imperialistischer Struktur zu suchen sind. Eine Theorie, die die objektive Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in den USA untersuchen will, muß davon ausgehen, daß »eine Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist« (Marx, *Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie*). Die Herrschaft der

Kapitalgiganten voraussetzend, muß sie die folgenden Momente in Betracht ziehen.
Die großen Industrie- und Finanzunternehmen, für die nationale Grenzen längst kein Hindernis mehr bedeuten, haben die Integration der kapitalistischen Welt bewirkt und sind von ihr abhängig. Jede ernste Krise in den USA würde eine ernste Krise des gesamten Kapitalismus bewirken.
Da eine allgemeine Öffnung der UdSSR für kapitalistische Investitionen und ein Zusammenbruch der Chinesischen Revolution unwahrscheinlich sind, und da der Widerstand der Dritten Welt wächst, ist eine weitere Expansion des Kapitalismus unmöglich; aus den gleichen Gründen nehmen die Kosten für die Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen seines Machtbereichs rapide zu.
Nach einer unerwartet langen Expansionsperiode des Kapitalismus in der Folge des Zweiten Weltkriegs befindet sich die gesamte kapitalistische Welt in den Anfangsstadien einer sich allmählich entfaltenden allgemeinen, durch Überproduktion verursachten Krise.
Die seit dem Zweiten Weltkrieg auf internationaler Ebene vor sich gehende Konzentration und Zentralisation des Kapitals führt zu einer zunehmenden Unterwerfung Europas und Japans unter das US-Kapital. Dieses degradiert die anderen kapitalistischen Staaten zu kolonialisierten Metropolen und unterwirft deren Arbeiterklassen den Bedingungen kolonialer Arbeiterklassen.
Die Intensivierung der Ausbeutung macht vor den Grenzen der USA nicht halt. Zu den Gründen für das Wiederaufleben des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit in den USA gehört u. a. ein Rückgang der Reallöhne, d. h. eine absolute Verarmung. Eine ganze Reihe von Gründen führt dazu, daß die Entwicklung in den USA über den Standpunkt des Trade-Unionismus hinausgeht: So untergräbt die wachsende Unsicherheit des Arbeitsplatzes das Vertrauen in die Gewerkschaften und führt dazu, daß die Arbeiterklasse nach neuen Organisationsformen mit a priori politischem Inhalt sucht; da als Ursachen der Verarmung der Staat – in Gestalt von Steuern – und das Kapital im allgemeinen – in Gestalt der Inflation – erscheinen, gewinnt der Lohnkonflikt von Anfang an eine politische Dimension; usw.
Mehr denn je hat der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital heute universale Formen angenommen. Es gibt keine bloß »lokalen« oder bloß »ökonomischen« Widersprüche mehr. Gerade die tiefgehenden Wider-

sprüche haben universale Ursachen und universale Wirkungen. Unsere Analyse und unsere Aktion müssen zumindest so universal sein wie die Macht des Kapitals. *Martin Nicolaus*

Die Gesetze der ungleichmäßigen Entwicklung

Die politische Absicht meiner Thesen war, jene Theorie des »Third-Worldism« zu kritisieren, die in dem Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den Völkern der Dritten Welt den »Hauptwiderspruch« unserer Zeit sieht, während sie von den Arbeitern des Westens annimmt, daß sie wegen der Fähigkeit des Systems, für lange Zeit eine hohe Wachstumsrate zu garantieren, und wegen der Vorherrschaft rechter Kräfte in den Arbeiterbewegungen ihren »reformistischen« Standpunkt beibehalten werden. Die Vertreter dieser Theorie glauben, daß der Imperialismus zeitlich gesehen *zuerst* in allen oder doch den wichtigsten unterentwickelten Ländern besiegt werden muß, und daß dadurch dann *automatisch* eine revolutionäre Situation in den imperialistischen Ländern selbst geschaffen wird. Für eine revolutionäre marxistische Theorie kann die Annahme einer solchen zeitlichen Aufeinanderfolge nicht gelten: für sie existiert zwischen der Weltpolitik und der Revolution im Westen eine *notwendige Vermittlung*: Veränderungen im Funktionieren der Wirtschaft, im Kräfteverhältnis der Klassen, im Bewußtsein und in der Kampfbereitschaft der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. In *USA wohin?* habe ich die systemimmanenten – d. h. die der imperialistischen Gesellschaft, und nicht, wie Nicolaus interpretiert, die dem inländischen Sektor der Wirtschaft der USA innewohnenden – Entwicklungstendenzen umrissen, die allmählich die relative gesellschaftliche und politische Stabilität der amerikanischen Gesellschaft untergraben.

Das historisch Spezifische des Imperialismus im Hinblick auf das Verhältnis von Weltmarkt und Weltgesellschaft besteht darin, daß er zwar die Weltwirtschaft zu einem einzigen Weltmarkt, aber nicht die Weltgesellschaft zu einer homogenen kapitalistischen Gesellschaft vereint - wie Nicolaus sie, in metaphysische Abstraktionen verfallend, als Rahmen für politische Aktionen voraussetzt. Obwohl das Monopolkapital alle Klassen und Nationen (außer denen, die aus seinem Herrschaftsbereich ausgebrochen sind) in verschiedener Form und verschiedenem Grad der gleichen Ausbeutung unterwirft, beseitigt es nicht, sondern verstärkt noch die

Unterschiede zwischen diesen Gesellschaften. Von der universalen Form des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital – die sich nicht, wie Nicolaus meint, erst heute manifestiert, sondern tendenziell seit dem Anfang der kapitalistischen Produktionsweise und in entwickelter Form seit dem Beginn des imperialistischen Zeitalters besteht – auf die universale Form des Klassenkampfes zu schließen, bedeutet, eine unmittelbare und totale Korrespondenz von sozio-ökonomischen Entwicklungen und menschlicher Aktion zu unterstellen, d. h. das ganze Problem nationaler Besonderheiten, politischer Formen, gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, der Unterschiede im Bewußtsein und der Rolle der Organisationen zu eliminieren. Die sozialistische Weltrevolution unter den Bedingungen des Imperialismus kann nur ein Prozeß sein, in dem die Ketten des Imperialismus zuerst an den schwächsten Stellen zerbrochen werden. Um diese für jede Phase der Entwicklung bestimmen zu können, ist es notwendig, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen usw. Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern genau zu analysieren.

Daß, wie Nicolaus polemisch betont, die entscheidenden Widersprüche universale Ursachen und universale Wirkungen haben, ist nicht neu. Zur Beantwortung der von mir behandelten wirklich entscheidenden Frage: wann, aus welchen Gründen und in welcher Form die große Mehrheit der (weißen) amerikanischen Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung und Entfremdung revoltieren wird, trägt es nichts bei. Von den einzelnen Gründen, die Nicolaus für das »Wiederaufleben des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit« in den USA angibt, beziehen sich die meisten auf Phänomene des Überbaus. Nicolaus führt nur zwei Faktoren an, durch die die relative soziale und politische Gleichgültigkeit des weißen Proletariats in den USA gründlich gestört werden könnte: »absolute Verarmung« und wachsende Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Aber beide Faktoren fallen bei ihm vom Himmel. Sie stehen in keinerlei Beziehung zur vorangegangenen ökonomischen Analyse und werden durch Thesen wie die von einer allgemeinen Intensivierung der Ausbeutung nur dunkel erklärt.

Zumindest eine teilweise Erklärung für das Fehlen eines sozialistischen Klassenbewußtseins in der amerikanischen Arbeiterklasse liegt in der Tatsache, daß sie von sämtlichen Arbeiterklassen der Welt den höchsten Lebensstandard hat. Die amerikanischen Arbeiter partizipieren in einem bestimmten Grad an dem Wohlstand, den der US-Imperialismus dank

seines Produktivitätsmonopols (seines Technologie-Monopols) genießt. Was ist nun die sozio-ökonomische Ursache dafür, daß die US-Monopolisten »die Ausbeutung intensivieren«, daß sie sich nach drei Jahrzehnten relativer politischer und gesellschaftlicher Stabilität auf eine Art und Weise verhalten, durch die dieses Gleichgewicht gestört wird? Mit dieser Frage sind wir wieder bei dem von Nicolaus kritisierten Ausgangspunkt: den spezifischen, inneren Widersprüchen des US-Imperialismus in einem bestimmten Zeitraum, nämlich der neuen Phase der Entwicklung, die ungefähr 1965 begonnen hat.

Die grundlegende Antriebskraft, die das Kapital zu ständiger Steigerung der Kapitalakkumulation, der Mehrwertproduktion und der Ausbeutung der Arbeitskräfte zwingt, ist die Konkurrenz. Auch wenn die moderne Welt keine »rein« kapitalistische Welt mehr ist und politisch-militärische Erwägungen oft eine bedeutende Rolle spielen, so fehlen doch in einer rein politisch-militärischen Erklärung des US-Imperialismus zwei entscheidende ökonomische Momente: daß die Kapitalakkumulation – im Monopolkapitalismus noch mehr als im Konkurrenzkapitalismus – ihrem Wesen nach einen *ökonomischen Zwang* zu weltweiter Expansion des Kapitals hervorruft und daß die Entstehung eines Kapitalüberschusses, die mit dem Monopolkapitalismus selbst in den führenden imperialistischen Ländern unvermeidlich verbunden ist, einen starken ökonomischen Zwang zum Aufbau einer mächtigen Rüstungsindustrie und eines mächtigen Militärapparats bewirkt. Die Existenz nichtkapitalistischer Staaten und die revolutionären Bewegungen in der kolonialen Welt haben jenen Prozessen nur die spezifische Form gegeben. Das weltweite Entstehen von Befreiungsbewegungen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern hat dazu geführt, daß der Kapitalexport, der größer denn je zuvor ist, sich seit zwanzig Jahren primär zwischen den imperialistischen Ländern abspielt. Da der Herrschafts- und Einflußbereich des Imperialismus abnimmt, statt sich auszudehnen, mußte ein solch mächtiger internationaler Kapitalfluß zusammen mit der Steigerung der Kapitalakkumulation während der letzten beiden Jahrzehnte zu einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz und damit gleichzeitig zu einer verstärkten internationalen Konzentration des Kapitals führen – deren Erscheinungsform der multinationale Konzern als die führende Organisationsform des modernen Monopolkapitalismus ist.

Da – was Nicolaus nicht berücksichtigt – die Durchdringung der Dritten

Welt noch längst nicht abgeschlossen ist; da selbst in den imperialistischen Ländern noch heute eine mächtige »Industrialisierungs«-Bewegung stattfindet; da die wichtigste Form der Expansion imperialistischer Mächte seit dem Beginn dieses Jahrhunderts darin besteht, sich *auf Kosten ihrer Konkurrenten* auszudehnen, könnte die Ursache für eine intensivierte Ausbeutung der amerikanischen Arbeiter nur darin bestehen, daß sich das Kräfteverhältnis unter den Konkurrenten so verschoben hat, daß ein »Export« der intensivierten Ausbeutung unmöglich geworden ist. Auch Inflation und Steuern, die Nicolaus u. a. als Erklärung für die Notwendigkeit intensivierter Ausbeutung anführt, erklären für sich genommen nichts. So besteht z. B. die Inflation in den USA seit der Mitte der dreißiger Jahre, ohne daß sie ein Steigen des Lebensstandards der amerikanischen Arbeiter verhindert hätte. Ein imperialistisches Land kann steigende Militärausgaben und steigende Lebenshaltungskosten bei gleichzeitiger steigender realer Kapitalakkumulation und gleichzeitigen steigenden Realeinkommen der Arbeiter aufweisen (das war in den frühen vierziger, den frühen fünfziger und den frühen sechziger Jahren in den USA der Fall), wenn das reale Sozialprodukt und das reale Volkseinkommen entsprechend zunehmen. Auch hierbei ist wieder das Verhalten der kapitalistischen Weltwirtschaft und der Anteil am internationalen Markt, also die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern entscheidend.
Um der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern diese entscheidende Rolle nicht zugestehen zu müssen, betont Nicolaus die Rolle des US-Bankkapitals, der Direktinvestitionen des US-Kapitals im Ausland und des US-Militärs. Aber wie kann das US-Bankkapital »dominierend« sein, d. h. wie kann der US-Imperialismus den größten Teil der finanziellen Ressourcen der Welt kontrollieren, wenn er gleichzeitig gezwungen ist, die Schließung der Produktivitätslücke der zwischen der amerikanischen und der westeuropäischen und japanischen Industrie zu neutralisieren, und in wachsendem Maße von auf dem europäischen Kapitalmarkt geliehenem Kapital abhängig wird? In welchem Verhältnis steht der im Ausland produzierte Ausstoß der US-Industrie zu dem in den Vereinigten Staaten selber produzierten – abgesehen von komplementären Produktionszweigen wie der Erzeugung von Erdöl usw.? Offensichtlich in einem bloß geringen. Was schließlich die militärische Überlegenheit der USA betrifft, so hat gerade der Widerspruch zwischen dem Wiedererstarken der unabhängigen Finanz- und Industriemacht des westeuropä-

ischen und des japanischen Imperialismus und dessen weiterhin bestehender militärischer Abhängigkeit von den USA die NATO und das japanisch-amerikanische Bündnis in eine tiefe und permanente Krise gestürzt. Der einzig mögliche Ausweg aus dieser Krise bestünde in einer Angleichung der militärischen Kräfteverhältnisse an die ökonomische Realität. Neue Kriege zwischen den imperialistischen Ländern werden nicht durch die Überlegenheit der USA, sondern durch die Gefahr einer Ausdehnung des nicht-kapitalistischen Teils der Welt durch neue siegreiche Revolutionen verhindert. Der von Nicolaus vertretene Standpunkt kommt dem von Lenin kritisierten »Ultraimperialismus« gleich: als ließen sich die Ungleichmäßigkeiten in der Entwicklung der Weltwirtschaft einebnen und der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Konzentration des Kapitals und gegen die kapitalistische Rationalisierung auf diese Weise auffangen.
In Wirklichkeit wird sich die imperialistische Konkurrenz fortsetzen, allerdings im Rahmen der kollektiven Solidarität gegenüber dem gemeinsamen Feind. Doch innerhalb dieses Rahmens werden die Gesetze der ungleichmäßigen Entwicklung unerbittlich wirken und zu dem relativen Niedergang bisher herrschender Mächte und dem Hervortreten neu erstarkter imperialistischer Mächte führen. Das Schicksal der Hegemonie des US-Imperialismus wird weder auf dem Schlachtfeld noch in der Dritten Welt entschieden – zumindest nicht in den kommenden Jahren –, sondern es hängt von der Fähigkeit des westeuropäischen und japanischen Imperialismus ab, riesige Konzerne zu schaffen, die denen der amerikanischen Konkurrenten an finanzieller und industrieller Stärke ebenbürtig sind. Ereignisse wie die kolonialen Revolutionen und der Vietnam-Krieg sind von großem Einfluß auf die Bildung einer neuen revolutionären Vorhut in der Jugend der Vereinigten Staaten, auf die Politisierung der Schwarzen usw. Aber alle diese subjektiven Faktoren bilden nicht die Hauptursache für eine neue massenhafte Radikalisierung der Arbeiterklasse. Sie kann nur in einer Veränderung der materiellen Bedingungen bestehen, in einer wachsenden Instabilität der amerikanischen Wirtschaft, bei der das Ende der wirtschaftlichen Überlegenheit der USA über ihre imperialistischen Konkurrenten, die verschärfte Konkurrenz und die Neuaufteilung des internationalen kapitalistischen Marktes eine entscheidende Rolle spielen.

Ernest Mandel

Aus dem Amerikanischen von R. und R. Wiggershaus

Vo Nhân Tri
Der Neokolonialismus der USA
Eine Übersicht

Wie ein Polyp breitet der US-amerikanische Neokolonialismus seine Arme über zahlreiche Gebiete aus; er umfaßt die Ökonomie, das Militär, die Politik, die Ideologie, die Kultur und die Spionage. Allen Methoden, die er anwendet, ist die Absicht gemeinsam, aus der wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit der »Dritten Welt«, die immer noch zum System des Weltkapitalismus zu rechnen ist, Kapital zu schlagen.
Im folgenden Artikel soll eine kurze Beschreibung der entscheidenden ökonomischen Hebel des US-amerikanischen Neokolonialismus versucht werden, das heißt eine Darstellung der »Auslandshilfe«, der Überseeinvestitionen an Privatkapital, des Warenverkehrs zwischen den USA und der »Dritten Welt«, sowie einer Anzahl von internationalen Finanzierungsinstituten, in denen die USA eine führende Rolle spielen.

1. US-amerikanische »Entwicklungshilfe« oder Entwicklungshilfe für die Monopole der USA

Wie allgemein bekannt ist, umfaßt die »Entwicklungshilfe« sowohl die »Militärhilfe« wie die »Wirtschaftshilfe«. Da jedoch diese beiden Formen der »Hilfe« eng miteinander zusammenhängen und die »Aufrechterhaltung des amerikanischen Einflusses und der Kontrolle auf der ganzen Welt«[1] zum Ziel haben, ist es vielleicht angebracht, die Entwicklungshilfe als einen einzigen umfassenden Komplex zu nehmen und nicht, wie es bei einigen Autoren geschehen ist, getrennt von den anderen Formen der »Hilfe«.
Was sind so gesehen die wahren Ziele der US-amerikanischen »Entwicklungshilfe«? Gemessen an ihren Ergebnissen läßt sie sich in folgenden Punkten zusammenfassen:
a) den militärischen und diplomatischen Interessen der USA zu dienen;
b) die wirtschaftliche Expansion der US-Monopole zu fördern;

c) die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit der »Dritten Welt« gegenüber den USA zu vergrößern;
d) die Entwicklungsländer daran zu hindern, aus dem Bannkreis des Weltkapitalismus auszubrechen und einen Weg der nicht-kapitalistischen Entwicklung einzuschlagen.
Alle amerikanischen Präsidenten, ob Demokraten oder Republikaner, waren sich darin einig, daß die »Entwicklungshilfe« von allergrößter Bedeutung für die nationale Sicherheit der USA sei. Unter »nationaler Sicherheit« verstehen sie aber in Wirklichkeit nicht nur die Verteidigung des eigenen Territoriums, sondern auch die der Minen und Plantagen in Lateinamerika und Südost-Asien, der riesigen Ölvorkommen im Vorderen Orient und der Erzlager in Afrika. Von daher wird verständlich, warum die amerikanische Militärmaschinerie nicht nur das eigene Land, sondern auch die unermeßlichen Reichtümer, die über die ganze Welt verstreut sind, unter Kontrolle halten will.
Der Amerikaner J. Nelson umriß die militärischen Ziele der US-amerikanischen »Entwicklungshilfe« als »ungehinderten Zugang zu Militärstützpunkten und anderen strategischen Einrichtungen, die in bestimmten Entwicklungsländern liegen; feste und andauernde Beziehungen zu Scheinverbündeten und Stärkung ihrer Verteidigungskapazität«[2].
Hinzuzufügen wäre noch die Entsendung von amerikanischen Militär-»Beratern« und der von den USA ausgehende Waffenhandel.
Zur Militär-»Hilfe« sei noch bemerkt, daß von seiten der US-Regierung immer größeres Gewicht auf ihre Funktion bei der Zerschlagung von nationalen Befreiungsbewegungen gelegt wird, die als »innere Umsturzversuche« bezeichnet werden. So gab der frühere Verteidigungsminister Mc Namara beispielsweise zu, daß ». . . das Hauptziel in Lateinamerika darin besteht, wo immer es notwendig wird, bei der kontinuierlichen Entwicklung von einheimischen militärischen und paramilitärischen Streitkräften zu helfen, und sie zu befähigen, zusammen mit der Polizei und anderen Sicherheitskräften, für die wünschenswerte Sicherheit im eigenen Land zu sorgen«[3].
Die US-amerikanische Entwicklungshilfe dient in einigen Fällen auch als Schweigegeld, das man Ländern der »Dritten Welt« zum Dank für ihre pro-amerikanische Außenpolitik und entsprechende Stimmabgaben in der UNO und anderen internationalen Organisationen gewährt.
Neben den militärischen und diplomatischen Zielen ist ein weiteres Ziel

der US-amerikanischen »Entwicklungshilfe«, die Exporte voranzutreiben und den Weg für wachsende Kapitalinvestitionen und eine schärfere Ausbeutung der Rohstoffe der »Dritten Welt« zu ebnen. So werden mit Hilfe des Mechanismus der »gegenseitigen Hilfe« Subsidien und Kredite der USA von den Empfängerländern dazu verwendet, amerikanische Güter – häufig zu Wucherpreisen – einzukaufen. 1968 wurden beispielsweise 98% der Einkäufe der Agency for International Development (AID) in den USA getätigt, – »der höchste Anteil, den es je gab«[4].

Die Ausweitung der Exporte ist darüber hinaus eng an den Versuch gebunden, bestimmte internationale Probleme zu entschärfen, was am Beispiel der Landwirtschaftskrise sehr gut deutlich wird.

Zwischen 1955 und 1966 lieferten die USA – im Rahmen des »Public Law 480« und der »gegenseitigen Hilfe« – an die Länder der »Dritten Welt« überschüssige landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von 17,2 Milliarden Dollar (aus einem Gesamtbetrag von 57,2 Milliarden Dollar)[5]. Somit waren 30% des Exports von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nur dank der Lebensmittel-»Hilfe« möglich.

Hinzukommt, daß das Preisniveau der US-Produkte, die im Rahmen der AID verkauft wurden, »beträchtlich über dem der Weltmarktpreise«[6] lag, wie selbst von den USA zugegeben wurde.

Die US-amerikanische »Entwicklungshilfe« dient auch der Exportbelebung von amerikanischem Privatkapital. In seiner Kongreßbotschaft von 1966 forderte L. B. Johnson die Empfängerländer auf, günstige Bedingungen für die Investition von ausländischem Kapital zu schaffen. Und erst kürzlich plädierte Nixon für die Gründung der Overseas Private Investment Corporation (OPIC), die mit Hilfe amerikanischer Steuergelder finanziert werden sollte. Diese staatliche Aktiengesellschaft würde von der US-Regierung Geld aufnehmen, um es an solche amerikanische Privatunternehmen zu verleihen, die bereits in »hilfsbedürftige« Empfängerländer investieren. Das amerikanische Privatkapital fließt jedoch weniger bereitwillig in jene Länder der »Dritten Welt«, denen die erforderliche wirtschaftliche und soziale Infrastruktur (Verkehrswege, Kommunikationsnetze, Energieversorgung, Bewässerungsprojekte, Ausbildungsstätten, usf.) fehlt. Die Schaffung einer derartigen Infrastruktur würde enorme Investitionen nötig machen, die sich zudem anfangs kaum lohnen. Aus diesem Grund nimmt sich die US-Regierung ihrer an, und ein sehr großer Teil ihrer Wirtschafts-»Hilfe« wurde dementsprechend verwendet.

Staatliche Investitionen als Starthilfe für Privatinvestitionen: die Interessen der amerikanischen Regierung und der US-Monopole ergänzen einander »harmonisch«.
Ein entscheidendes Moment der »Entwicklungshilfe« ist die Tatsache, daß den Privatinvestitionen der USA, im Falle einer Nationalisierung oder eines drohenden Krieges, die Konvertierbarkeit ihrer Gewinne vertraglich zugesichert wird. Solche bindenden Abmachungen werden den meisten der »hilfsbedürftigen« Empfängerländer von den USA aufgezwungen.
Die »Entwicklungshilfe« gestattet es also den USA, die Rohstoffe der »Dritten Welt« so billig abzubauen, daß man eigentlich von Diebstahl sprechen müßte. Unter Ausnutzung des »Public Law 480« war es möglich, einen Teil der überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse (13% der Gesamtlieferung), im Austausch mit seltenem, kriegswichtigem Material, in die Empfängerländer zu expedieren.
Der für Afrika zuständige Unterstaatssekretär des amerikanischen Außenministeriums gab zu, daß einer der Gründe für die »Entwicklungshilfe« in Afrika die Beteiligung der USA an der »Erschließung von wichtigen Erzen und anderen Bodenschätzen« sei.
Das dritte Ziel der US-amerikanischen »Entwicklungshilfe« besteht in der Vergrößerung der wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit der Empfängerländer. Die dafür eingesetzten Mittel reichen von der Mitentscheidung amerikanischer Regierungsbeamter in allen wichtigen wirtschaftlichen Fragen der Empfängerländer und der Zusammenarbeit mit den pro-amerikanischen Kontrahenten (die zum größten Teil im Rahmen der AID in den USA ausgebildet werden) der jeweiligen Machthaber bis zur Entsendung von »Beratern« und Entwicklungshelfern. An dieser Stelle sollte noch ein besonderer Kontrollmechanismus erwähnt werden, der im Zusammenhang mit der Lebensmittel-»Hilfe« entwickelt wurde. Bekanntlich werden die mit Hilfe des »Public Law 480« gelieferten überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse meistens in Landeswährung bezahlt, d. h. die Regierung des Empfängerlandes bezahlt ihre Schulden in »gleichwertigen Staatspapieren« – die sich im Besitz der USA befinden. Die Lebensmittel-»Hilfe« bewirkt so die Akkumulation riesiger Geldsummen, die in den Händen der USA bleiben, die ihrerseits mit diesem Geld einen schier unüberwindlichen Druck auf die Empfängerländer ausüben können.
In enger Verbindung mit der Weltbank und internationalen Währungs-

fonds versuchen die USA, die Empfängerländer in ein Netz direkter oder indirekter Wirtschaftskontrolle zu verflechten, um sie dadurch noch effektiver ausbeuten zu können.

Was die finanzielle Abhängigkeit betrifft, so nehmen die Staatsschulden der Länder der »Dritten Welt« laufend zu. Abgesehen von den »Abnehmer-Staaten« erhalten die übrigen Länder immer mehr zinstragende Anleihen als »Schenkungen« (die im wesentlichen militärischen Zwecken dienen), mit dem Ergebnis, daß die mit verbindlichen Exportkrediten belasteten Staatsschulden der Empfängerländer ständig anwachsen. Anders gesagt: ein immer größerer Teil der neuen »Entwicklungshilfe« dient zur Bezahlung der früher gewährten. Gerät ein Empfängerland in Zahlungsschwierigkeiten, dann billigen ihm die USA einen Zahlungsaufschub zu, was wiederum zu noch größerer Willfährigkeit gegenüber den Amerikanern führt.

Das letzte Ziel der US-amerikanischen »Entwicklungshilfe« ist es, die Länder der »Dritten Welt« daran zu hindern, einen nicht-kapitalistischen Weg einzuschlagen. Trotz zeitweiliger Rückschritte haben die nationalen Befreiungsbewegungen heute grundsätzlich eine nicht-kapitalistische und sozialistische Entwicklung im Auge. Die USA, bestrebt diese Länder im Bannkreis des Weltkapitalismus gefangen zu halten, versuchen daher mit allen Mitteln, in diesen Ländern kapitalistische Ansätze zu entwickeln, die dann zur eigentlichen Grundlage der neokolonialistischen Herrschaft der Vereinigten Staaten werden.

Der Bericht der Clay-Kommission ist unter diesem Gesichtspunkt sehr aufschlußreich: privatkapitalistische Unternehmen in Empfängerländern sollen systematisch gefördert und zur *raison d'être* der US-amerikanischen »Entwicklungshilfe« gemacht werden. Die von mehreren US-Präsidenten getroffenen Feststellungen stimmen in diesem Punkt alle überein.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß von der US-amerikanischen »Entwicklungshilfe« die Monopole der USA wesentlich mehr profitieren als die Empfängerländer. Es gehört zu den Hauptbestandteilen der amerikanischen Außenpolitik, die »Entwicklungshilfe« als ein geeignetes Mittel zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder der »Dritten Welt« zu verwenden und auf diese Weise die eigenen Machtpositionen weiter auszubauen. Auf der anderen Seite kann man jedoch feststellen, daß die Front gegen den »Fallstrick des Dollars« immer größer und stärker wird, vor allem auch deswegen, weil es für die Länder der

»Dritten Welt« eine reale Alternative – die Unterstützung von seiten der sozialistischen Länder – gibt.

2. Der Export US-amerikanischer Privatkapitalien

»Wenn die Hilfsprogramme unterbrochen würden, so könnte sich das verheerend auf die Privatinvestitionen auswirken, da damit die für Sie notwendige Sicherheit wegfiele.«
Dies äußerte der amerikanische Handelsminister gegenüber Unternehmern seines Landes[7], womit er ziemlich eindeutig auch die Beziehungen zwischen der »Entwicklungshilfe« und den Privatinvestitionen der USA in der Dritten Welt charakterisierte.
Die langfristigen Investitionen umfassen sowohl private Direktinvestitionen wie Investmentfonds, wobei erstere die überwiegende Mehrheit aller Privatinvestitionen ausmachen. Sie stiegen von 5,58 Milliarden Dollar 1950 auf 16,95 Milliarden 1967, also um das Dreifache. Gemessen an ihrer Bedeutung wollen wir ihre Verteilung nach Regionen und Sektoren untersuchen:

Private Direktinvestitionen der USA in der Dritten Welt (Ende 1967) in Millionen Dollar

Regionen	1967 (geschätzt)						
	Gesamtbetrag	Montanindustrie	Öl	Fertigungsindustrie	öffentl. Dienst	Handel	übrige Industrie
Sämtliche Regionen, darunter:	59.267	4.810	17.410	24.124	2.387	4.995	5.541
1. Lateinamerikanische Staaten	10.313	1.218	2.917	3.301	614	1.207	956
Andere Länder d. westl. Hemisphäre	1.608						
2. Afrika (ohne SAR)	1.610	299	1.080	66	3	60	93
3. Asien (ohne Japan)	3.414	43	2.599	562	74	244	

Aus: *Survey of Current Business*, Nr. 10, 1968

(Posten unter 500 000 Dollar sind hier entweder nicht aufgeführt oder in der Rubrik »übrige Industrien« enthalten, so daß die Gesamtbeträge immer nur annähernd erreicht werden.)

Aus den obigen Zahlen wird die große Bedeutung Lateinamerikas für private Direktinvestitionen der USA deutlich, dann erst kommen Asien (mit Ausnahme Japans) und Afrika (mit Ausnahme der SAR).
In Lateinamerika gehen die meisten Privatinvestitionen in extraktive Industrien (Bergbau und Öl), weniger in die Fertigungsindustrie, d. h. 4135 Millionen Dollar gegenüber 3301 Millionen.
Auch in Asien (Mittlerer und Ferner Osten) wird am stärksten in extraktive Industrien investiert: 2642 Millionen aus einem Gesamtbetrag von 3414 Millionen Dollar. Dasselbe gilt für Afrika: 1379 Millionen aus einem Gesamtbetrag von 1610 Millionen Dollar.
Privatkapital wird also hauptsächlich für die Ausbeutung von Rohstoffen investiert, insbesondere von kriegswichtigem Material, das in größeren Mengen nur in Ländern der Dritten Welt vorkommt. Die Integration dieser Länder als Rohstofflieferanten der USA in den amerikanischen Außenhandel setzt sie dem permanenten Einfluß der US-Monopole aus. Die wirtschaftliche und folglich auch die politische Kontrolle der ausländischen Rohstoffquellen ist für die US-Monopole von lebenswichtiger Bedeutung. Denn eine Einbuße der Kontrolle über die Rohstoffquellen wäre für die amerikanische Stahl-, Aluminium- und Ölindustrie gleichbedeutend mit dem Verlust der Markt- und Preiskontrolle, was schließlich auch zur Gefährdung der riesigen Investitionen auf dem Sektor der Fertigungsindustrie führen würde. Die ausländischen Rohstoffquellen bilden daher eher eine Aktivmasse als zu erwartende Gewinne, – sie stellen die Lebensversicherung der US-Monopole dar.
Ein weiteres Ziel der amerikanischen Privatinvestitionen in der Dritten Welt ist die totale Ausbeutung der einheimischen Arbeitskräfte: es entwickelt sich eine »optimale« Verbindung zwischen der modernsten Technik der USA und den Hungerlöhnen für die einheimischen Arbeiter. So erhält beispielsweise ein Arbeiter in einer der modernsten amerikanischen Elektrofirmen in Süd-Korea maximal 15 Dollar Monatslohn, wodurch es möglich wird, wie der amerikanische Volkswirtschaftler V. Parlo errechnet hat, »eine Mehrwertrate von über 1000%« zu erzielen.[8]
Die privaten Direktinvestitionen dienen auch zur Sicherung der überseeischen Absatzgebiete, doch ist diese Tatsache mittlerweile allzu bekannt, als daß man darauf noch im einzelnen eingehen müßte.
Die Gewinne, die diese Investitionen abwerfen (und die mit Sicherheit zu niedrig geschätzt werden), sind ungeheuer hoch. Fest steht, daß die

Profitrate aus den Investitionen in Ländern der Dritten Welt etwa doppelt so hoch liegt wie jene, die zwischen 1960 und 1966 in den Entwicklungsländern erzielt wurde.
Aufschlußreicher ist jedoch die Beziehung zwischen der jährlichen Zuwachsrate (oder dem Nettowert) privater Direktinvestitionen der USA, zusammen mit den an Ort und Stelle reinvestierten Gewinnen einerseits und den Einnahmen aus denselben Investitionen (Dividenden + Zinsen + Gewinne aus ausländischen Filialen, nach der einheimischen Besteuerung, aber vor der Besteuerung durch die USA) andererseits. In Asien liegt, nach den Angaben des *Survey of Current Business* von 1960 bis 1966, der jährliche Kapitalexport von privaten Direktinvestitionen, zusammen mit den an Ort und Stelle reinvestierten Gewinnen (insgesamt 5536 Millionen Dollar) weit unter den Einnahmen aus den Kapitalien, die in die USA zurückfließen (13 848 Millionen Dollar). Die Zinsen, die während dieser Zeit den Ländern der Dritten Welt abgepreßt wurden, belaufen sich auf 8312 Millionen Dollar. Rechnet man die an Ort und Stelle reinvestierten Gewinne nicht dazu, das heißt betrachtet man einerseits nur den tatsächlich neuen Zufluß an US-amerikanischen Direktinvestitionen (3151 Millionen) und andererseits die in die USA zurückfließenden Einnahmen (13 848 Millionen), so ergibt sich ein Gesamtbetrag von 10 697 Millionen Dollar, – eine Summe, die allerdings weit unter den in Wirklichkeit erzielten Beträgen liegt, da von uns nur die offiziell bekanntgegebenen Überweisungen berücksichtigt werden konnten.
Allein die lateinamerikanischen Länder erhielten »von 1956 bis 1968 1,1 Milliarden Dollar Anlagekapital und zahlten 5,4 Milliarden Dollar an Gewinnen (die in die USA zurückflossen), oder anders ausgedrückt, sie weisen eine negative Bilanz von 4,3 Milliarden Dollar auf; eine beträchtliche Summe also.«[9] Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, daß eine derartige Schwächung der Devisen, welche die Außenhandelsbilanz der Länder der Dritten Welt außerordentlich belastet und zahlreiche Möglichkeiten für die eigene Akkumulation zunichte macht, für diese Länder katastrophale Folgen hat.
Die Logik des anti-neokolonialistischen Kampfes gebietet daher die Nationalisierung des US-amerikanischen Privatkapitals, um so dem bereits angeführten Verlust an Mehrwert und der wirtschaftlichen und politischen Kontrolle der USA über die Länder der Dritten Welt ein Ende zu bereiten.

3. Der Handel zwischen den USA und der Dritten Welt

In seiner Antrittsrede am 20. Januar 1953 sagte Präsident Eisenhower: »Für unsere ganze materielle Macht brauchen wir Märkte in der Welt, um die überschüssigen Erzeugnisse unserer Farmen und Fabriken absetzen zu können. Andererseits brauchen wir für die gleichen Farmen und Fabriken lebenswichtige Stoffe und Erzeugnisse aus fernen Ländern . . .«
Der letzte Satz dieser unverblümten Feststellung galt ohne Zweifel denjenigen Ländern der Dritten Welt, die die US-Monopole, unterstützt von ihrer Regierung, in ihrer Funktion als Absatzmärkte und Rohstofflieferanten, sich zu erhalten suchen, vor allem, indem sie sie zu ungleichen Handelsabkommen zwingen, die als Grundlage für den Tausch von Nicht-Äquivalenten dienen.
Um die Bedeutung der US-Exporte in die Dritte Welt einigermaßen zu erfassen, müssen wir zum Betrag der eigentlichen US-Exporte die Beträge hinzufügen, die durch die privaten Direktinvestitionen der USA erzielt wurden, wie auch die Beträge derjenigen amerikanischen Firmen, die in anderen kapitalistischen Ländern produzieren und in die Dritte Welt exportieren. So wurden beispielsweise 1966 auf den Märkten der Dritten Welt 15–18% der gesamten amerikanischen Produktion abgesetzt, was nach Meinung eines französischen Experten ein ziemlich hoher Anteil ist.
In der folgenden Tabelle sind einige Zahlen über die US-Exporte und Importe nach und von der Dritten Welt (Stand 1968) aufgeführt:

(in Mio. Dollar)

Posten	Exporte	Importe
insgesamt,	34.062,8 (a)	33.226,3
davon Dritte Welt:	10.771,3	8.839,6
Lateinamerika (Südamerika und südl. Nordamerika)	5.530,2	5.114,9
Asien (ohne Japan)	4.629,8	2.856,9
Afrika (ohne SAR)	814,3	867,8

(a) ohne Rüstungs- und Kriegsmaterial
aus: *Survey of Current Business* No. 9, 1964

Lateinamerika nimmt also auch bei den Importen der USA aus der Dritten Welt die erste Stelle ein, gefolgt von den weniger umfangreichen Im-

porten aus Asien (ohne Japan) und Afrika (ohne die SAR). Insgesamt überwiegen die Exporte der USA nach der Dritten Welt gegenüber den Importen. Das Handelsdefizit der Dritten Welt, gemessen an ihrem Tauschverkehr mit den USA, stieg 1968 auf 1931,7 Millionen Dollar an (gegenüber 813 Millionen 1960). Das Defizit wäre ohne das Öl aus Venezuela und dem Vorderen Orient noch wesentlich größer.

Ein Überblick über den Güterverkehr zwischen den USA und der Dritten Welt zeigt, daß die USA im wesentlichen Fertiggüter und weniger überschüssige landwirtschaftliche Erzeugnisse absetzen, die Länder der Dritten Welt hingegen vornehmlich Rohstoffe und weniger landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Es ist unbestritten, daß die amerikanischen Märkte in der Dritten Welt, wie auch alle anderen, für die amerikanische Fertigungsindustrie von überragender Bedeutung sind, während hin und wieder bezweifelt wird, ob die USA in ebensolchem Maße von Rohstoffimporten aus der Dritten Welt abhängig sind.

Zur Beurteilung dieser Frage muß man davon ausgehen, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die Nachfrage nach Rohstoffen stark angestiegen ist. Der absehbare Verbrauch der amerikanischen Rohstoffquellen veranlaßte Truman, eine *ad-hoc*-Kommission zur Untersuchung dieses Problems einzusetzen. Diese Kommission[10] kam zu folgendem Ergebnis: 1950 verbrauchten die USA 10% mehr an Rohstoffen als sie selbst fördern konnten; 1975 würde, bei kontinuierlich steigendem Verbrauchszuwachs, der inländische Rohstoffabbau 20% unter dem industriellen Bedarf der USA liegen. Doch scheint inzwischen diese bestürzende Aussicht von der Wirklichkeit überholt zu sein. Amerikanische Fachleute sagten voraus, daß der Verbrauch von Aluminium in den USA sich von 1950 bis 1975 vervierfachen würde; ein französischer Experte ging sogar noch weiter; er meinte, daß »von 1950 bis 1968 der Verbrauch bereits um das Zehnfache gestiegen ist und noch immer weiter steigt.«[11] Ein Amerikaner stellte fest, daß »wir (die USA) uns darüber im klaren sein müssen, daß wir auf Grund unbedingt notwendiger Importe von zahlreichen Gebieten der Welt abhängig sind. Zahlreiche Untersuchungen, angefangen vom Bericht der Paley-Kommission aus dem Jahre 1952 (vgl. Anm. 10) bis zu neuesten Untersuchungen, machen darauf aufmerksam, daß *die Vereinigten Staaten immer mehr von ausländischen Rohstoffquellen abhängig werden.*«[12]

Wie aus der Übersichtsstatistik der USA hervorgeht, müssen die Ameri-

kaner 34% ihres Gesamtbedarfs an Eisenerzen, 88% des Bauxits, 92% des Nickels, 99% des Mangans, 100% des Chromiums, 25% des Wolframs, 21% des Kupfers, 28% des Bleis, 44% des Zinks, 66% des Zinns, 14% des Öls, 85% des Asbests, 16% des Kalis und 100% des natürlichen Gummis importieren.

Ohne diese Zufuhr aus dem Ausland würde die amerikanische Industrie rasch zum Erliegen kommen. Ein französischer Wissenschaftler schrieb dazu: »Diese Abhängigkeit von Rohstoffquellen, die zum größten Teil in der Dritten Welt liegen, ist um so alarmierender, als die USA den größten Bedarf überhaupt haben.«[13] Und er fuhr fort: »Da die USA wissen, wie sie die Dritte Welt mit der unerwarteten und faszinierenden Aussicht der synthetischen Produkte verwirren können«, verdoppeln sie ihre Bemühungen, *die Kontrolle* über die in der Welt verfügbaren natürlichen Ressourcen *auszudehnen und zu verschärfen.* Ihre überseeische Investitions- und Wirtschaftshilfepolitik beweist zur Genüge, welche Bedeutung dieser Rohstoffstrategie zukommt.

Darüber hinaus sind die USA bestrebt, unter dem Weltmarktniveau zu zahlen, während sie mit den Preisen für ihre Exportgüter darüber liegen. Die Opfer dieses ungleichen Austausches sind in der Regel die Länder, die vor den Karren der US-amerikanischen »Entwicklungshilfe« gespannt, also von den USA abhängig sind.

So zahlen die US-Monopole beispielsweise für eine Tonne venezolanischen Eisenerzes den Preis einer Streichholzschachtel[14]. Juni 1967 erklärte der ehemalige Öl-Minister Perez Alfonso, daß Venezuela während der letzten neun Jahre durch den ständig sinkenden Preis für Erdölprodukte 6,9 Milliarden Dollar verloren habe.

Ein brasilianischer Nationalökonom bemerkte, daß sein Land jährlich mindestens 700 Millionen Dollar durch den Austausch von Nicht-Äquivalenten sowohl mit den USA wie auch mit anderen hochkapitalistischen Ländern verlöre.[15]

Mit dem stetigen Preisanstieg der exportierten Rohstoffe und der Preissenkung für importierte Fertigungsprodukte muß die Dritte Welt mehr Waren exportieren, um ihre Importe bezahlen zu können. Der Präsident von Kolumbien, Carlos Llera sagte, daß man 1950 einen Jeep im Gegenwert von 17 Sack Kaffee kaufen konnte, während man 1967 einen Gegenwert von 57 Sack Kaffee dafür aufbringen mußte.[16] Selbst Galo Plaza, der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gab

Oktober 1968 zu, daß man »für die Einfuhr eines Traktors heute zweimal soviel Mehl oder Eisenerz ausführen muß wie vor einigen Jahren.« Insgesamt verdienen die USA durch den Austausch von Nicht-Äquivalenten mit der Dritten Welt ungefähr 5 Milliarden Dollar (davon kommen 2 Milliarden aus Lateinamerika)[17].

Wir konnten sehen, in welchem Maße die US-Monopole die Dritte Welt durch den Export von Privatkapital ausbeuten, was für den Außenhandel dieser Länder einen endgültigen Verlust darstellt. Hinzu kommt noch ein Substanzverlust, der durch den Austausch von Nicht-Äquivalenten entsteht. Der Export von Privatkapital und der Austausch von Nicht-Äquivalenten sind zwei Raubmethoden, die von den USA in bemerkenswerter Weise miteinander verbunden werden, um die Länder der Dritten Welt um einen beträchtlichen Teil ihres Volkseinkommens zu berauben.

4. *Internationale Finanzierungsorganisationen*

Mit Hilfe der Weltbank und ihrer Unterabteilungen (der International Development Association und der International Financial Corporation), des Internationalen Währungsfonds und einiger Sonderorgane der UNO gehen die Vereinigten Staaten einerseits immer mehr zu multilateraler »Entwicklungshilfe« über, und andererseits, mit Unterstützung der Inter-American Bank of Development, der Asian Bank of Development, der African Bank of Development usf., zu regionaler »Entwicklungshilfe«. Die USA glauben, mit Hilfe dieser Organisationen würde ihr Herrschaftsanspruch weniger deutlich erkennbar werden, zumal die Entwicklungsländer, nachdem sie die bitteren Früchte der »Entwicklungshilfe« genossen haben, »nicht allzu sehr von der amerikanischen (bilateralen) Entwicklungshilfe abhängig sein wollen«, wie R. Gardner, ehemaliger Staatssekretär für Internationale Organisationen, es ausdrückte. Ein amerikanischer Experte erklärte, es wäre für gewöhnlich leichter, die Innenpolitik der Empfängerländer mit Hilfe einer internationalen Organisation, wie der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds, zu verändern als durch bilaterale Stabilisierungsabkommen[18].

Aus Platzmangel können wir an dieser Stelle die Funktion der Weltbank oder International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) nur in aller Kürze darstellen.

Die IBRD, die von McNamara geleitet wird, und eine ihrer Filialen, die

International Development Association, verliehen im Rechnungsjahr 1968–1969 778 Millionen Dollar an asiatische Länder und den Vorderen Orient, 472 Millionen an Lateinamerika und 345 Millionen an Afrika. Ein Vergleich zwischen den nach Gebieten aufgeschlüsselten Gesamtanleihen im Rechnungsjahr 68/69 und dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre zeigt, daß die Afrika gewährten Anleihen den Durchschnitt der letzten Jahre um 116%, den Asiens und des Vorderen Orients um 62% und den Lateinamerikas um 52% überstiegen[19]. Afrika nimmt mit seinen ungeheuren Bodenschätzen eine besondere Stellung in den Plänen der IBRD ein, vor allem seit die afrikanischen Völker immer mehr den Weg der nationalen Befreiung einschlagen. In Zusammenarbeit mit der OECD und der EWG versucht die IBRD auf Biegen und Brechen die nationalen Befreiungsbewegungen unter ihre Herrschaft zu bringen und ihre weitere Entwicklung in ihrem Sinn zu beeinflussen. Es ist mehr als bezeichnend, daß nur die proamerikanisch eingestellten Länder kapitalkräftige Anleihen erhalten. Die »Stabilisierung des politischen Regimes« und die praktische Durchführung einer dem »Prinzip des freien Unternehmertums« verpflichteten Wirtschaftspolitik sind die Bedingungen für die Gewährung von Anleihen.

Doch ehe überhaupt ein Kredit gewährt wird, läßt die IBRD im allgemeinen die wirtschaftliche Situation des betreffenden Landes erforschen. Sie entsendet Kommissionen, die den Verwendungszweck der Anleihe eruieren sollen, die aber gleichzeitig sehr kräftig Wirtschaftsspionage betreiben.

Im Rechnungsjahr 68/69 waren die von der IBRD und der International Development Association gewährten Anleihen und Kredite an die Vergrößerung der ökonomischen Infrastruktur (Transportwesen, Elektroenergie, Fernmeldewesen, Wasserversorgung und andere öffentl. Dienstleistungen: insgesamt fast eine Milliarde Dollar) und die Sozialwohlfahrt (Erziehungswesen: 81,8 Millionen Dollar) gebunden. Landwirtschaft und Industrie erhielten 367,3, resp. 241 Millionen Dollar (davon ausgenommen die Indien gewährte Anleihe für die Einfuhr von Industrieausrüstung).

Die Vertragsbedingungen, unter denen die Anleihen bewilligt werden, kann man nur als räuberisch bezeichnen. Sie schreiben beispielsweise vor, daß bestimmte Waren nur in kapitalistischen Ländern, an erster Stelle in den USA, eingekauft werden dürfen. Unter Ausnützung dieser Situation

treiben die Kreditgeber willkürlich ihre Preise hoch und bewirken so bei den Schuldnerländern einen schwerwiegenden Abfluß an ausländischen Valuta.

In den vergangenen Jahren wurde von der IBRD wiederholt der Zinssatz angehoben: 5,5% vor 1966 und 7% seit August 1968. Dies zwingt die Schuldnerländer, einen immer größeren Teil ihrer Reserven an ausländischen Valuta zur Begleichung der Zinsschulden anzugreifen.

Die IBRD mischt sich außerdem in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitgliedsländer ein. Als im August 1969 Peru das Vermögen der US-amerikanischen International Petroleum Company (IPC) nationalisierte, wurde es noch im gleichen Jahr von der IBRD-Liste der kreditwürdigen Länder gestrichen.

Eine der Aufgaben der IBRD besteht auch in der Förderung von Privatinvestitionen in Ländern der Dritten Welt: sie bewilligt Anleihen nur, wenn das betreffende Land sie nicht zu den gleichen Bedingungen von privaten Finanzgesellschaften erhalten kann. Eine der Filialen der IBRD, die International Financial Corporation ist nur an »Finanzierungshilfen« für Privatunternehmen in der Dritten Welt interessiert. Mit einem Wort, die IBRD läßt nichts unversucht, um die jungen Länder auf den Weg einer kapitalistischen Entwicklung zu bringen.

Henry Luce hat einmal Uncle Sam als den guten Samariter beschrieben, der lieber gibt als nimmt. Wir meinen, nach allem, was wir hier dargestellt haben, daß es sich umgekehrt verhält.

Der US-amerikanische Neokolonialismus will nicht empfangen, sondern will *die Dritte Welt plündern*. Er tut dies nicht aus einer bestimmten Laune heraus, oder weil es macchiavellistisch wäre, sondern weil es für ihn, aus vielen schon erwähnten Gründen, ein lebenswichtiges Bedürfnis ist. Die Beherrschung und Ausbeutung der Dritten Welt ist für ihn eine Sache von absoluter Notwendigkeit.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt wird vom US-amerikanischen Neokolonialismus blockiert, und diese Blockade kann nur aufgehoben werden, indem der Ausbeutung ein Ende bereitet wird. Den Völkern der Dritten Welt bleibt keine andere Alternative, als auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Und es besteht aller Grund zu glauben, daß der US-amerikanische Neokolonialismus, wie der frühere europäische Kolonialismus, sich sein eigenes Grab schaufelt.

Deutsch von Hanns Zischler

Anmerkungen

1 J. F. Kennedy, zitiert in *Some Important Issues in Foreign Aid*, Senate Committee on Foreign Relations. Washington, D. C. 1966. S. 15.
2 J. Nelson, *Aid, Influence and Foreign Policy*. New York 1968, p. 11.
3 *Hearings of the Foreign Assistance Act of 1967*. Washington, D. C. 1967. S. 116-117.
4 *Far Eastern Economic Review*. Hongkong, No. 27 (1969). S. 27.
5 *12 Years of Achievement under Public Law 480*. Amerik. Landwirtschaftsministerium, Washington, Nov. 1967.
6 *Harvard Business Review*, Januar-Februar 1968, S. 63.
7 *New York Times*, 5. Dez. 1965.
8 *Political Affairs*, Dezember 1969, S. 60.
9 *Le Monde Weekly*, Paris (nicht weiter ausgewiesen).
10 Vgl. *Resources for Freedom*, 5. Bd., Washington, Juni 1952.
11 Vgl. Artikel von J. Chardonnet, in *Le Monde Diplomatique*, Paris, Februar 1970, S. 14.
12 Vgl. L. P. Black, *The Strategy of Foreign Aid*. Princeton, New Jersey 1968. S. 18.
13 Vgl. Cl. Julien, *L'empire américain*. Paris 1968. S. 223-224.
14 Vgl. Guillermo G. Contreras, *Los grandes problemas de América Latina*. México 1965. S. 115.
15 Vgl. *Política Internacional*. Juni 1967, S. 37.
16 Vgl. Anm. (6), *ibid*.
17 Vgl. Anm. (13), S. 250.
18 E. S. Mason, *Foreign Aid and Foreign Policy*. New York 1964. S. 47-48.
19 Alle Zahlenangaben über die IBRD und ihre Filialen aus: *Problèmes économiques*, Paris, No. 1. 136, 1969.

Elinor Langer
Täglicher Kapitalismus
Die Frauen in der New Yorker Telefongesellschaft

Von Oktober bis Dezember 1969 arbeitete ich in der Abteilung Kundendienst der New Yorker Telefongesellschaft. Mein Büro war eins von mehreren in der Gegend des Broadways. Es lag in einem abgeflachten, blauverglasten Geschäftshaus im unteren Manhattan, in dem die Telefongesellschaft drei Stockwerke innehat. Der Raum war groß und hell erleuchtet, wie die Lokalredaktion einer großen Zeitung. Die rund hundert Bürotische, die darin standen, waren in Gruppen von fünf oder sechs rings um den Tisch einer Aufsicht angeordnet. Die Aufgabe des Büros besteht darin, Aufträge über neue Geräte und neue Dienstleistungen entgegenzunehmen und Kunden, die sich beschweren, zu besänftigen. Der Arbeitsbereich der Abteilung umfaßt (mit Ausnahme der komplizierten Großkunden) die elf Telefonzentralen in dem Gebiet zwischen der Lower East Side und der 23. Straße im Norden und der Sixth Avenue im Westen.

Meine Aufseherin überwacht fünf Frauen. Sie untersteht ihrerseits einem Manager, der vier Aufseherinnen mit etwa 20 Frauen dirigiert, und er untersteht wiederum mit zwei anderen Managern dem Bezirkschef. Die Büros der Manager befinden sich an der Außenseite des Raums und sind durch eine Glaswand abgetrennt. Der Bezirkschef hat eine eigne Zimmerflucht im Stockwerk darunter. Allein in Süd-Manhattan gibt es vier solcher Bezirkschefs. Sie unterstehen dem Direktor der Abteilung Süd, der selbst nur ein gemeiner Soldat in einer ganzen Armee von Abteilungsdirektoren ist; deren Gelände sind die fünf Stadtteile: Long Island, Westchester und die ausgedehnten Regionen im Staat New York. Die Bezirkschefs in unserer Gegend waren nur einige Dutzend unter den Tausenden, welche die New Yorker Telefongesellschaft beschäftigt.

In ihrem Herrschaftsbereich wird die Verantwortung hierarchisch aufgeteilt. Eine Angestellte wie ich kann Geschäfte bis zur Höhe von 10 Dollars abschließen, ihre Aufseherin bis 25, deren Manager bis 100, deren Vorgesetzter bis 300 Dollars und so fort. Diese Angestellten haben die gleiche Beziehung zu den Machtzentren der Kommunikationsindustrie

wie eine Wache vor dem Weißen Haus zu Richard Nixon. Sie alle glauben, der Kundendienst sei die Hauptaufgabe der Telefongesellschaft.
In meine Arbeit brachte ich ein ganz bestimmtes politisches Interesse ein. Ich wußte, daß ich Bürokratisierung, Entfremdung und Ausbeutung am eigenen Leib erfahren würde. Ich wußte, daß es das »falsche Bewußtsein« der »Arbeiter« von ihrer wahren Rolle in der imperialistischen Wirtschaft war, das sie dazu brachte, ihre eigenen Unterdrücker zu umarmen. Das glaubte ich, und das glaube ich auch heute noch. Ich wußte, daß nach den Gesetzen dieser Logik die Arbeiter sich eines Tages erheben mußten. Aber meine Erfahrungen machten mir die Wirklichkeit immer rätselhafter. Warum rührten sich die Leute nicht? Welche mir unsichtbaren Motive hielten sie zurück? Kurz gesagt, ich hoffte, etwas über die Struktur des industriellen Systems zu erfahren, und zu begreifen, was das Leben innerhalb dieses Systems für die Betroffenen selbst bedeutete.
Ich entschied mich bewußt für einen Job, der für Frauenarbeit in der industrialisierten Welt der Büroangestellten typisch war. Ich wußte, daß sich die New Yorker Telefongesellschaft in einer Managementkrise befand, die den Geschäftsleuten und der Öffentlichkeit bekannt war, und es interessierte mich, welche Auswirkung der Zusammenbruch des Telefondienstes, von dem so viel die Rede war, auf die Angestellten hatte. Es war gar nicht so einfach, diesen Posten zu bekommen. Ich hatte zugegeben, daß ich ein College absolviert hatte, und war deshalb »überqualifiziert«: die Persönlichkeitstests fielen besser aus, als ich beabsichtigte; eine geriebene aber freundliche Interviewerin durchforschte mich nach militanten Symptomen; in meinem Tätigkeitsnachweis entdeckte sie eine Lücke von mehreren Jahren. »Was haben Sie in der letzten Zeit getan?«, fragte sie mich. »Protestiert?« Ich sagte: »Oh nein, ich habe mich verheiratet«, so als wäre das eine Erklärung für die Vernachlässigung sozialer Probleme. Sie schien ganz und gar dieser Ansicht zu sein. Sowohl von dem Bezirkschef als auch von dem Mann, der mein Manager sein würde, wurde ich mit einer ganzen Reihe von geschwollenen frauenrechtlerischen Reden über »die Chancen« begrüßt, die sich in der New Yorker Telefongesellschaft »den Frauen« böten. Dann geleitete mich der Manager persönlich in das Klassenzimmer, in dem mein Trainingsprogramm beginnen sollte.
Die Klasse bestand aus fünf Schülern und einer Lehrperson. Sally, die Lehrerin, war eine freundliche, stämmige Frau Anfang dreißig, mit einem strengen Haarschnitt, und einem Augen-make-up, das an einen Wasch-

bären erinnerte. Sie besaß eine Anzahl Perücken, darunter eine mit seltsam baumelnden Locken. Sallys offizielle Aufgabe war es, uns von der Zweckmäßigkeit der Absichten und Praktiken der Firma zu überzeugen, was sie geschickt und gewissenhaft versuchte. In ihrem Privatleben jedoch glaubte sie an Magie, freilich eher in passiver Ergebenheit denn als praktizierende Adeptin; sie hatte nämlich das Gefühl, daß sie den Teufel zwar heraufbeschwören, ihn aber nicht wieder vertreiben konnte. Sally sah in einer unangenehmen Kundin nicht jemand, der bedrückt, unglücklich und arm oder einfach gehässig war, sondern buchstäblich eine Hexe. Sie war zu klug, um die Existenz des Bösen zu leugnen, aber sie erklärte sich alle Übel der Welt mit Hilfe einer eigentümlichen Dämonenlehre.

Der Lehrgang für Angestellte ist »programmiert«. Es ist offensichtlich, daß sich die Telefongesellschaft die Managementberatung Millionen Dollar hat kosten lassen, um die besten Methoden zum Anlernen neuer Angestellten zu entwickeln. Die beiden wichtigsten Kriterien lassen sich leicht erschließen. Erstens muß der Kursus so gleichförmig aufgebaut sein, daß jede Angestellte ihn als Lehrerin verwenden kann. Das Unterrichtsmaterial mit allen Erläuterungen und Beispielen liegt in einem Lose-Blatt-Hefter gedruckt vor. Jeder kann dort weitermachen, wo ein anderer aufgehört hat. Ich stellte fest, daß auch ich diesen Unterricht hätte erteilen können und zwar einfach dadurch, daß ich mich an das Programm hielte. Das zweite Kriterium betrifft die Reproduzierbarkeit der Ergebnisse. Der Kursus muß garantieren, daß jedes von dem System produzierte Teilstück mit jedem anderen Teilstück austauschbar ist. Für die Bürokratie ist dies das gleiche System wie der Taylorismus für die Fabrik: es besteht darin, jeden Vorgang in kleine Einheiten zu zerlegen und diese Einheiten (die kleinen Schritte) dann in Worten zu beschreiben.

Zuerst arbeiteten wir hauptsächlich mit programmierten Broschüren, in denen die Sätze als Antworten angelegt waren. Aus den Antworten war dann die entsprechende Frage zu formulieren. Zum Beispiel:

»Es ist ärgerlich, wenn ein Gesprächsteilnehmer ohne Erklärung aus der Leitung geht.«
»Ehe Sie aus der Leitung gehen, sollten Sie sich entschuldigen und mitteilen, was Sie vorhaben.«

Geschickte Lernerfolge waren eine Sache des Ablesens, nicht des wirklichen Verstehens einer Situation. Katherine und Angela hatten ständig Schwierigkeiten. Sie »lasen niemals runter«, sie sprachen wie lebendige Menschen. Deshalb war es so schwer für sie.

Bald war es wichtiger, die richtige Art im Umgang mit Kunden herauszufinden, wichtiger als der Selbstunterricht. Die Tage wurden nach Lektionen eingeteilt. Eine für den Anfang typische: Wie soll man mit einem Kunden umgehen, wenn man noch nicht auf die Beantwortung seiner Frage abgerichtet ist? Sally erklärte uns, daß man tunlichst den Anruf an eine erfahrene Angestellte oder an die Aufsicht weitergibt. Aber irgendwie bringt die Bürokratie es fertig, die Sache derart zu komplizieren, daß selbst ein intelligenter Mensch Mühe hat, es richtig zu machen. Man darf nicht sagen: »Oh je, das ist aber dumm, ich weiß leider gar nichts darüber, also gebe ich Sie lieber weiter an jemand, der Bescheid weiß«: obwohl es im Grunde das ist, was man zu tun hat. Statt dessen muß man also, wenn das Telefon klingelt, sagen: »Hallo, hier spricht Fräulein Langer. Kann ich Ihnen behilflich sein?« (Die Vorschrift verlangt, »die Verbindung sofort unter Kontrolle bringen« und aufrecht halten, damit es nicht zu unvorhergesehenen Zwischenfällen, z. B. zu einer menschlichen Unterhaltung mit dem Kunden kommen kann.)
Der Kunde sagt: »Hier spricht Herr Schmidt, ich hätte gern ein zusätzliches Wandtelefon in meiner Küche angeschlossen.«
Ich antworte: »Ich werde Ihnen sehr gern behilflich sein, Herr Schmidt (Vorschrift Nr. 2: Immer Interesse an dem Fall und Hilfsbereitschaft zum Ausdruck bringen), aber dazu brauche ich noch einige Informationen. Ihre Telefonnummer bitte?«
Er gibt sie mir und dann erst gestehe ich: »Gut, Herr Schmidt; leider bin ich auf neues Zubehör nicht spezialisiert, aber ich darf Sie mit jemand weiterverbinden, der Ihnen helfen kann.« (Dritte Vorschrift: Man muß immer die Zustimmung des Kunden zu diesem Vorgehen einholen, das heißt, man muß sagen: »*Darf* ich mit einer anderen Stelle verbinden, die Ihnen helfen kann? *Darf* ich Sie einen Augenblick warten lassen?«)
Die Einzelheiten sind absurd, aber sie sind alle genau vorgeschrieben. Auch was man natürlicherweise von selbst tun würde, wird unnatürlich, sobald es kodifiziert ist, und die Strenge der Vorschriften gibt den Angestellten in der Ausbildung das Gefühl, sie seien blöd, wenn sie Fehler machen. Eine andere Lektion war z. B. die: Was tun, wenn ein Kunde anruft und eine bestimmte Person verlangt, Fräulein Schmidt etwa, eine andere Angestellte, oder den Manager? Man hat in jedem Fall zu sagen: »Oh, Fräulein Schmidt ist gerade beschäftigt, aber ich habe Ihre Unterlagen vor mir, darf ich Ihnen helfen?« Ein Kunde soll niemals seine Interessen mit

einer bestimmten Angestellten verknüpfen. Während einer Lektion sagte Sally jedoch einmal zu Angela: »Hallo Angela, ich möchte sofort mit Frau Braun sprechen.« Angela antwortete natürlich: »Bitte bleiben Sie am Apparat, ich werde Sie verbinden.« Ein Kardinalfehler, für den sie sofort einen Rüffel bekam. Angela schämte sich sehr.

In der offiziellen Rhetorik der Gesellschaft wird bestritten, daß es solche rigiden Schemata gebe; sie behauptet, von den Angestellten werde »Initiative«, »Urteilsvermögen«, die Entwicklung einer persönlichen Sprache erwartet. Damit ist gemeint, daß man statt des vorgeschriebenen Wortlauts auch sagen kann: »Natürlich helfe ich Ihnen gern . . .« Man darf gewissermaßen eine individuelle Variante »prägen«. Aber man muß dabei immer 1. Hilfsbereitschaft äußern und 2. die Notwendigkeit weiterer Informationen vorbringen. Ferner muß man, während man dies tut, immer zugleich die Information, die man von dem Kunden erhält, auf einem gelben Formular, einem CF-1, verschlüsselt aufschreiben, so daß es einer Angestellten in Florida möglich ist, die Information zu lesen und zu entschlüsseln. »Das ist der springende Punkt«, erklärte uns Sally. »Sie machen es genau so wie eine Angestellte in Illinois oder in Alaska. Wir sind eine große Monopolgesellschaft.«

Der Sinn des Trainings besteht darin, Menschen in Maschinen zu verwandeln. Grundsätzliche Methode: Jede Anfrage eines Kunden ist so zu verarbeiten, daß dabei »bits«, kleinste Einheiten von Informationen, gewonnen werden: durch Übersetzung des menschlichen Problems, das der Kunde möglicherweise hat, in eine Bürokratensprache, damit es von der zuständigen Abteilung bearbeitet werden kann. Wenn z. B. ein Kunde anruft und sagt: »Meine Frau liegt im Sterben, sie wird heute aus dem Krankenhaus entlassen, ich möchte sofort ein Telefon in ihr Schlafzimmer gelegt haben«, so antwortet man ihm: »Oh, das tut mir aber leid, Herr . . . Ich kann Ihnen sicher helfen. Wären Sie an unserem Modell ›Prinzessin‹ interessiert? Es hat eine Wählscheibe, die nachts beleuchtet ist«, gleichzeitig notiert man den Auftrag in Code auf das immer bereitliegende CF-1 Formular, schreibt die Anweisung für den Auftrag, legt ihn rechts neben die Arbeitsmappe, wo das Material alle fünfzehn Minuten von einer Hilfskraft abgeholt wird.

Das Bewußtsein, daß man unter ständiger Überwachung (mehr darüber später) steht, trägt dazu bei, daß alles auf diese gleichförmige und sture Weise erledigt wird. Wenn man dieses Ritual abwandelt und spontan et-

was sagt, kann man dabei erwischt werden; überdies ist es kaum möglich, besonders menschlich zu reagieren, wenn man sich so stark auf das Herausholen von Informationseinheiten konzentrieren muß, und wenn man es mit so vielen Einheiten an einem Tag zu tun hat.
Manchmal sind die Einheiten außerordentlich kompliziert. Eine Kundin ruft an und sagt ungeheuer schnell: »Hier spricht Frau Schmidt, wir ziehen um, von der 23. in die 68. Straße, ich möchte gern mein grünes Modell ›Prinzessin‹ behalten und noch zwei weiße und eins mit Metallschimmer dazuhaben, und mein Mann möchte eins für seinen Schreibtisch im Arbeitszimmer haben.« Es wird erwartet, daß man das alles notiert, während sie es sagt. Natürlich hat man keine Zeit, darauf zu achten, wie sie es sagt, eine Unterhaltung zu führen oder freundlich zu sein. Man ist atemlos dabei, die Einzelheiten richtig aufzunehmen.
Die Entmenschlichung und die überraschende Komplexität der Arbeit hängen eng miteinander zusammen: die Zahl der Variablen ist enorm, jede Variable hat einen Code, der erlernt und beherrscht werden muß, und für jede Situation gibt es eine – und nur eine – korrekte Antwort. Der erwähnte Auftrag nimmt sich in der Sprache, die anzuwenden uns beigebracht worden war, folgendermaßen aus:

A CSR has: IMRCV EX CV GRN BCHM IV
He wants: IMRCV WHT EX CV WHT BCHM IV

Eine vereinfachte Übersetzung dieser Code-Meldung: Der Kunde hat einen normalen Telefonanschluß mit einem schwarzen und einem grünen Apparat, außerdem eine elfenbeinfarbene Klingel, er möchte statt dessen zwei neue weiße Apparate und eine Klingel. Für alle diese Zubehörteile gelten aber verschiedene monatliche Gebühren; die Angestellte muß lernen, wo sie die Tarife findet und wie sie zu berechnen sind; für jeden Teil gibt es eine besondere Aufstellungsgebühr, mit mannigfachen Abstufungen und Varianten; die genannten stellen nur einige wenige von den Dutzenden von Wahlmöglichkeiten und Dienstleistungen dar, die ein Kunde vielleicht wünschen könnte (jede davon mit ihren eigenen Gebühren und Variablen, ihrem eigenen Code).
Der Kunde kann eine lange Schnur verlangen oder eine kurze, eine grüne oder eine weiße, er kann einen neuen Teilnehmer unter seiner Nummer eintragen lassen, einen besonderen Kopfhörer für Schwerhörige, einen Tastenwähler wünschen und so weiter und so weiter. Für jedes dieser Dinge

muß er mit einer – und keiner andern Gebühr belastet werden, und es gibt nur eine richtige Art, seinen Auftrag zu erledigen.
Vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Bell-Telefongesellschaft aufgehört, ein verhältnismäßig einfacher Dienstleistungsbetrieb zu sein. Heute bietet sie ein Sortiment von Konsumgütern an, das mit dem eines Seifen- und Kosmetikkonzerns vergleichbar ist. Man muß sich einmal klar machen, welchen Arbeitsaufwand das bedeutet, und wie unerträglich es die notwendige Arbeit macht. Wenn sich die Firma auf wesentliche Funktionen und Dienstleistungen beschränkte – auf Standard-Telefonapparate und genormte Dienstleistungen –, dann brauchten ganze Schichten ihrer Bürokratie überhaupt nicht zu existieren; und die notwendige Arbeit könnte einfacher und zugleich humaner sein. Das Muster dieser Expansion ist auch weitgehend verantwortlich für die Entstehung der »neuen« Angestellten-»Arbeiterklasse«, deren Aufgabe es ist, die bürokratischen Erfordernisse des Konsums zu bewältigen.
Im Trainingslehrgang wird die Profitmotivation für dieses Telefon-Füllhorn keineswegs verheimlicht. Wir werden sogar darauf programmiert, seine Rechtfertigungen zu wiederholen: diese Güter seien entwickelt worden, um den verschiedenen »Geschmäckern« und dem Bedürfnis nach Abwechslung Rechnung zu tragen. Wozu ein tönender Tastenwähler (Touchtone Dialing)? Wir lernen, daß dies der »letzte Schrei« ist, »ein schnelleres Wählen ermöglicht«, »Zahlen und Buchstaben leichter lesbar macht« und »die musikalischen Klänge bei der Wahl der Nummer das Leben angenehmer machen«. Wir lernen, daß ein Stromlinien-Modell (Trimline) »raumsparend« ist, ein »gänzlich neues Aussehen und einen Rückruf-Knopf hat, der es ermöglicht, das Gespräch zu beenden, ohne den Hörer wegzulegen«, und daß es »vom Museum für Moderne Kunst in dessen Sammlung für industrielle Formgebung groß herausgestellt worden ist«. Auf die Frage: »Wozu ein nächtlich erleuchtetes Telefon?« erwog ich als Antwort: »Es wäre hübsch, bei einer Beleuchtung zu lieben, die sanft und sexy ist«, aber statt dessen sagte ich lieber, was von mir erwartet wurde: »Es gewährt Sicherheit im Schlafzimmer«, »es stört nicht beim Fernsehen«.
Der Verkauf gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Telefon-Angestellten. Sally leitete dies Kapitel mit einer kleinen Rede (aus ihrem programmierten Buch) über den Begriff des »telefonisch gut ausgestatteten Hauses« ein: welch ein Fortschritt das doch gegenüber jenen frühen Tagen sei, wo die Menschen nur die Zweckmäßigkeit des Telefons im Sinn hat-

ten. Heute, sagte sie, legen wir Wert auf die »Vielfalt der Möglichkeiten in bezug auf Schönheit und Bequemlichkeit«. Millionen von Dollars sind von der Bell-System-Gesellschaft ausgegeben worden, sagte sie uns, um herauszufinden, was ein Käufer sich wünscht, und um ihm das Gewünschte zu verkaufen. Sie glaubte allen Ernstes, daß gutes Verkaufen für den Kunden ebenso wichtig sei wie für die Firma: für die Firma, weil »es zusätzliche und lohnende Einkünfte bringt«, für den Käufer, weil es ihm angeblich nützliche Dienste leiste. Wir werden vor Verkäufen gewarnt, die offensichtlich unangebracht sind, aber wir sollen grundsätzlich jede Gelegenheit ausnutzen, profitable Extras abzusetzen. Das bedeutet in der Praxis: Wenn ein Mädchen anruft und eine neue Eintragung für eine Mitbewohnerin wünscht, muß man fragen: »Oh, wäre es Ihrer Zimmergenossin nicht lieber, einen eigenen Anschluß zu haben?«

Es ist dienstliche Vorschrift, dem Kunden möglichst keine Wahl zu lassen, sondern ihm ein ganzes Paket anzubieten, das er annehmen oder ablehnen kann. Da ruft z. B. ein Kunde wegen einer neuen Dienstleistung an. Man findet heraus, daß er eine Frau, eine halbwüchsige Tochter und eine Sechs-Zimmer-Wohnung hat. Die Vorschrift verlangt, daß man das Gespräch unterbricht, die erforderlichen Berechnungen durchführt, die Verbindung wieder aufnimmt und in einem Atemzug sagt: »Herr Schmidt, wie wär's, wenn wir Ihnen ein Wandtelefon in der Küche, einen Zweit-Apparat, Modell Prinzessin, im Zimmer Ihrer Tochter, einen weiteren in Ihrem Schlafzimmer und unser neues Stromlinien-Modell in Ihrem Wohnzimmer installierten? Sie bräuchten dafür nur x Dollars für den Einbau und nur y Dollars an monatlichen Gebühren zu zahlen.«

Herr Schmidt wird natürlich sagen: »Das sind mir zu viele Telefone für eine Sechs-Zimmer-Wohnung.« Von der Angestellten wird nun erwartet, daß sie »seine Einwände ausräumt«, indem sie die »Sicherheit« und »Bequemlichkeit« betont, die sich ergeben, wenn überall ein Telefon steht.

Jeder Angestellten wird eine Verkaufsquote zugeteilt: so viele Anschlüsse, so viele Prinzessinnen. Diese Quote wiederum errechnet sich aus der Quote der nächstgrößeren Einheit. Mit anderen Worten, die Quote für die einzelnen Angestellten hängt von der Quote der übergeordneten Fünfer-Einheit ab; diese wiederum wird aus der Zuteilung an die Zwanzigergruppe, diese aus der Bezirksquote des Managers, und diese schließlich aus der Zuteilung des Bezirksdirektors abgeleitet. Die Tatsache, daß alle sich in der gleichen Lage befinden, daß man von jedem seinen Beitrag zum

Gesamtverkauf erwartet, ist einer der Faktoren, die das Solidaritätsgefühl zwischen dem Management und den Angestellten stärken.
Die Frauen setzen das Verkaufsritual in Szene, als wäre es tatsächlich in ihrem Interesse und mit ihrer Hilfe geschaffen worden. Jeden Monat gibt es einen Verkaufswettbewerb. Die Firmenleitung stellt das Geld zur Verfügung – 25 Dollars pro Monat für die eine oder andere Fünfergruppe –, und die Frauen übernehmen die Arbeit: sie organisieren eine kleine Feier, sorgen für Kaffee und Gebäck und kaufen die Geschenke zur Belohnung der besten Verkäufer. Zum Erntedankfest verloste die Firma eine Anzahl von Truthähnen: Die Gewinnchance des einzelnen hing von der Zahl der abgeschlossenen Verkäufe ab.
Allmählich wurde unser Training immer härter. Jedes neue Thema wurde auf die immer gleiche Methode – ähnlich wie in der Armee – gedrillt. Es begann mit dem »Verstehen der Ziele« und endete mit der »Ausbildung in Verhandlungstechnik«.
Je mühsamer sich die Wochen gegen Ende des Trainings hinschleppten, desto hektischer wurden wir. An einigen Nachmittagen überfiel uns alle das Gefühl, daß wir es einfach nicht mehr ertragen könnten; wir wollten – zunächst etwas zaghaft, aber dann immer aggressiver – einfach Schluß machen und weigerten uns, weiterzulernen. In solchen Augenblicken kam es dann zu spontanen Diskussionen. Wenigstens hielt ich diese kleinen Arbeitsunterbrechungen anfangs für spontan; gegen Ende des Trainings fand ich jedoch heraus, daß sie durchaus eingeplant waren und dem Lehrer Gelegenheit geben sollten, aus zufälligen Äußerungen auf Ansichten und Verhaltensweisen zu schließen, die für die Firma vielleicht wissenswert sein konnten. Wie dem auch sei, beim Abschluß des Lehrgangs waren wir, teils aufgrund dieser Gespräche und teils durch die Gemeinsamkeit der intensiven Trainingserfahrung, eine ziemlich gefestigte kleine Gruppe. Wir feierten den Abschluß mit Parfum für Sally, einem leicht alkoholischen und ziemlich teuren Essen, in einer Atmosphäre allgemeinen Wohlwollens.

Die Überwachung in der Telefongesellschaft: Sie ist allgegenwärtig. Jeden Tag entdeckte ich eine neue Schicht von Überwachern. Das System funktioniert so: Für je fünf bis sechs Frauen gibt es, wie schon erwähnt, eine unmittelbare Vorgesetzte, eine Aufseherin, die in jedem Augenblick jedes Gespräch einer ihrer Angestellten mit einem Kunden abhören kann.

Außerdem geht sie täglich eine Stunde lang in ein vom Hauptraum abgetrenntes Nebenzimmer, wo sie (ungesehen) die Unterhaltung jedes ihrer »Mädchen« beliebig mit anhören kann. Die Frauen wissen natürlich, wann sie das tut, aber nicht, wer gerade abgehört wird.

In größerer Entfernung vom Hauptraum befindet sich ein noch geheimeres Überwachungszentrum; die Funktion der Frauen in diesem Raum ist ausschließlich die Überwachung. Diese Frauen zapfen aufs Geratewohl irgendein Gespräch zwischen einer Angestellten und einem Kunden an; ihre Aufgabe ist es im wesentlichen sicherzustellen, daß die Angestellten korrekte Auskünfte geben. Ferner werden diese Überwacher ihrerseits wiederum von einer Telefonzentrale der Gesellschaft irgendwo in der Stadt aus abgehört, um sicherzugehen, daß sie eine tatsächlich korrekte Information nicht als Fehler melden. Außerdem führen die Überwacher Lockrufe von außen durch, um nachzuprüfen, ob stets genügend Leitungen für anrufende Kunden frei sind. Dieser ganze Überwachungs-Apparat existiert natürlich neben der offiziellen Pyramide Angestellte-Aufsicht-Manager-Bezirkschef-Abteilungsleitung. Ihrem Wesen nach sind es zwei parallele Hierarchien.

Niemals kann man sicher sein, wo die Überwachung aufhört – das ist ja der Sinn dieser ständigen Kontrolle (deren technische Möglichkeiten unbegrenzt sind). Die Firmenpolitik betont zwar ihren begrenzten Charakter, aber man kann nie wissen. Vertreter der einschlägigen Gewerkschaften sagten z. B. aus, daß die Firma aus Lust an den Errungenschaften der Technologie die Sache übertreibe und Abhörmikrophone sogar in die Schreibtischgarnituren ihrer Direktoren einbaue. In der . . . Straße gab es Fernsehkameras in der Vorhalle und in den Aufzügen. Dieses System geht Hand in Hand mit einer höchst tugendhaften offiziellen Einstellung gegenüber dem Abhören von Telefonen außerhalb der Firma. Nur Aufsichtsbeamte und Manager können Beschwerden in bezug auf Abhören bearbeiten. Die staatlichen Bestimmungen über die Unverletzlichkeit des Fernsprechgeheimnisses hängen überall aus, und in den unteren Rängen des Managements ist man der Ansicht, daß Abhören einfach gesetzwidrig sei; falls es überhaupt Abhöranlagen gebe, so sei das eher privaten Machenschaften (vor allem der Industriespionage) zuzuschreiben als den Regierungsbehörden.

»Wenn sich jemand darüber beschwert, daß sein Telefon abgehört werde«, sagte Sally, »dann frage ich immer, warum sollte irgendjemand Ihr Tele-

fon überwachen?« Daß es ein »internes Sicherheitsnetz« der Regierung gibt, wird einfach verdrängt. Immerhin ruft das Bewußtsein, daß die Firma einen ständig überwachen kann, Unbehagen hervor: Sind die Telefone im Erfrischungsraum an den Überwachungsdienst angeschlossen? Überwacht die Firma die privaten Anschlüsse von neuen oder verdächtigen Angestellten? Werden die Gespräche der Gewerkschaft abgehört? Niemand kann darüber Gewißheit haben.

Sally hatte zwei Stimmen, eine menschliche und eine mechanische, und mit ihrer mechanischen Stimme hatte sie schon am allerersten Tag erklärt, warum Überwachung sein müsse: »Die Telefongesellschaft produziert Dienstleistungen, und sonst nichts. Wären wir General Motors, so wüßten wir, was wir zu tun hätten, um festzustellen, ob wir gute Arbeit leisten: wir könnten den Wagen auseinandernehmen und die Teile inspizieren und sehen, daß sie in Ordnung sind, und daß alles richtig zusammengebaut ist. Aber in der Telefongesellschaft können wir das nicht. Um festzustellen, ob wir gute Arbeit leisten oder nicht, müssen wir uns selbst kontrollieren.«

Die gleiche Haltung nahm sie gegenüber den Lockrufen von außen ein. Sie erklärte uns, solche Anrufe seien wünschenswert, weil sie dem Manager und jedermann in den Schaltstellen anzeigten, daß die Leitungen frei seien und das System ordnungsgemäß funktioniere. Die Haltung, die sie uns gegenüber der Überwachung einzuimpfen versuchte, war die der Dankbarkeit: Die Kontrolleure sind gut für Euch. Sie helfen Euch, Eure Arbeit richtig einzuschätzen und festzustellen, ob Ihr es gut macht.

Das System läuft auf folgendes hinaus: wenn man Aufsichtspersonen und Überwacher mit einrechnet, gibt es mindestens drei Verantwortliche für je eine Arbeit, und zwar deshalb, weil das System darauf beruht, Leute aus der niedrigsten Gehaltsgruppe einzustellen, Intelligenz zu unterdrükken und in idiotischen Bahnen zu kanalisieren. Der Vorgang ist genau abgezirkelt: man stellt Frauen ein, die nicht sehr befähigt sind (aus Gründen ihrer Herkunft, ihrer begrenzten Bildungsmöglichkeiten usw.), degradiert sie weiter durch die »wissenschaftliche« Auflösung der Arbeit in banale Bestandteile, die keine Initiative und keinen Gebrauch von Intelligenz mehr zulassen; durch permanenten Druck und institutionalisierte Spionage hält man sie in ihrer geduckten, unterdrückten Lage fest.

Das tägliche Leben einer Angestellten der New Yorker Telefon-Gesellschaft besteht aus ständiger Hetze, unter massivem Druck.

Jeder Kontakt mit einem Kunden erfordert einen ungeheuren Aufwand an Schreibarbeit: ein einziges Gespräch, und man hat drei, vier oder sogar fünf verschiedene Formulare auszufüllen. Kein Problem ist auf einfache Weise zu erledigen. Und wenn man nur einen Kunden an die Verkehrs- oder Reparaturabteilung weiterverbindet, muß man dennoch ein CF-1 Formular ausfüllen und abheften. Am Ende des Tages muß man alle Arbeiten, die man erledigt hat, auf einem kleinen Papierstreifen, nach Kategorien getrennt, zusammenstellen und der Aufsicht übergeben, die die Abrechnung für die ganze Gruppe durchführt: dabei werden alle Dienstleistungen, die eine Gruppe für eine andere übernommen hat, gegeneinander aufgerechnet.

Der Dienst einer Angestellten ist in »offene« und »geschlossene« Arbeitszeit aufgeteilt, gemäß einer neuen wissenschaftlichen Errungenschaft, genannt FADS (Force Administration Data System), auf die die Firma besonders stolz ist; die Neuerung erlaubt es, die Anzahl von Angestellten, die in einem jeweiligen Augenblick im Einsatz sein müssen, um den für den jeweiligen Monat, den Tag oder die Stunde zu erwartenden Arbeitsanfall zu erledigen, mathematisch zu bestimmen. Bei dieser Regelung müssen das Gespräch mit dem Kunden und die schriftliche Fixierung seines Auftrags gleichzeitig durchgeführt werden. In komplizierteren Fällen ist dies allerdings nicht möglich, und die Schreibarbeit wird in der »geschlossenen« Zeit erledigt, das ist die Zeit, in der man keine Anrufe erhält.

Diese Regelung führt zur Entstehung einer beständig schwelenden Panik. Es gibt gewisse Tätigkeiten, deren vollständige Durchführung für jeden Menschen natürliches Bedürfnis ist: Zähneputzen, Geschirr spülen oder ein Formular ausfüllen, so etwas bricht man nicht gern mitten drin ab. Aber das System der Firma erstickt dieses natürliche Bedürfnis, eine Tätigkeit zu Ende zu führen. Denn während der »offenen« Zeit klingelt das Telefon ununterbrochen, und der Stoß der noch zu erledigenden schriftlichen Arbeit wächst. Ein Blick auf den Arbeitsplan zeigt, daß man nur eine Stunde »geschlossene« Arbeitszeit hat, um die Arbeit fertigzustellen, und von dieser Stunde sind zwanzig Minuten für eine Teepause vorgesehen.

Wer so unter Druck steht, der freut sich natürlich über langweilige und bloße Routine-Arbeit – z. B. Aufträge zur vorübergehenden Sperrung oder zur Kündigung eines Anschlusses – und schreckt vor ungewöhnlicher oder komplizierter Arbeit zurück. Die Frauen reagieren auf den Druck,

indem sie in aller Ruhe so viele Anrufe abwimmeln, wie sie können, d. h. sie an andere Abteilungen weitervermitteln. Dieses Weiterleiten, die Erleichterung der Last, ist das bürokratische Äquivalent der Drückebergerei, mit der schon Taylor und die ersten wissenschaftlichen Manager zu kämpfen hatten. Es ist eine raffinierte Form der Trödelei, die zwar nie offen eingestanden, aber ziemlich schnell der neuen Angestellten als erlaubte Äußerung der Notwehr beigebracht wird. Unglücklicherweise genügt dieses Mittel nicht, um die Hetze zu brechen.

Die Frauen der Telefongesellschaft kommen aus dem Kleinbürgertum oder aus der unteren Mittelklasse, aus den verschiedensten ethnischen Gruppen (polnisch, jüdisch, italienisch, irisch, schwarz, puerto-ricanisch); sie haben meistens die Mittelschule oder einen Teil des College abgeschlossen. Sie wohnen in allen Stadtteilen mit Ausnahme von Manhattan. Ihre Freizeit füllen sie vor allem mit der Erörterung von Waren aus. Die Essenspausen, die Zeit nach der Arbeit und die freien Tage gehen hin mit endlosen Gesprächen über Einkauf und Konsum. Die Frauen haben einen Tick für Markenartikel, was nicht ausschließt, daß sie auf Ausverkäufe gehen, allerdings stets mit dem Ziel, einen Markenartikel zu einem niedrigeren Preis zu ergattern. Auch die Verpackung ist wichtig: nicht nur der Artikel selbst wird beschrieben, sondern auch die Schachtel oder Verpackung, in der er steckt. Besonders fasziniert sind sie von Perücken. Die meisten Frauen haben mehrere davon und sind manchmal von einem Tag zum andern nicht wiederzuerkennen. Dadurch entsteht der Eindruck einer ständig wechselnden Belegschaft. Diese Perückensucht ist im Kern eine Form von Eskapismus: die kaleidoskopartige Verwandlung der eigenen Person, während alles andere stets unverändert bleibt. Wer jemals eine Perücke getragen hat, weiß, daß sie einen tatsächlich verwandelt; das ist eine beklemmende Tatsache.
Der zwangshafte Konsum ist für diese Frauen einer der Hauptgründe, Geld zu verdienen. Im Vergleich zu dem, was die im amerikanischen Leben notwendigen Dinge kosten, sind die Wochensätze niedrig, sie bewegen sich zwischen 95 und 132,50 Dollars brutto, wenig genug, wenn man sich selbst ernährt, um die wichtigsten Dinge zu bezahlen. Allerdings leben viele dieser Frauen nicht allein, sondern bei ihren Eltern oder mit Ehemännern, die ebenfalls arbeiten, manchmal sogar mehr als einen Job haben. Viele Frauen machen pro Woche mehr als fünf Überstunden (nur für

mehr als fünf Extrastunden gibt es die eineinhalbfache Bezahlung). Allem Anschein nach verbrauchen sie das Geld für ihre Kleider, die sehr teuer sind, für ihre Perücken, ihre Farbfernseher, für Geschirr, Tafelsilber usw.

Welchen Anteil die drückenden Ausgaben für Lebensmittel, Wohnung, Bildung und Krankheitsfälle an ihrem Bedürfnis, Geld zu verdienen, haben, weiß ich nicht, aber die Frauen sind, so scheint mir, im wesentlichen Opfer ihrer Vorliebe für gewisse Konsumgüter. Es ist erstaunlich, was sie für notwendig halten, um überleben zu können, und was sie ertragen, um sich diese Dinge zu verschaffen. Warum das so ist, steht auf einem ganz anderen Blatt. Haushaltsgeräte spielen wohl eine wichtige Rolle im Familienleben dieser Frauen, sie verhelfen ihnen dazu, ihren Haushalt reibungslos zu führen und ein (für sie selbst) notwendiges Image von Tüchtigkeit und Eleganz aufrecht zu erhalten.

Was die Kleider und die Perücken betrifft, so sind sie wohl eine Art Tribut, den der soziale Druck am Arbeitsplatz fordert. Als Schutzmaßnahme für das eigene Ich den anderen und dem ganzen System gegenüber müssen sie sich ihrer äußeren Erscheinung jeden Tag aufs neue versichern. Auch außerhalb des Arbeitsplatzes brauchen sie das: um auf der Höhe zu bleiben, um ihre Männer zu halten, um nicht zurückzubleiben.

Die Frauen sehen sich selbst weit mehr durch ihren Konsum als durch ihre Arbeit definiert, so, als könnten sie durch den verzweifelten Versuch, ihre Persönlichkeit im Konsum auszudrücken, ihre Ausbeutung als Arbeiter kompensieren. Ein großer Teil dieses Konsumzwangs wird von den Frauen selbst erzeugt: nicht nur durch ihre Einkäufe, sondern auch durch ständige Verlosungen, Wettbewerbe usw., bei denen der Gewinn immer eine Ware ist – gewöhnlich Likör. Mindestens zwei bis dreimal in der Woche werden die Frauen zu solchen Verlosungen eingeladen.

Aber diese Einstellung wird auch von der Firma selbst bewußt gefördert. An Weihnachten erhielt jede Frau ein Geschenk: eine kleine Holzpuppe, etwa zehn Zentimeter groß, mit jenem Ausdruck von schwarzem Humor im Gesicht, der vor einigen Jahren Mode war und der heute nur noch auf Grußkarten zu finden ist. Aufgemalt sind die Worte: »Was macht Freude?«, und wenn man eine kleine Feder drückt, springt ein kleines Holztäfelchen heraus mit den Worten: »Nebenanschlüsse in Farbe!« (eine Anspielung auf die Apparate, die wir zu verkaufen suchten); unter diesem Text ist noch die ursprüngliche Fassung zu entziffern: »Wenn ich Dir sag,

daß ich Dich lübe.« Die Puppe ist typisch für die Geschenke, die die Firma in regelmäßigen Abständen austeilt: eine Plastik-Einkaufstasche, beschriftet mit dem Motto: »Farbenprächtige Nebenanschlüsse erleichtern dir die Alltagslast«; ein Schlüsselkettchen mit einem Princess-Modell als Anhänger und der Aufschrift: »Es ist klein, es ist hübsch, es leuchtet«; Plastik-Regenhüte mit dem Firmenzeichen und so fort.
Es ist offensichtlich, daß diese Geschenke bis zur letzten Cherry-Praline in irgendeinem Handbuch für Personalabteilungen programmiert sind, das die Quelle aller Weisheit und Personalpolitik ist; bei ihrer Häufigkeit ist klar, daß eine ganze Abteilung der Firma damit beschäftigt ist, diese Werbeknüller zu ersinnen und zu vertreiben.
Nach zweijähriger Tätigkeit in der Gesellschaft erhalten die Frauen einen kleinen goldenen Anhänger und die Männer eine Krawattennadel. Diese Gegenstände werden im Lauf der Jahre immer größer, und nach einer bestimmten Zahl von Jahren kommen Juwelen dazu: Rubine, Smaragde, Saphire, schließlich winzige, dann größere Diamanten. Aus der Krawattennadel wird eine Krawattenspange. Nach 25 Jahren hat man die Wahl zwischen einem Festessen und einer Uhr mit Inschrift. Die Uhren sind im voraus angefertigt, ausgewählt und in einem Katalog abgebildet.
Die Firma hat ihre Belohnungen »wissenschaftlich gestaffelt«, wie sie auch die Arbeit »wissenschaftlich gestaffelt« hat. Aber der springende Punkt ist, daß das System die Frauen als Verbraucherinnen von zwei Seiten angeht. Wenn Konsum ihnen weniger bedeutete, hätten sie diese Arbeit vielleicht von vornherein nicht angenommen. Die Firma versucht deshalb, sie immer tiefer in das Netz zu verstricken, indem sie Konsumgüter und Bilder von Konsumgütern als Köder anbietet, die nichts als Zwischenstationen auf einer Jagd ohne Ziel und Ende sind.

Am Arbeitsplatz zumindest ist das Gefühl der Identifikation mit der Firma bei den Frauen absolut. Bei mehreren Gelegenheiten versuchte ich, das Gespräch auf die offensichtlichen Widersprüche zwischen ihren Interessen und denen der Öffentlichkeit einerseits und denen der Telefongesellschaft andererseits zu bringen, aber ich kam mit meinen Argumenten nicht an, als ich z. B. meinen Kolleginnen offen heraus erklärte, daß ich nicht mehr, als die Kunden wirklich brauchten, verkaufen könne, weil ich das nicht für richtig hielte; und daß die Menschen viel weniger Telefone bräuchten, als wir ihnen anhingen. Statt zu begreifen, daß dies eine prinzipielle

Frage aufwarf, glaubten sie, ich könnte das Konzept des »telefonisch gut ausgestatteten Heims« nicht verstehen, und zwar deshalb nicht, weil ich selbst so arm wäre (zu diesem Schluß waren sie gekommen, als sie erfuhren, daß ich nur ein einziges, ganz gewöhnliches schwarzes Telefon benütze). Sie sprachen mir Mut zu: Ich würde schon noch aufholen und mich davon überzeugen, daß die betreffenden Extras wirklich wertvoll und wünschenswert seien.
Als wir über das Stundungsverfahren diskutierten, sagte ich zu meinen Kolleginnen, das ganze Kreditsystem beruhe auf rassistischen Vorstellungen: die geringste Kreditspanne werde Fürsorgeempfängern eingeräumt, und das seien meist Schwarze. Die Kolleginnen erklärten mir daraufhin: »Wenn Du beim Rechnungswesen arbeiten würdest und wüßtest, wie schwer dort das Kassieren ist, dann würdest Du nicht so reden.« Ein anderes Mal gab es in einer Kaffeepause eine besonders makabre Diskussion, als die Frauen Schauergeschichten über tragische Fälle erzählten: Telefone waren gesperrt worden, weil die Leute ihre Rechnungen nicht bezahlten. Diese grotesken Geschichten handelten meist von Kriegsversehrten und blinden alten 85jährigen Damen.
Ich blieb dabei, daß die Sperrung dieser Telefone unerträglich sei, daß man einen Weg finden müsse, diesen Menschen die Gebühren zu erlassen. Die Frauen fanden meine Einstellung ganz normal, aber sie erzählten mir, daß jede neue Angestellte so denke, daß sie selbst auch einmal so gedacht, diese Einstellung aber überwunden hätten. Mit anderen Worten, zu Beginn ihrer Tätigkeit reagierten sie wie jeder halbwegs anständige (geschweige denn politisierte) Mensch; allmählich lernten sie aber, sich darüber hinwegzusetzen, aufgrund ihrer langsam wachsenden Identifikation mit der Firma und der täglichen Inszenierung ihrer von der Firma bestimmten Rolle. Ihr grundsätzlicher Glaube an die Rechtmäßigkeit eines Systems, in dem nur das Dollarmachen zählte, stellte in ihrem Bewußtsein eine Verknüpfung zwischen den Profiten der Firma und ihren eignen Lohntüten her. »Schließlich ist es unser Geld, was die Firma hier verdient«, hieß es gewöhnlich zum Abschluß solcher Diskussionen.

Normalerweise sind Gewerkschaften etwas, für das sich die Frauen in den Büros überhaupt nicht interessieren. Sie halten sich durchaus nicht für »Arbeiterinnen« im klassischen Sinn des Wortes. Das Fehlen dieses Bewußtseins, dessen Verkümmerung von der Management-Leitung bewußt

gefördert wird, ist eine natürliche und realistische Reaktion auf die Bedingungen, unter denen sie arbeiten.
Damit soll nicht gesagt werden, daß die Frauen mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden seien; sie kritisieren die niedrigen Gehälter; sie hassen die Hetze; sie verabscheuen die Überwachung, und sie ärgern sich über die Kontrolluhren in den Aufenthaltsräumen, die ihre Essens- und Teepausen kontrollieren. Aber die Frauen setzen ihr Vertrauen trotz allem in die Firma, und ihre Hoffnungen sind auf die Möglichkeit des einzelnen fixiert, einen höheren Rang im Management zu erklimmen. Solidarität oder gar das Bewußtsein, daß die Lage aller Arbeiter nur durch kollektive Aktionen verbessert werden kann, ist nur in geringen Spuren vorhanden.
Die »Vereinigung der Telefonarbeiter« (Union of Telephone Workers, UTW) gehört einer »Allianz Unabhängiger Telefonarbeiter-Vereinigungen« an; sie lehnt jeden Internationalismus und den Zusammenschluß in »Großgewerkschaften« zugunsten einer »betriebsnahen« »problemorientierten« Annäherung von Arbeitern und Management ab. Ihre Erfolge sind eben jene bescheidenen Zugeständnisse und Veränderungen, die jedes nur halbwegs moderne Management in den letzten Jahren ohnehin hätte vornehmen müssen, um seine Belegschaft zu halten. Die Rolle der Union besteht einzig und allein darin, jenen Zugeständnissen den Charakter von »ausgehandelten« Tarifverträgen zu geben. Die einzige Großgewerkschaft für Angestellte der Telefongesellschaften in New York ist die Vereinigung der Nachrichten-Arbeiter von Amerika, CWA (Communications Workers of America); sie ist zugleich die einzige »echte« Gewerkschaft, mit der es das Management in New York je zu tun hatte.
Diese Zersplitterung der Arbeitervertretung ist für das Management aus drei Gründen entscheidend. Zunächst würden die Arbeitsbestimmungen und die Empfindlichkeiten der CWA jede rationale Geschäftsleitung verrückt machen. Zum zweiten ist es gerade der Mangel an Solidarität, den das Management als Hebel benutzen kann, um die häufigen Streiks zu brechen oder einzuschränken; im Falle eines von der CWA verhängten Streiks fungieren die Mitglieder der Firmengewerkschaften als Streikbrecher. Drittens brächte die Existenz einer einzigen militanten Gewerkschaft von Telefonarbeitern große, wenn auch nicht unmittelbare Gefahren für das System mit sich: sie könnte vielleicht im ganzen Lande das Telefonnetz lahmlegen oder sogar – ein phantastischer Gedanke! – in eigene Regie übernehmen.

Das Gewerkschaftsproblem wurde während meiner Tätigkeit in der Telefongesellschaft plötzlich akut, als die CWA Ende November eine Kampagne gegen UTW eröffnete. Ihr Ziel war es, alle Telefon-Angestellten in einer einzigen Organisation zusammenzufassen unter dem Motto: Einigkeit macht stark.

Es stellte sich heraus, daß die Frauen gar nicht so uninteressiert an Gewerkschaftsfragen waren; das sah nur so aus, weil sie nicht gern Versammlungen besuchten und von der UTW angeekelt waren. Sie waren deshalb sehr interessiert an den Alternativen, die die CWA zu bieten hatte, diskutierten viel darüber und gaben ihre Unterschrift zu einer Petition an den Bundesausschuß für Arbeitsbeziehungen (NLRB, National Labor Relations Board).

Das Thema Gewerkschaften regte zu den ernsthaftesten Gesprächen an, die ich bisher in der Firma gehört hatte, und eine Zeitlang schwelgte ich in Vorstellungen über die Möglichkeiten, die sich aus einem CWA-Sieg ergeben würden: Vielleicht könnte man die Frauen dazu bringen, ihre Interessen in einem gewissen Gegensatz zu einer von Männern beherrschten Gewerkschaft zu sehen, sobald sie erst einmal drin waren, und zwar besser und klarer, als sie den Gegensatz ihrer Interessen gegenüber jenen der Firma sahen, die immer den Köder der persönlichen Beförderung hinhielt? Könnte die Gewerkschaft, einfach weil sie dynamisch und organisiert war und ein freieres, beweglicheres Bewußtsein möglich machte, das richtige Forum für Diskussionen über den Krieg in Vietnam abgeben? Ließ sich der Rassismus überwinden, auf dessen Grundlage die Gewerkschaft gegen die neue Einstellungspolitik der Firma opponierte? (Neuerdings stellt man Leute ein, die als »schwer zu Beschäftigende« bezeichnet wurden: meist Neger.) Eine Zeitlang hielt ich das alles für möglich.

Als die Auseinandersetzung um CWA oder UTW vorüber war, kam ich zu der Erkenntnis, daß es gar nicht darauf ankam. Im Hinblick auf die hierarchische Kontrolle und die starren Methoden der CWA und die geringe Rolle, die jede Gewerkschaft im Leben der Frauen spielt, sind die unmittelbaren Interessen der Frauen vielleicht besser in der UTW aufgehoben. Die CWA bietet zum Ausgleich keine Initiativen in einem Kampf für weitergesteckte politische Ziele an, ja noch nicht einmal für solche Ziele, die etwas mit den Zuständen innerhalb der Firma zu tun haben.

Wer einen Job in einem solchen Betrieb hat, der sieht sich selber nicht als Opfer des Kapitalismus. Er fühlt sich als ein Teil dieser geschäftigen kleinen Welt, die ihre eignen Vergnügungen und Befriedigungen und auch ihre eignen Frustrationen kennt.

Was ist das Schlimmste an einem solchen Job? Das Bewußtsein eines jeden von der Existenz der eisernen Faust, obwohl man gewöhnlich nur den Samthandschuh sieht; die stumpfsinnige, verblödende Arbeit, die schlechte Bezahlung; die Vorgänge draußen in der Welt (sofern man sich ihrer bewußt wird); die Mißwirtschaft im Betrieb; der Druck durch Aufsicht und Überwachung. Eine Kollegin stellte einmal auf ihren Arbeitstisch ein Schild aus einem Coney Island Jux-Apparat: »Aus Mangel an Interesse wird der morgige Tag verschoben.« Eine Zeitlang hielt ich das für einen emblematischen Spruch, der ausdrückte, was diese Frauen empfinden. Aber jetzt bin ich dessen nicht mehr so sicher.

Ich glaube, diese Frauen müßten, um überhaupt etwas zu unternehmen, das Gefühl haben, daß eine Veränderung für sie überhaupt wünschenswert wäre; aber dieses Gefühl haben sie nicht. Sie sind in vieler Hinsicht mit ihrem Leben zufrieden, und wo sie es nicht sind, sehen sie nicht die geringste Möglichkeit, ihr Los durch kollektive politische Anstrengungen zu verbessern. Der Grund für diesen Mangel an »Klassenbewußtsein« – die magische Zutat – ist ihre Zugehörigkeit zur »Mittelklasse«. Wenn sie das Gefühl der Unterdrückung haben – was bei vielen sicher der Fall ist –, dann halten sie das für ihr persönliches Problem, nicht aber für etwas, das zu überwinden und zu bekämpfen das Recht eines jeden Menschen ist.

Man kann sich nur sehr schwer vorstellen, wie sich das ändern ließe, wie diese Frauen für ein menschlicheres Leben, für ihre eigene Befreiung zu gewinnen wären. Das würde eine völlige Umwälzung ihrer Ansichten über sich und die Welt erfordern. Es ist auch schwer zu sagen, ob die Chancen für eine solche Umwälzung dicht unter der Oberfläche oder ob sie so tief liegen, daß sie nur von einem allgemeinen sozialen Umbruch zu erreichen ist. Man kann es kaum glauben, daß diese Frauen tatsächlich so unberührt von gesellschaftlichen Sprengkräften sind, wie es scheint. Freilich konnte ich wenig Anzeichen entdecken, die einen anderen Schluß zulassen.

Aus dem Amerikanischen von Elisabeth Rauch

Anmerkungen der Redaktion

Den Beitrag von Ernest Mandel und die Kontroverse, die sich auf ihn bezieht, übernehmen wir aus der *New Left Review*. Aus Raumgründen mußten die Texte gekürzt werden; unsere Fassung der Kontroverse stellt eher ein Referat als eine genaue Übersetzung dar. Der Berliner Merve Verlag wird sie im vollen Wortlaut zugänglich machen. Bestelladresse: Postfach 327, 1 Berlin 15.

Eine deutsche Buchausgabe von Lee Lockwoods *Conversation with Eldridge Cleaver* bereitet der Hanser Verlag in München vor.

Vo Nhân Tri ist ein führender Nationalökonom der Demokratischen Republik Vietnam. Seine wichtigste Arbeit heißt *Croissance économique de la Republique Democratique de Viet Nahm* (Hanoi 1967).

Inside the New York Telephone Co. und *The Women of the N.Y. Telephone Co.* Reprinted by permission of Elinor Langer c/o IFA. Copyright © *1970 The New York Review.*

Themen der nächsten Kursbücher:

Schule, Schulung, Unterricht
Plädoyer für die Abschaffung der Schule · Das Bildungssystem der DDR · Erfahrungsbericht aus einer Volksschule · Behavioristische Lernmodelle · Industrialisierung des Unterrichts

Probleme der Übergangsgesellschaft
Kritik der politischen Ökonomie des Revisionismus · Sozialistischer Aufbau und Klassenkampf · Zur Ideologiekritik der sowjetischen Poesie · Sacharow und andere · Der kapitalistische Charakter der jugoslawischen Arbeiter-Selbstverwaltung

Die Klassenkämpfe in Italien

S

Erich Fried
Shakespeare-Übersetzungen

Jeder Band zwei Stücke
120–140 Seiten
Flex. Leinen, DM 6.80

Antonius und Kleopatra / Perikles

Ein Sommernachtstraum / Zwölfte Nacht oder Was ihr wollt

König Cymbeline / Zwei Herren aus Verona

Richard II / Heinrich V

Viel Getu um Nichts / Die lustigen Weiber von Windsor

Wagenbach

André Breton

Anthologie des Schwarzen Humors

Deutsch von Rudolf Wittkopf, Lothar Klünner, Johannes Hübner, Richard Anders u. a. Ca. 420 Seiten. 29 Abbildungen auf Kunstdruck. Leinen DM 28,–.

Breton, der eigentliche Erfinder des literarischen Surrealismus, begreift den kritischen, den schwarzen Humor als eine Kunstform, deren wahre Initiatoren Swift und der Marquis de Sade gewesen sind.
Breton versammelt Beiträge von 45 Autoren, u. a. Alphonse Allais, Apollinaire, Arp, Baudelaire, Petrus Borel, Tristan Corbière, Carroll, Arthur Cravan, Dali, Fourier, Grabbe, Jarry, Kafka, Lautréamont, Lichtenberg, Nietzsche, Poe, Benjamin Péret, Raymond Roussel und Alberto Savinio.

Rogner & Bernhard

pocket 18
Rainer Kippe /
Lothar A. Gothe
Ausschuss
Protokolle und Berichte aus der Arbeit mit entflohenen Fürsorgezöglingen
Mit einer Reportage von Günter Wallraff
mit Abbildungen und Dokumenten
180 Seiten
Broschur DM 12,–

Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln

k&w

Q *Quarthefte*
Jeder Band DM 5.80

Peter Schneider

Ansprachen

Reden, Notizen, Gedichte
Quartheft 47, 72 Seiten

Ansprachen nicht vor geladenen, sondern vor sprechenden und widersprechenden Zuhörern, nicht von einer Generation an die andere, sondern für eine Klasse und gegen eine andere.

Wagenbach

Marxistische Literaturkritik

Herausgegeben von *Viktor Žmegač*. Ars Poetica Texte, Band 7. 1970 · 441 Seiten · 8° · kartoniert 19,80 DM Leinen 32,– DM

Methoden der deutschen Literaturwissenschaft

Eine Dokumentation. Herausgegeben von *Viktor Žmegač*. Schwerpunkte Germanistik. 1970 · 320 Seiten · kartoniert · 8° · 14,80 DM

Die sogenannten Zwanziger Jahre

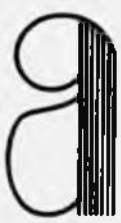
Herausgegeben von *Reinhold Grimm* und *Jost Hermand*. Schriften zur Literatur, Band 13. 1970 · 232 Seiten · kartoniert · 8° · 18,– DM

Basis – Jahrbuch für deutsche Gegenwartsliteratur

Herausgegeben von *Reinhold Grimm* und *Jost Hermand*. 1. Band. 1970 · 252 Seiten · kartoniert · gr. 8° · 28,– DM

Klaus R. Scherpe:
Werther und Wertherwirkung

Zum Syndrom bürgerlicher Gesellschaftsordnung im 18. Jahrhundert. Anhang: Vier Wertherschriften aus dem Jahre 1775 in Faksimile. 1970 · 231 Seiten · kartoniert · 8° · 28,– DM



Athenäum Verlag GmbH, 638 Bad Homburg v. d. H.

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR
UND DISKUSSION

Revolutionäre Texttheorie [Nr. 66]

Manifest der Gruppe TEL QUEL — Antwort an «La Nouvelle Critique» — Philippe Sollers: Semantische Ebenen eines modernen Textes — Grundsatzreferat auf der konstituierenden Sitzung der «Arbeitsgruppe Theorie» — Literarische Texte von Marcelin Pleynet, Denis Roche, Pierre Rottenberg, Philippe Sollers, Jean Thibaudeau.

Materialistische Literaturtheorie: Georg Lukács [Nr. 67/68]

Als erstes Heft einer Reihe, die Positionen marxistischer Literatur- und Kunsttheorie erarbeiten soll, wird hier mit einer Kritik an Lukács' literaturtheoretischem System begonnen.

Klaus Völker: Brecht und Lukács. Analyse einer Meinungsverschiedenheit — Helga Gallas: Ausarbeitung einer marxistischen Literaturtheorie im BPRS und die Rolle von Georg Lukács — Alberto Asor Rosa: Der junge Lukács, Theoretiker der bürgerlichen Kunst — Bibliografie zur Expressionismusdebatte.

Materialistische Kunsttheorie: Hanns Eisler [Nr. 69]

Mit Hanns Eislers Überlegungen zur Kunsttheorie kommt eine Gegenposition zu Lukács zu Wort. Günter Mayer bringt Ergebnisse der Semiotik in Eislers Thesen ein und führt den methodischen Ansatz weiter.

Hans Bunge: Hanns Eisler im Gespräch. Über Brechts Versifizierung des Kommunistischen Manifests — Ernst Bloch/Hanns Eisler: Die Kunst zu erben — Georg Lucács: In memoriam Hanns Eisler — Hanns Eisler: Soziologische Bemerkungen — Hanns Eisler: Gesellschaftliche Grundfragen der modernen Musik — Günter Mayer: Zur Dialektik des musikalischen Materials.

Literatursoziologie: Kritik an Lucien Goldmanns Methode [Nr. 71]

Redaktionsgespräch — Lucien Goldmann/Norbert Peters: „Die Katzen" von Baudelaire. Kritische Anmerkungen zur Interpretation von Jakobson und Lévi-Strauss — Lucien Goldmann u. a.: Interpretation der «Eloges III» von Saint-John Perse — Lucien Goldmann: Der genetische Strukturalismus in der Literatursoziologie — Miriam Glucksmann: Humanist oder Marxist? Eine kritische Studie zu Goldmanns Methode; u. a.

Marxistische Literaturwissenschaft in Italien [Nr. 72/73]

Franco Fortini: Das Verhältnis der linken Intellektuellen zu den kulturellen Produktionsmitteln — Alberto Asor Rosa: Literatur und Revolution, Isaak Babel — Lucio Coletti: Von Hegel zu Marcuse — Feruccio Masini: Die Sprache der Avantgarde zwischen Ideologie und Utopie — Paolo Chiarini: Thesen zu Brecht.

Fragen Sie nach Alternative in Ihrer Buchhandlung, oder bestellen Sie direkt beim Alternative Verlag, 1 Berlin 30, Steinmetzstr. 13/V. Einzelnummer 3.- DM, Doppelnummer 5.- DM.

Neuerscheinungen 1970

Richard Faber · Novalis: Die Phantasie an die Macht
104 Seiten. Texte Metzler 12. Kartoniert 7 DM

Marie Luise Gansberg und Paul Gerhard Völker
Methodenkritik der Germanistik
Materialistische Literaturtheorie und bürgerliche Praxis. 150 Seiten.
Texte Metzler 16. Kartoniert 7 DM

Manfred Hahn · Präsozialismus: Claude-Henri de Saint-Simon
Ein Bericht. Texte Metzler 14. 76 Seiten. Kartoniert 6 DM

Friedrich Knilli · Deutsche Lautsprecher
Versuche zu einer Semiotik des Radios. 124 Seiten. Texte Metzler 11.
Kartoniert 7 DM

Arend Kulenkampff · Antinomie und Dialektik
Zur Funktion des Widerspruchs in der Philosophie. VIII, 112 S., Kart. 15 DM

Klaus Laermann · Eigenschaftslosigkeit
Reflexionen zu Musils Roman »Der Mann ohne Eigenschaften«. X, 167 Seiten.
Kartoniert 20 DM

Helmut Lethen · Neue Sachlichkeit 1924–1932
Studien zur Literatur des »Weißen Sozialismus«. VIII, 214 Seiten.
Metzler Studienausgabe. Kartoniert 20 DM

Michael Pehlke
Der sanfte Terror – Techniken schichtenspezifischer Unterhaltung
Untersuchungen zum zeitgenössischen Berliner Boulevardtheater.
Ca. 100 Seiten. Texte Metzler 15. Kartoniert ca. 7 DM

Christoph Rülcker · Ideologie der Arbeiterdichtung 1914–1933
Eine wissenssoziologische Untersuchung. VIII, 160 Seiten. Metzler Studienausgabe. Kartoniert 15 DM

Gerhard Schneider · Der Libertin
Zur Geistes- und Sozialgeschichte des Bürgertums im 16. u. 17. Jahrhundert.
320 Seiten. Broschiert 30 DM

J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart

Anglistische Studienreform

Probleme – Pläne – Perspektiven. Herausgegeben von Ewald Standop.
Schwerpunkte Anglistik. 1970 ·
162 Seiten · kartoniert · 8° · 9,80 DM

Norbert Kohl

Bibliographie für das Studium der Anglistik

Band I

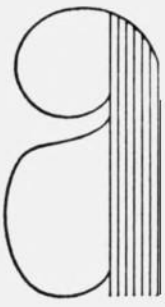
Sprachwissenschaft
1970 · 270 Seiten · kartoniert · 8° · 9,80 DM

Band II

Literaturwissenschaft
in Vorbereitung

Band III

Fachdidaktik und Landeskunde
in Vorbereitung



Athenäum Verlag GmbH
638 Bad Homburg vdH

Diese Bücher informieren über die USA

JAMES BALDWIN, Hundert Jahre Freiheit ohne Gleichberechtigung
oder The Fire Next Time. Eine Warnung an die Weißen
50. Tausend. rororo aktuell 634. DM 2,80

Schwarz und Weiß oder Was es heißt, ein Amerikaner zu sein.
11 Essays
10. Tausend. Rowohlt Paperback 22. DM 5,80

WILFRED BURCHETT, Kambodscha und Laos oder Nixons Krieg?
25. Tausend. rororo aktuell 1401/02. DM 3,80

ELDRIDGE CLEAVER, Nach dem Gefängnis
Aufsätze und Reden. Herausgegeben und eingeleitet von Robert Scheer
6. Tausend. Brosch. DM 14,80

J. WILLIAM FULBRIGHT, Die Arroganz der Macht
40. Tausend. rororo aktuell 987/88. DM 3,80

ROBERT F. KENNEDY, Gangster drängen zur Macht
48. Tausend. rororo sachbuch 6650. DM 2,80

Freiheit und Verantwortung in der Demokratie
38 Reden. 28. Tausend. rororo 1041/42. DM 3,80

Suche nach einer neuen Welt
35. Tausend. rororo sachbuch 6651/52. DM 3,80

Dreizehn Tage oder Die Verhinderung des Dritten Weltkrieges.
Mit Beiträgen von Robert McNamara und Harold Macmillan.
Hg. von Theodore Sorensen
18. Tausend. rororo sachbuch 6737. DM 2,80

NORMAN MAILER, Nixon in Miami und die Belagerung von Chicago
20. Tausend. rororo aktuell 1221/22. DM 3,80

L. L. MATTHIAS, Die Kehrseite der USA
Sechste Auflage: 24.–27. Tausend./Ergänzt durch ein Nachwort: «Die USA und die Bundesrepublik – heute.»
Rowohlt Paperback 37. DM 10,80

Rowohlt

Hanser Umweltforschung

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Hansjochem Autrum
Biologie — Entdeckung einer Ordnung
Band 1. 152 Seiten. Broschur 12.80 DM
Biologie wird als die Wissenschaft der Zukunft bezeichnet. Vielen ist nicht ganz wohl dabei, wenn sie an Hormonbehandlungen in der Landwirtschaft, an genetische und psychische Manipulation, an Babys aus der Retorte denken. Daß Biologie heute etwas anderes ist als Frankenstein-Labor auf der einen oder Schmetterlingsjagd auf der anderen Seite, das legt der international bekannte Biologe H. Autrum in klarer, verständlicher Sprache dar.

Friedensforschung und Gesellschaftskritik
Herausgegeben von D. Senghaas. Band 2.
224 Seiten. Broschur 9.80 DM
Kaum aus der Taufe gehoben, hat sich die Friedensforschung schon in zwei Richtungen gespalten. Die eine beschränkt sich auf die Feststellung dessen, was ist. Die Autoren dieses Bandes gehören jener anderen Richtung an, die in Analyse und Forderung weitergeht, indem sie Friedensforschung mit Gesellschaftskritik verbindet und grundsätzliche Veränderungen des in Geleisen der Gewalt festgefahrenen Denkens bei Konfliktlösungen fordert.

Helmut Krauch
Prioritäten für die Forschungspolitik
Band 3. 104 Seiten mit 9 Diagrammen.
Broschur 8.80 DM
Die Phase freier Forschungsentfaltung ist vorbei. Wenn einzelne Forschungsprojekte Milliardenbeträge und Hunderte von Wissenschaftlern beanspruchen, wenn ungezählte Probleme der wissenschaftlichen Analyse harren, dann muß Forschung geplant werden. Wer aber soll entscheiden, wer kann entscheiden und nach welchen Kriterien soll entschieden werden?

Wohin führt die Biologie? Ein interdisziplinäres Kolloquium. Herausgegeben von M. Lohmann.
Band 4. 256 Seiten mit 3 Diagrammen. Broschur 12.80 DM
Seit der Mensch immer mehr in den Sog der Biologie gerät, gewinnen Methoden und Ziele der biologischen Forschung zunehmend existentielle Bedeutung. Diesem Band liegt der Vorwurf zugrunde, daß die Biologie ausschließlich „Mechanismen" und damit nur eine Teilwahrheit erfasse, eine Teilwahrheit, die zu katastrophalen Fehlurteilen führen muß, wenn statt Bakterien der Mensch zur Debatte steht.

Gefährdete Zukunft — Prognosen angloamerikanischer Wissenschaftler
Herausgegeben von M. Lohmann. Band 5.
192 Seiten mit 2 Diagrammen. Broschur 9.80 DM
Ist es die christliche Arroganz gegenüber der Natur, die zu der Umweltkrise unserer Tage geführt hat? Schieben sich Natur- und Gesellschaftswissenschaftler wichtige Fragen gegenseitig solange zu, bis sie sich — durch Katastrophen — von selbst lösen? Gibt es überhaupt eine technische und/oder politische Möglichkeit der Geburtenkontrolle? — Das sind einige der in diesem Band aufgeworfenen Fragen.

Wolfgang Wieser
Genom und Gehirn
Information und Kommunikation in der Biologie.
Band 6. 192 Seiten. Broschur 12.80 DM
Wie sehr Wissenschaft ein Problem der Sprache ist, geht aus Wiesers Buch in zweifacher Weise hervor: Einmal aus seinen gezielten Versuchen, das Verhältnis zwischen Sprache und Erkenntnis zu analysieren, und zum anderen aus seinen Bemühungen, wissenschaftliche Erkenntnisse in eine Sprache zu übersetzen, die in ganz anderen Bereichen menschlichen Denkens wurzelt als die Formelsprache der Wissenschaft.